68. Jahrgang / Heft 4 / Oktober 2020 ISSN 0042-5702 B 2176 F

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Helmut Altrichter, Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Christian Lübcke
Der Kieler Matrosenaufstand von 1918 und die deutsche Militärgeschichtsschreibung

André Keil/Matthew Stibbe
Schutzhaft während des Ersten Weltkriegs und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik – Preußen und Bayern 1914 bis 1923

PODIUM ZEITGESCHICHTE
Annäherungen an die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1945
Philipp Gassert/Andreas Etges/Stormy-Annika Mildner/Michael Hochgeschwender/Reinhild Kreis/Jan Logemann

VfZ-SCHWERPUNKT
Andreas Wirsching
„Kaiser ohne Kleider"?
Der Nationalstaat und die Globalisierung

DE GRUYTER OLDENBOURG

Leibniz Institute for Contemporary History
Institut für Zeitgeschichte
München–Berlin

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte

4
20

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von

Helmut Altrichter
Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler und Alan E. Steinweis

Redaktion:
Magnus Brechtken, Agnes Bresselau von Bressensdorf,
Johannes Hürter, Thomas Raithel,
Elke Seefried, Martina Steber
Chefredakteur: Thomas Schlemmer
Stellvertreterin: Petra Weber
VfZ-Online: Barbara Schäffler
Lektorat und Büro: Mirella Kraska

68. Jahrgang Heft 4 Oktober 2020

De Gruyter Oldenbourg

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Homepage

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/

Offenes Heftarchiv

Alle Ausgaben und Beiträge seit 1953 im Free Access, aktuell bis einschließlich 2014.
www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv

Impressum

© 2020 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Offenlegung der Inhaber und Beteiligungsverhältnisse gem. § 7a Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 2 Ziff. 3 des Berliner Pressegesetzes: Die Gesellschafter der Walter de Gruyter GmbH sind: Cram, Gisela, Rentnerin, Berlin; Cram, Elsbeth, Pensionärin, Rosengarten-Alvesen; Cram, Dr. Georg-Martin, Unternehmens-Systemberater, Stadtbergen; Cram, Maike, Wien (Österreich); Cram, Jens, Mannheim; Cram, Ingrid, Betriebsleiterin, Tuxpan/Michoacan (Mexiko); Cram, Sabina, Mexico, DF (Mexiko); Cram, Silke, Wissenschaftlerin, Mexico DF (Mexiko); Cram, Björn, Aachen; Cram, Berit, Hamm; Cram-Gomez, Susana, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Walter, Mexico DF (Mexico); Cram-Heydrich, Kurt, Angestellter, Mexico DF (Mexico); Duvenbeck, Brigitta, Oberstudienrätin i.R., Bad Homburg; Gädeke, Gudula, M.A., Atemtherapeutin/Lehrerin, Tübingen; Gädeke, Martin, Einzelunternehmer, Ingolstadt; Gomez Cram, Arturo Walter, Global Key Account Manager, Bonn, Gomez Cram, Ingrid Arlene, Studentin, Mexico, DF (Mexiko), Gomez Cram, Robert, Student, Philadelphia, PA, USA, Lubasch, Dr. Annette, Ärztin, Berlin; Schütz, Dr. Christa, Ärztin, Mannheim; Schütz, Sonja, Berlin; Schütz, Juliane, Berlin; Schütz, Antje, Berlin; Schütz, Valentin, Mannheim; Seils, Dorothee, Apothekerin, Stuttgart; Seils, Gabriele, Journalistin, Berlin; Seils, Christoph, Journalist, Berlin; Siebert, John-Walter, Pfarrer, Oberstenfeld; Tran, Renate, Mediatorin, Zürich (Schweiz).

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Anzeigenverwaltung: Claudia Neumann, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-358, Fax: +49 (0)30 260 05-264,
E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Bezugsbedingungen
Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,–; Print- und Online-Abonnement € 72,–; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 17,–/Ausland: € 34,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (zwei Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: jürgen ullrich typosatz, Nördlingen
Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim.

Christian Lübcke
„Hat nichts mit Wahrheitsfindung zu tun“ . . . . . **505** **Aufsätze**
Der Kieler Matrosenaufstand von 1918 und die deutsche Militärgeschichtsschreibung

André Keil und Matthew Stibbe
Ein Laboratorium des Ausnahmezustands **535**
Schutzhaft während des Ersten Weltkriegs und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik – Preußen und Bayern 1914 bis 1923

Podium Zeitgeschichte
Jenseits von Donald Trump . . . . . **575** **Podium**
Zeithistorische Annäherungen an die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1945

Philipp Gassert, Andreas Etges, Stormy-Annika Mildner, Michael Hochgeschwender, Reinhild Kreis und Jan Logemann

Andreas Wirsching
„Kaiser ohne Kleider“? . . . . . **659** **VfZ-Schwerpunkt**
Der Nationalstaat und die Globalisierung

Schlusskommentar **686**

Neu: Forums-Kommentar und ergänzende Materialien zu VfZ-Beiträgen der Juli-Ausgabe **691** **VfZ-Online**

693 **Rezensionen online**

699 **Abstracts**

701 **Autorinnen und Autoren**

705 **Hinweise**

707 **Jahresinhalts-verzeichnis 2020**

Von der Flottenbasis der Kaiserlichen Marine in Kiel ging Ende 1918 die bis heute größte Meuterei in der deutschen Geschichte aus. Aus einzelnen Matrosenerhebungen entwickelte sich binnen weniger Tage eine landesweite Revolte in den Garnisonen des Deutschen Reichs, die in der Novemberrevolution gipfelte und der Monarchie ein Ende setzte. Die deutsche Militärgeschichtsschreibung hatte jahrzehntelang große Schwierigkeiten mit diesem Themenkomplex, wobei das Quellen- und Interpretationsmonopol der von Akteuren in Offiziersuniform dominierten amtlichen Kriegshistoriografie stark ins Gewicht fiel. Christian Lübcke kann auf der Basis bislang kaum ausgewerteter Dokumente zeigen, dass in der Weimarer Republik, im Dritten Reich und noch in der jungen Bundesrepublik Deutungsmuster vorherrschten, die wenig mit Wissenschaft, aber umso mehr mit Selbstrechtfertigung, Revisionismus und Apologie zu tun hatten.

Christian Lübcke

„Hat nichts mit Wahrheitsfindung zu tun“

Der Kieler Matrosenaufstand von 1918 und die deutsche Militärgeschichtsschreibung

I. Umkämpfte Erinnerung

Im Dezember 1960 besuchte der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Friedrich Ruge, das Militärarchiv beim Bundesarchiv in Koblenz. Zu den Marineakten des Archivs gehört bis heute die größte Quellensammlung zum Kieler Matrosenaufstand, der sich Ende 1918 zu einer allgemeinen Erhebung der deutschen Garnisonen ausweitete. Die Masse dieser Quellen war 1960 noch nicht professionell gesichtet und ausgewertet worden – sofern sie den Zweiten Weltkrieg unbeschadet überstanden hatten. Ein Blick in den stetig wachsenden Bestand militärgeschichtlicher Werke in der Bibliothek des Archivs zeigte jedoch, dass die Legendenbildung rund um den Kieler Matrosenaufstand bereits in vollem Gange war. Im Verlauf des Gesprächs fragte der Archivleiter, Oberarchivrat Hermann Teske, nach Ruges Meinung zu einer wissenschaftlichen Aufarbeitung des Kieler Matrosenaufstands und der Novemberrevolution von 1918. Der Vizeadmiral entgegnete sinngemäß, eine solche Aufarbeitung sei aus seiner Sicht weder notwendig noch hilfreich. Teske ließ daraufhin den Gedanken wieder fallen, kommentierte das Gespräch in seinen Aufzeichnungen jedoch mit der vielsagenden Notiz: „Hat nichts mit Wahrheitsfindung zu tun“.[1]

[1] Bundesarchiv-Militärarchiv (künftig: BArch-MA), B 198/870, Vermerk über den Besuch Vizeadmiral Ruges im Militärarchiv, 23.12.1960.

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0034

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Diese Episode wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf ein Phänomen in der Forschung zur deutschen Militärgeschichte, das sich wie ein roter Faden praktisch ununterbrochen von 1919 bis in unsere Zeit zieht. Seit mehr als 100 Jahren befinden sich der Kieler Matrosenaufstand und die Novemberrevolution in einem toten Winkel der akademischen Militärgeschichte. Das ist durchaus erklärungsbedürftig, gab es doch im 20. Jahrhundert nicht viele Aufstände deutscher Militärangehöriger, die sich zu Hunderttausenden landesweit für Frieden, Abrüstung, Demokratie und Militärreformen stark machten. Insgesamt zeichnet sich ein recht sonderbares Bild ab: Jahrzehntelange Versäumnisse, bewusste wie unbewusste Vernachlässigung, fachliche Fehler, aber auch bewusste Geschichtsverfälschungen im Umgang mit jenen Ereignissen werfen ihre Schatten bis in unsere Zeit. Noch immer tut sich die Militärgeschichtsschreibung sichtlich schwer bei der Aufarbeitung und Bewertung der Ereignisse vom November 1918. Woran liegt das?

Der Kieler Matrosenaufstand ist bis heute die größte Meuterei in der deutschen Geschichte. Aus einzelnen Matrosenerhebungen entwickelte sich binnen weniger Tage eine landesweite Erhebung von revolutionärer Qualität. Dieser Aufstand beschleunigte nicht nur das Kriegsende, sondern leitete das Ende der Monarchie auf deutschem Boden und die Entstehung der Weimarer Republik ein. Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass der Kieler Matrosenaufstand und seine Weiterungen bislang nur lückenhaft erforscht worden sind. Nimmt man einschlägige Gesamtdarstellungen zur Hand, finden sich die Aufstände und Erhebungen meist zu wenigen Sätzen über das Ende des Ersten Weltkriegs und den Beginn der Republik von Weimar reduziert.[2] Warum gibt es bislang nicht ein Buch, das sich umfassend mit diesem Phänomen in der deutschen Militärgeschichte auseinandersetzt und die einzelnen Aufstände in den verschiedensten deutschen Garnisonen in einer Zusammenschau miteinander verknüpft? Warum kennt man von den meisten regionalen Anführern der Aufstände und führenden Köpfen in den jeweiligen Soldatenräten heute oft kaum mehr als ihre Namen?

Eine zentrale Frage, die sich in diesem Zusammenhang immer wieder aufs Neue stellt, lautet folgendermaßen: Konnte oder wollte man sich nicht näher mit dem Kieler Matrosenaufstand und den Novemberunruhen im deutschen Militär beschäftigen? Diese Frage liegt auch dem vorliegenden Aufsatz zugrunde, der vor allem die bisherige militärgeschichtliche Forschung auf den Prüfstand stellt. Von erheblicher Bedeutung ist dabei zweierlei: Zum einen hatten jahrzehntelang praktisch nur diejenigen Zugang zu den entsprechenden Dokumenten, die in militärhistorischen Archiven oder Forschungseinrichtungen arbeiteten und oft selbst einen militärischen Hintergrund hatten. Zum anderen waren die Hauptakteure

[2] Vgl. Ursula Büttner, Weimar – Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 34, und Eberhard Kolb/Dirk Schumann, Die Weimarer Republik, 8., überarbeitete und erweiterte Aufl., München 2013, S. 5 f. und S. 169–172. Ausführlicher Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984, S. 34–37, S. 45–47, S. 55 f. und S. 59–67.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

des Kieler Matrosenaufstands und der darauffolgenden Erhebungen mehrheitlich Soldaten. Deutungskämpfe konnten in dieser Konstellation kaum ausbleiben.

Um diese Deutungskämpfe zu rekonstruieren, wurden die Arbeiten führender Militärhistoriker aus 100 Jahren herangezogen und ausgewertet.[3] Der vorliegende Aufsatz beruht aber nicht nur auf dem Studium aller wesentlichen militärgeschichtlichen Werke zum Thema, sondern vor allem auch auf intensiven Recherchen in verschiedenen staatlichen und kommunalen Archiven. Es handelt sich dabei um mehrere tausend Dokumente zum Kieler Matrosenaufstand und zur Novemberrevolution. Zudem wurden mitunter erstmals private Aufzeichnungen führender Militärs herangezogen, die einen direkten Einfluss auf die militärgeschichtliche Forschung in den ersten drei Jahrzehnten nach den Ereignissen im November 1918 hatten.[4] Dieses Quellenstudium ist unbedingt notwendig, da sich nur so die Aussagekraft verschiedener militärgeschichtlicher Werke und die Qualität der dort vertretenen Thesen richtig einschätzen und bewerten lassen. Ohne die Kenntnis der Originalquellen läuft man rasch Gefahr, verschiedene Aussagen in früheren Werken anstandslos zu akzeptieren. Dieser Fehler wurde – wie dieser Aufsatz belegen wird – gerade bei den verschiedenen Jubiläen zum Kieler Matrosenaufstand und der Novemberrevolution wiederholt gemacht, zuletzt im Jahr 2018. Die Folge dieser ungeprüften Übernahme aus früheren Werken hat zur Bildung von Legenden rund um die Begebenheiten des Novembers 1918 geführt, die mitunter nur noch wenig Bezug zu den tatsächlichen Ereignissen haben.

Das hundertste Jubiläum des Kieler Matrosenaufstands gab Hoffnung auf eine neue Form der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen; schon 2017 kam eine Fülle neuer Veröffentlichungen auf den Markt, so beispielsweise aus der Feder von Joachim Käppner, Mark Jones oder Knut-Hinrik Kollex.[5] Bedauerlicherweise zeigt sich aber auch bei vielen dieser neueren Werke ein bekanntes Muster: Anstatt sich intensiv mit dem vorhandenen Quellenmaterial auseinanderzusetzen, hat man in der Regel lediglich frühere Werke neu aufbereitet und – wie etwa bei Käppner oder Kollex – durch Anekdoten erweitert. Die Autoren hinterfragten weder frühere Aussagen in Literatur und Forschung, noch machten sie den Versuch, neues Quellenmaterial zu erschließen. Als Beispiel lässt sich hier ein vielbeachteter Aufsatz von Kollex anführen, der nicht nur eine Reihe inhaltlicher und chro-

[3] Wie die Militärgeschichtsschreibung der DDR mit der Novemberrevolution umgegangen ist, kann im Rahmen dieses Aufsatzes nur in einem Exkurs skizziert werden; eine ausführlichere Darstellung würde den Rahmen sprengen.

[4] Es handelt sich dabei u. a. um die Nachlässe der Admiräle Wilhelm Souchon, Adolf von Trotha, Hans Küsel und Johannes von Karpf.

[5] Vgl. Joachim Käppner, 1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, München 2017; Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017, und Knut-Hinrik Kollex, „Sturmlauf“ zur Demokratie? Handlungsspielräume aufständischer Matrosen zwischen Revolution und Reaktion am Beispiel der Provinz Schleswig-Holstein, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 92 (2017), S. 64–72.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nologischer Fehler beinhaltet, sondern die Ereignisse in Kiel unnötig dramatisiert.[6]

Dabei hätte es Kollex besser wissen können, gehörte er doch zu den Autorinnen und Autoren des im April 2018 von Sonja Kinzler und Doris Tillmann unter dem Titel „Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918" herausgegebenen Sammelbands, der multiperspektivisch nicht nur die Novemberereignisse in Kiel, sondern auch andere interessante Untersuchungsfelder rund um den Aufstand und die Revolution von 1918 beleuchtet.[7] Als Begleitbuch zur Jahresausstellung des Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseums enthält dieser Sammelband viele neue Facetten der Forschung, die jedoch aus Platzgründen nicht weiter vertieft werden. So nimmt beispielsweise der Beitrag von Jann M. Witt mit dem interessanten Titel „Die Rezeption des Matrosenaufstands in den deutschen Marinen. Die Meuterei als Trauma" weniger als eine Seite ein.[8] Erfreuliche Erkenntnisfortschritte bringt auch die Arbeit von Martin Rackwitz.[9] Im Gegensatz zum allgemeinen Trend stecken in Rackwitz' Arbeit jahrelange intensive Forschung an Primärquellen. Seine Studie stellt die übrigen Neuerscheinungen der Jahre 2017 und 2018 in den Schatten und lieferte, vor dem Hintergrund jahrelanger Zusammenarbeit, auch Klaus Kuhl eine solide Grundlage für seine bemerkenswerte Publikation.[10]

II. Das Quellenmonopol – gescheiterte Versuche einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Novemberrevolution in der Weimarer Republik

Eine Antwort auf die zentrale Frage nach den Gründen für die oft nur oberflächliche oder verfälschte Darstellung liegt zweifellos im schwierigen Quellenzugang. In den vergangenen 100 Jahren lassen sich durchaus Bestrebungen nachweisen, den Kieler Matrosenaufstand und die dadurch ausgelöste Revolution wissenschaftlich aufzuarbeiten und unter militärhistorischen Gesichtspunkten zu untersuchen. Bereits in den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es Versuche, die Novemberereignisse zumindest ereignisgeschichtlich zu rekonstruieren und so für die Nachwelt festzuhalten. Noch im Winter 1918/19 kam es mit dem Fall der Zen-

[6] Zu Details über den eigentlichen Ablauf des Aufstands in Kiel vgl. Christian Lübcke, Sechs Tage im November. Eine Rekonstruktion des Kieler Matrosenaufstandes und seiner Verbreitung in Schleswig-Holstein, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 143/144 (2018/19), S. 171–215.

[7] Vgl. Sonja Kinzler/Doris Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018.

[8] Vgl. Jann M. Witt, Die Rezeption des Matrosenaufstands in den deutschen Marinen. Die Meuterei als Trauma, in: Ebenda, S. 255.

[9] Vgl. Martin Rackwitz, Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel 2018. Rackwitz konzentrierte sich in seiner Arbeit bewusst allein auf die Ereignisse in Kiel und stützte sich dabei vor allem auf die Berichte von Konteradmiral Küsel.

[10] Vgl. Klaus Kuhl, Kiel und die Revolution von 1918. Das Tagebuch eines Werftingenieurs – verfasst in den Jahren 1917–1919, Berlin 2018.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

surbestimmungen zu einer Fülle einschlägiger Veröffentlichungen.[11] Hier zeigte sich jedoch bereits ein großes Problem: der Quellenzugang. Zivile Autoren hatten in der Regel keine Möglichkeit, Militärakten einzusehen. Zudem war das gesammelte Material oft als geheim und vertraulich eingestuft, sodass kaum eine Möglichkeit zu eingehenden Recherchen bestand. Gleiches galt für Polizei- und Verwaltungsakten. Sebastian Rojek sprach in diesem Zusammenhang mit Blick auf die Quellen zu Recht von einem Monopol der Reichsmarine und ihrer Forschungseinrichtungen.[12]

Wer keine Uniform trug, konnte daher nur auf eigene Erlebnisse, Augenzeugenberichte, Zeitungen, Erzählungen oder Gerüchte zurückgreifen. So entstandene Darstellungen und Untersuchungen waren in der Regel nur regional begrenzt und stießen bei Offizieren und Militärhistorikern gleichermaßen auf wenig Gegenliebe. Traditionalisten in Armee und Politik begannen sehr schnell damit, die Schuld für den Aufstand vom angeblich unbesiegten Heer abzuwälzen; groß war das Interesse an einer Aufarbeitung der Novemberereignisse hier ohnehin nie gewesen. Ungeachtet des Umstands, dass sich letztendlich weitaus mehr Soldaten als Matrosen dem Aufstand angeschlossen hatten, suchte man die Sündenböcke anderswo.

Ein beliebtes Vehikel dafür war die Dolchstoßlegende, die immer wieder den Umständen angepasst wurde.[13] Waren es zunächst noch Arbeiterschaft und Heimatheer, die den Fronttruppen in den Rücken gefallen seien, reichte man den Schwarzen Peter rasch exklusiv an die Marine weiter. Die öffentlichkeitswirksamen Aktionen von roten Matrosen im Jahr 1919, etwa bei den Kämpfen der Volksmarinedivision in Berlin, schienen diese Vorwürfe zu erhärten. Die einst ebenso hochgerühmte wie populäre Marine befand sich plötzlich in einem gewaltigen Imagetief. In dieser Situation beschloss der Chef der Admiralität, Konteradmiral Adolf von Trotha, die Flucht nach vorne anzutreten. Gewissermaßen zur „Ehrenrettung“ der Marine gab er eine umfassende interne Ermittlung und eine möglichst präzise wissenschaftliche Rekonstruktion der Novemberereignisse in Auftrag. Am 29. April 1919 erließ er dazu einen zentralen Aufruf an alle Marinedienststellen: „Vertrau-

[11] Vgl. Erich Kuttner, Die deutsche Revolution. Des Volkes Sieg und Zukunft, Berlin 1918; Bernhard Rausch, Am Springquell der Revolution, Kiel 1918, und Paul Neumann, Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats, Hamburg 1919.

[12] Vgl. Sebastian Rojek, Versunkene Hoffnungen. Die Deutsche Marine im Umgang mit Erwartungen und Enttäuschungen 1879–1930, Berlin/Boston 2017, S. 363; zur eigentümlichen Art der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Ersten Weltkriegs durch die Reichsmarine vgl. ebenda, S. 339–420. Als weiterführendes Werk vgl. auch Markus Pöhlmann, Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik. Der Erste Weltkrieg und die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956, Paderborn 2002.

[13] Zu Details über die Entstehung und die Entwicklung der Dolchstoßlegende vgl. Wolfgang Niess, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2013, S. 34–59; Boris Barth, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003, und Gerd Krumeich, Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik, Freiburg im Breisgau 2018, S. 183–209.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lich! Es liegt sowohl im allgemeinen historischen wie im dringenden Gesamtinteresse der Marine über die Vorgänge bei der Revolution ein möglichst wahrheitsgetreues Bild zu gewinnen."[14]

Tatsächlich folgte auf diesen Aufruf die Zusendung von hunderten Erlebnisberichten von unmittelbar involvierten Marineoffizieren; zudem begann man damit, wichtige Amts- und Polizeiberichte, zeitgenössische Zeitungsartikel und private Veröffentlichungen zu sammeln. Die Kriegswissenschaftliche Abteilung der Marine erhielt den Auftrag, dieses Material auszuwerten und im Rahmen einer Buchreihe über die Einsatzgeschichte der Kaiserlichen Marine im Ersten Weltkrieg zu veröffentlichen. Ein Großteil der damals gesammelten Quellen ist noch heute vorhanden. Es handelt sich um einen umfangreichen Bestand, der im Militärarchiv des Bundesarchivs in Freiburg verwahrt wird; manches findet sich auch in den Nachlässen unmittelbar beteiligter Admiräle und Marinestabsoffiziere.

Konnte man in den 1920er Jahren zumindest für die Regionen mit Marinestandorten eine umfassende wissenschaftliche Arbeit über die Hintergründe, den Verlauf und die unmittelbaren Folgen des Aufstands schreiben? Grundsätzlich schon. Die nächste Frage ist aber: Wollte man es auch wirklich? Konteradmiral von Trotha äußerte sich in seinem Aufruf dazu bereits vielsagend: „Ich werde von den eingehenden Berichten nur solche an die kriegsgeschichtliche Abteilung überweisen, deren Inhalt dies unbedenklich zulässt."[15]

In der Marine waren diese Maßnahmen von Trothas nicht unumstritten. So bemerkte Konteradmiral Hans Küsel, dem man als ehemaligem Stabschef der Marinestation in Kiel ein persönliches Interesse unterstellen darf, gegenüber anderen Offizieren kritisch: „Ich sehe in der Art, wie der Chef der Admiralität die Berichterstattung haben will, eine Gefahr für die historische Wahrheit."[16] Auch wenn mit Blick auf Küsels eigenes Manuskript zum Kieler Matrosenaufstand die kritische Frage gestellt werden muss, was der Konteradmiral als „historische Wahrheit" ansah, waren seine Einwände durchaus angebracht. Offenen Widerstand gegen von Trothas Initiative gab es jedoch nicht. Gegenüber der Öffentlichkeit schwieg sich die Marineführung über die Novemberereignisse aus und hielt die gesammelten Quellen sorgsam unter Verschluss. Junge Offiziere, die versuchten, eigene Texte zu veröffentlichen, wurden von vorgesetzter Stelle daran gehindert.[17] Ungeachtet der Lippenbekenntnisse verschiedener Führungsoffiziere der Marine gibt es keinen Zweifel daran, dass eine kritische Aufarbeitung des Matrosenaufstands unter den damaligen Umständen von vornherein so gut wie unmöglich war.

Dieser Umstand lag einerseits in den Absichten der Marineführung, andererseits in der Person des Bearbeiters begründet, zumal es sich als sehr schwierig erwies, überhaupt einen geeigneten Mann zu finden. Zudem kam es zu zahlreichen gewollten wie ungewollten Verzögerungen, bis man ernsthaft begann, die vielen

[14] BArch-MA, RM 8/1027, Auszug aus dem Memorandum 2799/19, 29.4.1919.
[15] Ebenda.
[16] BArch-MA, N 156/2, Konteradmiral Küsel an Admiral Souchon, 13.5.1919.
[17] Vgl. Klaus Franken, Von Schwarz-Weiß-Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Der Übergang von Seeoffizieren der Kaiserlichen Marine in die Marine der Weimarer Republik, Berlin 2018, S. 61–65.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zusendungen in einem Abschlussbericht zu bündeln. Mehr als zehn Jahre verstrichen auf diese Weise. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte schon eine ganze Reihe ehemaliger Admiräle der Kaiserlichen Marine zur Rechtfertigung des eigenen Handelns während der Aufstände oder zur Wiederherstellung des eigenen Rufs Manuskripte entworfen oder bereits publiziert.[18] Der Verfasser des offiziellen Berichts im Auftrag der Marineführung musste sich also nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern auch gegenüber diesen Admirälen behaupten können.

Letztendlich fiel Anfang der 1930er Jahre die Wahl auf den ehemaligen Kapitän zur See Karl Wilhelm Weniger (1874–1945).[19] Weniger war ein erfahrener Marinestabsoffizier und hatte bereits für die Kriegswissenschaftliche Abteilung gearbeitet. Er entstammte zudem einer einflussreichen Familie. Sein Onkel war Admiral Friedrich von Ingenohl, ein auch in der Reichsmarine hoch angesehener Offizier. Noch weit stärker sprach in den Augen der Marineführung für Weniger, dass dieser am 5. November 1918 in Kiel bei dem – wie es später allgemein hieß – „heroischen“ Versuch, die Reichskriegsflagge mit der Waffe in der Hand vor meuternden Matrosen zu verteidigen, viermal angeschossen worden war.[20]

Das deutsche Marineoffizierkorps stand jahrzehntelang wegen seines Krisenmanagements im November 1918 unter heftiger Kritik. Während der Revolte von weit über 200.000 meuternden Matrosen waren lediglich drei Offiziere durch die Hand von Aufständischen zu Tode gekommen.[21] Schon diese Tatsache galt vielen Kritikern als beredtes Indiz für die Tatenlosigkeit und Feigheit der Marineoffiziere. Wenigers Verwundungen machten ihn dagegen so gut wie immun gegenüber solchen öffentlichen Anschuldigungen. Wie objektiv die Darstellungen eines Marineoffiziers sein konnten, der persönlich tief in die damaligen Ereignisse verstrickt gewesen war, war dagegen keine Frage, die man damals stellte.

Dazu kam die Struktur des Materials, das Weniger zur Verfügung stand und das verzerrte Wahrnehmungen präjudizierte. Das erste große Problem war, dass sich die Quellensammlung lediglich auf marineinterne Berichte beschränkte. Bis auf wenige Ausnahmen – wie im Fall Berlins – wurden Dokumente aus dem Heer nicht

[18] Beispielsweise: Archiv Internationales Maritimes Museum Hamburg, Karton 25, Verteidigungsschrift von Johannes von Karpf, und BArch-MA, RM 8/1026, Hans Küsel, Beitrag zur Geschichte des revolutionären Umsturzes in der kaiserlichen Marine im November 1918. Vgl. auch Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen von Admiral Scheer, Berlin 1920.

[19] Vgl. Dirk Dähnhardt, Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19, Neumünster 1978, S. 97, Anm. 425. Dähnhardt bezeichnete ihn fälschlich als Chef des Marinearchivs.

[20] Um die Schießerei an Bord von SMS „König“, dem Flaggschiff des III. Geschwaders, hat sich im Laufe der Jahrzehnte ebenfalls ein Netz an Legenden gebildet. Die wahren Ereignisse an Bord wurden erst 2018 anhand von monatelangen Archivrecherchen rekonstruiert; vgl. Christian Lübcke, Schüsse an Bord von SMS König. Ein Beitrag zur Rekonstruktion der Ereignisse in Kiel am 5. November 1918, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 89 (2018), S. 183–191.

[21] Es handelte sich hierbei um Kapitän zur See Heine, Korvettenkapitän Heinemann und Leutnant zur See Zenker; BArch-MA, RM 31/2388, Kriegstagebuch Station Ostsee.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

miteinbezogen. Es fehlt allerdings an Nachweisen, wie es zu der mangelhaften Zusammenarbeit zwischen Heer und Marine gekommen ist und wer dafür verantwortlich zeichnete. Aber auch bei der marineinternen Dokumentation gab es erhebliche Versäumnisse. Bis auf wenige Ausnahmen, bei denen Zuschriften unmittelbar beteiligter Deckoffiziere[22] der Marine in die Sammlung aufgenommen wurden, stammten alle anderen Berichte von Marineoffizieren oder Offizieranwärtern. Da den Aufstand vor allem Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere getragen hatten, konnten die Berichte der Offiziere oft nur oberflächlich zu einer Rekonstruktion der Ereignisse beitragen.

Eine systematische Befragung durch einen unabhängigen Dritten hätte in späterer Zeit Klarheit über die ursprünglichen Pläne der Matrosen und ihre verschiedenen Aktionen gebracht. Stattdessen beließ man es seitens der Marineführung dabei, das Verhalten der Matrosen während des Aufstands lediglich anhand der Augenzeugenberichte von Offizieren, so gut es ging, zu interpretieren. Liest man diese Berichte kritisch, bleibt der Eindruck nicht aus, dass einzelne Offiziere in ihren Rechtfertigungsschriften absichtlich Tatsachen verdrehten und falsche Angaben über wichtige Tathergänge machten.[23] Hinweise auf Offiziere und Deckoffiziere, die die Aufständischen aktiv unterstützt hatten, gab es damals ebenfalls, doch wurden diese streng vertraulich behandelt und flossen nicht in die offiziellen Berichte ein – eine Praxis, die durchaus der Absicht der Marineführung entsprach.[24]

Eine offizielle Zusammenfassung sollte vor allem die Ehre der Marine retten und die Admiralität von möglichst allen Vorwürfen freisprechen. Dafür war es erforderlich, zumindest den Anschein zu erwecken, das Offizierkorps habe sich an diesem Aufstand in keiner Weise aktiv beteiligt oder diesen begünstigt. Denn eines war in diesem Augenblick bereits klar: Der Kieler Aufstand und die zahlreichen Meutereien im deutschen Militär wurden schon sehr früh sowohl in weiten Teilen der Politik als auch in der Militärführung als etwas grundsätzlich Negatives wahrgenommen.[25] Das Verhalten der Matrosen und Soldaten im November 1918 widersprach allem, was den Geist der kaiserlichen Streitkräfte ausmachte. Danach hatte ein Soldat vor allem eines zu sein: unpolitisch, gehorsam und hundertprozentig loyal gegenüber seinen Vorgesetzten.[26] Hunderttausende Soldaten und Matrosen,

[22] Deckoffiziere waren in der Kaiserlichen Marine eine gesonderte Dienstgradgruppe von Portepee-Unteroffizieren mit besonderen Privilegien. Ein Deckoffizier wurde in der Regel bei seinem Dienstende zum Leutnant und damit in den Offiziersrang befördert.

[23] Beispiele sind hier u. a.: BArch-MA, RM 8/1022, Bericht von Konteradmiral Hahn, 4.4.1919, und BArch-MA, RM 31/2373, Bericht von Kapitän zur See Bartels, 12.11.1918.

[24] Eine erste Auswertung der Berichte zeigt bereits eine hohe Zahl an Offizieren, vor allem Reserveoffiziere aus dem Bürgertum, die die aufständischen Matrosen nicht nur aktiv unterstützten, sondern sich an verschiedenen Orten sogar an die Spitze der lokalen Bewegung setzten. Ein Indiz dafür sind bereits die zahlreichen Offiziere in den Vorstandslisten verschiedener Arbeiter- und Soldatenräte.

[25] Vgl. Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920.

[26] Vgl. Andreas Dietz, Das Primat der Politik in kaiserlicher Armee, Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr. Rechtliche Sicherungen der Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die meuterten, unter der roten Flagge revolutionäre politische Forderungen stellten und das eigene Militärwesen kritisch hinterfragten, entsprachen überhaupt nicht dem Bild vom preußischen und deutschen Militär, das fast 200 Jahre lang im In- und Ausland gewachsen war. Allenfalls den Vertretern der Sozialdemokratie, die mit der Revolution Schlüsselpositionen im Reich übernommen hatten, wäre es möglich gewesen, die Handlungen der Soldaten und Matrosen im November 1918 rückwirkend zu legitimieren und zu würdigen.[27] Dies geschah jedoch nicht.

Das lag nicht zuletzt daran, dass das aktive Eintreten von Militärangehörigen für politische und soziale Belange bereits im Frühjahr 1919 wiederholt dazu geführt hatte, dass sich ganze Einheiten auf die Seite der demonstrierenden städtischen Zivilbevölkerung schlugen. Bürgerkriegsähnliche Zustände waren vielerorts die Folge. Hatten die Aufstände der Soldaten und Matrosen die Monarchien im Reich zu Fall gebracht und den Sozialdemokraten überall im Land beachtlichen Einfluss beschert, wurden die allerorts gebildeten Soldatenräte schnell zu einem Ärgernis für die neue Regierung in Berlin. Das Pochen auf Mitbestimmung, oft verbunden mit einem gewissen militärischen Druck, machte die Soldatenräte in den Augen der provisorischen Reichsregierung mehr und mehr zu einer potenziellen Gefahr für die eigene Politik.[28] Es lag daher im Interesse der politischen Führung, eine Armee zu schaffen, die sich konsequent aus allen innenpolitischen Angelegenheiten heraushielt und allein dem Willen der Regierung folgte. Dementsprechend hatte man auch keine Einwände dagegen, dass im Zuge der allgemeinen Demobilisierung Sympathisanten der Revolution – seien es nun Mannschaften, Unteroffiziere oder Offiziere – aus dem Dienst entlassen wurden. Dadurch schwächte man einerseits die bestehenden Soldatenräte im Land so nachhaltig, dass diese später leicht aufgehoben werden konnten, andererseits bildete sich aus ausgesuchten Kadern und Freikorpsverbänden eine neue Armee, die auch bei großen Arbeiterunruhen einsetzbar war. Erst später sollte sich zeigen, dass die konservative und mitunter noch stark monarchistisch geprägte neue Reichswehr selbst zu einem Problem für den Fortbestand der Weimarer Republik werden konnte.[29]

zwischen Politik und Militär, Tübingen 2011, und Donald Abenheim, Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten, München 1989.

[27] Dazu gehörten unter anderem die Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten, der sich als provisorische Regierung des Deutschen Reichs zunächst aus je drei Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien zusammensetzte. Das Verhältnis zwischen Regierung und Militärführung in der Weimarer Republik wurde unter anderem untersucht von Christopher Clark, Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947, München 2007.

[28] Arbeiter- und Soldatenräte entstanden im Zuge der Novemberrevolution in fast allen deutschen Städten als neue Organe der Selbstverwaltung. Sie bestanden überwiegend aus Arbeitern und Soldaten, die einer der beiden sozialdemokratischen Parteien nahestanden; vgl. Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975.

[29] Vgl. Peter Keller, „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr“. Die deutsche Armee 1918–1921, Paderborn 2014.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

III. Heroisierung und Negierung – der wechselvolle Umgang mit der Novemberrevolution in der Reichs- und Kriegsmarine

Karl Wilhelm Wenigers Arbeiten zogen sich bis weit in das Jahr 1934 hin. Am Ende umfasste sein Manuskript rund 500 Seiten. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung war jedoch das Interesse an Wenigers Nachforschungen deutlich gesunken. Die Weimarer Republik existierte nicht mehr, und die Erinnerung an die Novemberunruhen von 1918 war in der deutschen Öffentlichkeit schon vielerorts verblasst. In dieser Situation wurde Wenigers Manuskript zu einer störenden Erinnerung an einen scheinbaren Makel in der Geschichte der deutschen Marine. Hinzu kam, dass Weniger trotz seines milden Urteils über Fehler und Versäumnisse von Offizierskameraden auch Kritik am Krisenmanagement verschiedener Admiräle und Dienststellen äußerte. Damit erregte er jedoch heftigen Widerspruch. Vor allem der ehemalige Konteradmiral Hans Küsel, seinerzeit Stabschef der Marinestation in Kiel, erhob heftigen Protest gegen eine geplante Veröffentlichung. Wenigers Darstellung sei „zu einseitig", diene lediglich dazu, das Verhalten des III. Geschwaders (und damit auch Wenigers eigenes Handeln) zu rechtfertigen und alle Verantwortung für die Ausbreitung des Aufstands auf den früheren Kieler Gouverneur Admiral Wilhelm Souchon (und Küsel selbst) zu laden.[30]

Auch wenn sich Weniger gegen diese Vorwürfe verteidigte und dabei Rückendeckung durch seinen Abteilungsleiter Konteradmiral Kurt Aßmann (1883–1962) erhielt, ordnete Admiral Erich Raeder vermutlich auf einer gemeinsamen Besprechung am 29. Dezember 1934 an, alle Aufzeichnungen über den Matrosenaufstand aus dem geplanten Buchband über die Einsatzgeschichte der Kaiserlichen Marine im Jahr 1918 zu entfernen.[31] Konteradmiral Aßmann erhob gegen diese Entscheidung Protest, doch gelang es auch ihm nicht, die Veröffentlichungen von Wenigers Studien durchzusetzen. Aßmann schrieb später dazu:

> „Die freundschaftlichen Beziehungen, die Admiral Raeder, um den Kontakt zwischen der früheren kaiserlichen und der neuen Reichsmarine möglichst eng zu gestalten, mit den jetzt im Ruhestand lebenden Admiralen der Kriegszeit unterhielt, wurden von diesen vielfach dazu benutzt, um in ihrem Sinne die Geschichtsschreibung zu beeinflussen [...] [sic!] In einer Auseinandersetzung, die ich mit [Raeder] darüber hatte, wagte ich in der Hitze des Gefechts die kühne Feststellung: ‚Ich bin überzeugt, daß es Ihnen, Herr Admiral, ganz gleichgültig

[30] BArch-MA, RM 8/1022, Hans Küsel an das Marinearchiv, 15.11.1934.

[31] Vgl. Gerhard Groß, Einführung, in: Der Krieg zur See 1914–1918, Bd. 7: Der Krieg in der Nordsee. Vom Sommer 1917 bis zum Kriegsende 1918, bearbeitet und neu hrsg. von Gerhard Groß, Hamburg/Berlin/Bonn 2006, S. 1–30, hier S. 9–15, sowie die Dokumente „Manuskriptentwurf von Kapitän z.S. a.D. Carl-Wilhelm Weniger zum geplanten Nordseeband 6" (S. 423–435), „Konteradmiral a.D. Hans Küsel an das Marinearchiv" (S. 436–441) und „Vizeadmiral Kurt Aßmann an den Chef der Marineleitung Admiral Erich Raeder" (S. 442 f.), in: Ebenda.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ist, was wir schreiben. Wir müssen nur so schreiben, daß Sie Ihre Ruhe vor den alten Admiralen haben!‘ […]“.[32]

Nachdem Admiral Raeder die Veröffentlichung des Manuskripts verhindert hatte, wurde Weniger im Jahr 1935 vollständig von diesem Projekt abgezogen. An seiner Stelle erhielt nun Kapitän zur See Ernst Hintzmann den Auftrag, eine offizielle Darstellung über den Verlauf der Matrosenunruhen von 1918 zu verfassen. Auch Hintzmann war als ehemaliger Chef der Operationsabteilung des Kommandos der Hochseestreitkräfte persönlich in die Ereignisse verwickelt, die er nun ins rechte Licht rücken sollte. Zudem stand er unter einem großen Druck, bekannte sich die Marineführung doch bedingungslos zu Adolf Hitler. Daher lautete die Parole: „Nie mehr November 1918!“[33] Etliche Marineoffiziere, die während des Aufstands noch im Rang zwischen Oberleutnant und Korvettenkapitän gestanden hatten, waren inzwischen in den Admiralsrang aufgestiegen und lehnten die Veröffentlichung eines Abschlussberichts über die Novemberereignisse von 1918 ab. Beide Manuskripte, sowohl das von Weniger als auch das von Hintzmann, wurden nie veröffentlicht; sie fielen während des Zweiten Weltkriegs Bombenangriffen zum Opfer.[34]

Seit 1933 kam es in Deutschland zu einer schrittweisen, aber grundlegenden Neubewertung der Novemberereignisse. Ein erklärtes Ziel war es dabei, die Kriegsmarine aus ihrem Imagetief zu holen. Galten die Matrosen zunächst noch als Täter, wurden sie zunehmend zu Opfern einer kommunistischen und später einer sozialdemokratischen oder jüdischen Verschwörung stilisiert. Zugleich verklärte man einzelne Offiziere der Kaiserlichen Marine. Zwei Kriegsschiffe – die Zerstörer Z 8 „Bruno Heinemann“ und Z 9 „Wolfgang Zenker“ – wurden nach Offizieren benannt, die am 5. November 1918 bei einem Schusswechsel an Bord des Linienschiffs Seiner Majestät Schiff (SMS) „König“ den Tod gefunden hatten. In der Marineführung hatte sich inzwischen eine veränderte Wahrnehmung der Novemberrevolution etabliert. Selbst Adolf von Trotha, der 1919 noch alle möglichen Schritte zur Ehrenrettung der Marine unternommen hatte, konstatierte 1933 gegenüber dem Leiter des Marinearchivs: „Ich habe den Eindruck, dass auch innerhalb unseres Offizierkorps, oft auch in Veröffentlichungen und mehr oder minder historischen Büchern immer noch, natürlich aus Unkenntnis, etwas leichtfertig der Gedanke ausgesprochen wird, dass die Revolution vom November 18 von der Marine ausgegangen wäre.“[35]

[32] Zit. nach Groß, Einführung, in: Ebenda, S. 14 f., Anm. 71 (Ausarbeitungen Wenigers und Stellungnahme Küsels, vorgelegt von Aßmann an Raeder, 21.12.1934).

[33] Großadmiral Erich Raeder drückte es später in seinen Memoiren (Mein Leben, Bd. 1: Bis zum Flottenabkommen mit England 1935, Tübingen 1956, S. 240) so aus: „Es war für jeden Vorgesetzten in der Marine ein stiller Schwur, daß niemals wieder ein November 1918 in der Marine eintreten dürfe, wie groß auch immer die Belastung oder Beanspruchung in der Zukunft von irgendeiner Seite sein würde.“ Vgl. auch Wilhelm Deist, Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte, München 1991.

[34] Vgl. Groß, Einführung, in: Der Krieg zur See 1914–1918, Bd. 7, S. 15.

[35] BArch-MA, RM 8/1022, Adolf von Trotha an das Marinearchiv, 18.11.1933.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Folgerichtig wurde versucht, alle Publikationen zu unterbinden, die Kritik an der Marineführung enthielten. Ein Beispiel dafür ist die geplante Veröffentlichung des ehemaligen Heeresoffiziers Erich Trowitz im Herbst 1936. Trowitz hatte als Kommandeur eines Infanterie-Ersatzbataillons zunächst an einem vergeblichen Versuch teilgenommen, den Kieler Aufstand am 4. November 1918 im Keim zu ersticken. Später hatte er sich darum bemüht, von Neumünster aus das Vordringen der aufständischen Matrosen nach Hamburg zu verhindern. Obwohl er damit zunächst erfolgreich war, kämpfte er letztendlich auf verlorenem Posten, da die Aufständischen auf anderem Wege nach Hamburg gelangten. Zuletzt sicherte Trowitz mit seinen Leuten die Bahnlinie zwischen Hamburg und Kiel zu einem Zeitpunkt, wo sich beide Städte bereits in der Hand der Aufständischen befanden. Als sich seine eigenen Leute gegen ihn wandten und ebenfalls einen Soldatenrat bildeten, ergriff Trowitz die Flucht. Verbittert sammelte er in späteren Jahren akribisch Material und brachte zu Papier, wie der Aufstand in Schleswig-Holstein aus seiner Sicht verlaufen war.[36]

Zunächst löste er damit kein Missfallen aus. Mehrere Heeresgeneräle befürworteten sogar Trowitz' Arbeit, der die Hauptschuld für den Aufstand allein bei der Kaiserlichen Marine und ihrer Führung sah.[37] Mit der Neubewertung der Novemberunruhen durch die Nationalsozialisten kam aber auch Trowitz in Konflikt mit der Zensur, wie im Herbst 1936 das Projekt zeigte, in einer Ehemaligenzeitschrift seines Regimentes einen marinekritischen Aufsatz zu den Novemberaufständen zu veröffentlichen. Da mehrere ehemalige Heeresgeneräle in den Fall involviert waren, schaltete sich Reichskriegsminister Werner von Blomberg persönlich ein. Am 17. November 1936 schrieb er an Trowitz: „Eine solche Veröffentlichung kann ich nicht billigen, da sie geeignet ist, anstelle der heute angestrebten vertrauensvollen Einheit der Nation, Gegensätze in der Wehrmacht hervorzurufen."[38] Der Generalfeldmarschall forderte die sofortige Rücknahme der Publikation und die Vernichtung von Trowitz' Arbeiten. Blombergs Schreiben endete mit der Drohung: „Einer Mitteilung bis zum 1. Dezember über die diesbezüglich unternommenen Maßnahmen sehe ich entgegen, da ich es vorläufig vermeiden möchte, durch die Geheime Staatspolizei eine Beschlagnahme der Schrift zu veranlassen."[39]

Während des Zweiten Weltkriegs scheint es ein wichtiges Anliegen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gewesen zu sein, die Erinnerung an deutsche Soldaten und Matrosen unter roter Flagge aus der Geschichtsschreibung ein für alle Mal zu verbannen. Stattdessen wurden die Einsätze der Kaiserlichen Mari-

[36] Schriften und Briefwechsel von Erich Trowitz befinden sich in: BArch-MA, RM 8/1025. Einzelheiten zum Einsatz von Trowitz in Kiel und zu seinen anschließenden Bemühungen in Neumünster finden sich bei Lübcke, Sechs Tage.

[37] BArch-MA, RM 8/1025, Aussage von Generalleutnant von Wright, wiedergegeben im Schreiben von Major a.D. Trowitz an das Kriegsministerium, 10.10.1937, und BArch-MA, RM 8/1025, General a.D. von Falk an Major a.D. Trowitz, 12.11.1936.

[38] BArch-MA, RM 8/1025, Reichskriegsminister von Blomberg an Major a.D. Trowitz, 17.11.1936.

[39] Ebenda.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ne im Ersten Weltkrieg zunehmend verherrlicht und vor allem gegenüber der Jugend idealisiert. Ein gutes Beispiel dafür sind die Werke von Fritz Otto Busch. Dieser war 1912 in die Marine eingetreten und hatte als Leutnant nicht nur den Ausbruch des Matrosenaufstands in Kiel persönlich miterlebt, sondern war auch dabei, als Konteradmiral Johannes von Karpf in einem letzten Versuch, die Kontrolle auf der Ostsee zurückzuerlangen, einen Verband vermeintlich loyaler Kriegsschiffe versammelt hatte. Das Unternehmen endete in einem Fiasko. Busch selbst war Zeuge, wie der Konteradmiral in einer überhasteten Aktion mehrere Kriegsschiffe, darunter auch Buschs Schiff, den Minenkreuzer SMS „Bremse“, außer Dienst stellen ließ, weil er glaubte, nur so eine Übernahme durch meuternde Matrosen verhindern zu können.[40]

Diese Ereignisse, die damals involvierte Marineoffiziere tief beschämten, sorgten mit dafür, dass Busch alles tat, um den guten Ruf der Kaiserlichen Marine wiederherzustellen. Bereits in der Reichsmarine begann er, die Kriegsleistungen der Schiffe, auf denen er gefahren war, zu glorifizieren, und beteiligte sich an der Schaffung des Mythos rund um die Seeschlacht vor dem Skagerrak. Nach 1933 stieg Busch zu einem der meistgelesenen Propagandaautoren im Bereich Marine auf. Er wurde Hauptschriftleiter der vielbeachteten Zeitschrift *Kriegsmarine – Deutschland zur See* und blieb bis 1944 auf diesem Posten. 1940 gab er mit dem Propagandaschriftsteller Gerhard Ramlow das Buch „Deutsche Seekriegsgeschichte“ heraus. Dort wird der Aufstand von 1918 lediglich mit einem Satz kurz erwähnt, um gleich danach die „Verteidigung“ der Reichskriegsflagge durch Offiziere am 5. November 1918 auf SMS „König“ zu rühmen.[41] Nur an einer späteren Stelle ging Busch noch einmal kurz auf die Novemberereignisse ein, indem er schrieb: „Trotz ungeheurer Leistungen von Heer und Kriegsmarine war der Weltkrieg verloren, weil wir, den Dolch des Verrats im Rücken, die Waffen aus der Hand legten und glaubten, daß im Ringen der Völker Nachsicht und Milde walten könnten.“[42]

Die ehemaligen Aufständischen des Jahrs 1918 taten dagegen später ihr Möglichstes, um ihre Teilnahme am Aufstand zu verschleiern. Mit der Dolchstoßlegende machte in der Öffentlichkeit auch das böse Wort „Novemberverbrecher“ die Runde, und es wurde zunehmend gefährlich, als ehemaliger Aufständischer bekannt zu sein. Der frühere Matrose Arno Trefflich, der sich als Unterführer aktiv an der Matrosenrevolte in Kiel beteiligt hatte, vermerkte in seinen Erinnerungen:

[40] Die Außerdienststellung einer ganzen Flottille von Kriegsschiffen, die zuvor auf Befehl der Hochseeflotte aus noch loyal gebliebenen Schiffen zusammengestellt worden war, geschah letztendlich nur aufgrund eines Gerüchts. Konteradmiral Johannes von Karpf hatte sich auf die Falschmeldung hin, dass sich Schiffe unter roter Flagge seiner Position nähern würden, dazu hinreißen lassen, alle Schiffe außer Dienst zu stellen, die Besatzungen zu beurlauben und die Munitionskammern zu fluten. Als sich herausstellte, dass das Gerücht falsch war, wurde von Karpf seines Postens enthoben, doch diese Geschichte vergrößerte den späteren Imageschaden der Marine deutlich; vgl. Christian Lübcke, Revolution in Kiel! Das geschah im November 1918, Eltville 2017.

[41] Fritz Otto Busch/Gerhard Ramlow, Deutsche Seekriegsgeschichte. Fahrten und Taten in zwei Jahrtausenden, Gütersloh 1942, S. 690.

[42] Ebenda, S. 843.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Später vom Soldatenrat entlassen, kehrte ich in meine Heimat [Thüringen] zurück, wo ich nicht bleiben konnte. Denn von den Bauern wurde ich als roter Matrosen [sic!] geächtet."[43] Die meisten meuternden Matrosen und Soldaten vernichteten alle privaten Aufzeichnungen oder Beweisstücke, die sie mit den Unruhen persönlich in Verbindung bringen konnten. In der Familie wurde das Thema totgeschwiegen. Aber trotzdem kam es vor, dass ehemalige Soldaten, vor allem aber Matrosen, von Außenstehenden als frühere Meuterer denunziert wurden. Eine unmittelbar auf den Aufstand folgende Amnestie konnte nicht verhindern, dass öffentliche Anschuldigungen mit einer gesellschaftlichen Ächtung Hand in Hand gingen. Beispielhaft ist der Fall des ehemaligen Obermaats Hermann Faller, der im Herbst 1933 bei einer Behörde im Kreis Stormarn angestellt war und fristlos entlassen wurde, als ihn ein anonymer Denunziant bezichtigte, am 5. November 1918 bei einem Angriff auf Offiziere an Bord der SMS „König" dabei gewesen zu sein. Faller hatte als Maschinist auf dem U-Boot UC-76 gedient und nie einen Fuß auf SMS „König" gesetzt, doch glaubte man ihm dies zunächst nicht. Es folgte ein monatelanger Rechtsstreit, bis Faller und seine Anwälte zweifelsfrei nachweisen konnten, dass das U-Boot bereits Tage vor der Schießerei Kiel verlassen hatte.[44]

Die Anführer der Aufständischen hatten es noch weitaus schwerer als Faller. Viele ehemalige Unterführer und Soldatenratsmitglieder wurden in den Jahren zwischen 1933 und 1945 polizeilich überwacht, ins Exil gezwungen oder mitunter auch in Konzentrationslager verschleppt. Karl Artelt, zeitweise Vorsitzender des Kieler Soldatenrats, wurde ständig von der Gestapo bespitzelt und während des Kriegs mehrmals verhaftet.[45] Lothar Popp, im November 1918 der wichtigste Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Kiel und später ebenfalls Soldatenratsvorsitzender, floh über die Tschechoslowakei und Frankreich in die USA.[46] Fritz Steinhoff, seinerzeit Torpedoheizer und Soldatenratsangehöriger, später Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, gehörte zu den Aufständischen, die nach 1933 in Konzentrationslagern eingesperrt waren.[47] Ernst Henkel, ebenfalls ehemaliger Matrose und aktiv beim Aufstand von 1918, verstarb am 12. Juni 1944 an den Folgen von Misshandlungen, die er während seiner Haft in verschiedenen Konzentrationslagern erfahren hatte.[48] Augustin Sandtner, ein aufständischer Matrose, der 1918 von Kiel nach München geschickt worden war und dem dortigen Soldatenrat angehört hatte, wurde bereits 1933 ver-

[43] Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO), SgY30/0950, Erinnerungen von Arno Trefflich, 30.12.1959.
[44] Der Schriftwechsel ist nachzulesen in: BArch-MA, RM 8/1022.
[45] SAPMO, SgY30/0022, Erinnerungen von Karl Artelt.
[46] Vgl. Klaus Kuhl, Streitgespräch mit Lothar Popp, Kiel 1978; www.kurkuhl.de/docs/popp.pdf [29.6.2020].
[47] Vgl. Jörg Engelbrecht, Fritz Steinhoff (1897–1969), in: Sven Gösmann (Hrsg.), Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers, Düsseldorf 2008, S. 70–97.
[48] Vgl. Martin Knop/Hendrik Krause/Roland Schwarz, Die Häftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg, in: Günter Morsch (Hrsg.), Konzentrationslager Oranienburg, Berlin 1994, S. 47–66.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

haftet, später in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert und dort am 11. Oktober 1944 erschossen.[49] Eine umfassende Liste ehemaliger Matrosen und Soldaten, die am Aufstand von 1918 teilgenommen hatten, in Soldatenräten aktiv gewesen waren und nach 1933 von den Nationalsozialisten ermordet wurden, ist nie aufgestellt worden – aber es gibt Indizien dafür, dass eine solche Liste ziemlich lang wäre.

Nach der Rückgabe der Militärakten durch die Alliierten in den 1950er Jahren erhielten Wissenschaft und Öffentlichkeit grundsätzlich einen besseren Zugang zu den Quellentexten rund um Matrosenaufstand und Novemberrevolution.[50] Doch nun traten andere Schwierigkeiten auf. Ein großes Problem war, dass fast alle Quellen zur Beteiligung des Heers an den Novemberunruhen im April 1945 ein Raub der Flammen geworden waren. War es bereits in der Weimarer Republik gängige Praxis gewesen, der Marine die Schuld am Aufstand in die Schuhe zu schieben und die Revolte auf den Norden Deutschlands zu begrenzen, fehlte es nun, ungeachtet des neu gewonnenen Zugangs zu den Militärakten, an Dokumenten, um das Gegenteil zu beweisen. Zwar waren nicht alle Heeresquellen vernichtet, aber die noch vorhandenen Fragmente mussten seitdem erst durch aufwendige und überaus langwierige Recherchen ergänzt werden – Recherchen, die durch die Teilung Deutschlands (und der deutschen Archive) zusätzlich erschwert wurden.

IV. Exkurs: Politische Instrumentalisierung ohne wissenschaftliche Aufarbeitung. Die Novemberrevolution und die DDR

Es war vor allem die spezifische politische Deutung von Matrosenaufstand und Novemberrevolution in der DDR, die dazu führte, dass diese Themen in der Bundesrepublik entweder vernachlässigt oder ebenfalls politisiert wurden.[51] Aus heutiger Sicht kann man sagen, dass es – anders als in Westdeutschland – in der DDR bei der militärgeschichtlichen Würdigung der Novemberereignisse zu einem klaren Bruch mit früheren Sichtweisen kam. Im Zuge dieser Neubewertung stufte man in der DDR die Novemberrevolution seitens der Nationalen Volksarmee – ganz im Gegensatz zur Bundeswehr – ausdrücklich als Traditionsgut ein, genauso wie die sogenannten Befreiungskriege von 1813/14 (jahrzehntelang die einzige Gemeinsamkeit mit der Bundeswehr), die Revolution von 1848 oder den Kampf der Interbrigadisten im Spanischen Bürgerkrieg zwischen 1936 und 1938.[52] Der Aufstand der Matrosen und Soldaten von 1918 wurde als traditionswürdiges Ereignis anerkannt, eine gänzlich neue Form der Erinnerungskultur entstand. Ehemalige aufständische Soldaten und Matrosen wurden mitunter erstmals identifiziert, in eine offizielle Liste „vorbildlicher Klassenkämpfer“ aufgenommen und regelmäßig

[49] Vgl. Luise Kraushaar, Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1944, Bd. 2, Berlin (Ost) 1970.
[50] Vgl. Martin Rink, 50 Jahre Militärgeschichtliches Forschungsamt. Eine Chronik, Berlin 2007.
[51] Zum Stellenwert der Novemberrevolution in der DDR vgl. Günter Häntzschel (Hrsg.), Literatur in der DDR im Spiegel ihrer Anthologien. Ein Symposium, Wiesbaden 2005.
[52] Vgl. Thomas Forster, Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1983, S. 275–281.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu bestimmten Gedenktagen geehrt. Ihre Namen wurden auf Straßen und Plätzen verewigt oder zur Benennung von Heeresverbänden und Marineschiffen übernommen.[53]

Diese neue Form der Erinnerungskultur hatte mit Blick auf die Novemberereignisse jedoch deutliche Schwachpunkte: So stand die gesamte ihr zugrunde liegende wissenschaftliche Aufarbeitung auf tönernen Füßen. Da eine umfassende wissenschaftliche Erforschung aufgrund fehlenden Quellenmaterials unmöglich war, beschränkte man sich in der DDR auf eine oberflächliche Rekonstruktion, die zumeist auf Zeitungs- und Augenzeugenberichten beruhte. Diese Augenzeugenberichte wurden in der Masse erst mit einem zeitlichen Abstand von 40 bis 50 Jahren gesammelt und beschränkten sich nun wiederum lediglich auf einfache Soldaten und Unteroffiziere. Hinzu kam, dass die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) die volle Deutungshoheit über das vorhandene Quellenmaterial beanspruchte und damit begann, die Forschungsergebnisse rund um die Novemberrevolution zu manipulieren.[54] So fand beispielsweise auch in der DDR nur in den seltensten Fällen eine Identifizierung von Offizieren statt, die sich während der Novemberrevolution auf die Seite der Aufständischen gestellt hatten. Der Matrosenaufstand wurde im Rahmen marxistischer und leninistischer Doktrin zunehmend zu einem reinen Klassenkampf verklärt und seitens der SED-Führung instrumentalisiert. Bei den entsprechenden Veröffentlichungen handelte es sich vielfach um Festschriften, die im Zuge der Jubiläen von 1958, 1968 und 1978 – oft inhaltlich unverändert – erschienen.[55] Fast allen Schriften ist dabei gemeinsam, dass sie überaus nachlässig recherchiert und so stark ideologisch geprägt waren, dass teilweise völlig verzerrte Bilder entstanden. Der Aufstand der Matrosen wurde zu einem „Kampf des unterdrückten Proletariats gegen den imperialistischen Klassenfeind", zu einem „Kampf für Friede und Brot, für Freiheit und Macht des Volkes gegen die unheilvolle Macht der Industriemillionäre, der Großagrarier und kriegswütigen Militärs".[56]

Erst in den späten 1980er Jahren kam es zu einer immer deutlicheren Veränderung in der Darstellung der militärischen Aufstände von 1918. Beispielhaft sei an dieser Stelle Robert Rosentreter genannt.[57] Obwohl er als Fregattenkapitän der

[53] Jacob Knab, Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995, S. 110.

[54] Vgl. Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001.

[55] Vgl. Kurt Zeisler, Aufstand in der deutschen Flotte. Die revolutionäre Matrosenbewegung im Herbst 1918, Berlin 1956; Günter Heidorn, Die Novembertage 1918 in Rostock, in: Neue Mecklenburgische Monatshefte 2 (1957), S. 170–175; He, Blaublusen! Nach Vorn! Stürmt Ozeane! Festschrift zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, Bd. 5, Rostock 1958; Heinz Meiritz, Oktoberecho in Mecklenburg. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mecklenburg, Schwerin 1967, und Martin Polzin, Novemberrevolution und Gründung der KPD in Rostock, Rostock 1968.

[56] Zit. aus einem Aufruf der Volksmarine an die Bundesmarine vom Herbst 1968, abgedruckt in der Zeitschrift Volksarmee Nr. 46/1968.

[57] Vgl. Robert Rosentreter, Blaujacken im Novembersturm. Rote Matrosen 1918/1919, Berlin 1988.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Volksmarine keinen unmittelbaren Zugang zu den Marineakten im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg hatte, griff er spätestens ab 1988 in größerem Umfang auf westdeutsche Forschungsergebnisse zurück. Seine Arbeit stellt gerade in Bezug auf den Kieler Matrosenaufstand im Vergleich zu früheren ostdeutschen Publikationen einen Meilenstein dar, krankt aber vor allem daran, dass noch immer ebenso großzügig wie unkritisch auf mitunter stark ideologisch verzerrte Zeitzeugenberichte des Instituts für Marxismus-Leninismus zurückgegriffen wurde. Dennoch zeichnete sich in den letzten Jahren der DDR in der militärgeschichtlichen Forschung eine neue Entwicklung ab.

V. Der Umgang mit der Novemberrevolution von 1918 in den militärhistorischen Forschungseinrichtungen der Bundeswehr

In der jungen Bundesmarine bildeten wie in allen Teilstreitkräften der Bundeswehr zunächst ehemalige Offiziere der Wehrmacht die Führungsspitze. Daher verwundert es nicht, dass erhebliche Vorbehalte gegen den Kieler Matrosenaufstand und die Novemberrevolution von 1918 den Zweiten Weltkrieg überdauert hatten. Diese Vorbehalte waren dem verzerrten Geschichtsverständnis aus den Jahren zwischen 1919 und 1945 geschuldet oder beruhten noch auf persönlichen Erfahrungen. Zwar äußerte man in der Bundeswehr zunehmend ein gewisses Verständnis für die Aufständischen von 1918, blieb jedoch insgesamt dabei, diese Erhebung als Meuterei zu klassifizieren. Eine Meuterei konnte jedoch grundsätzlich nicht traditionswürdig sein. Diese Haltung erscheint rückblickend recht paradox, wenn man bedenkt, dass – wenngleich auch zunächst unter großen Vorbehalten – der militärische Widerstand gegen den Nationalsozialismus als traditionswürdig eingestuft wurde, obwohl dieser Widerstand objektiv betrachtet nach dem damaligen Verständnis auch nichts anderes war als eine Meuterei.

Diese paradoxe Grundhaltung hat sich vielerorts bis heute erhalten. Die Frage nach einer grundlegenden wissenschaftlichen Aufarbeitung des Kieler Matrosenaufstands und der Novemberrevolution durch die akademische Militärgeschichte wurde in den 1960er und 1970er Jahren mitunter rege und kontrovers diskutiert, aber immer wieder verworfen.[58] Zwar existierte bereits 1958 im Militärgeschichtlichen Forschungsamt eine eigenständige Abteilung V (Marine- und Seekriegsgeschichte), doch konzentrierte sich diese fast vollständig auf den Zweiten Weltkrieg.

Auch im Bundesarchiv-Militärarchiv ging man ziemlich stiefmütterlich mit dem Themenfeld Matrosenaufstand und Revolution um. Erich Murawski, der erste Archivchef, hatte im Zweiten Weltkrieg als Referatsleiter in der Amtsgruppe für Wehrmachtspropaganda im Oberkommando der Wehrmacht gedient, wo man nicht sonderlich gut auf den Kieler Matrosenaufstand und die Novemberrevolution zu sprechen gewesen war.[59] Als Leiter der Abteilung Militärarchiv des Bundes-

[58] Vgl. Groß, Einführung, in: Der Krieg zur See 1914–1918, Bd. 7, S. 19–24.
[59] Vgl. Daniel Uziel, The Propaganda Warriors. The Wehrmacht and the Consolidation of the German Home Front, Oxford u. a. 2008.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

archivs zeigte er wenig Interesse an einer Studie zum Kieler Matrosenaufstand. Der einleitend beschriebene Vorstoß von Murawskis Nachfolger Teske ist schon vor diesem Hintergrund bemerkenswert. Allerdings bleibt die Frage, wie gründlich und unvoreingenommen Teske bei einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Novemberereignisse gewesen wäre, hatte er doch selbst seit 1921 der Reichswehr angehört und es in der Wehrmacht bis zum Oberst im Generalstab gebracht.[60] Als Militärschriftsteller und Begründer der im Rahmen der „Scharnhorst Buchkameradschaft" erschienenen Reihe „Die Wehrmacht im Kampf" zeigte er sich nach 1945 jedenfalls als Anhänger einer akteurszentrierten Operationsgeschichte, die politisch heikle Themen weitgehend aussparte und im Zeichen der Legende von der „sauberen Wehrmacht" stand.[61]

Was die Bundesmarine anging, so hätte die Auswahl ihrer Gründerväter mit Blick auf Matrosenaufstand und Novemberrevolution kaum unglücklicher verlaufen können. Gerhard Groß schrieb später über den ersten Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Ruge:

> „Wie seinen Vorgängern ging es Ruge nicht um eine kritische wissenschaftliche Aufarbeitung, sondern um eine im national-konservativen Sinne applikatorische und dem Ansehen der Marine fördernde Darstellung der Geschichte der Kaiserlichen Marine, denn mit der Gründung der Bundesmarine 1956 hatte die Marineführung im Tirpitzschen Sinne die bewußte Pflege des historischen Erbes deutscher Marinen zur Legitimierung der eigenen Position innerhalb der Gesellschaft und der Streitkräfte übernommen."[62]

Sieht man sich die Vita der ersten Inspekteure der Bundesmarine an, wird ihre negative Haltung zu Matrosenaufstand und Novemberrevolution verständlicher. Friedrich Ruge, ein Angehöriger der Crew von 1914, diente zum Zeitpunkt des Kieler Matrosenaufstands als Leutnant und Wachoffizier auf einem Torpedoboot und war so von den Wirren jener Zeit direkt betroffen. Während seiner Dienstzeit als Inspekteur, aber auch in den Jahren danach, bemühte sich Ruge nicht um eine Aufarbeitung der Matrosenunruhen von 1917 und 1918, sondern setzte vielmehr einiges daran, um die Reichsmarine in einem möglichst hellen Licht erscheinen zu lassen. Dabei unterstützte er unter anderem Siegfried Sorge bei seiner Arbeit. Sorge war Angehöriger der Crew von 1916 und nach dem Krieg Kompanieführer in der Marinebrigade von Loewenfeld gewesen, die als antirepublikanisch, antidemokratisch und antisemitisch galt. Während des Zweiten Weltkriegs stieg Sorge zum Konteradmiral auf. In der Kriegsmarine wurde er vor allem durch sein Buch „Der Marineoffizier als Führer und Erzieher" be-

[60] Vgl. Rolf Düsterberg, Soldat und Kriegserlebnis. Deutsche militärische Erinnerungsliteratur (1945–1961) zum Zweiten Weltkrieg, Tübingen 2000, S. 264.

[61] Der erste Band erschien 1954, Hermann Teske steuerte selbst zwei Bände zu seiner Reihe bei: Bewegungskrieg. Führungsprobleme einer Infanterie-Division im Westfeldzug 1940, Heidelberg 1955, und Wenn Gegenwart Geschichte wird..., Neckargemünd 1974.

[62] Groß, Einführung, in: Der Krieg zur See 1914–1918, Bd. 7, S. 20.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kannt.[63] Ruge förderte die mitunter stark idealisierenden Darstellungen der Reichsmarine durch Sorge tatkräftig. In einem Vorwort zu einer längeren Abhandlung Sorges schrieb Ruge 1972: „Besonders deutlich wird, wie man in der Reichsmarine aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hatte und um eine vorbildliche ‚Innere Führung‘ mit Erfolg bemüht war. [...] Dem Politiker und dem Soldaten von heute hat diese Darstellung viel Stoff zum Nachdenken zu bieten.“[64] Ruge selbst gab noch 1978 vor allem der Regierung des Prinzen Max von Baden die Schuld am damaligen Aufstand: „Der tiefste Grund für Meuterei und Revolution lag zweifellos darin, daß eine schwache Regierung eine überbeanspruchte Nation weder politisch noch menschlich führte.“[65]

1958 kam es zu einem Vorfall, der die Marine mit ihrem bis dato ungeliebten Erbe aus dem Jahr 1918 konfrontierte. Die evangelischen Militärpfarrer des Wehrbereichs I hatten mit Unterstützung der evangelischen Akademie in Hamburg eine evangelische Rüstzeit für Bundeswehroffiziere in Glücksburg organisiert. Zu diesem Anlass wurde der Sicherheitsreferent der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und spätere Brigadegeneral Friedrich Beermann[66] eingeladen, um einen Vortrag zum Thema „Tradition der Bundesmarine“ zu halten. Der frühere Oberstleutnant der Wehrmacht hatte längere Zeit für das Amt Blank gearbeitet und unter anderem den Begriff Staatsbürger in Uniform mitgeprägt. Vor den anwesenden Offizieren und Offizieranwärtern von Heer, Marine und Luftwaffe hielt er eine Rede, in der er die Traditionswürdigkeit der 1917 hingerichteten Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis hervorhob.[67] In einer anschließenden Diskussion verteidigte er seinen Standpunkt und betonte, dass die beiden Matrosen für ihn wesentlich bedeutender seien als die beiden Großadmiräle Dönitz und Raeder. Daraufhin verließen die anwesenden Marineoffiziere aus Protest den Saal.

Ihr Wortführer war der Fregattenkapitän und Ritterkreuzträger Otto Schuhart. Er erklärte in der kurzen, aber hitzigen Debatte, für ihn als ehemaligen Offizier der Reichsmarine komme eine Ehrung von meuternden Matrosen nicht in Frage. Schuhart war 1956 erster Leiter der Marineakademie der Bundesmarine, verant-

[63] Vgl. Siegfried Sorge, Der Marineoffizier als Führer und Erzieher, Berlin 1937.

[64] Siegfried Sorge, Die Reichsmarine der Weimarer Zeit. Ein Stück erlebte Marinegeschichte, Bremen 1972, S. 2.

[65] Friedrich Ruge, Meuterei und Revolution 1917/18. Erlebnisse und Erfahrungen, in: Marine Forum 53 (1978), S. 248–255 und S. 256–260, hier S. 258.

[66] Friedrich Beermann (1912–1975) Jurist, Offizier und Politiker, 1969–1975 Mitglied des Bundestags (SPD); vgl. Eckardt Opitz, Friedrich Beermann und die Wehrpolitik der SPD von 1955 bis 1959, in: Die Neue Gesellschaft 24 (1977), S. 869–872.

[67] Nachdem Matrosen der Kaiserlichen Marine in Wilhelmshaven gegen willkürliche Bestrafungen, schlechte Menschenführung und mangelhafte Versorgung protestiert hatten, nahm die Marineführung im August 1917 umfangreiche Verhaftungen vor. Insgesamt zehn Matrosen und Heizer wurden zum Tode verurteilt. Die Urteile gegen Max Reichpietsch und Albin Köbis wurden am 5.9.1917 vollstreckt, die anderen Todesurteile in Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen umgewandelt; vgl. Stephan Huck, Marinestreiks und Matrosenaufstände. Menetekel der Revolution?, in: Kinzler/Tillmann (Hrsg.), Stunde der Matrosen, S. 78–83.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wortete später die Prüfverfahren für Offizieranwärter der Marine und war Kommandeur der Marinestützpunkte in Kiel und Flensburg-Mürwik. Damit hatte er einen wesentlichen Einfluss auf die Auswahl und Ausbildung der ersten Offizieranwärter der Bundesmarine.

Der Vorfall in Glücksburg erregte großes Aufsehen in der Öffentlichkeit und hatte zur Folge, dass Staatssekretär Josef Rust, Generalinspekteur Adolf Heusinger und Vizeadmiral Ruge eine gemeinsame Erklärung aufsetzten, in der sie betonten, dass die Matrosen Reichpietsch und Köbis niemals Vorbilder der Bundesmarine sein könnten. Zugleich veröffentlichte das Verteidigungsministerium aber auch eine Erklärung, in der es hieß: „Die einstigen Großadmiräle Dönitz und Raeder sind nicht die Vorbilder der Bundesmarine."[68] Immerhin hatten die Ereignisse in Glücksburg zur Folge, dass Vizeadmiral Ruge das Traditionsverständnis der Marine, nach einem ersten Vorstoß 1957,[69] nun erneut auf die Tagesordnung setzen musste. In einem Rundschreiben an alle Marineverbände forderte er am 5. Januar 1959 Vorschläge und Stellungnahmen der Kommandeure zum Thema Marine und Tradition und ermutigte alle Marineangehörigen, sich als Staatsbürger in Uniform aktiv am demokratischen Meinungsbildungsprozess zu beteiligen.[70] Seine eigene Haltung zu den Marineunruhen in den Jahren 1917/18 änderte Ruge nicht. Auch zog der Aufruf vom Januar 1959 keine nachhaltigen Veränderungen nach sich. Es gelang nicht, ein klares Traditionsverständnis für die Bundesmarine zu formulieren. Friedrich Beermann seinerseits bekam kaum Möglichkeiten, sich für eine Neubewertung der Meutereien von 1917/18 stark zu machen oder diese gar in die Erinnerungskultur der Bundeswehr einzubringen. Als „SPD-General" abgestempelt, blieb er weitgehend isoliert.[71]

Als Vizeadmiral Ruge im Sommer 1961 seinen Schreibtisch räumte, brachte dies keine Verbesserung der Situation. Im Gegenteil: Mit Vizeadmiral Karl-Adolf Zenker erhielt die Bundesmarine einen noch weitaus konservativeren Inspekteur, als es Ruge zuvor gewesen war. Zenker war bereits 1955 als Kapitän zur See in die Bundesmarine eingetreten. Schon knapp drei Wochen nach seinem Diensteintritt sah er sich in einen Skandal verwickelt, als er am 16. Januar 1956 vor neuen Angehörigen der Bundesmarine eine offizielle Rede hielt, die er mit der Bemerkung begann, er habe die Zustimmung von Großadmiral Raeder eingeholt, bevor er die

[68] Zit. nach Der Spiegel vom 3.12.1958: „Rüstzeit für Offiziere".

[69] Vizeadmiral Ruge schrieb bereits im Februar 1957 (Kommandeurbrief 3/1957, 27.2.1957) eine Anweisung an alle Marinekommandeure zum Thema Tradition, in der es jedoch eher allgemein vor allem um die Nutzung von Symbolen und eine Definition von Tradition als sittlichen Begriff ging. Die Erwähnung des Kommandeurbriefs bei Donald Abenheim, Reforging the Iron Cross. The Search for Tradition in the West German Armed Forces, Princeton 1988, S. 188.

[70] Vgl. Frank Nägler, Der gewollte Soldat und sein Wandel. Personelle Rüstung und Innere Führung in den Aufbaujahren der Bundeswehr 1956 bis 1964/65, München 2010, S. 451.

[71] John Zimmermann, Ulrich de Maizière. General der Bonner Republik 1912 bis 2006, München 2012, S. 187. Vgl. auch Dermot Bradley, Die Generale und Admirale der Bundeswehr 1955–1999. Die militärischen Werdegänge, Bd. 1, Osnabrück 1998, S. 100–102.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

neue Uniform angezogen habe.[72] Im weiteren Verlauf seines Vortrags führte er die Tradition der Bundesmarine ungebrochen bis in das Jahr 1848 zurück und trat dabei deutlich für die Admiräle Raeder und Dönitz ein.[73] Diese sogenannte Zenker-Rede führte in der Bundesrepublik zu scharfer Kritik, die vor allem den damaligen Verteidigungsminister Theodor Blank (CDU) traf. Zenker hatte jedoch keine Konsequenzen zu fürchten, machte in den folgenden Jahren rasch Karriere und folgte Vizeadmiral Ruge im Amt des Marineinspekteurs nach.

Zenker wurde 1907 geboren und kannte den Ersten Weltkrieg vor allem aus den Erzählungen seines Vaters, des Admirals Hans Zenker. Dieser hatte während des Matrosenaufstands das Kommando über den Sicherungsverband Nordsee und stieg in der Reichsmarine zwischen 1924 und 1928 zum Chef der Marineleitung auf. Als der Admiral 1932 starb, bekam sein Sohn den Auftrag, die Asche des Vaters dort der See zu übergeben, wo 1916 die Skagerrak-Schlacht stattgefunden hatte.

Karl-Adolf Zenker hatte eine Geisteshaltung verinnerlicht, die sich bei vielen aktiven Marineoffizieren fand – vor allem bei jenen, die bereits im Zweiten Weltkrieg ein Kommando innegehabt hatten. Dies zeigte sich auch bei der Auseinandersetzung mit der Rolle der Marine in beiden Weltkriegen. So ließ Oberst Dr. Hans Meier-Welcker, der Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, seinen Abteilungsleitern durchaus einen gewissen Spielraum. Jedoch machten die für Marinefragen zuständigen Sektionschefs im Forschungsamt davon keinerlei Gebrauch. Vor allem Kapitän zur See Gerhard Bidlingmaier war der beste Verbündete der Inspekteure Ruge und Zenker. Der damalige Abteilungsleiter Marine kam aus der Reichsmarine (Crew 1925) und hatte nur wenig für die Novemberrevolution übrig. Als es Meier-Welcker ablehnte, den unveröffentlichten siebten Band („Vom Sommer 1917 bis zum Kriegsende 1918“) aus der zwischen 1920 und 1937 erschienenen Reihe „Der Krieg zur See 1914–1918“ unkommentiert herauszugeben, war Bidlingmaier dezidiert anderer Meinung, und er stand damit nicht allein da.

Eine Gruppe konservativer Historiker, allen voran Walther Hubatsch,[74] zeichnete ein überaus positives Bild der Kaiserlichen Marine mit Großadmiral Alfred von

[72] Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 140. Sitzung, 2. Wahlperiode, 18.4.1956, S. 7208 f.; dip21.bundestag.de/dip21/btp/02/02140.pdf [5.5.2020].

[73] Vgl. Burkhard Köster, „Tradition“ der Traditionsdiskussionen? Zwischen kühler Ratio und emotionalem Anspruch, in: Eberhard Birk/Winfried Heinemann/Sven Lange (Hrsg.), Tradition für die Bundeswehr. Neue Aspekte einer alten Debatte, Berlin 2012, S. 105–122, hier S. 108 f., und Dieter Krüger, Das schwierige Erbe. Die Traditionsansprache des Kapitäns zur See Karl-Adolf Zenker 1956 und ihre parlamentarischen Folgen, in: Werner Rahn (Hrsg.), Deutsche Marinen im Wandel. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit, München 2005, S. 549–564.

[74] Walther Hubatsch (1915–1984) hatte zunächst als Frontoffizier in der Wehrmacht gedient, bevor er versetzt wurde, um am Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht mitzuarbeiten. Nach dem Krieg wirkte Hubatsch an verschiedenen deutschen Universitäten, zuletzt in Bonn. Für Aufsehen sorgte u. a. seine Quellenveröffentlichung: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, in der Hubatsch ungewöhnlich deutlich für Hindenburg Partei ergriff. Vgl. auch Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit von 1500 bis zur Gegenwart, Bd. 6:

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Tirpitz als Schlüsselfigur. Ein Ziel dürfte gewesen sein, die Kaiserliche Marine für die Bundesmarine zu einer traditionswürdigen Vorgängerin zu machen. Vizeadmiral Zenker unterstützte als Marineinspekteur derartige Ideen,[75] die wenig Raum dafür ließen, die massenhafte Erhebung von Angehörigen der Kaiserlichen Marine wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Als der siebte Band der Reihe „Der Krieg zur See 1914–1918" schließlich 1965 ohne ein Kapitel zum Kieler Matrosenaufstand und zur Revolution von 1918 veröffentlicht wurde, gab es nur wenig Kritik. Gerhard Groß konnte zwei Zeitschriften ausfindig machen, in denen das Buch besprochen wurde: in den *Marine-Offizier-Hilfe-Nachrichten* und in der *Truppenpraxis*.[76] Unter den zahlreichen Traditionalisten, die das Werk ausdrücklich lobten, tat sich vor allem Alfred Schulze-Hinrichs hervor. Dieser hatte bereits in der Reichsmarine als Offizier gedient, wurde im Zweiten Weltkrieg mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet und fungierte zwischen 1943 und 1945 im Rang eines Kapitäns zur See als Leiter der Marinekriegsakademie, bevor er 1957 in die Bundesmarine eintrat. In einer kurzen Buchbesprechung lobte er 1968 nicht nur das Werk in seiner Gesamtheit ausdrücklich, sondern beschied ihm auch einen hohen Wert für die Offizierausbildung in der Bundesmarine.[77] Es ist nachvollziehbar, dass Schulze-Hinrichs als altgedienter Marineoffizier das Kapitel über Matrosenaufstand und Revolution nicht sonderlich vermisste, doch wie stand es mit der Meinung der jüngeren Generation? Ein Indiz dafür ist ein Leserbrief des späteren Amtschefs des Militärgeschichtlichen Forschungsamts Werner Rahn. Der Kapitänleutnant fand für Schulze-Hinrichs' Rezension kritische Worte: „Wer sich als junger Offizier in diesem Werk über die innere Situation der Hochseeflotte, über die Meuterei 1917 und die Matrosenrevolte 1918 informieren will, muss betrübt feststellen, dass Auskünfte darüber entweder spärlich und einseitig sind oder ganz fehlen."[78]

Als Militärhistoriker leistete Rahn in den 1980er und 1990er Jahren einen großen Beitrag, nicht nur die Geschichte der Kaiserlichen Marine, sondern auch die Geschichte der Reichsmarine und der Kriegsmarine zu erforschen. Die Geschichte der Matrosenaufstände und der Novemberrevolution blieb freilich trotz allem ein Stiefkind der westdeutschen Militärgeschichte. Es gab lediglich kleinere Versuche, den Kieler Matrosenaufstand und die Novemberrevolution von 1918 aufzuarbeiten. Dennoch schrieb Wilhelm Deist vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt 1966 in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte*: „Über den äußeren Verlauf der Meuterei von den ersten Befehlsverweigerungen am 29. Oktober auf der

Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg (1919–1945), 2. Teil: Persönliche Quellen, bearb. von Wolfgang Elz, Darmstadt 2003, S. 8.

[75] Vgl. Rojek, Versunkene Hoffnungen, S. 418.

[76] Vgl. Groß, Einführung, in: Der Krieg zur See 1914–1918, Bd. 7, S. 21.

[77] Vgl. Alfred Schulze-Hinrichs, Der Krieg zur See 1914–1918. Das Admiralstabswerk über den Ersten Weltkrieg, in: Truppenpraxis 11/1968, S. 870 f.

[78] Werner Rahn, Leserbrief zur Buchvorstellung von „Der Krieg zur See 1914–1918", in: Truppenpraxis 5/1969, S. 612. Vgl. auch ders., Reichsmarine und Landesverteidigung 1919–1928. Konzeption und Führung der Marine in der Weimarer Republik, München 1976, sowie ders. (Hrsg.), Deutsche Marinen im Wandel.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in und vor Wilhelmshaven versammelten Flotte bis zur Überwältigung des Reichskriegshafens Kiel durch die Mannschaften des III. Geschwaders am 4. November besteht weitgehend Klarheit.“[79]

Rückblickend hat dieser Satz schon fast symbolischen Charakter, folgte Deist doch hier bereits einer Legende aus den Jahren der Weimarer Republik: Für den Aufstand in Kiel sei in der Marine nur ein kleiner Personenkreis verantwortlich zu machen. In Wahrheit waren die Mannschaften des III. Geschwaders jedoch am Umsturz in Kiel kaum beteiligt. Diverse zeitgenössische Meldungen belegen glaubhaft, dass bereits beim ersten Ausbruch offener Gewalt am 3. November 1918 unter den circa 5.000 rebellierenden Matrosen maximal 50 zum III. Geschwader gehörten. Als die Stadt am Nachmittag des 4. November unter die Kontrolle der Matrosen fiel, befand sich das III. Geschwader bereits auf hoher See.[80]

1977 gab das Militärgeschichtliche Forschungsamt den vielbeachteten Abschnitt VIII des „Handbuchs zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939“ heraus, und erstmals nahm das Thema Matrosenaufstand in der Militärgeschichtsschreibung breiteren Raum ein. Jost Dülffer widmete in seinem Kapitel „Reichs- und Kriegsmarine 1918–1939“ den Ereignissen des Novembers 1918 und den daraus erwachsenen Folgen immerhin neun Seiten.[81] Obwohl Dülffer versuchte, die Ereignisse zu beschreiben und zugleich Ursachenforschung zu betreiben, wurde er dem Gegenstand nur teilweise gerecht. Dies lag nicht zuletzt daran, dass sich Dülffer lediglich auf drei Schauplätze des Aufstands konzentrierte – Wilhelmshaven, Kiel, Berlin – und dabei weder das wahre Ausmaß des Aufstands noch dessen Bedeutung angemessen beurteilte. Da er sich fast ausschließlich auf die spärliche Forschungsliteratur stützte, spiegelten seine Ausführungen auch deren offensichtliche Schwächen und Leerstellen.

In den 1980er Jahren kam es im Militärgeschichtlichen Forschungsamt zu einem langsamen Umdenken und zu einer Neubewertung der Novemberereignisse. Nun erkannte man dort die Notwendigkeit, sich mit diesem lange vernachlässigten Thema auseinanderzusetzen. Mit Ernst-Heinrich Schmidt versuchte sich 1981 ein führender Militärhistoriker an einer ersten umfangreichen Aufarbeitung der Novemberunruhen, die sich direkt auf Archivquellen stützte.[82] Der Leiter des Wehrgeschichtlichen Museums in Rastatt konnte dazu bereits auf Dirk Dähnhardts[83]

[79] Wilhelm Deist, Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: VfZ 14 (1966), S. 341–368, hier S. 341.

[80] Ein Beleg ist hierfür u. a. ein ausführlicher Bericht des Führers des III. Geschwaders, Vizeadmiral Hugo Kraft, der die Anzahl der damals unerlaubt von Bord abwesenden Matrosen genau ermitteln ließ; BArch-MA, RM 8/1008, Bericht, 12.11.1918.

[81] Vgl. Jost Dülffer, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918–1939, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939, Bd. 4, Abschnitt VIII: Deutsche Marinegeschichte der Neuzeit, München 1979, S. 337–488.

[82] Vgl. Ernst-Heinrich Schmidt, Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981.

[83] Vgl. Dähnhardt, Revolution in Kiel. 1977 schrieb Dähnhardt seine Dissertation über den Kieler Matrosenaufstand, die ein Jahr später veröffentlicht wurde. Sie gilt bis heute als Standardwerk; aus militärhistorischer Sicht krankt diese Studie jedoch an der fehlenden Untersuchung

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und Ulrich Kluges[84] umfassende Arbeiten über die Ereignisse in Kiel und die Verbreitung der Revolution zurückgreifen. Diese Studien bilden bis heute das Fundament für die meisten Beiträge zur Novemberrevolution, sind aber in vielen Detailfragen inzwischen veraltet und umstritten. Bei der Lektüre von Schmidts Buch zeigt sich rasch, dass dieser weder in irgendeinem Bezug zur Marinegeschichtsschreibung stand, noch die Bedeutung der Ostsee bei der Verbreitung des Aufstands erkannte. Schmidt leistete Pionierarbeit, als er die verstreuten Quellen aus Heeresprovenienz zusammentrug und erstmals sowohl die Dimension des Kieler Matrosenaufstands als auch die Ausbreitung der Revolte nachzeichnete. Aber auch er übersah bestimmte Marinestandorte an der Küste und blendete die Rolle weitgehend aus, die Einheiten auf See und Marinefliegerverbände bei der Verbreitung des Aufstands spielten. Seine Schilderungen der Ereignisse auf der Ostsee und in der dortigen Küstenregion beschränken sich im Grunde nur auf wenige Sätze. Zudem ließ sich Schmidt von irreführenden Narrativen beeinflussen, die sich herausbilden und halten konnten, weil die akademische Geschichtsschreibung den Aufstand so lange hatte im Abseits stehen lassen.[85]

Nach Schmidts Arbeit wurde es wieder ruhig um den Kieler Matrosenaufstand und um die zentrale Rolle des Militärs in der Novemberrevolution. Aber wenn das Thema auf die Tagesordnung kam, blieben Konflikte und Deutungskämpfe nicht aus, wie sich bei Wolfram Wettes Biografie über Gustav Noske zeigte. Wette, selbst ehemaliger Offizier, arbeitete von 1971 bis 1995 als Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Als er 1986 seine Studie über den sozialdemokratischen Reichswehrminister fertiggestellt hatte, erklärte der Beirat unter dem Vorsitz von General a.D. Johann Adolf Graf von Kielmansegg, das Werk sei nicht druckreif.

der Ereignisse im Kieler Hafen und auf den Schiffen. Zudem legte Dähnhardt einige der damaligen Entscheidungen und Beschlüsse falsch aus. Neuere Quellenfunde widerlegen inzwischen einige seiner Aussagen.

[84] In seiner Dissertation von 1972 untersuchte Kluge den Ausbruch der Unruhen und die Bildung der Soldatenräte in mehreren deutschen Städten. Allerdings steht Kluges Quellenbasis auf schwachen Füßen. Die von ihm verwendeten Werke wurden oft bereits bei ihrer Veröffentlichung in wissenschaftlichen Kreisen kritisiert und halten heute einer kritischen Auseinandersetzung häufig nicht mehr stand; vgl. Kluge, Soldatenräte und Revolution.

[85] Als Beispiel mag Schmidts Charakterisierung und Beurteilung des Kieler Gouverneurs, Admiral Wilhelm Souchon, genügen. Schmidt wurde offenbar durch (unbelegte) Meinungen in Bezug auf Souchon derart beeinflusst, dass er seine sonst meist sachliche Haltung aufgab. Er beschrieb Souchon als Mann, der „vor der Matrosenrevolte kapituliert[e]“, sprach von „wortloser Passivität“, „Furcht“, „Unsicherheit“, „Zwielicht“ und „charakterliche[m] Fehlverhalten“ (Schmidt, Heimatheer und Revolution, S. 59 f. und S. 63). Solche Urteile erweisen sich bei einer näheren Untersuchung der Ereignisse in Kiel als sehr vorschnell und oberflächlich. Einerseits ist es falsch, von den Ereignissen in Kiel ein Gesamturteil über Souchons Leistungen und Fähigkeiten zu fällen, ohne seinen jahrelangen Einsatz als Geschwader- und Flottenchef im Mittelmeer, dem Schwarzen Meer und in den baltischen Gewässern zu berücksichtigen. Andererseits wäre es angebrachter, sich bei einer intensiveren Untersuchung der Ereignisse vor Augen zu führen, dass Admiral Souchon nicht einmal 48 Stunden im Amt war, als das III. Geschwader in Kiel erschien. In diesem Zusammenhang übersah Schmidt auch, dass in den ersten 48 Stunden nach Eintreffen des III. Geschwaders in Kiel nicht Souchon die wichtigsten Anweisungen in Kiel gab, sondern sein Stabschef, Konteradmiral Hans Küsel.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wette musste sich sagen lassen, er übe die gleiche Art von Kritik an Noske wie seinerzeit die Kommunisten.[86]

Andere Werke, die im direkten Auftrag oder im Umfeld des Militärgeschichtlichen Forschungsamts entstanden, thematisierten auch die Marine- und Seekriegsgeschichte, setzten zeitlich jedoch entweder deutlich vor oder erst nach dem Kieler Matrosenaufstand ein. 1983 gaben das Deutsche Marine Institut und die Deutsche Marine-Akademie ein Buch mit dem Titel „Die Deutsche Marine. Historisches Selbstverständnis und Standortbestimmung“ heraus.[87] Wer damals in Marine und Marinegeschichtsschreibung Rang und Namen hatte, war aufgefordert worden, einen Beitrag beizusteuern. Tatsächlich fand auch der Kieler Matrosenaufstand seinen Weg in diesen Sammelband. Werner Rahn schilderte in einem kurzen Abriss den Verlauf der Ereignisse in Kiel und wies vor allem kritisch auf Führungsprobleme in der Kaiserlichen Marine hin, konnte seine Ausführungen jedoch nicht vertiefen. Die eigentliche Bedeutung des Aufstands für die Marinegeschichte zeigte er nicht auf.[88]

2006 veröffentlichte das Militärgeschichtliche Forschungsamt ein über 730 Seiten umfassendes Werk mit dem Titel „Deutsche Marinen im Wandel“,[89] das keinen Beitrag zum Kieler Matrosenaufstand oder zur Novemberrevolution enthält. Im selben Jahr erschien eine neue, diesmal kritisch kommentierte Version des siebten Bands der Reihe „Der Krieg zur See 1914–1918“. Als Herausgeber fungierte mit Gerhard Groß ein Militärhistoriker des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, der bereits im Vorfeld wichtige Forschungsarbeiten zur Marinegeschichte geleistet hatte. Groß relativierte und widerlegte teilweise die Legenden um den geplanten Flottenvorstoß, der die Unruhen im Herbst 1918 in Wilhelmshaven ausgelöst und damit den Hintergrund für den späteren Aufstand in Kiel geliefert hatte.[90] Er kritisierte zwar die mangelhafte wissenschaftliche Aufarbeitung, ohne aber selbst weiter tätig zu werden. Gleiches gilt für den damaligen Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, Oberst Dr. Hans Ehlert, der zwar den eigentümlichen Umgang der früheren deutschen Marinen mit ihrer eigenen Geschichte konstatierte, ohne aber Konsequenzen aus dieser Einsicht zu ziehen. Noch im Frühjahr 2018 nahmen führende Militärhistoriker des Zentrums für Militärgeschichte und Sozial-

[86] Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988, S. 193–195. Wolfram Wette veröffentlichte seine Studie, mit der er sich an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg habilitierte, 1987 im Düsseldorfer Droste-Verlag unter dem Titel: Gustav Noske. Eine politische Biographie. In diesem Zusammenhang auch erwähnenswert: Wolfram Wette, Gustav Noske und die Revolution in Kiel 1918, Heide 2010.

[87] Vgl. Die Deutsche Marine. Historisches Selbstverständnis und Standortbestimmung, hrsg. vom Deutschen Marine Institut und von der Deutschen Marine-Akademie, Bonn 1983.

[88] Vgl. Werner Rahn, Führungsprobleme und Zusammenbruch der Kaiserlichen Marine 1917/18, in: Ebenda, S. 171–189.

[89] Vgl. Rahn (Hrsg.), Deutsche Marinen im Wandel.

[90] Vgl. Gerhard P. Groß, Eine Frage der Ehre? Die Marineführung und der letzte Flottenvorstoß 1918; in: Jörg Duppler/Gerhard P. Groß (Hrsg.), Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999, S. 349–366.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wissenschaften der Bundeswehr, in dem das Militärgeschichtliche Forschungsamt aufgegangen war, zum Thema Traditionsverständnis Stellung. Dabei betonte der wissenschaftliche Leiter Michael Epkenhans, die preußischen Reformer und ihre Ideen seien auch weiterhin traditionsstiftend für die Bundeswehr, „selbst wenn sie nicht in allem unseren heutigen Vorstellungen von Demokratie gerecht werden".[91] Ein Hinweis auf den Kieler Matrosenaufstand und die Revolution von 1918 fehlt.

VI. Derzeitige Situation und Ausblick

Bis heute liegt keine Monografie über die Militärrevolten des Jahrs 1918 vor, die gegenwärtigen wissenschaftlichen Standards genügt. Autoren wie Klaus Franken oder Nicolas Wolz beleuchteten zwar die Hintergründe der Krise, in der sich die Kaiserliche Marine bei Kriegsende befand, thematisierten den Kieler Matrosenaufstand und die Novemberrevolution jedoch nur am Rande.[92] Zunehmend verlegt sich die Historiografie auf den Bereich der Rezeptionsgeschichte – ungeachtet des Umstands, dass der Verlauf der Ereignisse in weiten Regionen Deutschlands noch unaufgearbeitet ist, und trotz des Wissens, dass ein Großteil früherer Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex auf einer schwachen Quellenbasis ruht. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es geht hier nicht darum, dem Genre der Rezeptionsgeschichte die Existenzberechtigung abzusprechen.[93] Allerdings sei an dieser Stelle die Frage erlaubt, ob man sich intensiv der Rezeptionsgeschichte widmen kann, wenn der Verlauf der Ereignisse nicht eindeutig geklärt ist und man sich auf Werke stützt, deren Quellengrundlage sich bei eingehender Prüfung als fehlerhaft herausstellt?

Folgt man den Unruhen von Wilhelmshaven nach Kiel und versucht, ihren Weg von dort aus weiterzugehen, ergeben sich bereits bei einer Rekonstruktion der Ereignisse in Kiel noch viele offene Fragen. Dies liegt vor allem daran, dass die Masse der heute noch verhältnismäßig schnell zugänglichen Berichte nicht von den Hauptakteuren, also einfachen Matrosen und Soldaten oder Unteroffizieren, stammt; vieles wurde zudem erst mit großem zeitlichem Abstand zu Papier ge-

[91] Michael Epkenhans, Säulen der Tradition. Preußische Reformer und Bürgersoldaten bleiben traditionsstiftend, in: if – Zeitschrift für Innere Führung 62 (2018), S. 28–35, hier S. 35.

[92] Vgl. Franken, Schwarz-Weiß-Rot zu Schwarz-Rot-Gold; Nicolas Wolz, Das lange Warten. Kriegserfahrungen deutscher und britischer Seeoffiziere 1914 bis 1918, Paderborn 2008, und ders., „Und wir verrosten im Hafen". Deutschland, Großbritannien und der Krieg zur See 1914–1918, München 2013.

[93] Auf dem Feld der Rezeptionsgeschichte hat vor allem Wolfgang Niess großartige Arbeit geleistet. In seinem 2013 veröffentlichten Werk stellte er eine ganze Reihe früherer Veröffentlichungen zur Revolution von 1918 auf den Prüfstand. Es hat bislang keine vergleichbare Arbeit gegeben, die so ausführlich die Geschichtsschreibung zur Revolution von 1918 analysiert hat. Über 30 Werke von 1919 bis 2010 hat Niess untersucht. Allerdings konzentrierte er sich dabei weder direkt auf die Militärgeschichtsschreibung, noch brachte er Fehler und Versäumnisse in früheren Werken mit der mangelhaften ereignisgeschichtlichen Aufarbeitung oder einer problematischen Quellenauswahl in Verbindung. Viel mehr betonte er die Abhängigkeit der Geschichtsschreibung der vergangenen 100 Jahre vom jeweiligen „Zeitgeist"; vgl. Niess, Revolution von 1918/19.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bracht. Verlässt man dann erst einmal Kiel, werden die Fragen zur Verbreitung des Aufstands, zum Verlauf der Meutereien in den umliegenden Garnisonen und zu den Gegenmaßnahmen des alten Regimes rasch immer zahlreicher und zeigen Forschungslücken ebenso auf wie Fehleinschätzungen. Sehr rasch führen eingehendere Recherchen aber auch zu neuem Quellenmaterial, das verschiedenste Ereignisse in einem ganz anderen Licht erscheinen lässt. Der Aufstand von 1918 ist in seinem Verlauf so einzigartig, dass es nicht der Anspruch der militärgeschichtlichen Forschung sein kann, als Ergebnis die Ausrufung der Republik am 9. November 1918 zu konstatieren. Der Weg dorthin ist im Gegenteil ein Thema eigenen Rechts.

Vergleicht man beispielsweise den von Markus Schmidgall mühevoll rekonstruierten Ausbruch und Verlauf der Novemberaufstände im badischen Militär mit der umfangreichen Arbeit von Peter Kuckuk über die zeitgleichen Ereignisse in Bremen, zeigen sich Unterschiede, die eine Verallgemeinerung kaum zulassen.[94] Die Arbeiten von Schmidgall und Kuckuk sind ermutigende Beispiele für eine Rekonstruktion der Novemberereignisse von 1918 in Deutschland, die inzwischen zumindest auf regionaler Ebene stattfindet. Schmidgall hat zudem mit dem Großherzogtum Baden eine Region untersucht, die man nur selten mit dem Matrosenaufstand und der Novemberrevolution direkt in Verbindung bringt. In vielen ehemaligen Garnisonstädten und Regionen Deutschlands ist die Geschichte der Revolte der Matrosen von 1918 noch unerforscht. Es bedarf hier noch großer Anstrengungen – ganz zu schweigen von dem schwierigen Schritt, die einzelnen Puzzleteile zu einem Gesamtbild zusammenzufügen.[95]

Einen beeindruckenden Vorstoß unternahmen in jüngerer Zeit Jens Buttgereit und Sonja Kinzler, die speziell die Rolle von Matrosen bei der Ausbreitung der Revolution in 95 deutschen Städten untersuchten. Dabei konzentrierten sie sich bewusst auf Großstädte außerhalb von Schleswig-Holstein und nahmen mit Straßburg, Danzig und Königsberg auch Städte ins Visier, die heute nicht mehr zur Bundesrepublik Deutschland gehören. Vieles bleibt zwar oberflächlich, doch sind bereits erste Ergebnisse bemerkenswert, vor allem wenn es um die Rolle von Matrosen bei der Verbreitung des Aufstands geht. Buttgereit und Kinzler geben dabei nicht nur wichtige Hinweise auf die teilweise sehr unterschiedlichen Verbreitungswege des Aufstands über die Eisenbahn, den Seeweg und die Flugzeuge der Marineflieger, sondern auch zu den örtlichen Gegenmaßnahmen der jeweiligen Garnisonskommandos und den Aktionen der Matrosen in den jeweiligen Städten.[96] Damit zeigen sie den Weg auf, den es künftig weiter zu beschreiten gilt.

[94] Vgl. Markus Schmidgall, Die Revolution 1918/19 in Baden, Karlsruhe 2010, und Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution, Räterepublik, Restauration, 2., überarbeitete und erweiterte Aufl., Bremen 2017.

[95] Vgl. Thomas Stamm-Kuhlmann (Hrsg.), November 1918. Revolution an der Ostsee und im Reich, Greifswald 2020.

[96] Vgl. Sonja Kinzler/Jens Buttgereit, „Sturmvögel der Revolution“. Zur Verbreitung der Revolution durch (Kieler) Matrosen, in: Kinzler/Tillmann (Hrsg.), Stunde der Matrosen, S. 140–149.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Alles in allem ist zu konstatieren, dass es ungeachtet der Bedeutung der Ereignisse vom November 1918 noch große Forschungslücken gibt, die vor allem militärische Aspekte und die Verbreitung des Aufstands betreffen. Besonders für die Bundeswehr hat das Thema Potenzial – gerade in Hinblick auf die jüngsten Debatten zum Thema Tradition.[97] Es gibt in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts keinen vergleichbaren Fall; nur 1918 erhoben sich hunderttausende Soldaten und Matrosen, um Forderungen durchzusetzen, die demokratischen Freiheits- und Bürgerrechten auch für Angehörige des Militärs den Weg wiesen. Wer vom Staatsbürger in Uniform oder von der Inneren Führung spricht, der sollte von den Revolten des Jahrs 1918 nicht schweigen. Die bei Kriegsende erzwungene Einsetzung von gewählten Soldatenvertretern, die jenseits der etablierten militärischen Hierarchie Einfluss auf die alltägliche Dienstgestaltung nehmen konnten, erinnert bereits deutlich an Inhalte des Soldatinnen- und Soldatenbeteiligungsgesetzes.[98] Auch die heute selbstverständliche Begrenzung von Vorgesetzteneigenschaften und Befehlsbefugnissen zeigt deutliche Parallelen zu den Forderungen von Matrosen und Soldaten von 1918 auf.

Aus diesem Befund ergeben sich zwei Handlungsoptionen, von denen die eine geschichtspolitischer, die andere akademischer Natur ist. Die Bundeswehr täte zum einen gut daran, Matrosenaufstand und Novemberrevolution als traditionswürdige Ereignisse zu begreifen. Zum anderen ist die Geschichtswissenschaft gefragt: Weitere lokal- und regionalgeschichtliche Studien zu den entscheidenden Wochen im November 1918 sollten ebenso angestoßen werden wie eingehendere Untersuchungen zur Reichswehr in den Anfangsjahren der Weimarer Republik.[99]

Betrachtet man den Auftakt zur Novemberrevolution nicht nur als eine vor allem auf die Marine begrenzte lokale Meuterei, sondern als eine Erhebung des Militärs im Deutschen Reich, dann zeigt dies viel deutlicher, welche prodemokratischen Einflüsse auf die junge Reichswehr wirkten – oder hätten wirken können. Zudem gibt es inzwischen Hinweise auf hunderte Offiziere, die entweder die Revolution aktiv unterstützten oder aber zumindest bereit waren, die Republik zu verteidigen.[100] Auch für die NS-Zeit ergeben sich neue Ansätze; erste Untersuchungen

[97] Vgl. Donald Abenheim/Uwe Hartmann, Einführung in die Tradition der Bundeswehr. Das soldatische Erbe in dem besten Deutschland, das es je gab, Berlin 2019, und Birk/Heinemann/Lange (Hrsg.), Tradition.

[98] Das Soldatinnen- und Soldatenbeteiligungsgesetz (SBG) ist ein deutsches Bundesgesetz, das die Beteiligung der Soldatinnen und Soldaten der deutschen Bundeswehr durch Vertrauenspersonen, Gremien von Vertrauenspersonen und Personalvertretungen regelt. Es bestimmt das Wahlverfahren der Vertrauensperson, legt Art und Umfang ihrer Beteiligung fest und definiert die Gremien der Vertrauenspersonen. Das Gesetz leitet sich aus § 35 Soldatengesetz ab.

[99] Vgl. dazu Keller, Wehrmacht.

[100] Der Autor ist in diesem Untersuchungsfeld bereits seit mehreren Jahren forschend tätig. Ein Zusammenschluss prorepublikanischer Offiziere in Gestalt des Republikanischen Führerbunds wurde kürzlich durch Sebastian Elsbach, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik, Stuttgart 2019, S. 68–79, näher untersucht.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

legen den Verdacht nahe, dass zahlreiche Aktivisten der Militärrevolte von 1918 dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden und dass sie schon wegen ihrer Entscheidungen in die Mühlen des Verfolgungsapparats gerieten, die sie 1918 getroffen hatten. Aber wie dem auch sei: Matrosenaufstand und Novemberrevolution bilden ein Forschungsfeld, das reiche Früchte tragen wird, wenn man es nur richtig bestellt.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In Zeiten des Ausnahmezustands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Schutzhaft das wichtigste Instrument politischer Repression und sozialer Kontrolle. Schon während des Ersten Weltkriegs entwickelte sich eine enge Kooperation zwischen Militär, Zivilbehörden und Polizei, die versuchten, mit Hilfe der Schutzhaft die moralisch-sittliche Ordnung und die politische Einheit der imaginierten „Kriegsvolksgemeinschaft" aufrechtzuerhalten. Obwohl Bayern einen rechtlichen Sonderweg einschlug, unterschied sich die Praxis des Ausnahmezustands dort kaum von der im Reich. Die Gewalteskalation in der Frühphase der Weimarer Republik führte zu einer Radikalisierung und Brutalisierung der Schutzhaft. Erst nach 1923 setzte eine juristische und politische Normalisierung der innenpolitischen Situation ein. Am Schluss ihres Beitrags fragen André Keil und Matthew Stibbe, ob sich eine Verbindungslinie von der Schutzhaft zum NS-Terror und KZ-System ziehen lässt.

André Keil und Matthew Stibbe

Ein Laboratorium des Ausnahmezustands

Schutzhaft während des Ersten Weltkriegs und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik – Preußen und Bayern 1914 bis 1923

I. Kontinuitäten der Schutzhaft 1914 bis 1923

> „[U]nter dem Belagerungszustand [werden] Personen, gegen die keinerlei Anklage wegen irgendeiner Tat erhoben werden kann, [...] einfach ihrer der Behörde missliebigen politischen Gesinnung wegen in Haft gesetzt und werden dauernd in Haft belassen [...]. Dabei sind manche der Inhaftierten das Opfer schäbiger und schmutziger Denunziationen [...]. Vielfach – wie in Berlin – sitzen die Leute in Polizeigewahrsam, der meist nicht für einen längeren Aufenthalt eingerichtet ist".[1]

Der Sozialdemokrat Wilhelm Dittmann beschrieb am 18. Januar 1916 im Reichstag Fälle von Schutzhaft, die in vielerlei Hinsicht typisch für die Praxis politischer Repression und sozialer Kontrolle während des Ersten Weltkriegs waren. Die etwas irreführend so bezeichnete „Schutzhaft"[2] oder „militärische Sicherheitshaft" ge-

[1] Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft vor dem Reichstage. Drei Reichstagsreden von Wilhelm Dittmann, gehalten am 18. Januar, 24. Mai und 28. Oktober 1916 vor dem Reichstag (nach dem amtl. Stenogramm), Leipzig 1917, S. 12 f. – Die beiden Autoren bedanken sich herzlich bei Elizabeth Harvey, Tim Kirk, Volker Prott und Daniel Siemens für ihre hilfreichen Kommentare und Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Aufsatzes.

[2] Der besseren Lesbarkeit wegen wird im Folgenden auf Anführungszeichen bei Schutzhaft verzichtet. Die treffendere englische Bezeichnung „detention without charge or trial" würde den Lesefluss hier ebenfalls stören.

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0035

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hörte zu den prägenden Merkmalen des Ausnahmezustands im Deutschen Reich. Wenngleich die Inhaftierung ohne Gerichtsbeschlüsse keineswegs auf das Deutsche Reich beschränkt war, stellt ihre Handhabung sowohl quantitativ als auch qualitativ einen Sonderfall im europäischen Vergleich dar. So schätzte die Reichsmilitäranwaltschaft im Januar 1919, dass während des Kriegs zwischen 4.500 und 5.500 Personen in Schutzhaft genommen worden waren. Dies machte jedoch nur einen Bruchteil der tatsächlichen Gesamtzahl aus.[3] Nur das Habsburgerreich internierte eine größere Anzahl seiner eigenen Staatsbürger, die jedoch in den meisten Fällen nach einer allgemeinen kaiserlichen Amnestie für politische Delikte im Mai 1917 aus der Haft entlassen wurden.[4] In Großbritannien internierte man zwischen Mai und Dezember 1916 über 1.800 irische Sinn-Féin-Unterstützer im nordwalisischen Frongoch, die später jedoch wieder nach Irland zurückkehren konnten.[5] Zwar kam es auch im Deutschen Reich nach dem Erlass des sogenannten Schutzhaftgesetzes vom 4. Dezember 1916 zu einigen Haftentlassungen, jedoch blieb die Zahl der Häftlinge auch in der zweiten Kriegshälfte konstant hoch. Darüber hinaus war die Anwendung der Schutzhaft keineswegs nur auf den Ersten Weltkrieg beschränkt. Alle Regierungen der jungen Weimarer Republik machten bis 1923 davon Gebrauch, und zwar in weitaus größerem Umfang, als es während des Kriegs der Fall gewesen war.

Wenn auch Dittmann die Schutzhaft zu einem Instrument politischer Unterdrückung erklärte, trifft diese Charakterisierung nur auf einige Schutzhaftgefangene zu. Vielmehr illustrieren die Fälle, in denen Schutzhaft verfügt wurde, die allgemeine Radikalisierung der staatlichen Repressionspraxis während des Kriegs, die nicht allein auf politische Gegner beschränkt war. So gerieten neben radikalen Sozialisten und Pazifisten auch sozial marginalisierte Gruppen wie Prostituierte, Homosexuelle, Obdachlose, Sinti und Roma oder Angehörige sogenannter unzuverlässiger Volksgruppen in den Fokus der Behörden. Trotz vereinzelter Versuche seitens des Reichstags, die exzessive Anwendung der Schutzhaft einzuschränken, entwickelte sie sich zu einem oft willkürlich angewandten staatlichen Herrschaftsinstrument. Entgegen der Wahrnehmung vieler Zeitgenossen war die Schutzhaft nicht nur Mittel politischer Unterdrückung, sondern vor allem ein Werkzeug zur sozialen Kontrolle der Kriegsgesellschaft und zum *Moral Policing* der Heimatfront. Dies erklärt auch die heterogene Zusammensetzung der Gruppe der Schutzhäftlinge und ihre öffentliche Wahrnehmung als „innere Feinde". Hier tritt die von Giorgio Agamben hervorgehobene experimentelle Natur des seit 1914 in vielen euro-

[3] Bundesarchiv Berlin (künftig: BArchB), R 3301/6664, Bl. 50-52, Reichsmilitäranwalt Knappmeyer an Unterstaatssekretär Lewald, 24.1.1919.

[4] Vgl. Matthew Stibbe, Krieg und Brutalisierung. Die Internierung von Zivilisten bzw. „politisch Unzuverlässigen" in Österreich-Ungarn während des Ersten Weltkriegs, in: Alfred Eisfeld/Guido Hausmann/Dietmar Neutatz (Hrsg.), Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa, Essen 2013, S. 87–106.

[5] Vgl. Jon Parry, „The Black Hand". 1916 and Irish Republican Prisoners in North Wales, in: Paul O'Leary (Hrsg.), Irish Migrants in Modern Wales, Liverpool 2004, S. 139–155, hier S. 139.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

päischen Ländern herrschenden „permanenten" Ausnahmezustands zutage.[6] Die Ausweitung und Intensivierung des Ausnahmezustands spiegelt zugleich sich verändernde Sicherheitskonzepte wider. Die Idee der staatlichen Sicherheit beschränkte sich nicht mehr nur auf den Schutz der politischen Institutionen oder auf die operative Durchschlagskraft des Militärs. Vielmehr wurden Personen in Schutzhaft genommen, die als Bedrohung für die politische, soziale und insbesondere die moralische Ordnung der Heimatfront angesehen wurden. In Bayern, wo zumindest formal-juristisch keine Schutzhaft existierte, wurden ähnliche Methoden der Präventivhaft entwickelt, um gegen vermeintliche Gefahren für die öffentliche Moral und Sicherheit vorzugehen.

Die Analyse des Belagerungszustands im Deutschen Reich eröffnet neue Fragestellungen, die über den Ersten Weltkrieg hinaus reichen. So weist der Gebrauch der Schutzhaft während des Kriegs, aber auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit, erstaunliche Parallelen mit der Verfolgungspraxis der Nationalsozialisten zwischen 1933 und 1938 auf. Nach Julia Hörath folgte der Phase des „konzeptionellen Experimentierens" zwischen 1880 und 1933, in der bestimmte Feindbilder diskursiv konstruiert wurden, ab 1933 eine Phase des „praktischen Experimentierens" mit Repressionstechniken in den Lagern und Gefängnissen, der sich eine Phase der Zentralisierung und „Ausweitung sozialrassischer und kriminalpräventiver Verfolgung" nach 1937/38 anschloss.[7] Der Blick auf die Praxis der Schutzhaft während des Ersten Weltkriegs und in der frühen Weimarer Republik zeigt jedoch deutlich, dass sich die ersten beiden Phasen überlagerten und das „praktische Experimentieren" bereits während des Ersten Weltkriegs einsetzte. Darüber hinaus verstärkten sich die diskursive Konstruktion der „inneren Feinde" und die gegen sie gerichtete Repressionspraxis gegenseitig. So hatten viele wegen sozial abweichenden Verhaltens Internierte nur wenig mit den politischen Häftlingen gemein. Alle Gruppen verband jedoch, dass sie die Behörden als Bedrohung für die öffentliche Ordnung und die Sicherheit des Reichs betrachteten. Hier wird deutlich, dass die Handhabung der Schutzhaft oft von der Sorge um die moralisch-sittliche Ordnung und die politische Einheit der imaginierten „Kriegsvolksgemeinschaft" bestimmt war.[8] Militär und Polizei sahen die Schutzhaft als zwar radikales, jedoch notwendiges Mittel an, um die moralische Qualität der „Kriegsvolksgemeinschaft" und den „Willen zum Durchhalten" zu erhalten. Die immer willkürlichere Anwendung der Schutzhaft führte folglich dazu, dass der Kreis der „inneren Feinde" immer größer wurde. Als Feind galt schließlich per Definition jeder, der in Schutzhaft genommen wurde.

[6] Giorgio Agamben, Homo Sacer, Bd. 2, Teil 1: Ausnahmezustand, Frankfurt a. M. 2004, S. 20.
[7] Julia Hörath, „Asoziale" und „Berufsverbrecher" in den Konzentrationslagern 1933 bis 1938, Göttingen 2017, S. 330.
[8] Zum Konzept der „Volksgemeinschaft" während des Ersten Weltkriegs vgl. Steffen Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914" und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003; Jeffrey Verhey, The Spirit of 1914. Militarism, Myth, and Mobilization in Germany, Cambridge 2000, und Hans-Ulrich Thamer, Volksgemeinschaft. Mensch und Masse, in: Richard van Dülmen (Hrsg.), Erfindung des Menschen. Schöpfungsträume und Körperbilder 1500–2000, Wien 1998, S. 367–388.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Schutzhaft muss in diesem Zusammenhang nicht nur als juristisches Konstrukt verstanden werden, sondern als diskursgeleiteter Handlungsrahmen, in dem sich die Repressionspraxis und die Konstruktion von Feindbildern miteinander verschränkten und sich gegenseitig beeinflussten. Darüber hinaus spielten aber auch praktische Überlegungen seitens der Polizei und des Militärs eine wichtige Rolle. So konnte mit dem Instrument der Schutzhaft ein breites Spektrum von vermeintlich subversiven Personen möglichst schnell und unauffällig aus der Öffentlichkeit entfernt werden.

Die Tatsache, dass die Praxis der Schutzhaft auch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs fast nahtlos fortgesetzt wurde, ist darüber hinaus geeignet, neue Perspektiven auf die Frühphase der Weimarer Republik zu eröffnen. Abgesehen von der anfänglichen Zurückhaltung im November und Dezember 1918 machten alle Weimarer Regierungen bis 1923 umfangreichen Gebrauch von der Schutzhaft, um Aufständische und (vermeintliche) Gegner der Republik zu verfolgen. So wurde der Ausnahmezustand allein 1919 über fünfzigmal in verschiedenen Landesteilen verhängt und zwischen 1920 und 1923 über siebzigmal nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) erklärt.[9] In den ersten Jahren der Weimarer Republik avancierte der Ausnahmezustand zum bevorzugten sicherheitspolitischen Instrument der Reichs- und Landesregierungen, wie das Beispiel Bayerns in besonderer Deutlichkeit zeigt.

Dieser Befund lässt sich jedoch nicht ausschließlich aus den politischen Notwendigkeiten heraus erklären. Stattdessen muss die diskursive Normalisierung des Ausnahmezustands im Zuge der Novemberrevolution als Hauptgrund für diese Entwicklung angesehen werden. Nach den innenpolitischen Krisen des Jahrs 1923 setzte jedoch eine politische und juristische Normalisierung der innenpolitischen Situation ein, die in Bezug auf die Schutzhaft bis zum Februar 1933 andauerte. Ab diesem Zeitpunkt wurde der militärische Ausnahmezustand nicht mehr verhängt, und Schutzhaft in politischen Fällen blieb die Ausnahme.

Das Thema Schutzhaft während des Ersten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde in der einschlägigen Literatur bisher nur unzureichend behandelt.[10] Eine mögliche Erklärung hierfür mag darin liegen, dass sich die Quellenlage äußerst schwierig gestaltet. Sowohl während des Kriegs als auch in der frühen Weimarer Republik wurde nur ein geringer Teil der Schutzhaftfälle aktenkundig.

[9] Bezieht man die Ausnahmezustände, die durch die Länderregierungen selbstständig verfügt wurden, mit ein, so liegt die Gesamtzahl zwischen 1919 und 1923 weit über 100; vgl. Wilhelm Kronheimer, Der Streit um den Art. 48 der Reichsverfassung, in: Archiv des Öffentlichen Rechts 46 (1924), S. 304–328, und Martin H. Geyer, Grenzüberschreitungen. Vom Belagerungszustand zum Ausnahmezustand, in: Niels Werber/Stefan Kaufmann/Lars Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart 2014, S. 341–384, hier S. 360.

[10] Vgl. Erhard Lucas, Ausnahmezustand in den ersten Jahren der Weimarer Republik (I), in: Kritische Justiz 5 (1972), S. 163–174; ders., Ausnahmezustand in den ersten Jahren der Weimarer Republik (Schluß), in: Kritische Justiz 5 (1972), S. 382–394; Günther Wieland, Die normativen Grundlagen der Schutzhaft in Hitlerdeutschland, in: Jahrbuch für Geschichte 26 (1982), S. 75–102, und Geyer, Grenzüberschreitungen, in: Werber/Kaufmann/Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Verhaftungen und Internierungen fanden oft willkürlich statt. Sie wurden von Polizeibeamten und Militäroffizieren vor Ort verfügt, ohne dass man dabei entsprechende Gefangenenregister führte. Zudem nahm das Militär während Kampfhandlungen wie im März 1919 in Berlin oder im Zuge der Zerschlagung der sogenannten Roten Ruhrarmee 1920 Verhaftungen vor, die häufig keine eindeutige Grundlage hatten. Dies führte dazu, dass Schutzhäftlinge in vielen Fällen ohne entsprechende Schutzhaftbefehle gefangen gehalten wurden. Darüber hinaus kam es in der Kommunikation zwischen den verschiedenen staatlichen Stellen häufig zu Missverständnissen. So wurden Schutzhaftgefangene zum Teil als Untersuchungshäftlinge registriert oder schlicht als „Kriegsgefangene" zusammen mit „bereits standgerichtlich Abgeurteilten" in Lagern wie dem Sennelager bei Paderborn interniert.[11]

Für die Jahre zwischen August 1914 und November 1918 existieren in den Akten nur vereinzelte, ungenaue Angaben über die Zahl der Schutzhaftgefangenen. Seit Dezember 1916 lassen sich aufgrund des „Schutzhaftgesetzes" weitere Fälle anhand von Gerichtsakten rekonstruieren, jedoch nur für diejenigen, in denen Häftlinge auf Entschädigung klagten.[12] Die Mehrzahl der Schutzhaftfälle ist auch deshalb nicht mehr genau zu erfassen, da ein Großteil der relevanten Akten wahrscheinlich bei der Zerstörung des Reichsarchivs in Potsdam im April 1945 vernichtet wurde.

Für die Zeit nach 1918 lässt sich insbesondere die exzessive Gewalt gegenüber Schutzhäftlingen anhand veröffentlichter Quellen wie Emil Julius Gumbels 1922 publizierter Schrift „Vier Jahre politischer Mord" oder Wieland Herzfeldes Broschüre „Schutzhaft" von 1919 rekonstruieren.[13] Darüber hinaus erlauben es die erhaltenen Akten einiger der stellvertretenden Generalkommandos der Armeekorps in Bayern und der preußischen Provinz Westfalen, das Ausmaß der Schutzhaft zumindest teilweise zu erfassen. In weitaus größerem Umfang sind Quellen verfügbar, die Aufschluss über die Diskurse geben, denn das Thema Schutzhaft wurde ausführlich sowohl im Reichstag als auch in der Presse diskutiert. Darüber hinaus existieren sowohl auf Reichs- als auch auf Länderebene umfangreiche Korrespondenzen zwischen den jeweiligen Behörden und Fachministerien. Durch die Kombination verschiedener Quellenarten und den Vergleich zwischen der Praxis in den beiden größten Bundesstaaten des Reichs ist es trotz der schwierigen Quellenlage möglich, Licht ins Dunkel zu bringen.

Der vorliegende Aufsatz zielt auf eine umfassende Analyse der Schutzhaft in Preußen und Bayern zwischen 1914 und 1923. Er zeigt auf, dass sich die staatliche

[11] Zum Sennelager, das von April bis Mai 1920 als Sammelstelle für verdächtige Angehörige der „Roten Ruhrarmee" fungierte: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (künftig: LAV NRW), Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 5416, Listen derjenigen Gefangenen, gegen die genügendes Anklagematerial vorliegt bzw. die bereits standgerichtlich abgeurteilt sind, und Nr. 5417, Listen derjenigen Gefangenen, gegen die kein Belastungsmaterial vorliegt.

[12] LAV NRW, Abt. Rheinland, Regierung Düsseldorf, BR 0007, Nr. 16026.

[13] Vgl. Emil Julius Gumbel, Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922, und Wieland Herzfelde, Schutzhaft. Erlebnisse vom 7. bis 20. März 1919 bei den Berliner Ordnungstruppen, Berlin 1919.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Repressionspraxis der Kriegszeit nach November 1918 nicht nur fast nahtlos fortsetzte, sondern sich qualitativ und quantitativ steigerte. Damit stellt die Schutzhaft einen relevanten, jedoch oft übersehenen Bestandteil des „Kriegs im Frieden" dar, der weit über das Jahr 1919 hinaus andauerte.[14] Die Regelmäßigkeit der Schutzhaft in den frühen Jahren der Weimarer Republik zeigt darüber hinaus, wie ein zunächst außerordentliches Notstandsinstrument der Kriegszeit nun zunehmend Teil des politischen Alltags wurde. Dies wird an den entsprechenden Verschiebungen im politischen Diskurs deutlich. So avancierten beispielsweise Politiker der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD) – die während des Kriegs zu den schärfsten Kritikern des Belagerungszustands und der Schutzhaft gehört hatten – nach dem Umsturz Ende 1918 zu deren lautstärksten Befürwortern. Diese diskursive Normalisierung des Ausnahmezustands ermöglichte eine Radikalisierung der Praxis und begünstigte so die Eskalation der Gewalt, die zu den prägenden Merkmalen der frühen Weimarer Republik gehörte.

II. Die rechtlichen Rahmenbedingungen

Das juristische Konzept der Schutzhaft wurde in Deutschland zum ersten Mal im preußischen „Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit" von 1850 definiert. Paragraf 6 des Gesetzes erlaubte es der Polizei, Personen zeitlich begrenzt in Haft zu nehmen, wenn dies zu deren eigenem Schutz oder für die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ruhe" erforderlich war.[15] Das Gesetz setzte allerdings enge Grenzen. So wurde die Inhaftierung auf einen Tag begrenzt und eine anschließende Vorführung vor ein ordentliches Gericht vorgeschrieben, um die Haft durch richterliche Anordnung verlängern zu können. In ihrer ursprünglichen Form war die Schutzhaft vor allem ein Instrument des polizeilichen Ordnungsrechts und mit der regulären Polizei- und Untersuchungshaft vergleichbar.[16] Mit dem in Preußen erlassenen „Gesetz über den Belagerungszustand" von 1851 fand die Schutzhaft schließlich auch Eingang in das neugeschaffene Notstandsrecht.[17] Das Gesetz verfügte, dass im Falle der Verhängung des Belagerungszustands die zivile Exekutivgewalt auf die regionalen Militärbefehlshaber übergehen sollte. Dies waren in den meisten Fällen die Kommandierenden Generäle der Armeekorps, die nun ihrerseits befugt waren, grundlegende Bestimmungen der

[14] Vgl. Robert Gerwarth/John Horne (Hrsg.), War in Peace. Paramilitary Violence in Europe after the Great War, Oxford 2012.

[15] Vgl. Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1850. Enthält die Gesetze, Verordnungen vom 4. Januar bis zum 5. Dezember 1850, nebst einigen aus dem Jahre 1849, Berlin 1850, S. 45–48, hier S. 46.

[16] Vgl. Kai Cornelius, Vom spurlosen Verschwindenlassen zur Benachrichtigungspflicht bei Festnahmen, Berlin 2006, S. 58 f., und Jane Caplan, Political Detention and the Origin of Concentration Camps in Germany, 1933–1935/6, in: Neil Gregor (Hrsg.), Nazism, War and Genocide. Essays in Honour of Jeremy Noakes, Exeter 2005, S. 22–41, hier S. 27.

[17] Vgl. Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1851. Enthält die Gesetze, Verordnungen vom 2. Januar bis zum 14. Dezember 1851, nebst einigen Verordnungen aus den Jahren 1837, 1840, 1842 und 1850, Berlin 1851, S. 451–465.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Verfassung in ihrem Amtsbereich aufzuheben. Dies schloss die Möglichkeit ein, jede Person in Schutzhaft zu nehmen; die rechtlichen Einschränkungen und die richterliche Kontrolle fielen jedoch weg.[18] Prinzipiell bedeutete dies, dass unter dem Belagerungszustand jede beliebige Person auf Anordnung des Militärs für unbestimmte Zeit inhaftiert werden konnte. Die Häftlinge genossen dabei weder rechtlichen Schutz, noch hatten sie die Möglichkeit, ein ordentliches Gericht anzurufen. Mit der Reichsgründung 1871 fand das in Preußen geltende „Gesetz über den Belagerungszustand" im Rahmen des Artikels 68 der neuen Reichsverfassung im ganzen Reich mit Ausnahme des Königreichs Bayern Anwendung. Es bildete somit auch die rechtliche Grundlage für den Ausnahmezustand während des Ersten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit.[19]

Die gesetzliche Regelung des Belagerungszustands in Preußen und Artikel 68 der Reichsverfassung waren von Anfang an ein Instrument der politischen Repression in den Händen des Militärs und des obersten Kriegsherrn in der Person des Königs von Preußen beziehungsweise des deutschen Kaisers. Der Belagerungszustand konnte sowohl bei inneren Unruhen als auch im Kriegsfall verhängt werden. Mit der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes im Jahr 1890 lag damit das einzige juristische Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Bereich der kaiserlichen Kommandogewalt.[20] Bereits seit der Jahrhundertwende existierten bei den Generalkommandos der Armeekorps konkrete Pläne für die Verhängung des Belagerungszustands, um die Strukturen der stetig wachsenden SPD zerschlagen und führende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in Schutzhaft nehmen zu können. Der Kommandierende General des VII. Armeekorps in Münster, Moritz von Bissing, verlangte 1907 in einem entsprechenden Befehl, dass im Falle der Verhängung des Belagerungszustands sozialdemokratische Rädelsführer unverzüglich in Schutzhaft zu nehmen seien. Dafür sollten die verantwortlichen Offiziere gemeinsam mit der örtlichen Polizeibehörde entsprechende Verhaftungslisten regelmäßig auf den neuesten Stand bringen.[21] Von Bissing war zwar nur für seinen eigenen Korpsbereich verantwortlich, jedoch existierten ähnliche Befehle für andere Korpskommandos im Reich. Die Planungen für den Belagerungszustand blieben bis 1914 allerdings nur regionaler Natur, so dass keine reichsweiten Verhaftungslisten existierten.

Das „Bayerische Gesetz über den Kriegszustand" vom 5. November 1912 war vor allem Ausdruck der ausgeprägten bayerischen Sonderstellung im Reich und als Ab-

[18] Vgl. Das Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (mit dem Abänderungsgesetze vom 11. Dezember 1915), nebst einem Anhange, hrsg. von Ernst Conrad, Berlin 1916, S. 11–133.

[19] Vgl. Christian Schudnagies, Der Kriegs- oder Belagerungszustand im Deutschen Reich während des Ersten Weltkrieges. Eine Studie zur Entwicklung und Handhabung des deutschen Ausnahmezustandsrechts bis 1918, Frankfurt a. M. 1994, S. 234.

[20] Vgl. Geyer, Grenzüberschreitungen, in: Werber/Kaufmann/Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 345.

[21] Für den vollen Text des Befehls Moritz von Bissings vgl. Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches, hrsg. von Willibald Gutsche, Berlin (Ost) 1977, S. 115 f.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sage an die preußische Dominanz gedacht. Inhaltlich wies das bayerische Gesetz viele Ähnlichkeiten mit den preußischen Bestimmungen auf. Dies betraf vor allem die Einführung von Standgerichten für von Zivilisten oder Militärpersonen begangene staatsgefährdende Delikte wie Hoch- und Landesverrat oder Widerstand gegen die Staatsgewalt.[22] Es existierten jedoch wichtige Unterschiede: Erstens trat das bayerische Gesetz nur „nach Ausbruch eines Krieges oder bei unmittelbar drohender Kriegsgefahr" in Kraft, hingegen nicht bei Störungen der öffentlichen Ordnung. Zweitens wurden – außer in Bezug auf die Einführung des Standrechts für bestimmte Delikte – individuelle Grundrechte nicht angetastet, zumindest wenn es sich um bayerische und andere deutsche Staatsbürger handelte. Feindliche und neutrale Ausländer, einschließlich Staatenloser, konnten in Bayern wie im Rest des Reichs nach der Erklärung des Kriegszustands interniert, ausgewiesen oder zwangsweise umgesiedelt werden.[23] Für die Verhängung der Schutzhaft gegen Privatpersonen existierte jedoch keine rechtliche Grundlage.

Eine weitere rechtliche Regelung macht die Sonderstellung Bayerns deutlich: Die Verhängung des Kriegszustands blieb in Bayern bis 1918 das alleinige Vorrecht des bayerischen Königs.[24] Kaiser Wilhelm II. musste am 31. Juli 1914 persönlich eine dringende Bitte an Ludwig III. adressieren, den Kriegszustand auch in Bayern zu erklären sowie eine zusätzliche „Verordnung betreffend den Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbehörden in Bayern" zu verfügen.[25] Außerhalb Bayerns war die Verhängung des Ausnahmezustands auf der Grundlage von Artikel 68 eines der wenigen Exklusivrechte des Kaisers. Die Militärbefehlshaber vor Ort waren daher während des Belagerungszustands ausschließlich dem Kaiser persönlich rechenschaftspflichtig, und das machte eine politische und juristische Kontrolle schwierig.[26] Im Königreich Bayern hingegen unterstand das Militär „nicht [...] der Kommandogewalt des Kaisers, sondern derjenigen des bayerischen Kriegsministers" – und Letzterer wiederum der Kommandogewalt von König Ludwig III.[27] Darüber hinaus bedurften exekutive Anordnungen, die für ganz Bayern bestimmt waren, der „Zustimmung der zuständigen Zivilministerien".[28]

[22] Vgl. Bayerisches Gesetz über den Kriegszustand vom 5.11.1912, in: „Gesetz über den Belagerungszustand", S. 134–138.

[23] Vgl. Christoph Jahr, Keine Feriengäste. „Feindstaatenausländer" im südlichen Bayern während des Ersten Weltkrieges, in: Hermann J. W. Kuprian/Oswald Überegger (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg im Alpenraum. Erfahrung, Deutung, Erinnerung, Innsbruck 2006, S. 231–245.

[24] Vgl. Bayerisches Gesetz über den Kriegszustand vom 5.11.1912, in: „Gesetz über den Belagerungszustand".

[25] Schudnagies, Kriegs- oder Belagerungszustand, S. 49.

[26] Vgl. Bernd Sösemann, Der Verfall des Kaisergedankens im Ersten Weltkrieg, in: John C. G. Röhl (Hrsg.), Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, München 1991, S. 145–170, hier S. 150 f.

[27] Dieter Albrecht, Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871–1918), in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. von Max Spindler, Bd. 4: Das Neue Bayern 1800–1970, 1. Teilbd., München 1974, S. 283–386, hier S. 375.

[28] Ebenda.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

III. Die Schutzhaft in Preußen und Bayern während des Ersten Weltkriegs

Obwohl sich die (uneinheitliche) Rechtsgrundlage für den Ausnahmezustand schon vor 1914 herausgebildet hatte, leitete der Ausbruch des Kriegs eine neue Phase ein, die durch das „praktische Experimentieren" mit neuen Notstandsvollmachten durch das Militär und die ihm nun unterstellte Polizei geprägt war. Dabei wich die Praxis in Bayern nur unmerklich vom Rest des Reichs ab – ein weiterer Beleg dafür, dass sich das Phänomen des Ausnahmezustands nicht allein durch die Rekonstruktion der juristischen Entwicklungen oder der politischen Herrschaftsformen erklären lässt. Zu Beginn des Kriegs lag das Hauptaugenmerk der Militärbefehlshaber auf der Kontrolle des öffentlichen Lebens und der Zensur.[29] Bis Mitte 1915 kam die Schutzhaft zunächst nur vergleichsweise selten zum Einsatz, beispielsweise zur Verhaftung von Spionageverdächtigen, Anarchisten, Staatenlosen und verdächtigen Elsass-Lothringern, die zum Teil gemeinsam mit „Feindstaaten-Ausländern" interniert wurden.[30] In Elberfeld in der preußischen Rheinprovinz wurde beispielsweise der Tischler Wilhelm Zimmermann zwischen August 1914 und März 1916 in Schutzhaft gehalten, weil er „hier als Anarchist" galt „und zu denjenigen Personen [gehörte], die durch Verfügung des Herrn Oberpräsidenten im Falle einer Mobilmachung in Haft genommen werden sollten".[31]

Von weitaus größerer Bedeutung war die Schutzhaft für das *Moral Policing* der Heimatfront. Bereits im Oktober 1914 häuften sich beim Berliner Polizeipräsidenten Beschwerden über das zügellose Nachtleben in der Stadt, die Verwahrlosung der Jugend sowie Berichte über das Überhandnehmen von Prostitution und offen ausgelebter Homosexualität unter Männern.[32] Aus der Provinz Brandenburg kamen verstärkt alarmierende Meldungen über das sogenannte Landstreicherunwesen. Als Reaktion darauf erließ das Oberkommando in den Marken bereits 1915 eine Reihe von Befehlen, die darauf ausgerichtet waren, unliebsame Personen – darunter Prostituierte, Homosexuelle, Transvestiten, aber auch Obdachlose und

[29] Vgl. Wilhelm Deist, Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte, München 1991, S. 153–163.

[30] Vgl. Christoph Jahr/Jens Thiel, Adding Colour to the Silhouettes. The Internment and Treatment of Foreign Civilians in Germany during the First World War, in: Stefan Manz/Panikos Panayi/Matthew Stibbe (Hrsg.), Internment during the First World War. A Mass Global Phenomenon, London 2019, S. 41–60; Alan Kramer, Wackes at War. Alsace-Lorraine and the Failure of German National Mobilization, 1914–1918, in: John Horne (Hrsg.), State, Society and Mobilization in Europe during the First World War, Cambridge 2002, S. 105–121, und Matthew Stibbe, British Civilian Internees in Germany. The Ruhleben Camp, 1914–1918, Manchester 2008.

[31] LAV NRW, Abt. Rheinland, Regierung Düsseldorf, BR 0007, Nr. 16026, Bl. 124, Intendantur VII. Armeekorps, Münster, an die Polizeiverwaltung Elberfeld, 21.2.1919.

[32] Beispielhaft hierfür ist eine Anordnung Kaiser Wilhelms II. an den Berliner Polizeipräsidenten vom 20.9.1914, in der befohlen wurde, sämtliche Bars und Cafés in den Marken nach 22 Uhr polizeilich zu schließen; Landesarchiv Berlin (künftig: LAB), A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11361, Bl. 2, Krieg 1914–1918, Juli 1914–April 1916.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

feindliche Ausländer – in Schutzhaft zu nehmen.[33] Maßnahmen wie die Verhaftung von Landstreichern oder Bettlern und ihre Einweisung in Arbeitshäuser konnten auch schon unter dem ordentlichen Polizeirecht vorgenommen werden. Sie standen jedoch unter richterlichem Vorbehalt beziehungsweise waren abhängig von ordentlichen Gerichtsverfahren.[34] Unter den Bedingungen des Belagerungszustands und der Schutzhaft konnten diese rechtlichen Beschränkungen schnell und einfach umgangen werden. Hier zeigt sich, dass sich praktische Überlegungen und die Ideologie der „Kriegsvolksgemeinschaft" bei der experimentellen Handhabung der Schutzhaft überschnitten.

In den Korrespondenzen zwischen dem stellvertretenden Oberkommando in den Marken und dem Berliner Polizeipräsidium wurde regelmäßig darauf hingewiesen, dass das abweichende Verhalten verschiedener Personengruppen einen negativen Einfluss auf Durchhaltewillen und Moral und Anstand der Bevölkerung habe. Darüber hinaus sahen sowohl die militärischen Behörden als auch die Polizei im Kontakt von Soldaten mit Prostituierten und unverheirateten Frauen ein Sicherheitsrisiko und potenzielles Einfallstor für feindliche Spionage. Sogenannte Landstreicher und Arbeitsscheue – häufig schlicht als Großstadtgesindel bezeichnet – bedrohten hingegen in den Augen der Polizei- und Militärbehörden die Produktivität und den Arbeitswillen der Arbeiterschaft. Dementsprechend häufig wurden diese Personengruppen mit Schutzhaft oder Aufenthaltsverboten belegt.[35]

Gleichzeitig wurden seit dem Sommer 1916 zunehmend auch politische Gegner zum Ziel der Schutzhaft. So verlangte der stellvertretende Kommandierende General des XI. Armeekorps in Kassel, Generalmajor Eberhard Freiherr von Tettau, in einem Befehl vom 15. August 1916, dass „Personen, die der Herstellung oder Verbreitung" von Flugblättern der internationalen revolutionären Sozialdemokratie „verdächtig sind, [...] in militärische Sicherheitshaft" zu nehmen seien.[36] In Berlin wurden auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken Mitglieder des seit Herbst 1915 streng überwachten und seit dem 7. Februar 1916 verbotenen pazifistischen Bunds Neues Vaterland mehrfach in Schutzhaft genommen. So wurde seine Geschäftsführerin Lilli Jannasch am 31. März 1916 festgenommen und für meh-

[33] LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15803, Bl. 14, Befehl des Oberkommandos in den Marken, 14.5.1915.

[34] Vgl. Wolfgang Ayaß, Das Arbeitshaus Breitenau. Bettler, Landstreicher, Prostituierte, Zuhälter und Fürsorgeempfänger in der Korrektions- und Landarmenanstalt Breitenau (1874–1949), Kassel 1992, S. 34–38, und Hubert Kolling, Die kurhessischen „Straf- und Besserungsanstalten". Institutionen des Strafvollzugs zwischen Fürsorge, Vergeltung und Abschreckung, Frankfurt a. M. 1994, S. 29 und S. 34–54.

[35] LAV NRW, Abt. Rheinland, Regierung Düsseldorf, BR 0007, Nr. 15020, Bl. 112, Polizeiverwaltung Elberfeld an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, 29.3.1916. Vgl. auch Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, 1. Teil, bearb. von Wilhelm Deist, Düsseldorf 1970, S. 40, Anm. 7.

[36] Stadtarchiv Coburg, Stellvertretendes Generalkommando des XI. Armeekorps, Nr. 655, Stellvertretendes Generalkommando XI. Armeekorps an verschiedene Stellen, 15.8.1916.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rere Wochen ohne Anklage inhaftiert.[37] Gleichzeitig fanden sich Teilnehmer an sogenannten Butterkrawallen sowie sozialistische Dissidenten in Haft wieder. Im Mai 1916 verfasste die Abteilung III (Kriminalpolizei) des Berliner Polizeipräsidiums einen internen Bericht über Personenkreise, die im bisherigen Kriegsverlauf in Schutzhaft genommen worden waren. Als Schutzhäftlinge aufgeführt finden sich unter anderem „Wahrsagerinnen, Päderasten, Friedensdemonstranten, Teilnehmer an Butterkrawallen, Heeresbeleidiger, Landstreicher, Heiler, Kuppler, Prostituierte [...] sowie Personen, die ungenehmigten Umgang mit Kriegsgefangenen hatten".[38] Diese Aufzählung zeigt einmal mehr, dass die Schutzhaft nach 1915 keineswegs nur als Instrument der politischen Repression genutzt wurde, sondern auch zur Durchsetzung sozialer Kontrolle an der Heimatfront diente. Polizeibeamte und Militär verstanden sich nicht zuletzt als „Hüter der Kriegsvolksgemeinschaft" und versuchten, diese vor korrumpierenden politischen und moralischen Einflüssen zu schützen.[39] Die Schutzhaft war in diesem Zusammenhang eine für die Behörden bequeme Möglichkeit, unerwünschtes abweichendes Verhalten zu sanktionieren.

Neben ideologischen Faktoren für die Ausweitung der Schutzhaft spielten auch pragmatische und finanzielle Gründe eine wichtige Rolle. So machte die personelle Ausdünnung der preußischen Polizei während des Kriegs ordentliche Haft- und Strafverfahren fast unmöglich. Die Berliner Polizei verfügte im Mai 1916 nur noch über 1.200 Beamte, was einem Sechstel der Personalstärke in Friedenszeiten entsprach.[40] Die Anwendung der Schutzhaft ermöglichte es, trotz der schwindenden Ressourcen den Repressionsdruck auf die wachsenden Streik- und Protestbewegungen sowie das *Moral Policing* der Heimatfront aufrechtzuerhalten. Dass die Schutzhaft seit dem Sommer 1916 immer häufiger verhängt wurde, lässt sich daher auch als Versuch interpretieren, die Handlungsfähigkeit der Behörden aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig führte dies jedoch zu einer immer häufigeren und immer willkürlicheren Anwendung, die keineswegs nur politische Fälle betraf. Es liegt nahe, diese Entwicklung auf eine Kombination aus praktischen Erwägungen und ideologischen Einflüssen zurückzuführen.

Die Verhängung der Schutzhaft bedurfte in den meisten Fällen eines sogenannten Schutzhaftbefehls der jeweiligen Militärbefehlshaber. Die Initiative hierfür ging jedoch in den meisten Fällen von der Polizei aus. In den Marken waren es vor allem die Abteilungen III und VII (Politische Polizei) des Berliner Polizeipräsidiums, die die Verhaftungen vorbereiteten. In der Regel wurden entsprechende Anträge von der Polizei beim Oberkommando in den Marken vorgelegt und gewissermaßen als Formsache von den Militärs durchgewunken. Die eigentliche Ver-

[37] Vgl. Ludwig Quidde, Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914–1918. Aus dem Nachlaß Ludwig Quidde, hrsg. von Karl Holl, Boppard am Rhein 1979, S. 101 f.
[38] LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15803, Bericht über die Anwendung der Schutzhaft, 1916.
[39] Vgl. Belinda J. Davis, Home Fires Burning. Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin, Chapel Hill 2000, S. 166 und S. 245.
[40] LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11361, Bl. 361, Bericht über die Tätigkeit der Berliner Polizei während des Kriegs, 4.5.1916.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

haftung erfolgte dann in der Regel durch Polizeibeamte, oft unterstützt von bewaffneten Soldaten. In einigen Fällen wurden Personen nach Freisprüchen in gerichtlichen Strafverfahren oder nach Verbüßung ihrer Haftstrafen in Schutzhaft genommen. Ein prominentes Beispiel für dieses Vorgehen ist Rosa Luxemburg, die im Juli 1916, kurz nachdem sie ihre Haftstrafe wegen Heeresbeleidigung von 1914 verbüßt hatte, in „militärische Sicherheitshaft" genommen wurde.[41] Ähnlich verfuhr das Militär gegen andere Mitglieder der Spartakusgruppe wie den Historiker Franz Mehring, der im August 1916 verhaftet wurde und vier Monate in Schutzhaft verbrachte. Gemeinsam mit einem weiteren führenden Mitglied der Spartakusgruppe, Ernst Meyer, saß der bereits hochbetagte und kranke Mehring in der Berliner Stadtvogtei unter vergleichsweise schonenden Bedingungen ein.[42] Dass Mehring mit Rücksicht auf seinen fragilen Gesundheitszustand freikam, lag insbesondere daran, dass man fürchtete, er könnte im Gefängnis sterben und so zu einem Märtyrer der radikalen Kriegsgegner werden.

Die Verhaftung selbst geschah in den meisten Fällen unvermittelt für die Betroffenen. Nach der Festnahme wurden die meisten Schutzhäftlinge in Berlin zunächst in Polizeigefängnisse wie die berüchtigte „Rote Burg" – das Berliner Polizeipräsidium – verbracht und dann, je nach Bedarf, in Strafgefängnisse oder Zuchthäuser weitertransportiert. Häufig wurden politische Häftlinge in anderen Teilen des Reichs inhaftiert, um Kontakt mit politisch Gleichgesinnten zu unterbinden. Die Haftbedingungen variierten von Fall zu Fall, dürften sich aber in der Regel nicht von denen normaler Strafgefangener unterschieden haben. Besonders prominente Häftlinge waren gelegentlich privilegiert; sie durften regelmäßig Besucher empfangen, Bücher besitzen, ihre Verpflegung auf eigene Rechnung aufbessern und konnten häufiger die Außenanlagen der Gefängnisse nutzen.[43]

Damit unterschieden sich die Bedingungen der Schutzhaft während des Ersten Weltkriegs sehr deutlich von denen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die oft von exzessiver Gewalt geprägt waren. Misshandlungen von Schutzhäftlingen kamen während des Kriegs ausgesprochen selten vor. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass besonders prominente Schutzhäftlinge häufig in Kontakt mit Reichstagsabgeordneten standen und ihre Behandlung nach 1916 wiederholt auf der Tagesordnung des Reichstags stand.[44] Der politische Druck seitens der SPD und das Bemühen der Reichsregierung, den innenpolitischen Burgfrieden zu bewahren, wirkten sich mildernd auf den Umgang mit politischen Schutzhäftlingen aus. Trotzdem waren auch sie von der allgemeinen Verschlechterung der Haftbedin-

[41] BArchB, NY 4002/61, Mitteilung des Oberkommandos in den Marken, Berlin, an den Unterstaatssekretär der Reichskanzlei über die erfolgte Schutzhaft von Rosa Luxemburg, 17.7.1916.
[42] BArchB, NY 4002/61, Akte des Oberreichsanwalts in der Strafsache gegen Clara Zetkin, Franz Mehring und Genossen. Vgl. auch Florian Wilde, Revolution als Realpolitik. Ernst Meyer (1887–1930): Biographie eines KPD-Vorsitzenden, Konstanz 2018, S. 69–74.
[43] Rosa Luxemburgs Gefängnisbriefe vermitteln einen recht guten Eindruck über die vergleichsweise privilegierte Behandlung prominenter Schutzhäftlinge; vgl. Rosa Luxemburg, Briefe aus dem Gefängnis. An Frau Sophie Liebknecht gerichtet, Berlin 1920.
[44] Vgl. Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gungen nach 1916 betroffen, die mit der im ganzen Reich herrschenden Nahrungsmittelknappheit einherging. Die Dauer der Schutzhaft variierte ebenfalls und konnte von wenigen Tagen bis zu mehreren Jahren reichen. Das Reichsjustizamt schätzte nach dem Krieg, die durchschnittliche Dauer der Schutzhaft während des Kriegs habe zwischen zwei und dreieinhalb Jahren gelegen.[45] Die Entlassung aus der Schutzhaft erfolgte meist ebenso willkürlich und plötzlich wie die vorherige Verhaftung.

In Bayern, wo keine Schutzhaft oder „militärische Sicherheitshaft" im engeren Sinn existierte, verfolgten die Behörden die Entwicklungen im restlichen Deutschland mit großem Interesse. Immer wieder beklagten sich das bayerische Kriegsministerium und die stellvertretenden Generalkommandos der bayerischen Armeekorps, dass sich die abweichende gesetzliche Lage in Bayern nachteilig auf die Spionageabwehr auswirke und die Bekämpfung von „Zigeunern" und „Asozialen" sowie der „Landstreicher, Bettler und sonstige[n] plan- und arbeitslos im Lande umherziehende[n] Personen" erschwere.[46] So erklärte das bayerische Kriegsministerium am 15. Juli 1915 gegenüber den Staatsministerien des Innern und der Justiz:

> „Weder das bayer. Kriegszustandgesetz noch ein anderes bayer. Gesetz kennt eine Außerkraftsetzung von Verfassungsbestimmungen nach Art. 5 des preuß. Belagerungszustandsgesetzes. Der Satz der bayer. Verfassung, in Titel IV § 8, daß niemand verhaftet werden darf als in den durch die Gesetze bestimmten Fällen und in der gesetzlichen Form, gilt also auch für die Zeit der Verhängung des Kriegszustandes. Es sind deshalb in Bayern auch nach Verhängung des Kriegszustandes, falls nicht etwa auch zugleich das Standrecht erklärt worden ist, Festnahmen und Verhaftungen nur unter den Voraussetzungen und in den Formen zulässig, in denen sie auch im Frieden statthaft sind".[47]

Um diesem Dilemma zu entkommen, wollte das Kriegsministerium

> „in Kriegszeiten den Polizeibehörden [durch lokale Kriegszustandsordnungen] die Befugnis [geben], in dem weit höheren Interesse der Landesverteidigung Personen, von denen eine Gefährdung der Sicherheit des ganzen Staates dringend zu befürchten ist, [...] unabhängig von der gerichtlichen Strafverfolgung und den Maßregeln der gerichtlichen Polizei [...] in Polizeigewahrsam zu nehmen".[48]

[45] BArchB, R 3301/6664, Bl. 50-52, Reichsmilitäranwalt Knappmeyer an Unterstaatssekretär Lewald, 24.1.1919.

[46] Bayerisches Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA), Kriegsarchiv (künftig: KA), Stellvertretendes Generalkommando I. Armeekorps (Wehrkreiskommando – WK) 986, Bayerisches Kriegsministerium an die Stellvertretenden Generalkommandos des I., II. und III. bayerischen Armeekorps, 17.2.1917.

[47] BayHStA, MInn 66272, Bayerisches Kriegsministerium an das bayerische Staatsministerium des Innern und das bayerische Staatsministerium der Justiz, 15.7.1915.

[48] Ebenda.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der von König Ludwig III. im August 1914 verordnete „Übergang der vollziehenden Gewalt auf die obersten Militärbefehlshaber" in Bayern sollte nach Meinung des Militärs mögliche Bedenken juristischer beziehungsweise verfassungsrechtlicher Natur beseitigen. Darüber hinaus sei „eine solche Maßnahme [...] für Bayern umso dringender notwendig, als [...] die Gefahr besteht, daß die Spione zur Ausübung ihrer landesverräterischen Handlungen sich gerade Bayern als Aufenthaltsort wählen", weil es hier keine Schutzhaft gäbe.[49] Die Staatsministerien des Innern und der Justiz entgegneten allerdings, dass die Grundsätze des Rechtsstaats nicht einfach beiseitegeschoben werden könnten. Das Staatsministerium des Innern betonte, dass Ausländer, die „strafrechtlich nicht verfolgt werden können oder ihre Strafe bereits verbüßt haben", zwar festgehalten oder ausgewiesen werden dürften, deutsche Staatsbürger jedoch nicht.[50] Insbesondere das sogenannte Doppelbestrafungsverbot sollte aufrechterhalten werden, was jegliche Form einer polizeilichen „Nachhaft" ausschloss. Außerdem glaubten die Beamten des Justizministeriums, dass es sich „bei den der Spionage verdächtigen Personen wohl überwiegend um Ausländer oder doch um Personen handelt, deren Behauptung, Deutsche zu sein, häufig zu Zweifeln Anlass gibt". Solche Personen konnten unter den bestehenden Polizei- beziehungsweise Notstandsgesetzen festgehalten werden, „bis die Erhebungen der Militärbehörde unzweifelhaft ergeben [konnten], ob die Person Deutscher" war. Es sei zu hoffen, „dass mit dem bestehenden Rechtszustande ein Auskommen möglich wäre".[51] Diese Zurückhaltung lässt sich dadurch erklären, dass sie eine Politisierung der Frage der Staatssicherheit und „Polizeihaft" in Kriegszeiten fürchteten. Es bestand die Sorge, dass eine solche Politisierung auch die anderen seit 1871 existierenden „Reservatrechte" Bayerns in Frage stellen würde. Das bayerische Justizministerium bemühte sich auch in Kriegszeiten, „die Exemption Bayerns von der Revisionszuständigkeit des Reichsgerichts in allen Zivilsachen [...] zugunsten der Zuständigkeit des Bay. Obersten Landesgerichts" aufrechtzuerhalten.[52]

Wie bereits erwähnt, wurde die willkürliche Handhabung des Belagerungszustands auf Reichsebene seit Mitte 1916 zunehmend zum Gegenstand intensiver öffentlicher Debatten. Besonders im Reichstag wurden vonseiten der SPD und verschiedener Abgeordneter des Zentrums und liberaler Parteien vermehrt Rufe nach einer Reform der Schutzhaft laut.[53] Die politische Krise spitzte sich im Sep-

[49] Ebenda.

[50] BayHStA, MInn 66272, Bayerisches Staatsministerium des Innern an das bayerische Kriegsministerium und das bayerische Staatsministerium der Justiz, 21.7.1915.

[51] BayHStA, MInn 66272, Bayerisches Justizministerium an das bayerische Kriegsministerium und das bayerische Staatsministerium des Innern, 29.7.1915.

[52] Albrecht, Reichsgründung, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4, 1. Teilbd, S. 286. Zur Frage der bayerischen „Reservatrechte" vgl. Patrick Henßler, Reservatrechte, 4.9.2007, in: Historisches Lexikon Bayerns; www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Reservatrechte [14.10.2018].

[53] Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographischer Bericht, 13. Legislaturperiode, 54. Sitzung, Bd. 307, 25.5.1916, S. 1278. Auch: BArchB, R 3001/6666, Zeitungsberichte über Zensur, Schutzhaft etc. während des Kriegs, April 1916–Mai 1920.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tember und Oktober zu, als die SPD damit drohte, die Bewilligung weiterer Kriegskredite zu blockieren, sollte es keinen Fortschritt in der Schutzhaftfrage geben. Gleichzeitig drängte die Oberste Heeresleitung auf einen Kompromiss mit den Reichstagsparteien, um die Zustimmung für das geplante „Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst" nicht zu gefährden. Das Hilfsdienstgesetz war ein zentraler Pfeiler des sogenannten Hindenburg-Programms für die ökonomische Mobilisierung der deutschen Heimatfront und führte eine Arbeits- und Dienstpflicht für alle Männer zwischen dem 17. und 60. Lebensjahr ein.[54] Um eventuellen Widerständen entgegenzuwirken, sah sich die Reichsregierung schließlich zu Zugeständnissen genötigt. Am 4. Dezember 1916 unterzeichnete Wilhelm II. eine „Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand", die neben einiger Änderungen an der Pressezensur auch eine Reform der Handhabung der Schutzhaft durch das Militär anordnete.[55] Das sogenannte Schutzhaftgesetz gab den Inhaftierten das Recht, sich juristischen Beistand zu suchen und die eigene Inhaftierung vor Gericht anfechten zu können. Darüber hinaus sah das Gesetz die Möglichkeit der finanziellen Entschädigung für unrechtmäßige Inhaftierungen vor.[56] Um die Kontrolle der jeweiligen stellvertretenden Generalkommandos (außerhalb Bayerns) zu verstärken, wurde zudem die Position eines Obermilitärbefehlshabers an der Heimatfront geschaffen, der zwar keine militärische Befehlsgewalt innehatte, aber als Beschwerdestelle für Schutzhäftlinge fungieren sollte. Dieses Amt wurde in Personalunion vom preußischen Kriegsminister Hermann von Stein ausgeübt.

Das Schutzhaftgesetz wäre eine Chance gewesen, die Praxis in Bayern an die im übrigen Reichsgebiet anzupassen. Jedoch war es nach Ansicht der bayerischen Regierung weiterhin nicht wünschenswert, sich einer reichsweiten, von preußischen Staatsministerien kontrollierten Beschwerdestelle politisch und juristisch unterzuordnen. Zumal der neuernannte bayerische Kriegsminister Philipp von Hellingrath in einem Schreiben vom 25. Januar 1917 warnte, dass „das Ges[etz] vom 4.12.16 [...] formell auch in Bayern" gelte.[57] Im restlichen Deutschland hatte das neue Gesetz jedoch nur begrenzte Wirkung auf die Handhabung der Schutzhaft,

[54] Zum „Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst" vgl. Gerald D. Feldman, Army, Industry and Labor in Germany, 1914–1918, Princeton 1966, S. 149–249.

[55] Vgl. Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand, 4.12.1916, in: Militär und Innenpolitik, 1. Teil, Dok. 27, S. 51–53.

[56] Vgl. ebenda, S. 52, Anm. 6, und Reichsgesetzblatt (künftig: RGBl.) 1916, Teil II, S. 1329–1331: Gesetz vom 4.12.1916.

[57] BayHStA, MInn 66272, von Hellingrath an die bayerischen Staatsministerien der Justiz, des Innern, der Finanzen und des königlichen Hauses und des Äußern, 25.1.1917. Als Teillösung versuchte von Hellingrath im März 1918 – vermutlich vergebens –, als einer der bayerischen Bevollmächtigten im Bundesrat einen zusätzlichen Artikel dem „Schutzhaftgesetz" hinzuzufügen, wonach „für die dem Reichsmilitärgericht in diesem Gesetze zugewiesenen Entscheidungen [...] der bayerische Senat beim Reichsmilitärgericht zuständig ist, wenn die Entscheidung eine von einem bayerischen Militärbefehlshaber getroffene Anordnung zum Gegenstande hat"; BayHStA, MInn 66272, Antrag Bayerns an die Bundesratsausschüsse X, VI, I und II, 6.3.1918.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die sich weder quantitativ noch qualitativ merklich änderte. Besonders seit Anfang 1917 verschärften viele Militärbefehlshaber angesichts der immer häufigeren Streiks und Proteste gegen die sich verschlechternde Nahrungsmittelversorgung den Belagerungszustand. Die Schutzhaft wurde zunehmend gegen angebliche Rädelsführer von „Butterkrawallen" (darunter viele Frauen) und politische Aktivisten verhängt.[58] Besonders nach den Aprilstreiks von 1917 und dem großangelegten Januarstreik von 1918 kam es zu regelrechten Verhaftungswellen; Wilhelm Dittmann, einer der führenden Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), wurde beispielsweise am 31. Januar 1918 verhaftet und von einem Kriegsgericht wegen versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt.[59] In den meisten Fällen zog es das Militär allerdings vor, gerichtliche Prozesse zu vermeiden. Die Behörden bevorzugten Schutzhaft und ihre absichtliche Vermischung mit der polizeilichen Untersuchungshaft, um Streiks und Jugendproteste zu unterdrücken.[60]

Das *Moral Policing* der Heimatfront spielte auch weiterhin eine zentrale Rolle in der Handhabung des Belagerungszustands. So berichtete Obermilitärbefehlshaber von Stein im April 1917 an die Reichsregierung: „Die erhebliche Gefahr, die das Überhandnehmen von Bettlern, Arbeitsscheuen und Landstreichern während der Dauer des Krieges für die öffentliche Sicherheit bietet, hat die Militärbefehlshaber veranlasst, die Schutzhaft über diese Personen zu verhängen."[61] Aufgrund der hohen Kosten der Inhaftierung für das Reich und der Möglichkeit eventueller Entschädigungen sei dies jedoch problematisch. Von Stein verfügte daher, „daß die Anwendung der Schutzhaft auf Bettler, Landstreicher, Arbeitsscheue und Dirnen aus politischen Gründen unerwünscht und die Unschädlichmachung dieser Personen durch Anwendung der allgemeinen Strafvorschriften anzustreben sei".[62]

Der Duktus dieses und ähnlicher Berichte macht deutlich, dass die Schutzhaft – trotz der Sorge um mögliche Entschädigungsansprüche – nun vor allem als Mittel gesehen wurde, unerwünschte Personengruppen aus der Bevölkerung zu entfernen. Dabei war nicht vorrangig von Bedeutung, was das Großstadtgesindel tatsächlich tat, sondern dass seine schlichte Anwesenheit an der Heimatfront angeblich negative Auswirkungen auf die dort herrschende Moral hatte. Die öffentliche Sicherheit wurde hier nicht durch konkrete Bedrohungspotenziale gefährdet, wie dies beispielsweise bei Rädelsführern von Streiks der Fall war. Stattdessen deutete man die Anwesenheit bestimmter Personen als sichtbares Zeichen dafür, dass die propagierte Einheit der Heimatfront zunehmend nicht mehr der Realität entsprach. Das Entfernen dieser Personengruppen aus der Öffentlichkeit war daher auch ein Versuch, die Fiktion der „Kriegsvolksgemeinschaft" aufrechtzuerhalten.

[58] Vgl. Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft, S. 66–68.
[59] Vgl. F. L. Carsten, War against War. British and German Radical Movements in the First World War, Berkley/Los Angeles 1982, S. 135.
[60] Vgl. ebenda, S. 80.
[61] BArchB, R 3001/6663, Bl. 108 f., Rundschreiben des Obermilitärbefehlshabers bezüglich der Verhängung der Schutzhaft über Landstreicher, 11.4.1917.
[62] Dies und die folgenden Zitate ebenda.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Diskussion über die „Unschädlichmachung" dieser Personengruppen zeigt ebenfalls, in welch umfangreichem Ausmaß die Schutzhaft auch nach dem Schutzhaftgesetz vom Dezember 1916 weiterhin genutzt wurde. Allerdings scheinen dessen Bestimmungen – insbesondere die Möglichkeit von Entschädigungen und der nun mögliche Rekurs auf die ordentlichen Gerichte – dazu geführt zu haben, dass die Militärbefehlshaber die Schutzhaft nun zu vermeiden suchten und stattdessen auf das Instrumentarium des Polizeirechts und besonders die Verhängung von Aufenthaltsbeschränkungen zurückgriffen.[63] Das änderte jedoch wenig an der Tatsache, dass die Militärbefehlshaber in erster Linie an der Entfernung unliebsamer Personen aus der Öffentlichkeit interessiert waren. Rechtliche Bestimmungen wurden entsprechend den jeweiligen Notwendigkeiten für den Schutz der öffentlichen Sicherheit ausgelegt. Hier zeigt sich, dass die Praxis des Ausnahmezustands, falls Militär und Polizei dies für nötig hielten, auch außerhalb des rechtlichen Rahmens des Belagerungszustands fast nahtlos fortgesetzt wurde. Damit glich sich die Situation im Reich in gewissem Maße derjenigen in Bayern an, wo die Behörden bereits seit Kriegsbeginn andere Wege für die außergerichtliche Inhaftierung von unliebsamen Personen finden mussten. Zweck, Handhabung und intendierte Wirkung der Inhaftierung unter dem Polizeirecht unterschieden sich in dieser Phase des Kriegs kaum noch von der eigentlichen Schutzhaft.

Der Vergleich mit der Praxis im Königreich Bayern belegt diese Feststellung. Da hier keine Schutzhaft existierte, mussten die Behörden auf andere juristische Konstrukte wie die Polizeihaft zurückgreifen. Im gesamten Reich konnte die Polizei, wenn es die „Züchtigung" oder vorläufige Inhaftierung von bestimmten Personen erforderte, von den Artikeln 361 und 362 des Reichsstrafgesetzbuchs sowie von lokalen Verordnungen Gebrauch machen.[64] Nach Artikel 361 konnte unter anderem in Haft genommen werden, „wer als Landstreicher umherzieht", „wer bettelt" oder „wer, nachdem er des Bundesgebietes oder des Gebietes eines Bundesstaats verwiesen ist, ohne Erlaubniß zurückkehrt".[65] Nach Artikel 362 konnte „[b]ei der Verurtheilung zur Haft [...] zugleich erkannt werden, daß die verurtheilte Person nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überweisen sei. [...] [D]ie Landespolizeibehörde [erhält] die Befugniß, die verurtheilte Person bis zu zwei Jahren entweder in ein Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden".[66] Arbeitshäuser und Arbeitskolonien galten allerdings nicht als „Straf-", sondern als „Polizeianstalten" zur Aufrechterhaltung von „Sicherheit und Ordnung".[67] Die polizeiliche Haftordnung in Bayern erlaubte darüber hinaus die „Festnahme von taubstummen, blöden und irrsinnigen Personen von unbekann-

[63] Vgl. auch Militär und Innenpolitik, 1. Teil, S. 40, Anm. 7.
[64] Vgl. Joseph Schiller, Die Polizeihaft in Bayern, Kallmünz 1931.
[65] Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst Einführungsgesetz, hrsg. und erläutert von Reinhard Frank, 18., neubearbeitete Aufl., Tübingen 1931, § 361, S. 805–813, hier S. 805.
[66] Ebenda, § 362, S. 813–816, hier S. 813. Zu §§ 361 und 362 vgl. Ayaß, Arbeitshaus Breitenau, S. 34 f., und Hörath, Asoziale, S. 49 f.
[67] Annette Eberle, Die Arbeiterkolonie Herzogsägmühle. Beiträge zur Geschichte der bayerischen Obdachlosenhilfe, Peiting 1994, S. 132.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ter Heimat" als präventive Maßnahme.[68] Der Freiheitsentzug durch Einweisung in ein Arbeitshaus wurde hier ebenfalls als „Besserungsmaßnahme" im Rahmen der staatlichen Wohlfahrtspflege verstanden.[69]

Während des Kriegs wurden politische Gefangene, die nicht strafrechtlich verurteilt werden konnten, solange wie möglich in polizeilicher Untersuchungshaft gehalten. In einigen Fällen ordneten Richter jedoch Freilassungen an. Wie im restlichen Deutschen Reich wollten die bayerischen Justizbehörden Gerichtsprozesse wegen politischer Delikte soweit wie möglich vermeiden, besonders nach dem großen Streik vom Januar 1918. Die wichtigsten Anführer des Januarstreiks in München, unter anderem Kurt Eisner und seine engsten Berater aus der USPD und den Gewerkschaften, blieben daher bis Oktober beziehungsweise November 1918 unter dem Vorwurf des Landesverrats – zum größten Teil ohne Kontakt mit der Außenwelt – in Untersuchungshaft.[70] Praktisch bedeutete dies eine ähnliche Behandlung wie bei der Verhängung von Schutzhaft, wenngleich sie im juristischen Sinne keine Anwendung fand. Die Anordnung und Überprüfung der Untersuchungshaft blieb allerdings im Verantwortungsbereich des bayerischen Staatsministeriums der Justiz und nicht der stellvertretenden Generalkommandos, wie dies bei der Schutzhaft im Rest des Reichs der Fall war.

Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs wurden die meisten politischen Häftlinge im Oktober und November 1918 aus der Untersuchungs- und Schutzhaft entlassen. Darunter befanden sich auch die radikalen Sozialisten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Wilhelm Dittmann und Kurt Eisner.[71] Die Reichsregierung wollte damit ein Zeichen des guten Willens an die Sozialdemokratie senden, die nun zunehmend zur zentralen politischen Kraft avancierte. Im Zuge der Novemberrevolution, am 12. November 1918, hob der neukonstituierte Rat der Volksbeauftragten schließlich den Belagerungszustand im Reich auf, während in Bayern der Kriegszustand fortdauerte.[72] Mit dem Ende des Belagerungszustands wurden auch die letzten Schutzhäftlinge aus den Gefängnissen entlassen.

IV. Schutzhaft in Preußen nach dem Ersten Weltkrieg

Unmittelbar nach der Novemberrevolution verzichtete der Rat der Volksbeauftragten zunächst auf die weitere Anwendung des Ausnahmezustands. So erfolgte beispielsweise die Niederschlagung des Januaraufstands von 1919 in Berlin ohne formal-juristische Deckung durch den Belagerungszustand und ohne das Instrument der Schutzhaft. Der anfängliche Verzicht auf eine rechtliche Regelung des

[68] BayHStA, MInn 66272, Bayerisches Staatsministerium des Innern an das bayerische Kriegsministerium und das bayerische Staatsministerium der Justiz, 21.7.1915.
[69] Vgl. Schiller, Polizeihaft, S. 38–41, und Kolling, Straf- und Besserungsanstalten.
[70] Vgl. Bernhard Grau, Kurt Eisner, 1867–1919. Eine Biographie, München 2001, S. 343 f.
[71] Vgl. Carsten, War against War, S. 212.
[72] Vgl. Achim Kurz, Demokratische Diktatur? Auslegung und Handhabung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung 1919–25, Berlin 1992, S. 40, und Geyer, Grenzüberschreitungen, in: Werber/Kaufmann/Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 360.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ausnahmezustands hatte vor allem zwei Gründe: Zum einen gab es im Rat der Volksbeauftragten und bei den Arbeiter- und Soldatenräten erheblichen politischen Widerstand gegen die erneute Ausrufung des Belagerungszustands. Besonders den Vertretern der USPD galt er als herausgehobenes Symbol für den repressiven Charakter des alten Regimes. Der Verzicht auf die Verhängung des Belagerungszustands im Januar 1919 sollte daher auch den Bruch mit der alten Ordnung zum Ausdruck bringen. Andererseits bestand aber auch Unklarheit darüber, inwiefern die alte Reichsverfassung, und damit der Artikel 68, überhaupt noch Gültigkeit besaß. Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte und der USPD argumentierten, dass die Revolution im November 1918 auch die alte Verfassung beseitigt habe.

Der Rat der Volksbeauftragten bewegte sich nach dem 9. November 1918 zunächst gewissermaßen in einem verfassungsrechtlichen Niemandsland. Dieser Zustand wurde erst mit dem „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt" vom 10. Februar 1919 beendet. Der Architekt des Gesetzes, der liberale Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Hugo Preuß, zielte bewusst auf eine Stärkung der Exekutive ab – oder, der Interpretation Anthony McElligotts folgend, auf die Etablierung einer „Diktatur innerhalb des Rahmens der Reichsverfassung".[73] Das beinhaltete auch eine verfassungsrechtliche Regelung des Ausnahmezustands. Artikel 6 des Gesetzes übertrug dem Reichspräsidenten umfangreiche Exekutivvollmachten, die denen des abgedankten Kaisers sehr ähnlich waren. Das Reichsjustizamt interpretierte den Artikel schließlich dahingehend, dass der Reichspräsident nun auch befugt sei, den Belagerungszustand zu verhängen, was er in der Tat allein 1919 über fünfzigmal tat.[74] Der sozialdemokratische Reichsminister der Justiz, Otto Landsberg, legte diese Rechtsauffassung der Regierung in einem Schreiben an Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann wie folgt dar:

> „Der Artikel 68 ist durch die Revolution nicht beseitigt worden. Durch den Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das Deutsche Volk vom 12. November 1918 ist nur der bisher während des Krieges bestehende Belagerungszustand aufgehoben worden. Dagegen ist die Möglichkeit, den Belagerungszustand von neuem zu verhängen, unberührt geblieben. Denn die Revolution hat die Vorschriften der bisherigen Reichsverfassung nur insoweit außer Wirkung gesetzt, als sie mit den durch die Revolution geschaffenen tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr vereinbar waren."[75]

Während die MSPD zuvor den Bruch mit der alten Ordnung betont hatte, sah sie sich nun genötigt, die verfassungsrechtliche Kontinuität mit dem Kaiserreich zu

[73] Anthony McElligott, Rethinking the Weimar Republic. Authority and Authoritarianism, 1916–1936, London 2014, S. 181–188, hier S. 181; Übersetzung der Autoren. Wenn im Folgenden nicht anders gekennzeichnet, stammen Übersetzungen immer von ihnen.
[74] Vgl. Geyer, Grenzüberschreitungen, in: Werber/Kaufmann/Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 360.
[75] BArchB, R 43-I/2698, Bl. 22, Otto Landsberg an Philipp Scheidemann, 5.5.1919.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

unterstreichen.[76] Der Rekurs auf das Instrument des Ausnahmezustands ging vor allem auf das Verlangen des Militärs nach einer klaren Rechtsgrundlage für die Bekämpfung revolutionärer Unruhen zurück. Wie Francis L. Carsten überzeugend argumentierte, handelte es sich hierbei um eine „auf legalem Wege errichtet[e]" Diktatur, die die Autorität des Reichs im Falle einer Gefährdung von „Ruhe und Ordnung" jenseits der Formalitäten des Rechtsstaats aufrechterhalten sollte.[77] Insbesondere erlaubte sie es der provisorischen Reichsregierung, „erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht" gegen revolutionäre Landesregierungen in den Bundesstaaten vorzugehen.[78] Die Sicherheitsinteressen des Staats und die Angst vor einem möglichen spartakistischen Umsturz ließen die anfängliche revolutionäre Rhetorik des Rats der Volksbeauftragten schnell in den Hintergrund treten.

Die Märzkämpfe von 1919 waren von besonderer Bedeutung für diese Entwicklung. Am 3. März 1919 brachen in Berlin revolutionäre Unruhen aus, die sich bald auf andere Teile des Reichs ausdehnten. Am selben Tag wurde von der preußischen Staatsregierung in Abstimmung mit der Reichsregierung der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Nach dem Zusammenbruch des viertägigen Berliner Generalstreiks am 8. März kam es zu Kämpfen zwischen aufständischen Arbeitern und der Reichswehr, die von paramilitärischen Verbänden unterstützt wurde.[79] Unter dem Belagerungszustand war es Polizei, Militär und Freikorps möglich, verdächtige Personen in Schutzhaft zu nehmen. Außerdem erlaubte der Schießbefehl des Reichswehrministers Gustav Noske, der vom 9. bis 16. März 1919 gültig war, die standrechtliche Hinrichtung von vermeintlich an Kampfhandlungen beteiligten Zivilisten. Wer bewaffnet aufgegriffen wurde, konnte von den Regierungstruppen auf der Stelle erschossen werden. Noskes Schießbefehl und die Verhängung des Belagerungszustands stießen zwar auf vereinzelte Kritik, die von der kommunistischen Presse bis hin zu Linksliberalen, wie zum Beispiel Harry Graf Kessler, reichte. Insgesamt genossen sie aber breite Unterstützung in der bürgerlichen und mehrheitssozialdemokratischen Presse. Politisch fand das Vorgehen der Reichsregierung – mit Ausnahme der USPD-Abgeordneten – ebenfalls die Zustimmung der großen Mehrheit der im Januar 1919 gewählten verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung.[80]

Ende März 1919 veröffentlichte Wieland Herzfelde einen Bericht über seine Schutzhaft während der Berliner Märzkämpfe. Der Schriftsteller wurde gemein-

[76] Vgl. Sigrid Vestring, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/1919, Münster 1987.

[77] Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln/Berlin 1964, S. 31 sowie S. 206; vgl. auch S. 320.

[78] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 7622, Bl. 134 f., Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, Berlin, 5.10.1919 (Abschrift).

[79] Vgl. Marie-Luise Ehls, Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik, Berlin/New York 1997, S. 27–32.

[80] Zu den Märzkämpfen in Berlin, dem Schießbefehl vom 9.3.1919, der Rolle Noskes und Pabsts sowie der Kritik Kesslers vgl. Gumbel, Vier Jahre, S. 15–17, und Mark Jones, Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918–1919, Cambridge 2016, S. 251–285.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sam mit gefangenen Aufständischen und willkürlich aufgegriffenen Ausländern zunächst von der Kriminalpolizei verhaftet und bald darauf an ein Freikorps überstellt, das in einem Grand Hotel im Berliner Stadtzentrum ein provisorisches Gefängnis eingerichtet hatte. Dort wurden die Gefangenen von Offizieren verhört und verprügelt. Wenig später verlegte man Herzfelde und andere Schutzhäftlinge in das überfüllte Gefängnis in der Lehrter Straße, wo sie mehrere Tage festgehalten und wiederholt misshandelt wurden. Die Kooperation zwischen der Berliner Polizei, Freikorps und regulären Truppen konnte sich dabei auf bereits während des Kriegs bewährte Mechanismen stützen.[81] Insbesondere Freikorpsführer und Reichswehroffiziere misshandelten Schutzhäftlinge schwer. Herzfelde schilderte Scheinhinrichtungen, Schlafentzug und Prügelorgien, die in einzelnen Fällen bis hin zur Tötung von Gefangenen reichten. Einerseits scheint es hier zu kalkulierter Gewaltanwendung und Folter im Rahmen von Verhören gekommen zu sein. Anderseits waren vor allem gefangengenommene Ausländer unter den Opfern sadistischer Prügelorgien, die durch exzessiven Alkoholkonsum der Wachen befeuert wurden.[82]

Schutzhäftlinge waren zumindest zeitweise juristische Unpersonen, denen keinerlei rechtlicher Schutz oder humane Behandlung zustand. Brutale Übergriffe des Wach- und Verhörpersonals hatte es während des Kriegs nicht gegeben. Eine Reihe von Faktoren hilft, diese Brutalisierung zu erklären. So senkte die Stigmatisierung der Schutzhäftlinge in der Presse und in öffentlichen Verlautbarungen als hinterlistige Meuchelmörder, Revolutionäre und „Verräter“ die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung.[83] Die Einrichtung provisorischer Gefängnisse und die Übernahme von regulären Haftanstalten durch Freikorps und das Militär schufen darüber hinaus neue Gewalträume, in denen die ohnehin geschwächten Rechtsnormen bei der Behandlung von Gefangenen kaum noch zur Anwendung kamen.[84]

Die Kombination von juristisch-diskursivem Ausnahmezustand und der gleichzeitigen Schaffung von Räumen der Gewalt begünstigte die wachsende Brutalität im Umgang mit Schutzhaftgefangenen. Wie viele Personen während der Berliner Märzkämpfe in Schutzhaft genommen wurden, lässt sich kaum beziffern. Verhaftungen wurden in der Regel ohne entsprechende Schutzhaftbefehle durchgeführt, und weder Freikorps noch Polizei oder Reichswehr führten Häftlingslisten. In der Literatur herrscht zwar über die Zahl von 1.200 Toten im Bezirk Lichtenberg während der Märzkämpfe Einigkeit, jedoch finden sich bezüglich der Zahl der Schutzhäftlinge entweder keine oder nur sehr vage Angaben.[85] Selbst die Reichsregierung hatte fast keine Informationen. So wurden Schutzhäftlinge während der Kämpfe

[81] Vgl. Herzfelde, Schutzhaft, S. 16.
[82] Vgl. Gumbel, Vier Jahre, S. 18 f.
[83] Vgl. Jones, Founding Weimar.
[84] Zum Begriff Gewaltraum vgl. Felix Schnell, Semantische Verarmung der Kommunikation. Die Leere des Gewaltraums, in: Ulrike Jureit (Hrsg.), Umkämpfte Räume. Raumbilder, Ordnungswille und Gewaltmobilisierung, Göttingen 2016, S. 29–49.
[85] Vgl. Jones, Founding Weimar, S. 257.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mit der sogenannten Roten Ruhrarmee im Jahr 1920 erneut in provisorischen Gefängnissen oder Internierungslagern wie dem Sennelager bei Paderborn interniert. In anderen Fällen wurden sie jedoch in ordentliche Strafgefängnisse unter ziviler Kontrolle in anderen Teilen Preußens überstellt, in denen der Ausnahmezustand nicht galt. Zudem existierte weder auf Landes- noch auf Reichsebene ein zentrales Häftlingsregister. Dies führte dazu, dass viele Personen als Schutzgefangene gehalten wurden, ohne dass dies den zuständigen Zivilverwaltungsbehörden und Reichs- beziehungsweise Staatskommissaren bekannt gewesen wäre.[86]

Die Lage änderte sich erst, als Reichspräsident Friedrich Ebert am 11. April 1920 eine Verordnung erließ und verfügte, dass die „politische Verantwortung" für Schutzhaftmaßnahmen von jetzt an „bei den Zivilbehörden" – mit dem Reichsminister des Innern an der Spitze – verblieb. Die Heranziehung des Militärs war seitdem nur zulässig, „wenn dies zur Unterstützung der Polizei-Organe notwendig" war.[87] Eine wichtige Voraussetzung für diesen zaghaften Kurswechsel war die Entlassung Noskes als Reichswehrminister am 22. März 1920. An seine Stelle trat Otto Geßler von der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der einen deutlich zurückhaltenderen Kurs in Bezug auf den Ausnahmezustand verfolgte. In einer Chefbesprechung wurde schließlich am 6. April 1920 entschieden, dass bei zukünftigen Notstandserklärungen auf der Grundlage von Artikel 48 WRV der „Uebergang der gesamten vollziehenden Gewalt auf das Militär nicht [mehr] stattfinde[n]" sollte. Stattdessen konnten die zuständigen Reichs- bzw. Staatskommissare jetzt bei Bedarf „oertliche Hilfeleistungen" von den jeweiligen Wehrkreiskommandos ersuchen.[88] In Extremfällen, in denen „grössere militärische Aktionen" nicht mehr zu vermeiden waren wie etwa im Herbst 1923, „soll[te] eine besondere Entschliessung des Reichspräsidenten entweder durch den Regierungskommissar über den Reichsminister des Innern oder durch die angängige militärische Stelle über den Reichswehrminister eingeholt werden".[89] Darüber hinaus verfügte Ebert in einer weiteren Verordnung, dass Schutzhaftsachen nun nicht mehr vom Reichsmilitärgericht, sondern von einem zivilen, mit sieben Richtern besetzten Ausschuss entschieden werden sollten.[90]

Die hier beschriebenen Änderungen der staatlichen Praxis und der rechtlichen Rahmenbedingungen können als eine teilweise Entmilitarisierung des Ausnahmezustands gewertet werden. Sie führten jedoch keinesfalls zu einer Abschaffung der Schutzhaft. Diese blieb weiterhin fester Bestandteil des staatlichen Instrumentari-

[86] Vgl. Geyer, Grenzüberschreitungen, in: Werber/Kaufmann/Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 363.

[87] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 5387, Bl. 72, Verordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Massnahmen, Berlin, 11.4.1920.

[88] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 5387, Bl. 73, Aufzeichnung über die Chefbesprechung am 6.4.1920 im Reichskanzlerhaus.

[89] Ebenda.

[90] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 5395, Bl. 14 f., § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten, 5.5.1920.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ums zur Bekämpfung der vermeintlichen linksradikalen Revolutionsgefahr. Das Festhalten am Ausnahmezustand entsprach hierbei voll und ganz der Selbstwahrnehmung der MSPD als neuer Hüterin der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung".[91] Die aus den neuen Regelungen für den Ausnahmezustand resultierende Machtkonzentration bei der Exekutive wurde nicht als Gefahr betrachtet, schließlich ging man davon aus, dass auch in der Zukunft ein engagierter Republikaner das Amt des Reichspräsidenten bekleiden würde. Der sozialdemokratische preußische Innenminister Wolfgang Heine, während des Kriegs ein bekannter Kritiker des preußischen Belagerungszustands, stellte in einer Rede in der verfassunggebenden Landesversammlung am 16. Dezember 1919 fest:

> „Wir können nicht ganz ohne Ausnahmebefugnisse auskommen, wir werden sie brauchen: es fragt sich nur, welches der praktischste Weg ist. Wir glauben, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung in der Form, die er unter unserer Mitarbeit bekommen hat, dem Reichspräsidenten viel wirksamere Maßregeln an die Hand gibt als das preußische Gesetz über den Belagerungszustand."[92]

Trotz der versuchten Entmilitarisierung des Ausnahmezustands bestand der Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt, weiterhin darauf, dass bei einer Übertragung der Notstandsvollmachten an die Zivilbehörden „die Befehlsverhältnisse in der Reichswehr unberührt bleiben" müssten.[93] Es sei selbstverständlich, „daß die Militärbehörden der Befehlsbefugnis des Regierungskommissars nicht unterstellt sind, daß sie damit also der vollziehenden Gewalt gewissermaßen extraterritorial gegenüberstehen". Den Reichsminister des Innern Erich Koch-Weser (DDP) forderte er im April 1920 dazu auf, „ die Regierungen der Länder darauf aufmerksam machen zu wollen, daß sie nicht befugt sind, etwa auf Grund des Artikels 48, Abs. 4 der Reichsverfassung Maßnahmen anzuordnen, die in die inneren Befehlsbefugnisse der Reichswehr eingreifen".[94]

Das hieß auch, dass kein im aktiven Dienst stehender Reichswehroffizier durch die Zivilbehörden in Schutzhaft genommen werden durfte – zumindest nicht ohne das Einverständnis der Heeresleitung. Dies war angesichts des kurz zuvor gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putschs von besonderer Bedeutung. Trotz der fragwürdigen Republiktreue der Reichswehr, die gegenüber den Konterrevolutionären eine gespaltene Haltung zeigte, waren die MSPD und die anderen Regierungsparteien DDP und Zentrum bereit, diese Forderungen zu akzeptieren, um den gemeinsamen Kampf gegen den Linksradikalismus nicht zu gefährden. Die stillschweigende Übereinkunft zwischen Reichswehr und MSPD hatte direkte praktische Auswir-

[91] Vestring, Mehrheitssozialdemokratie, S. 4 und S. 10.
[92] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 6321, Bl. 22, Verfassunggebende Preußische Landesversammlung, 100. Sitzung am 16.12.1919.
[93] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 5387, Bl. 73, Aufzeichnung über die Chefbesprechung am 6.4.1920 im Reichskanzlerhaus.
[94] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 5387, Bl. 86, von Seeckt an Koch-Weser (über Reichswehrminister Gessler), 24.4.1920 (Abschrift).

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kungen auf die Anwendung der Schutzhaft in Preußen. So ordnete der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos VI in Münster kurz nach Eberts Verordnung vom 11. April 1920 an, alle Mitglieder der MSPD, die als Angehörige republikanischer Bürgerwehren und der „Roten Ruhrarmee" verhaftet worden waren, aus der Schutzhaft zu entlassen, „sofern nicht ihre Beteiligung an einem gemeinen Verbrechen festgestellt oder angenommen" werde.[95] Kommunisten und sonstige Schutzhäftlinge verblieben jedoch weiterhin in Haft.

Diese Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und MSPD wurde durch die Reichsverfassung und insbesondere durch „die Unbeschränktheit des Herrn Reichspräsidenten im Rahmen des Artikels 48" untermauert. So konnte der Reichspräsident auch nach dem 11. April 1920 „verfassungsmäßige Grundrechte vorübergehend ausser Kraft setzen und erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten".[96] Nach Meinung des neuen preußischen Innenministers Carl Severing, der zuvor als Reichs- und Staatskommissar im Ruhrgebiet für die Unterdrückung des Bergarbeiterstreiks von 1919 und des Eisenbahnerstreiks von 1920 mitverantwortlich war, stellte ein solches republikanisches Notstandsinstrument eine Notwendigkeit für den Schutz des Staats gegen den Spartakismus dar.[97] Die Macht des Reichspräsidenten endete jedoch, wenn sie sich gegen das Militär richtete. Die teilweise Entmachtung der Reichswehr im Inneren, die vor allem eine Reaktion auf den Schock des Kapp-Lüttwitz-Putschs war, wurde so durch große Zugeständnisse an das Militär erkauft. Die Reichswehr entzog sich weitestgehend der politischen Kontrolle durch Reichsregierung und Reichspräsident und konnte im Rahmen des noch immer mit großer Regelmäßigkeit verhängten Ausnahmezustands weitestgehend autonom – wenngleich nur noch im Auftrag der Zivilbehörden – agieren.

V. Schutzhaft in der „Ordnungszelle Bayern"

Eberts Verordnung vom 11. April 1920 hatte zunächst nur in Preußen Gültigkeit. Explizit ausgeschlossen wurden „Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und [die] thüringischen Länder, der besetzte Teil der Rheinprovinz und [die] von anderen deutschen Ländern eingeschlossenen preussischen Gebiete".[98] In diesen Teilen des Reichs hatte das „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt" vom 10. Februar 1919 jedoch ebenfalls zu einer beträchtlichen Erweiterung der Praxis der Schutzhaft geführt. In Bayern konnte die vom MSPD-Politiker Johannes Hoffmann ge-

[95] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 5387, Bl. 75, Wehrkreiskommando VI, Münster, 16.4.1920.
[96] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 7622, Bl. 134 f., Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, Berlin, 5.10.1919 (Abschrift).
[97] Vgl. Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1: Vom Schlosser zum Minister, Köln 1950, S. 294 f.
[98] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 5387, Bl. 72, Verordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Massnahmen, Berlin, 11.4.1920.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

führte parlamentarische Regierung die im „Gesetz über den Kriegszustand" nicht suspendierten Grundrechte jetzt völlig außer Kraft setzen, wenn „die öffentliche Sicherheit und Ordnung in einem erheblichen Umfang gestört oder gefährdet" war.[99] Besonders im Rahmen der militärischen Operationen in Südbayern und nach dem blutigen Sturz der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919 machte die bayerische Regierung von den neuen Notstandsvollmachten umfangreichen Gebrauch.[100] Ludwig Richter argumentierte mit Blick auf die Anwendung des Ausnahmezustands in Bayern, dass das „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt" und sein Nachfolger Artikel 48, Absatz 2 WRV, in erster Linie den Reichspräsidenten dazu ermächtigten, bei jeder Bedrohung der „öffentliche[n] Sicherheit und Ordnung" in jedem „deutschen Gliedstaate" mit „Hilfe der bewaffneten Macht" einzuschreiten. Dies habe zwar die rechtliche Sonderstellung Bayerns im Reich beendet, gleichzeitig hätten jedoch „die Staatenvertreter mit der Möglichkeit der Grundrechtssuspension wichtiges Terrain für den Föderalismus zurückgew[o]nnen".[101] Die Vereinheitlichung des Ausnahmezustands führte zwar zur Verringerung der Autonomie der Länder, übertrug den Landesregierungen jedoch gleichzeitig auch mehr Machtbefugnisse. Für den Freistaat Bayern war dies nach 1919 von besonderer Bedeutung, wie folgender Aktenvermerk eines Beamten des bayerischen Innenministeriums vom Juli 1922 verdeutlicht:

> „Ein positiver Fehler des bayer. Kriegszustandsrechts war der Mangel einer einwandfreien Rechtsgrundlage für die Verhängung der Schutzhaft. Eine mangelhafte, aber in der Zeit begründete Auffassung war es auch, daß sich die Ministerien etwas darauf zugute taten, daß man in Bayern keine Schutzhaft kenne. [...] Es war eben die rechtsstaatliche Auffassung, die auf Grund der ganzen Entwicklung vor dem Kriege, namentlich infolge der strengen parlamentarischen Kontrolle, überall in Deutschland noch herrschte und manchen guten neueren Gedanken, der im Grunde nichts anderes war als ein Rückgriff auf ältere Konstruktionen, nicht zur Welt kommen ließ. Der weitere Gang der Ereignisse in Bayern hat auch die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet und namentlich den Mut dazu gebracht."[102]

Dieser neue Ansatz war schon im Mai 1919 vom Staatsministerium für militärische Angelegenheiten in einer Reihe ausführlicher Anweisungen an die bayerischen Generalkommandos dargelegt worden. So betonte die Operationsabteilung des

[99] Zit. nach Ludwig Richter, Die Vorgeschichte des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung, in: Der Staat 37 (1998), S. 1–26, hier S. 25 (Art. 67 des „Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt", 10.2.1919).

[100] Vgl. Jones, Founding Weimar, S. 292. Eine undatierte, vermutlich am 1.5.1919 erteilte Wiederholung des ursprünglichen Schießbefehls für Südbayern bzw. München, bezogen auf alle Aufständischen, die „den Regierungstruppen mit den Waffen in der Hand" gegenübertraten, befindet sich im BayHStA-KA, Freikorps Höhere Stäbe 44.

[101] Richter, Vorgeschichte, S. 24.

[102] Zit. nach Franz J. Bauer, Einleitung, in: Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente, eingeleitet und bearb. von Franz J. Bauer, Düsseldorf 1987, S. IX–CV, hier S. XVIII f., Anm. 27 (Aktenvermerk vom 29.7.1922).

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

neuen Staatsministeriums, dass „die spartakistischen und bolschewistischen Aufstände [...] die Existenz des Freistaates Bayern“ bedrohten. Die konsequente Verteidigung des Staats erforderte daher „nicht nur bewaffnetes Einschreiten, sondern auch die Ergreifung außerordentlicher Abwehrmaßnahmen“. Dies schloss insbesondere „die Verhängung der mil. Schutz- oder Sicherheitshaft“ ein.[103] Allerdings stellte bis zur Aufhebung des Kriegszustands am 4. November 1919 das bayerische Kriegszustandsrecht sicher, dass das Recht „zur Verhängung der mil[itärischen] Schutzhaft“, mit Zustimmung der anderen Zivilstaatsministerien, in den Händen des Ministeriums für militärische Angelegenheiten blieb.[104]

Die Aufhebung des Kriegszustands in Bayern am 4. November 1919 bedeutete zwar eine Machtverschiebung zugunsten der zivilen Behörden, jedoch nicht das Ende der Schutzhaft. In einem an verschiedene militärische Stellen gerichteten Schreiben vom 11. November 1919 sorgte der Staatsminister des Innern Fritz Endres (MSPD) für eine Erweiterung der Schutzhaftpraxis:

> „Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Gesamtstaatsministeriums vom 4.11.1919 [über die Aufhebung des Kriegszustands und über einstweilige Maßnahmen nach Art. 48, Abs. 4 der Reichsverfassung] ersuche ich, die über Schutzhaft, Aufenthaltsbeschränkungen und Ausweisungen angefallenen Einzelakten, soweit sie nicht schon gegenstandslos geworden sind, umgehend den besonderen Beauftragten (Regierungspräsidenten, Polizeipräsident) des rechtsrheinischen Bezirkes zuzuleiten, in dem sich die in Betracht kommenden Personen aufhielten, als die fraglichen Maßnahmen über sie verhängt worden sind.“[105]

Bis September 1921 waren diese „besonderen Beauftragten“ der Polizeipräsident von München Ernst Pöhner – ein bekannter Rechtsextremist und prominenter Teilnehmer am gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch im November 1923,[106] der Regierungspräsident von Oberbayern Gustav Ritter von Kahr[107] und die Regie-

[103] BayHStA-KA, Generalkommando II. Armeekorps (WK) 1327, Ministerium für militärische Angelegenheiten, Operationsabteilung, an das Generalkommando des II. bayerischen Armeekorps, 10.5.1919.

[104] Ebenda.

[105] BayHStA-KA, Stellvertretendes Generalkommando I. Armeekorps (WK) 2157, Bayerisches Staatsministerium des Innern an das Reichswehrgruppenkommando Nr. 4, die Abwicklungsstelle der Generalkommandos der I., II. und III. bayerischen Armeekorps, die Stadtkommandantur München und die Reichswehrbrigaden 23 und 24, 17.11.1919.

[106] Zu Pöhner, der zwischen November 1919 und September 1921 auch den Titel „Staatskommissar für München, Stadt und Land“ trug, vgl. Walter Nickmann/Joachim Schröder, Revolution und „Ordnungszelle Bayern“, in: Joachim Schröder, Die Münchner Polizei und der Nationalsozialismus, hrsg. vom Polizeipräsidium/Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Essen 2013, S. 17–22.

[107] Gustav Ritter von Kahr hatte dieses Amt zwischen 1917 und 1924 ohne Unterbrechung inne und hielt auch an ihm fest, als er bayerischer Ministerpräsident und Staatsminister des Innern vom März 1920 bis September 1921 und Generalstaatskommissar vom September 1923 bis Februar 1924 war. Zu Kahr vgl. Albert Schwarz, Die Zeit von 1918 bis 1933. Zweiter Teil:

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rungspräsidenten in den anderen Regierungsbezirken Bayerns (die ebenfalls den Titel „Staatskommissare zur Aufrechterhaltung der gefährdeten Ordnung" erhielten).[108] Ihr gemeinsames Ziel war es, nach dem „verwirrenden Chaos" und der „Unzucht" der Revolution von 1918/19 Bayern als „Ordnungszelle" und damit als Modell für die „Erneuerung staatlicher und moralischer Autorität" im ganzen Reich zu etablieren.[109] So erklärte Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr in seiner Eigenschaft als Staatsminister des Innern in einem Schreiben an das Justizministerium im Mai 1921:

> „Die Schutzhaft wird nicht aus Gründen rein örtlicher Sicherheit, sondern zum Schutze des Reichs und Staats verhängt; es wäre nicht einzusehen, warum ein Staatskommissar, wenn sich die Tatsachen, die die Verhängung der Schutzhaft als notwendig erscheinen lassen, in seinem Bezirk ergeben, nicht berechtigt sein soll, einen Schutzhaftbefehl zu erlassen, auch wenn der Betroffene etwa aus seinem Bezirke geflohen ist. Das entspricht den Verhältnissen bei der Untersuchungshaft. Selbstverständlich ist, da die Verordnung vom 4.11.1919 nur für Bayern gilt, daß ein bayerischer Schutzhaftbefehl auch nur in Bayern vollzogen werden darf."[110]

Wie im restlichen Reich ist die Zahl der Personen, die zwischen 1919 und 1921 in Schutzhaft genommen wurden, weder in den Akten des Kriegsministeriums, des Ministeriums für militärische Angelegenheiten, noch in den Akten des Staatsministeriums des Innern eindeutig zu ermitteln. Vor allem in den ersten zwei Wochen nach der Niederschlagung der Räterepublik in München am 2. Mai 1919 wurden mindestens 557 Häftlinge – eine weitaus größere Zahl als während und nach den Märzkämpfen in Berlin – standrechtlich erschossen. Wie viele der überlebenden Gefangenen schon in der zweiten Maihälfte wieder freigelassen wurden, ist aus den Akten nicht festzustellen. Immerhin waren Anfang Juni 1919 noch 1.800 Personen unter Verdacht von politischen Delikten in polizeilicher oder militärischer Schutzhaft.[111] Auch in den folgenden Monaten gab es weiterhin zahlreiche Fälle von willkürlichen Haftbefehlen seitens der militärischen Behörden. So musste beispielsweise der Lehrer Karl Schmidt am 17. Juni 1919 im Namen zweier seiner Schüler das folgende Gesuch an das Landgericht I in München richten:

Der vom Bürgertum geführte Freistaat in der Weimarer Republik (1920–1933), in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4, 1. Teilbd., S. 454–517, hier S. 454–465.

[108] BayHStA-KA, Stellvertretendes Generalkommando I. Armeekorps (WK) 2157, Bayerisches Staatsministerium des Innern an das Reichswehrgruppenkommando Nr. 4, die Abwicklungsstelle der Generalkommandos des I., II. und III. bayerischen Armeekorps, die Stadtkommandantur München und die Reichswehrbrigaden 23 und 24, 17.11.1919.

[109] Martin H. Geyer, Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne, München 1914–1924, Göttingen 1998, S. 51, S. 112 und S. 316 f. Vgl. auch Nickmann/Schröder, Revolution und „Ordnungszelle Bayern", in: Schröder, Münchner Polizei, S. 20.

[110] BayHStA, MInn 66272, Bayerisches Staatsministerium des Innern an bayerisches Staatsministerium der Justiz, 21.5.1921.

[111] Vgl. Bruno Thoß, Weißer Terror, 1919, 11.9.2012, in: Historisches Lexikon Bayerns; www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wei%C3%9Fer_Terror,_1919 [6.5.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> „Ende April gingen die beiden auf Veranlassung der Frau Fragner nach Niederbayern, um gehamsterte Lebensmittel zum persönlichen Gebrauch nach München zu bringen. In der Nähe von Mühldorf fand zur fraglichen Zeit eine Versammlung statt, in welcher die Zustände, die die Rätebewegung in München heraufbeschworen hat, in den grellsten Farben geschildert wurden. In ihrem jugendlichen Impuls erklärten sie die Schilderungen für nicht richtig und traten so, ohne es zu wollen, als Verteidiger der Räterepublik auf. Zu ihrem Unglück begingen sie eine weitere Dummheit. Am anderen Morgen wurden sie verhaftet und da sie ihr Leben bedroht glaubten, wollten sie sich durch die Flucht retten. Sie wurden aber bald wieder gefangen. Gollong und Fragner befinden sich jetzt in Passau".[112]

Darüber hinaus wurde bald deutlich, dass die Schutzhaftbefehle nicht nur gegen politisch Verdächtige, sondern auch gegen sogenannte Asoziale erteilt wurden. Nach einem Bericht der Polizeidirektion München vom 19. August 1919 befanden sich 48 Personen in der bayerischen Hauptstadt in militärischer Schutzhaft – unter ihnen 28 Männer und 20 Frauen. 16 Männer und 13 Frauen galten als „politisch bedenkliche Persönlichkeiten", „gefährliche Agitatoren" oder als Personen, die eine „Gefahr für [die] öffentliche Sicherheit" darstellten. Die restlichen Häftlinge saßen jedoch nur wegen ihrer „Zugehörigkeit zum Großstadtgesindel" im Gefängnis – ein klarer Beleg dafür, dass *Moral Policing* für die Schutzhaft auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch eine große Rolle spielte.[113]

In Würzburg wurde der USPD-Stadtrat Willy Schwer im Juli 1920 auf Befehl des Regierungspräsidenten für Unterfranken und Aschaffenburg wegen „Aufreizung zum Klassenhaß" in Schutzhaft genommen. Der Erste Bürgermeister von Würzburg reagierte kritisch, jedoch nicht, weil ihm die unbefristete Haft eines demokratisch gewählten Stadtrats problematisch erschien, sondern weil die Begründung dieses Befehls in den lokalen Medien nur unzureichende Berücksichtigung gefunden hatte:

> „Meines Erachtens gehört es auch zu den Aufgaben des Herrn Staatskommissars, die öffentliche Meinung in dem Sinne zu beeinflussen, daß sie die im Interesse der Aufrechterhaltung der Staatsautorität getroffenen Entscheidungen als notwendig begründet anerkennt. Ich möchte mir daher den Vorschlag erlauben, daß in Zukunft in ähnlichen Fällen diejenige Presse, deren Spalten dem Herrn Staatskommissar offenstehen, sofort und eingehend über die Gründe solcher außerordentlichen Maßnahmen informiert wird."[114]

[112] BayHStA-KA, Stellvertretendes Generalkommando I. Armeekorps (WK) 2157, Karl Schmidt an den Herrn I. Staatsanwalt Hahn beim Landgericht I, München, 17.6.1919.

[113] BayHStA, MInn 66273, Polizeidirektion München an das bayerische Staatsministerium des Innern, 21.8.1919.

[114] BayHStA, MInn 66273, Erster Bürgermeister der Stadt Würzburg an den Herrn Staatskommissar des Regierungsbezirkes Unterfranken und Aschaffenburg, 24.7.1920.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das zunehmende staatliche Interesse am Verhältnis zwischen Schutzhaft und öffentlicher Meinung ist ein weiteres Anzeichen dafür, dass man nach Mai 1919 ein besonderes Augenmerk auf die Politisierung des Ausnahmezustands legte. Dies stellte eine klare Abkehr von der Praxis der Kriegsjahre dar, als die Militär- und Zivilbehörden in Bayern vor der öffentlichen Sichtbarkeit von Notstandsmaßnahmen zurückschreckten. Gleichzeitig versuchten politische Häftlinge ihrerseits, mit spektakulären Aktionen wie Hungerstreiks, Öffentlichkeit und Parlament auf ihre Situation aufmerksam zu machen.[115] Um der wachsenden öffentlichen Kritik entgegenzuwirken, überreichte das Staatsministerium der Justiz im Dezember 1921 eine Denkschrift an den bayerischen Landtag. Hier fand sich das Argument, dass man sich „[gegenüber] den gewalttätigen [politischen] Gefangenen" in der Festungshaftanstalt Niederschönenfeld, unter ihnen die beiden prominenten Anführer der Münchner Räterevolution, Erich Mühsam und Ernst Toller, „in einem Notstand" befinde und „alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Anstalt und zum Schutze der staatlichen Sicherheit notwendigen Maßnahmen" in Anspruch nehmen müsse. Das Sicherheitsinteresse des Staats stelle hier das wichtigste Gut dar, auch wenn dies zu unerträglichen Zuständen wie Hungerstreiks führe.[116]

VI. Diskurs und Praxis der Schutzhaft in der frühen Weimarer Republik

Auch außerhalb des Freistaats Bayern änderten sich die Qualität und Quantität des Ausnahmezustands erheblich. Bereits im April 1919 wurde der Belagerungszustand in den Freistaaten Braunschweig und Sachsen sowie der Hansestadt Bremen erklärt. Die sächsische Staatsregierung verhängte am 14. April 1919 den Belagerungszustand, der insgesamt fast ein Jahr bestehen blieb. Anlass hierfür war die Ermordung des sächsischen Kriegsministers Gustav Neuring durch Insassen des Dresdner Militärlazaretts, die gegen geplante Kürzungen ihrer Renten protestierten. Die Reichsregierung bestätigte diesen regionalen Belagerungszustand mit mehreren Tagen Verspätung am 23. April 1919.[117] Ebenfalls am 23. April 1919 wurde der Belagerungszustand über das Gebiet der Hansestadt Bremen durch die Reichsregierung verhängt, wo es nach der gewaltsamen Niederschlagung der Räterepublik zu einen Generalstreik gekommen war.[118] Insgesamt zeigt sich hier deutlich, wie früh und bereitwillig die Reichs- und Landesregierungen auf das Instrumentarium des Ausnahmezustands zugriffen. Die Verhängung des Belagerungszustands war jetzt weniger die Ultima Ratio zum Schutz der bedrohten Staatsordnung als vielmehr das erste Mittel der Wahl, um auf innere Unruhen zu reagieren.

[115] Vgl. Maximilian Buschmann, „Freiheit oder Hungertod". Hungerstreiks als Protestform politischer Gefangener in der frühen Weimarer Republik, in: Werkstatt Geschichte 80 (2019), S. 17–35.
[116] Zit. nach ebenda, S. 22.
[117] Vgl. RGBl. 1919, S. 429: Gesetz vom 23.4.1919.
[118] Vgl. ebenda.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Handhabung der Schutzhaft und des Belagerungszustands im Freistaat Braunschweig war beispielhaft für den Rest des Reichs. Am 9. April war es zu revolutionären Unruhen und einem Generalstreik in Braunschweig gekommen, die zum Ziel hatten, die erst kürzlich etablierte parlamentarische Regierung durch Arbeiter- und Soldatenräte zu ersetzen. Die Reichsregierung sah sich daraufhin gezwungen, am 13. April 1919 den Belagerungszustand über Braunschweig zu verhängen und dem Freikorps des Generals Georg Maercker den Einmarsch zu befehlen. Innerhalb weniger Tage übernahm das Freikorps die Kontrolle über den Freistaat.[119] Wie bei den Berliner Märzkämpfen wurde das Instrument der Schutzhaft auch in Braunschweig in großem Umfang angewandt, wenngleich ohne exzessive Gewaltanwendung seitens des Freikorps. Die Anführer des Generalstreiks sowie zahlreiche Mitglieder der Führung der Braunschweiger Räterepublik um Sepp Oerter wurden in Schutzhaft genommen. Hinzu kommt eine kaum zu beziffernde Zahl an Aufständischen, die das Militär ebenfalls in Haft nahm. Auch hier können die Zahlen aufgrund fehlender Quellen nur geschätzt werden.

Die Handhabung des Ausnahmezustands durch die Reichswehr war sowohl in Sachsen als auch in Braunschweig und Bremen in vielerlei Hinsicht chaotisch und willkürlich. Der preußische Justizminister Hugo am Zehnhoff (Zentrum) beschwerte sich im Oktober 1919 bei der Reichsregierung über die Haftbedingungen. So sei bei Schutzhaftgefangenen im Gefängnis Werl in der preußischen Provinz Westfalen „in keinem Fall eine Abschrift des Schutzhaftbefehls vorhanden".[120] Viele Schutzhaftgefangene hätten keinen Zugang zu rechtlichem Beistand, und in vielen Fällen sei Schutzhaft als Ersatz für Untersuchungs- oder Strafhaft angeordnet worden, jedoch ohne dass die Betroffenen darüber aufgeklärt wurden.[121] Hugo am Zehnhoff betonte außerdem:

> „Falls es zutreffend sein sollte, daß Personen wegen einer Straftat zunächst gerichtlich bestraft werden und dann nach Verbüßung der Strafe wegen derselben Tat oder wegen der aus ihr ersichtlichen Gesinnung in Schutzhaft genommen werden, so halte ich dies für rechtlich unzulässig und politisch unklug. [...] Die Durchführung der Schutzhaft nach der Strafverbüßung wirkt als eine doppelte Bestrafung derselben Tat. Dies ist m. E. weder nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen noch nach dem Schutzhaftgesetz zulässig."[122]

Diese Kritik des Zentrumpolitikers am Zehnhoff ist bemerkenswert, berief er sich doch auf Argumente, die noch während des Ersten Weltkriegs seitens der SPD gegen die Schutzhaft ins Feld geführt worden waren. Für am Zehnhoff war aber auch deutlich, dass die Schutzhaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit weit umfangrei-

[119] Vgl. Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 326 f.
[120] BArchB, R3001/6664, Bl. 148 f., Schreiben am Zehnhoff an das Reichsamt des Innern, 25.10.1919.
[121] Ebenda.
[122] Ebenda.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

cher eingesetzt wurde als früher. Allein in den Wochen nach der Niederschlagung des Ruhraufstands im März und April 1920 wurden über 2.400 Personen in Untersuchungs- und Schutzhaft genommen. Hinzu kam eine unklare Zahl von „Kriegsgefangenen", die von der Reichswehr im Zuge von Kampfhandlungen gemacht worden waren.[123] Im Sennelager befanden sich nach Angaben der USPD-Zeitung *Volksstimme für Westfalen und Lippe* Anfang Mai 1920 ungefähr 622 Schutz- und Untersuchungshäftlinge. Aus dem Kreis Recklinghausen wurde von 77 USPD-Mitgliedern berichtet, die man beim Einmarsch der Regierungstruppen verhaftet hatte. Über deren Verbleib berichtete das Blatt: „11 erschossen, 2 gefallen, 1 gestorben, 1 verwundet, 5 Verurteilte, 6 Untersuchungshaft, 14 Schutzhaft, 4 Vermißte, 33 Flüchtlinge".[124]

Mit großer Wahrscheinlichkeit überstieg die Zahl der Schutzhäftlinge bereits 1919 die Zahl der Internierten während des Kriegs. So klagte die USPD-Zeitung *Die Freiheit* schon am 12. Juni 1919 über die „Schande der Schutzhaft". Auch USPD-Abgeordnete prangerten in der Weimarer Nationalversammlung wiederholt die „Schutzhaftschande" an.[125] Liberale und konservative Blätter, wie die *Frankfurter Zeitung* und *Der Tag*, stellten ebenfalls die Frage, ob es zulässig und ratsam sei, die Instrumente der militärischen Justiz und der Schutzhaft in Friedenszeiten als Normalität anzuerkennen. Berichten der *Freiheit* zufolge konnten Jungen im Alter von 15 Jahren oder willkürlich verhaftete friedliche Demonstranten monatelang in Schutzhaft gehalten werden.[126]

Die Intensivierung des Ausnahmezustands unmittelbar nach dem Krieg lässt sich anhand mehrerer Faktoren erklären. Unumstritten ist, dass die Nachkriegszeit von einer deutlich gesteigerten Gewaltbereitschaft auf allen Seiten gekennzeichnet war. Dies spiegelte sich nicht zuletzt auch in der Handhabung der Schutzhaft und der Behandlung der Häftlinge wider. Der Rückgriff der Reichsregierung auf den rechtlichen Rahmen des Belagerungszustands nach März 1919 kann allerdings auch als Versuch gewertet werden, den de facto herrschenden Ausnahmezustand rechtlich zu regulieren und zu sanktionieren. Die Eskalationsdynamik der Nachkriegszeit wurde zudem durch andere Entwicklungen begünstigt. So war das Militär während des Kriegs vor allem darauf bedacht, die MSPD im Reichstag nicht unnötig zu provozieren und sie von den radikalen Kriegsgegnern in der USPD zu trennen. Zumindest eine exzessive Gewaltanwendung wurde bis auf wenige Aus-

[123] BArchB, R43-I/2718, Bl. 66. Vgl. auch Lucas, Ausnahmezustand (I), S. 174, und Geyer, Grenzüberschreitungen, in: Werber/Kaufmann/Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 363.

[124] LAV NRW, Abt. Westfalen, Oberpräsidium Münster, K 001, Nr. 5351, Bl. 121, Volksstimme für Westfalen und Lippe, 7.5.1920. Nach Rainer Pöppinghege, Republik im Bürgerkrieg. Kapp-Putsch und Gegenbewegung an Ruhr und Lippe 1919/20, Münster 2019, S. 103 f., wurden insgesamt 1.200 vermeintliche „Rotgardisten" im Sennelager interniert, einschließlich derjenigen, die nach der Überquerung der Ruhr durch die preußische Sicherheitspolizei am 12.5.1920 festgenommen wurden.

[125] Buschmann, Freiheit oder Hungertod, S. 22.

[126] Eine Diskussion von entsprechenden Zeitungsartikeln in der „Freiheit" vom 12.6.1919 und 29.10.1919, in der „Frankfurter Zeitung" vom 1.6.1919 und im „Der Tag" vom 1.12.1918 findet man bei McElligott, Rethinking, S. 110 und S. 275, Anm. 95–98.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nahmen während der großen Streiks im April 1917 und im Januar 1918 aus Rücksicht auf die Sozialdemokraten daher eher vermieden. So argumentierte beispielsweise Obermilitärbefehlshaber Hermann von Stein im Juli 1918 gegenüber den stellvertretenden Generalkommandos im Reich, dass die „Anwendung des verschärften Belagerungszustandes", also mit Präsenz bewaffneter Soldaten auf den Straßen, „als besondere[s] Abschreckungsmittel bei besonderen Vorfällen bedeutend wirkungsvoller [sei], als wenn dieser Zustand dauernd besteht".[127] Dieses die Gewalt eindämmende Kalkül fiel nach der Novemberrevolution weg. Die MSPD und insbesondere Politiker wie Gustav Noske gaben den Aktionen des Militärs und der kompromisslosen Handhabung des Ausnahmezustands eine politische Legitimation, die während des Kriegs undenkbar gewesen wäre.[128]

Die brutale Niederschlagung der Münchner Räterepublik und des Ruhraufstands sind Beispiele dafür, wie revolutionäre Gewalt als Rechtfertigung für exzessive Gewalt seitens der Regierungstruppen genutzt wurde.[129] Die Schutzhaft markierte hier oft den Übergang von chaotischen Kampfhandlungen zur kalkulierten „Unschädlichmachung" politischer Gegner. Öffentlich wurde dieses Vorgehen als Ausdruck „kühle[r] Vernunft", „beherzte[n] Durch- und Zugreifen[s]" oder entschlossenen „(Entscheidungs-)handeln[s]" dargestellt. Dies schloss in vielen Fällen physische und psychische Misshandlungen der Häftlinge ein.[130] Besonders die Schaffung provisorischer Gefängnisse als Räume der Gewalt begünstigte diese Entwicklung, die sich oft der Kontrolle der höheren Regierungsstellen entzog. Ohnehin spielten bei der Frage, ob und inwiefern exzessive Gewalt gegen Schutzhäftlinge angewendet wurde, lokale und regionale Umstände eine große Rolle. Festgenommene wurden beispielsweise während der Berliner Märzkämpfe, der Niederschlagung der Münchner Räterepublik im Mai 1919 oder bei der Zerschlagung der „Roten Ruhrarmee" im Jahr 1920 häufig misshandelt oder sogar getötet.[131] Im Fall der vergleichsweise unblutigen Niederschlagung der Braunschweiger Räterepublik, die weitestgehend ohne Kampfhandlungen ablief, wurde zwar eine erhebliche Zahl von Personen in Schutzhaft genommen, brutale Misshandlungen oder gar Tötungen von Häftlingen blieben hier jedoch Einzelfälle. Offenbar genügte es den Behörden in diesen Fällen, die politischen Feinde durch Schutzhaft aus dem Verkehr zu ziehen.

[127] Schreiben des Obermilitärbefehlshabers an die Militärbefehlshaber, 9.7.1918, in: Militär und Innenpolitik, 1. Teil, Dok. 29, S. 55 f., hier S. 56.

[128] Zu Noske vgl. Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 58–61, S. 76 und S. 80 f., sowie Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

[129] Vgl. Jones, Founding Weimar, S. 286–323.

[130] Geyer, Grenzüberschreitungen, in: Werber/Kaufmann/Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 370.

[131] Vgl. Gumbel, Vier Jahre, und Günter Gleising/Anke Pfromm, Kapp-Putsch und Märzrevolution 1920, Bd. 3: Totenliste der Märzgefallenen aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, Bochum 2010.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VII. Schlussbetrachtungen

Neben der Todesstrafe für Hoch- und Landesverrat handelte es sich bei der Schutzhaft um die repressivste Maßnahme des deutschen Staats gegen seine eigenen Bürger. Anhand einer Analyse dieses Instruments lassen sich grundlegende Aussagen über die experimentelle Natur des Ausnahmezustands im Ersten Weltkrieg und in der frühen Weimarer Republik machen. Die umfangreiche Nutzung des Ausnahmezustands darf nicht als scharfer Bruch mit der rechtsstaatlichen Praxis des „langen" 19. Jahrhunderts verstanden werden, sondern ist vielmehr als andauernder Prozess des „praktischen Experimentierens" zu sehen. Zu Kriegsbeginn existierten weder Präzedenzfälle noch Erfahrungswissen, wie eine Gesellschaft im Ausnahmezustand über längere Zeit zu kontrollieren war. So bildeten sich erst im Verlauf des Kriegs die Strukturen für eine effektive Kooperation zwischen Militär, Zivilbehörden und der Polizei heraus. Zudem war der legale Rahmen in den Jahren 1915 und 1916 einigen Änderungen unterworfen und fand erst mit dem sogenannten Schutzhaftgesetz vom Dezember 1916 seine endgültige Form. Am Ende dieses Prozesses etablierten sich jedoch bei Militär und Polizei bestimmte Handlungsmuster bezüglich politischer Repression, Gewalt und der Behandlung „innerer Feinde". Diese Strukturen beeinflussten schließlich die Praxis des Ausnahmezustands bis weit über das Ende des Ersten Weltkriegs hinaus.

Besonders mit Blick auf die Handhabung der Schutzhaft im Deutschen Reich kann Martin Geyers Befund nur bestätigt werden, der Ausnahmezustand zwischen 1914 und 1923 sei „nicht nur ein Grundzug politischer Praxis und Gegenstand theoretischer Reflexionen, sondern auch Ausdruck mentaler Dispositionen einer von Krieg, Revolution und Bürgerkriegsängsten geprägten Gesellschaft" gewesen.[132] Wie im vorliegenden Beitrag gezeigt wurde, muss der Ausnahmezustand in erster Linie nicht als juristischer Zustand, sondern als diskursgeleiteter Handlungsrahmen verstanden werden. So stellte das Königreich Bayern verfassungsrechtlich zwar einen Sonderfall dar, da hier der Ausnahmezustand auf einer anderen rechtlichen Grundlage beruhte als im Rest des Reichs. Die formal-juristischen Unterschiede hatten jedoch bemerkenswert geringen Einfluss auf die staatliche Praxis. Denn hier nutzten die Sicherheitsorgane anstatt der Schutzhaft vor allem das Instrument der Polizei- und Untersuchungshaft. Darüber hinaus waren die bayerischen Behörden wie im Rest des Reichs bemüht, durch Notstandsmaßnahmen die öffentliche Moral und politische Ordnung der imaginierten „Kriegsvolksgemeinschaft" zu wahren. Dies erklärt auch, warum sowohl politische Gegner als auch sozial marginalisierte Gruppen als „innere Feinde" galten, gegen die sich die Schutzhaft vor allem richtete. Der Ausnahmezustand steckte hier einen diskursiven Rahmen ab, in dem repressive Maßnahmen durch von den Militär- und Polizeibehörden propagierte Sachzwänge gerechtfertigt werden konnten.

[132] Geyer, Grenzüberschreitungen, in: Werber/Kaufmann/Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 341.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rechtliche Argumente verschwanden gleichwohl nicht aus den Diskussionen um Ausnahmezustand und Schutzhaft, wie Erhard Lucas, Christian Schudnagies und Ludwig Richter gezeigt haben.[133] Sie wurden aber klar vom vermeintlichen Gebot der Notwendigkeit überlagert. Dies trifft auf Bayern mit seinen anscheinend weniger strengen Regeln für den Kriegszustand genauso zu wie auf das Regime unter dem weit rigoroseren preußischen Belagerungszustand. Dennoch existierten während des Kriegs auch Faktoren, die die willkürliche Handhabung der Schutzhaft zumindest teilweise begrenzten. So wurden nur sehr wenige Schutzhäftlinge während des Kriegs zu Opfern von exzessiver Gewalt. Der Grund hierfür lag weniger in etwaigen rechtlichen Beschränkungen als vielmehr in dem Bestreben des Militärs, der öffentlichen Kritik der Reichs- und Landtagsparteien, insbesondere der Sozialdemokratie, zu begegnen. Nach November 1918 fiel diese politische Beschränkung weg, was auch erklären mag, warum Schutzhaft nun immer häufiger mit exzessiver Gewalt einherging. Besonders während der Märzunruhen von 1919 wurde das Instrument der Schutzhaft in großem Umfang eingesetzt und zunehmend zu einem Symbol für exzessive Gewalt, die nun sowohl politisch als auch diskursiv nicht zuletzt durch die MSPD sanktioniert wurde.

Mit dem „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“ und der Weimarer Reichsverfassung setzte schließlich eine Vereinheitlichung des Ausnahmezustands ein. Das bayerische Beispiel zeigt, dass dies zwar verfassungsrechtlich einen Kompetenzverlust der Landesregierungen bedeutete, zugleich aber mit einem Machtzuwachs der Exekutive verbunden war. So konnten die bayerischen Behörden nun ebenfalls das Instrument der Schutzhaft anwenden, was zwischen Mai 1919 und September 1921 auch exzessiv geschah. Diese Verschiebung des juristischen Rahmens stellte jedoch keinen wirklichen Bruch mit der herrschenden Praxis während des Kriegs dar. Die Zeit nach November 1918 war stärker von politischen und juristischen Kontinuitäten geprägt als gemeinhin angenommen wird. In Bezug auf die Schutzhaft brachte das Ende des Kriegs eine weitere Eskalation der Gewalt mit sich. Dieser Befund legt nahe, dass der Erste Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit in diesem Kontext als historische Einheit betrachtet werden müssen – oder Robert Gerwarth folgend, als aufeinanderfolgende und miteinander verknüpfte Teile eines fortgesetzten Kriegs im Frieden besonders in Bezug auf die politische und paramilitärische Gewalt.[134]

Die Frage nach über das Jahr 1923 hinausreichenden politischen Kontinuitäten lässt sich hingegen weitaus schwieriger beantworten. Die Anwendung des Belagerungszustands und der Schutzhaft waren zweifelsohne von staatlicher Willkür und exzessiver Gewalt geprägt, die auch zu den prägenden Merkmalen des permanenten Ausnahmezustands in der nationalsozialistischen Diktatur gehörten. Dementsprechend argumentierten Thomas Raithel und Irene Strenge, dass „die formalen

[133] Vgl. Lucas, Ausnahmezustand (I); ders., Ausnahmezustand (Schluß); Schudnagies, Kriegs- oder Belagerungszustand, sowie Richter, Vorgeschichte.

[134] Vgl. Robert Gerwarth, The Vanquished. Why the First World War Failed to End, 1917–1923, London 2016. Die deutsche Ausgabe erschien 2017 in München unter dem Titel Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ähnlichkeiten" zwischen der Reichstagsbrandverordnung (RtBVO) vom 28. Februar 1933 „und einer Reihe von Weimarer Ausnahmezustands-Verordnungen insgesamt weit größer sind, als bislang in der Regel bekannt ist".[135] Trotzdem ist es schwierig, eine direkte Verbindungslinie zum nationalsozialistischen Terror und dem frühen KZ-System zu konstruieren. Ungeachtet einiger unübersehbarer Parallelen markiert der systematische Terror der Nationalsozialisten nach dem Erlass der RtBVO sowohl quantitativ als auch qualitativ einen Bruch mit den vorangegangenen Notstandsregimes. So schätzt beispielsweise Nikolaus Wachsmann, dass zwischen Februar und Dezember 1933 nahezu 200.000 Personen, meist als Schutzhäftlinge, das KZ-System durchlaufen hatten.[136] Allein im kurzen Zeitraum von März bis April 1933 wurden circa 40.000 bis 50.000 Häftlinge in verschiedenen Gefängnissen und Lagern interniert.[137] Damit lag die Zahl der Schutzhäftlinge bereits in der unmittelbaren Anfangszeit des nationalsozialistischen Regimes um ein Vielfaches über den Zahlen des Ersten Weltkriegs und der frühen Weimarer Republik.

Bei der Frage nach den qualitativen Kontinuitäten ergibt sich jedoch ein komplexeres Bild. Die Idee, Schutzhaft nicht nur als Mittel der Repression politischer Gegner, sondern auch zur sozialen Kontrolle und Exklusion in einem permanenten Ausnahmezustand zu nutzen, spiegelt sich bereits im Entwurf einer Notverordnung, den der Jurist Theodor von der Pfordten 1923 für den Hitler-Ludendorff-Putsch ausgearbeitet hatte, wider. So verlangte Punkt 16 des Entwurfs, der wahrscheinlich als provisorische Reichsverfassung für die „Nationale Diktatur" Hitlers und Ludendorffs hätte dienen sollen, dass „unnütze Esser" und andere für die öffentliche Sicherheit gefährliche Personen in „Sammlungslagern" zu internieren seien, wo sie auch zur Arbeit gezwungen werden sollten. Bei Verweigerung sollte gegen sie die Todesstrafe verhängt werden.[138] Die Bezüge zur Diskussion um die „Unschädlichmachung" des „Großstadtgesindels" und anderer marginalisierter Gruppen während des Ersten Weltkriegs sind hier deutlich zu erkennen. Erst mit der Machtübernahme im Januar 1933 verfügten die Nationalsozialisten jedoch auch über die politische Macht, um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.

In Bezug auf das „praktische Experimentieren" mit der Schutzhaft und die öffentliche Rechtfertigung von Gewalt, die vor allem durch die diskursive Konstruktion innenpolitischer Feindbilder legitimiert wurde, lassen sich eindeutigere Kontinuitätslinien zwischen dem Ersten Weltkrieg, der frühen Weimarer Republik und dem nationalsozialistischen Terror aufzeigen. So wurden sowohl die Schieß-

[135] Thomas Raithel/Irene Strenge, Die Reichstagsbrandverordnung. Grundlegung der Diktatur mit den Instrumenten des Weimarer Ausnahmezustands, in: VfZ 48 (2000), S. 413–460, hier S. 447.

[136] Vgl. Nikolaus Wachsmann, KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, München 2016, S. 42.

[137] Vgl. ebenda, S. 43.

[138] Zit. nach Wieland, Normative Grundlagen, S. 78 f. Vgl. auch Richard J. Evans, The Coming of the Third Reich. How the Nazis Destroyed Democracy and Seized Power in Germany, London 2004, S. 346.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

befehle vom März und April 1919 als auch die Anwendung der Schutzhaft durch die angeblich drohende Gefahr gerechtfertigt, die vom „Großstadtgesindel", von kleinkriminellen Elementen und der allgemeinen kulturellen „Degeneration" der urbanen Zentren ausging.[139] Hier sah man die treibenden Kräfte hinter den kommunistischen Aufständen der Nachkriegszeit. In diesem Zusammenhang scheint es notwendig, in die Analyse der nationalsozialistischen Verfolgung gegen die sogenannten Asozialen und Berufsverbrecher auch den Zeitraum des Ersten Weltkriegs und der frühen Jahre der Weimarer Republik miteinzubeziehen.

Julia Höraths vorgestellte Periodisierung bedarf angesichts der hier beschriebenen Kontinuitäten einer weiteren Diskussion. Hörath kam zu dem Ergebnis, dass es eine ziemlich lineare Entwicklung in der „Praxis sozialrassistischer und kriminalpräventiver KZ-Haft" gegeben habe. So ging dem nationalsozialistischen Terror eine „Phase des konzeptionellen Experimentierens" voraus, die von 1880 bis 1933 reichte. Der Blick auf die Anwendung der Schutzhaft zur „Unschädlichmachung" marginalisierter Gruppen zwischen 1914 und 1923 zeigt jedoch, dass es in diesen angeblich linearen Entwicklungen einige bislang übersehene Brüche gegeben hat. Der Prozess der Definition, Ausgrenzung und Verfolgung von „Asozialen" wurde bereits während des Kriegs – wenngleich in quantitativ geringerem Umfang – Teil der staatlichen Repressionspraxis. Dabei überlagerten sich verschiedene Handlungsebenen, die von lokalen Polizeibehörden, den Leitern von Arbeitshäusern und Haftanstalten bis hin zu den Landesregierungen und der Reichsebene reichten. Dieser Befund unterstreicht Jane Caplans Annahme, dass die Praktiken des frühen nationalsozialistischen Terrors zutiefst in den bestehenden Institutionen wie Arbeitshäusern und Gefängnissen verwurzelt waren.[140] Diese Verflechtungen bedürfen weiterer Erforschung. So sind die personellen Kontinuitäten zwischen dem Notstandsregime des Ersten Weltkriegs, der Weimarer Republik und dem NS-Regime in Institutionen wie der Gefängnisverwaltung, Arbeitshäusern, aber auch der Polizei bisher kaum analysiert.

Trotz der teils brutalen Gewalt und der exzessiven Anwendung der Schutzhaft in den Jahren 1919 bis 1921 existierte in der späteren Weimarer Republik eine Vielzahl von robusten *Checks and Balances*, die den Ausnahmezustand zumindest teilweise einhegten. In den verschiedenen Weimarer Kabinetten und vor allem im Reichstag und preußischen Landtag gab es zahlreiche Stimmen, die Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit immer wieder auf die Agenda setzten. Dazu gehörte auch die MSPD, die sich nach ihrem Ausscheiden aus der Reichsregierung im Juni 1920 – wenn auch nur halbherzig – gegen die willkürliche Anwendung von Schutzhaft und Ausnahmezustand aussprach. Die neue Linie des sozialdemokratischen Innenministers Preußens, Carl Severing, betonte „daß der Ausnahmezustand [...] nur gegen *Ruhestörer* [d. h. Aufständische] angewendet werden" sollte.[141] Diese größere Zurückhaltung brachte die republikanischen Notstandsplanungen – zumin-

[139] Zur zeitgenössischen „Degenerationstheorie" vgl. Hörath, Asoziale, S. 39–41.
[140] Vgl. Caplan, Political Detention, in: Gregor (Hrsg.), Nazism, S. 30 f.
[141] Severing, Lebensweg, Bd. 1, S. 441; Hervorhebung im Original.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dest nach 1920/21 in Preußen – für eine gewisse Zeit wieder in Einklang mit dem Ideal des Rechtsstaats.

Die Gewalt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war aufgrund der zuvor beschriebenen Entwicklungen sowohl in der Praxis als auch mit Blick auf die Intentionen der Machthaber zeitlich und räumlich weitaus begrenzter als der nationalsozialistische Terror 1933/34. Dies wiederum rechtfertigt die Metapher vom Laboratorium, allerdings nicht um eine direkte Kontinuitätslinie zur Schutzhaftpraxis des Dritten Reichs zu suggerieren, sondern im Sinne der „Kontingenz und Offenheit der Entwicklungen vor und nach 1918".[142] Der destabilisierende Effekt der Gewalt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und die Brutalisierung der politischen Kultur in der frühen Weimarer Republik dürfen selbstverständlich nicht unterschätzt werden.[143] Dennoch bedürfen einige der neueren Interpretationen, wie Mark Jones' Studie zur Gewalt in den Jahren 1918 und 1919, einer teilweisen Revision. So argumentierte Jones beispielsweise, die exzessive Gewalt der Reichswehr und Freikorps zwischen November 1918 und Mai 1919 habe etwas distinktiv Neues in der deutschen Geschichte dargestellt. Die Praxis der Schutzhaft während des Ersten Weltkriegs muss hier allerdings als relevante Vorgeschichte miteinbezogen werden, so dass sich dieser Befund relativiert. Bereits während des Kriegs bildeten sich die Mentalitäten und Handlungsmuster bei Militär und Polizei heraus, ohne die die schnelle Eskalation der Gewalt im Jahr 1919 nicht denkbar gewesen wäre. Darüber hinaus betonte Jones, die Niederschlagung der Münchner Räterepublik im Mai 1919 habe den Endpunkt der gewalttätigen Gründungsphase der Weimarer Republik markiert.[144] Der Fokus liegt hier vor allem auf den Schießbefehlen Noskes für Berlin vom 9. März 1919 und für Südbayern von Ende April. Der vorliegende Aufsatz zeigt jedoch anhand der extensiven Nutzung der Schutzhaft auch nach Mai 1919, dass die außergesetzliche Gewaltanwendung gegen die „inneren Feinde" nicht nur für den Anfang der Republik kennzeichnend ist, sondern bis weit in das Jahr 1923 fortdauerte.[145]

Die Schutzhaft fand noch nach der Verhängung des reichsweiten militärischen Ausnahmezustands durch Reichspräsident Ebert am 26. September 1923 umfangreiche Anwendung.[146] Die Mehrzahl der im Krisenjahr 1923 inhaftierten kommunistischen Schutzhäftlinge – bis Ende November mindestens mehrere Hundert – wurden nicht, wie bis dahin üblich, in ordentliche Haftanstalten eingeliefert, sondern in den „ersten deutschen Konzentrationslagern in militärischen Objekten

[142] Benjamin Ziemann, Gewalt im Ersten Weltkrieg. Töten – Überleben – Verweigern, Essen 2013, S. 16.

[143] Zur Debatte einer Brutalisierung vgl. Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 14.

[144] Vgl. Jones, Founding Weimar, S. 288.

[145] Vgl. Klaus Drobisch/Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933–1939, Berlin 1993, S. 18, und Geyer, Grenzüberschreitungen, in: Werber/Kaufmann/Koch (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 362.

[146] Vgl. Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922–1924, bearb. von Heinz Hürten, Düsseldorf 1980.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

(ehemalige Kriegsgefangenenlager, Truppenübungsplätze u. ä.)“ interniert.[147] Anstatt diese Entwicklungen getrennt von der Gewalt der Jahre 1918/19 zu sehen, sollten sie aufgrund der Kontinuität der Praxis des Ausnahmezustands als Teil einer verlängerten Nachkriegskrise gesehen werden, die zumindest bis 1921, in vielerlei Hinsicht sogar bis 1923/24 andauerte.

Es liegt nahe, die letzten großen innenpolitischen Krisen im Jahr 1923 – der Hamburger Aufstand im Oktober, die Reichsexekutionen gegen Sachsen und Thüringen im selben Monat und der gescheiterte Hitler-Ludendorff-Putsch am 9. November – als eigentliche Endpunkte der gewaltgeprägten Gründungsphase der Weimarer Republik zu betrachten. Hier wurde zum letzten Mal vor dem Februar 1933 im größeren Umfang und unter einem reichsweit verhängten militärischen Ausnahmezustand vom Instrument der Schutzhaft Gebrauch gemacht. Nach Raithel und Strenge hat dieser „Präzedenzfall“ aus dem Jahr 1923 den Nationalsozialisten geholfen, indem er „der RtBVO [...] in der öffentlichen Wahrnehmung etwas die Schärfe genommen“ habe.[148] Im Gegensatz zu den Jahren 1919 bis 1921 und 1933 ist jedoch die Praxis der Schutzhaft in diesem Zeitraum, einschließlich des Gebrauchs von Haftlagern und ihrer Rezeption in der Öffentlichkeit, noch nicht in genügendem Umfang erforscht, um diese These vorbehaltlos zu bestätigen.

Wenngleich die Jahre 1921 bis 1923 durchaus als Teil einer Gewaltgeschichte der Nachkriegszeit angesehen werden müssen, änderte sich die Handhabung des Ausnahmezustands durch seine zaghafte Entmilitarisierung schließlich schrittweise. So wurde Adolf Hitler beispielsweise nach dem gescheiterten Münchner Putsch zunächst für drei Tage in Schutzhaft genommen und im Gefängnis Landsberg inhaftiert. Am 13. November 1923 machte er von seinem Recht Gebrauch, auf der Grundlage der bayerischen Verordnungen vom 10. Mai und 4. November 1919 Beschwerde gegen seine Inhaftierung einzulegen, die Generalstaatskommissar von Kahr pflichtgemäß begutachtete.[149] Bevor eine Entscheidung getroffen werden konnte, überführte man Hitler jedoch in Untersuchungshaft, nachdem die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Hochverrats erhoben hatte.[150] Kommunisten,

147 Wieland, Normative Grundlagen, S. 86. Wie oben dargestellt, wurde das Sennelager auch als Sammlungsstelle für Gefangene verschiedener Kategorien nach der Niederschlagung der „Roten Ruhrarmee“ im April/Mai 1920 genutzt – dabei aber ohne die Bezeichnung „Konzentrationslager“.

148 Raithel/Strenge, Reichstagsbrandverordnung, S. 447.

149 BayHStA-KA, Generalkommando II. Armeekorps (WK) 1327, Ministerium für militärische Angelegenheiten, Operationsabteilung, an das Generalkommando des II. bayerischen Armeekorps, 10.5.1919, und BayHStA-KA, Stellvertretendes Generalkommando I. Armeekorps (WK) 2157, Staatsministerium des Innern an das Reichswehrgruppenkommando Nr. 4, die Abwicklungsstelle der Generalkommandos des I., II. und III. bayerischen Armeekorps, die Stadtkommandantur München und die Reichswehrbrigaden 23 und 24, 17.11.1919. Vgl. auch Kurz, Demokratische Diktatur, S. 94.

150 Vgl. Peter Fleischmann, Hitler als Häftling in Landsberg am Lech 1923/24. Der Gefangenen-Personalakt Hitler nebst weiteren Quellen aus der Schutzhaft-, Untersuchungshaft- und Festungshaftanstalt Landsberg am Lech, Neustadt an der Aisch 2015, S. 22.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die im Herbst 1923 in Schutzhaft genommen worden waren, kamen spätestens im März 1924 wieder frei oder wurden ebenfalls in Untersuchungshaft überstellt.[151] Das KPD-Verbot vom 23. November 1923 wurde gleichzeitig, nach kaum mehr als drei Monaten, auf Drängen des preußischen Innenministers Severing formell ausgesetzt.[152]

Diese Fälle zeigen, dass die Schutzhaft in dieser Zeit nicht mehr in demselben Maße und oft nur in stark eingeschränkter Form Anwendung fand. Hier lässt sich eine gewisse juristische Normalisierung und Rückkehr zur rechtsstaatlichen Praxis feststellen, die es zwischen 1919 und 1921 keineswegs gab. Nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands am 28. Februar 1924 fand die Schutzhaft bis zum Februar 1933 als Mittel „zur Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen“[153] oder als „Maßnahme zur Bekämpfung von Devianz und Delinquenz“[154] kaum noch Anwendung.

[151] Vgl. Drobisch/Wieland, System der NS-Konzentrationslager, S. 18–20, und Caplan, Political Detention, in: Gregor (Hrsg.), Nazism, S. 27.
[152] Vgl. Winkler, Weimar, S. 252.
[153] Ebenda, S. 253.
[154] Hörath, Asoziale, S. 32.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Podium Zeitgeschichte

Jenseits von Donald Trump

Zeithistorische Annäherungen an die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1945

Seit der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA im November 2016 ist im deutsch-amerikanischen Verhältnis kaum mehr etwas, wie es war.[1] Die bilateralen Beziehungen haben unter der Hemdsärmeligkeit des amerikanischen Staats- und Regierungschefs ebenso gelitten wie unter deutschen Empfindlichkeiten; auf internationalem Parkett steht der von Berlin präferierte Multilateralismus als Grundprinzip der Außenpolitik Trumps Strategie der Alleingänge und des kompromisslosen maximalen Drucks gegenüber; wirtschaftspolitisch leidet insbesondere der Austausch von Waren und Dienstleistungen unter der von der Trump-Administration vollzogenen Abkehr vom Freihandel, die in der Bundesrepublik vielfach als Kriegserklärung wahrgenommen wird; auf der Ebene von Kultur und Gesellschaft wachsen diesseits und jenseits des Atlantik Unverständnis und Überheblichkeit. Selbst auf dem Feld der Sicherheitspolitik – eine zentrale Konstante deutsch-amerikanischer Beziehungen seit 1949 – scheint der Konsens zerbrochen: Die Trump-Administration fordert von der Bundesrepublik offensiv eine Erhöhung ihrer Militärausgaben ein und rührt damit an ein in Deutschland alles andere als populäres Thema. Nicht umsonst hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Mai 2019 erklärt: „Gewissheiten gelten nicht mehr."[2] Die Corona-Krise tut ein Übriges, um nationale Egoismen zu stärken und die grenzüberschreitende Kommunikation als zentrales Element der transatlantischen Partnerschaft zu erschweren.

Das Interesse der zeithistorischen Forschung in der Bundesrepublik ist im Verhältnis zu der Intensität, mit der die Diskussion über die deutsch-amerikanischen Beziehungen in Politik und Öffentlichkeit geführt wird, vergleichsweise gering. Für dieses Defizit dürften vor allem fünf Faktoren verantwortlich sein: Erstens ist die Geschichte der Außenpolitik und der bilateralen Beziehungen im Zeichen des *Cultural Turn* in Forschung und Lehre bei weitem nicht mehr so prominent vertreten, wie das noch bis in die 1990er Jahre der Fall gewesen ist. Dazu kommen, zweitens, die zunehmende Spezialisierung und Differenzierung, die in Geschichts- und Sozialwissenschaften zur Entstehung weitgehend voneinander abgeschotteter Diskursräume geführt haben. Drittens blieben das Ende des Kalten Kriegs und der Übergang von der „Bonner" zur „Berliner Republik" nicht ohne Folgen, da die transatlantischen Zusammenhänge im Zeichen einer neuen Welt(un)ordnung an Bedeutung zu verlieren schienen. Viertens kamen auch Impulse aus den USA nach und nach zum Erliegen, und das gemeinsame Interesse, das etwa die Erforschung

[1] Als Überblick vgl. etwa „Aus Politik und Zeitgeschichte" 18/2017 zum Thema USA mit Beiträgen von Manfred Berg, Josef Braml, Andrew B. Denison, Eva Marlene Hausteiner, Torben Lütjen, Ina Ruck und Georg Seesslen.

[2] Süddeutsche Zeitung vom 16.5.2019: „Gewissheiten gelten nicht mehr".

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0036

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Besatzungszeit oder der Ära Adenauer getragen hatte, begann zu erlahmen.[3] Und fünftens band eine neue Aufmerksamkeit für die nationalsozialistische Vergangenheit und den Umgang damit beträchtliche Ressourcen an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Ein Schlaglicht auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu werfen, kritisch Bilanz zu ziehen und nach Desideraten der Forschung zu fragen, ist also über das gegenwärtige Interesse im Vorfeld der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen hinaus durchaus am Platz. Das vierte *Podium Zeitgeschichte* erfüllt so eine doppelte Funktion: als Stimulans für die wissenschaftliche Erforschung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, die in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* schon geraume Zeit kaum mehr Niederschlag gefunden hat, und als Orientierungsrahmen für die aktuelle Debatte.

Das *Podium Zeitgeschichte* umfasst fünf Längsschnitte, die gleichsam fünf Schneisen in das Dickicht der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1945 schlagen sollen. Dabei gilt es, Faktoren der Stabilität und des Wandels im gegenseitigen Verhältnis herauszuarbeiten, Kontinuitäten und Zäsuren zu untersuchen – wobei dem Ende des Kalten Kriegs um 1990 eine besondere Bedeutung zukommt –, das spezifische Gewicht organisatorischer Strukturen wie der *North Atlantic Treaty Organization* zu bestimmen, den kontingenten Einfluss biografischer Konstellationen auf die Politik herauszuarbeiten – man denke nur an das schwierige Verhältnis von Konrad Adenauer und John F. Kennedy oder von Helmut Schmidt und Jimmy Carter – sowie nach den Grenzen des transatlantischen Verständnisses und damit auch nach den Grenzen der Amerikanisierung in Deutschland zu fragen.

Dazu präsentiert das *Podium Zeitgeschichte* sektorale Analysen auf fünf Feldern von besonderer Bedeutung: erstens die bilateralen politischen Beziehungen im Kontext der internationalen Politik und Entwicklung des liberalen amerikanischen Imperiums; zweitens Partnerschaft und Kontroversen unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheits- und Bündnispolitik zwischen doppelter Eindämmung, Kaltem Krieg und „Zivilmacht“[4]; drittens Wirtschaft, Handel und Finanzen als ebenso stabilisierende wie konfliktbehaftete Säule des transatlantischen Austauschs; viertens Konjunkturen des Konservatismus, um exemplarisch Kommunikationskanäle und -blockaden zu untersuchen; fünftens gegenseitige Wahrnehmungen, Bilder und Stereotype, deren Dekonstruktion eine bessere Bestimmung des Grads von Nähe oder Fremdheit zulässt.

Den Anfang macht Philipp Gassert mit einem problemorientierten Überblick über die deutsch-amerikanischen Beziehungen im multilateralistischen Kontext. Er skizziert das variable Koordinatensystem des *American Century*, in dem er (West-)Deutschland verortet. Von besonderer Bedeutung ist dabei die unipolare Versuchung nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums Ende der

[3] Vgl. die unverzichtbare Bestandsaufnahme von Detlef Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, 2 Bde., Stuttgart/München 2001.

[4] Vgl. Hanns W. Maull, Deutschland als Zivilmacht, in: Siegmar Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 73–84.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1980er/Anfang der 1990er Jahre, die mit Überlegungen und Initiativen zur Schaffung einer Neuen Weltordnung einherging. Diesen globalen Gestaltungsanspruch scheinen die USA Donald Trumps Zug um Zug aufzugeben – mit entsprechenden Folgen für die internationale Politik und für das dichte Netz multilateraler Verträge oder Organisationen, das nach 1945 eine der Grundlagen amerikanischer Hegemonie bildete.

Daran anknüpfend beschreibt Andreas Etges unter den Schlagworten Partnerschaft, Kontroversen und Misstrauen gleichsam Szenen der deutsch-amerikanischen Ehe mit ihren häufig nostalgisch überzuckerten Höhen und den ebenso oft übersehenen, gleichwohl bitteren Tiefen. Aus dieser Beziehungsgeschichte sticht wiederum die Zäsur von 1989/90 heraus, welche die Voraussetzungen für die im Kalten Krieg wurzelnde transatlantische Partnerschaft nachhaltig veränderte. Damit einher ging ein Prozess der Entfremdung – oder vielleicht auch Normalisierung –, der nicht zuletzt auf die neuen innen- und außenpolitischen Herausforderungen zurückzuführen war, vor denen beide Seiten standen. Wohin dieser Prozess führt, ist noch nicht abzusehen – zurück zu alten Gewissheiten sicher nicht.

Stormy-Annika Mildner blendet dann um auf das weite Feld der Ökonomie. Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den USA und Europa im Allgemeinen sowie zwischen den USA und (West-)Deutschland im Besonderen, wie sie sich nach 1945 herausgebildet hatte, ist bis heute zentraler Bestandteil des Fundaments, auf dem auch die politischen Beziehungen ruhen. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass dieses Fundament nicht erst in jüngster Zeit Risse bekam, sondern dass sich bereits seit den 1970er Jahren ein langsamer Wandel der amerikanischen Handelspolitik vom freien zum fairen Handel vollzog. Die Abkehr vom Pfad der multilateralen Liberalisierung setzte also früher ein als oft angenommen; auch andere aktuelle handelspolitische Streitpunkte zwischen den USA und der Europäischen Union haben tiefe historische Wurzeln.

Einem unterbelichteten Kapitel der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg widmet sich Michael Hochgeschwender in seinem Beitrag über die Metamorphosen des Konservatismus diesseits und jenseits des Atlantiks. Dabei geht es weniger um Elemente transnationalen Transfers als um Analogien, Konvergenzen und Divergenzen im Spannungsfeld nationalgeschichtlich bedingter Pfadabhängigkeiten, die mehr Blockaden erzeugten, als sie Berührungspunkte schufen. Unter Druck kamen seit den 1960er Jahren insbesondere die Ideen und Ideale des Westens, die zwar verteidigt wurden, obwohl sich nicht übersehen ließ, dass man in der Bundesrepublik darunter zunehmend etwas anderes verstand als in den USA.

Reinhild Kreis und Jan Logemann schließlich gehen der Frage nach, wie sich deutsch-amerikanische Wahrnehmungen seit dem Zweiten Weltkrieg veränderten und über welche Kanäle diese Wahrnehmungen vermittelt wurden. Sie arbeiten anhand der Untersuchungsfelder mediale Berichterstattung, Kulturdiplomatie und Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Unterhaltung sowie Alltagserfahrungen heraus, wie heterogen amerikanische Deutschlandbilder respektive (west-)deutsche Amerikabilder stets gewesen sind und wie groß die Prägekraft war, die dem Bezugsrahmen des Kalten Kriegs zugeschrieben werden muss. Veränderte transatlantische Auf-

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

merksamkeitsökonomien waren nach dem Ende der Konfrontation zwischen Ost und West zu erwarten und mithin folgerichtig.

*

Diese und weiterführende Themen werden die Autorinnen und Autoren voraussichtlich im November 2020 – nach der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten – im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung erörtern und mit einem breiteren Publikum diskutieren. Die Richtungsentscheidung zwischen Donald Trump und seinem Konkurrenten Joe Biden mit ihren potenziellen Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen verleiht dieser Veranstaltung einen besonderen Reiz. Die Diskussion wird aufgezeichnet und in Form von Filmsequenzen und einem vollständigen Transkript auf der VfZ-Homepage dokumentiert. Das online zugängliche VfZ-Forum (www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/forum/) bietet allen Interessierten Gelegenheit, die Debatte über die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen und die historische Dimension gegenwärtiger Probleme fortzusetzen.

Thomas Schlemmer

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Philipp Gassert

Bilaterale Beziehungen im multilateralistischen Kontext

Die Bundesrepublik im liberalen Imperium der USA

I. Konjunkturen der Macht

Noch an der Jahrtausendwende wirkten Prognosen keineswegs ungebührlich riskant, das 21. Jahrhundert könne ein zweites amerikanisches Jahrhundert werden.[1] Von Bewunderern wie Kritikern wurde die Überlegenheit der USA kaum in Frage gestellt. In den 1990er Jahren sowie verstärkt nach 9/11 zeichneten sowohl politisch Beteiligte wie auch die Presse und wissenschaftlich Beobachtende Amerika als uneinholbare Hypermacht[2] – ein Begriff, mit dem auch Hubert Védrine im Zuge der postjugoslawischen Bürgerkriege schon früh operierte. Der französische Außenminister wollte darauf aufmerksam machen, dass die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer besonderen *Soft Power* mehr waren als eine herkömmliche Weltmacht.[3] Ihre einzigartige Stärke beruhe nicht nur auf wirtschaftlicher, technologischer und militärischer Macht, da die USA auch „Haltungen, Ideen, Sprache und Lebensformen" anderer Völker bestimmen könnten.[4] Damit griff Védrine dezidiert in eine alte Debatte über die Amerikanisierung der Welt ein,[5] die den Aufstieg der USA im 20. Jahrhundert begleitet hatte, ja die ihr sogar vorausgegangen war. Die Sowjetunion wie auch Hitler-Deutschland und Japan hatten die USA ernsthaft herausgefordert. Doch ihnen fehlte eine den USA vergleichbare kulturelle Ausstrahlung mit demokratischer Weltmission und Wohlstandsversprechen. In

[1] Wie es vor allem die neokonservativen Protagonisten des „Project for the New American Century" forderten: web.archive.org/web/20130112203305/http://www.newamericancentury.org/ [9.5.2020]. Vgl. aus der ausufernden Literatur Stefan Halper/Jonathan Clarke, America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge 2004; Justin Vaïsse, Neoconservatism. The Biography of a Movement, Cambridge/London 2010, und Brandon High, The Recent Historiography of American Neoconservatism, in: The Historical Journal 52 (2009), S. 475–491.

[2] Vgl. Josef Joffe, Die Hypermacht. Warum die USA die Welt beherrschen, Wien 2006; vgl. auch Ignacio Ramonet. Kriege des 21. Jahrhunderts. Die Welt vor neuen Bedrohungen, Zürich 2002, S. 55–87; Detlef Junker, Power and Mission. Was Amerika antreibt, Freiburg im Breisgau ^{2}2003, S. 151–174, und Niall Ferguson, Colossus. The Rise and Fall of the American Empire, London 2005.

[3] Wobei er sich hier auf Bill Clinton und Madeleine Albright berief; vgl. das Interview in: Les États-Unis. Hyperpuissance ou empire? Entretien avec Hubert Védrine, in: Cités 20/2004, S. 139–151, hier S. 141.

[4] New York Times vom 5.2.1999: „To Paris, U.S. Looks Like a ‚Hyperpower'"; vgl. auch das Interview in „Jeune Afrique" vom 24.2.1998, in: Hubert Védrine, Face à l'hyperpuissance. Textes et discourses (1995–2003), Paris 2003.

[5] Vgl. Philipp Gassert, The Spectre of Americanization. Western Europe in the American Century, in: Dan Stone (Hrsg.), The Oxford Handbook of Postwar European History, Oxford 2012, S. 182–200.

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0037

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Verbindung von Demokratie und Konsum hatte Amerika eine weltweit zugkräftige Formel gefunden.[6]

Heute ist Nüchternheit eingekehrt. Der unipolare Moment der Jahrtausendwende ist vorbei, der Aufstieg der USA zur scheinbar unkontrollierbaren Weltvormacht gestoppt. Viele wetten auf die Chinesen, deren Bäume aber auch nicht in den Himmel wachsen. Doch so wenig aus heutiger Sicht die Globalisierung der Weltwirtschaft unumkehrbar oder eine immer stärkere Vertiefung der europäischen Integration wie ein Naturgesetz erscheint, so wenig dauerhaft erwies sich die Übermacht der USA, von der die Beobachter der Jahrtausendwende so außerordentlich fasziniert waren.[7] Nicht erst seit dem Amtsantritt von Präsident Donald J. Trump ist das gewachsene Fundament der transatlantischen Beziehungen nicht mehr sicher, weil der Präsident die institutionelle Basis des US-Imperiums gezielt zerstört.[8] Der taumelnde Riese Amerika verliert schon länger an Ausstrahlungskraft, und auch in der Corona-Krise machen die Vereinigten Staaten keine gute Figur. Es wäre indes verkehrt, den USA einen unaufhaltsamen Abstieg zu prophezeien; langfristig dürfte ihre demografische, kulturelle und wirtschaftliche Basis der Europas, Russlands, Chinas und Indiens ebenbürtig, wenn nicht überlegen bleiben.[9]

20 Jahre nachdem die kurze unipolare Weltvorherrschaft der USA um 2001 ihren Zenit erreichte, 30 Jahre nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung lohnt sich ein Rückblick auf das deutsch-amerikanische Verhältnis als zentrale Achse der transatlantischen Beziehungen des 20. Jahrhunderts. Kein Land dürfte, wenn auch ex negativo, so viel „zum Aufstieg der USA zur Supermacht und zur Globalisierung ihrer Interessen" beigetragen haben wie Deutschland, so Detlef Junkers Bilanz aus dem Jahr 2001.[10] Die doppelte deutsche Herausforderung im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie die ungelöste deutsche Frage nach 1945 zogen die USA in die europäische Politik. Das deutsch-amerikanische Verhältnis war daher stets ein wenig spezieller als das der USA zu anderen Ländern. Umso prägnan-

[6] Vgl. Rob Kroes, If You've Seen One, You've Seen the Mall. Europeans and American Mass Culture, Urbana/Chicago 1996, S. 1–41; Richard Pells, Not Like Us. How Europeans Have Loved, Hated, and Transformed American Culture Since World War II, New York 1997; Victoria de Grazia, Irresistible Empire. America's Advance through Twentieth-Century Europe, Cambridge/London 2005, und Mary Nolan, The Transatlantic Century. Europe and America, 1890–2010, Cambridge 2012.

[7] Vgl. Josef Joffe, How America Does it, in: Foreign Affairs 76 (1997), S. 13–27.

[8] Vgl. Timothy J. Lynch, In the Shadow of the Cold War. American Foreign Policy from George Bush Sr. to Donald Trump, Cambridge 2020; Andrew J. Bacevich, The Age of Illusions. How America Squandered its Cold War Victory, New York 2020, und Daniel J. Sargent, Pax Americana. Sketches for an Undiplomatic History, in: Diplomatic History 42 (2018), S. 357–376.

[9] Vgl. Lynch, Shadow of the Cold War, S. 3 f., und Research Service, U.S. Department of Agriculture, „GDP Shares By Country and Region Historical Values" (Last updated: 9.1.2020); www.ers.usda.gov/data-products/international-macroeconomic-data-set/ [14.5.2020].

[10] Detlef Junker, Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Dimensionen transatlantischer Beziehungen, in: Ders. (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. 1: 1945–1968, Stuttgart/München 2001, S. 17–56, hier S. 17.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ter lässt es die Spezifika des US-Imperiums hervortreten, das auf Integration in amerikanisch geführte Institutionen setzte. In diesem Rahmen vermochten Verbündete, eigene Interessen zu artikulieren, auch wenn die sicherheitspolitische und ideelle Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA stärker war als die der Atommächte Frankreich und Großbritannien. Zugleich war Westdeutschland für die US-Militärpräsenz in Europa und die Verteidigungsmission der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) zentral.[11]

Stärker noch als Japan war (West-)Deutschland eng in den multilateralistisch konstruierten amerikanischen Machtbereich integriert, der als liberales Imperium bezeichnet werden soll.[12] Dieser Begriff hebt darauf ab, dass die USA auf institutionelle Bindungen und Regelungen setzten, die im Prinzip auch die Hegemonialmacht einbanden und verpflichteten, auch wenn die Machtungleichgewichte dadurch weder verschwanden noch die USA stets regelkonform spielten. Prinzipiell als multilaterale Zusammenschlüsse von Nationalstaaten konstruierte Institutionen wie NATO oder Weltbank verkürzten die Machtasymmetrie auch optisch, stärkten das Interesse der abhängigen Länder an einer Mitarbeit im US-Imperium und banden sie konsensual ein, obwohl das Wort vom *Empire by Invitation* auf das besiegte und besetzte Westdeutschland anfangs schwerlich zugetroffen haben dürfte.[13] Dennoch entsprach es einer weitverbreiteten Selbstwahrnehmung im Kalten Krieg, dass die Teilnahme an dem von den USA geschaffenen und kontrollierten Imperium freiwillig war.[14]

II. Die Welt institutionell ordnen: das liberale Imperium der USA nach 1945

Lange taten sich die USA schwer damit, ihre globale hegemoniale Rolle als imperial zu begreifen, obwohl sie das 20. Jahrhundert wie keine andere Macht prägten.[15] Nur die USA verfügten seit den 1940er Jahren über die ökonomische, militärische und politische Macht, aber auch die kulturelle Ausstrahlung und den Willen, die Welt und das internationale System nach ihren Vorstellungen zu ord-

[11] Vgl. David Clay Large, Die deutsch-amerikanische Verteidigungspartnerschaft und die Sicherheit Europas 1950–1968, in: Ebenda, S. 325–336.

[12] Vgl. Andreas Hasenclever, Liberalismus in den Internationalen Beziehungen, in: Frank Sauer/Carlo Masala (Hrsg.), Handbuch Internationale Beziehungen, Wiesbaden ^{2}2017, S. 76–101, hier S. 90–92.

[13] Vgl. Geir Lundestad, The United States and Western Europe since 1945. From „Empire" by Invitation to Transatlantic Drift, Oxford 2003.

[14] Ich spreche daher mit Blick auf die institutionelle Ebene auch von multilateralistisch und nicht multilateral. Denn trotz der Optik des Multilateralen in Institutionen, in denen es formal keine Unterschiede gab, standen sich Europäer und Amerikaner in den von den USA geführten Institutionen nicht zwingend auf Augenhöhe gegenüber.

[15] Vgl. Michael Hochgeschwender, Die USA. Ein Imperium im Widerspruch, in: Zeithistorische Forschungen 3 (2006), S. 55–76; David Immerwahr, How To Hide an Empire. A Short History of the Greater United States, New York 2019, und Paul A. Kramer, How Not To Write the History of U.S. Empire, in: Diplomatic History 42 (2018), S. 911–931.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nen. So wie Frankreich durch den Westfälischen Frieden der modernen Staatenwelt mit der Idee der Staatsräson ihren Stempel aufgedrückt hatte oder im 19. Jahrhundert unter englischer Hegemonie die Vorstellung einer *Balance of Power* bei gleichzeitiger Freiheit der Meere und des Handels leitend geworden war,[16] so besaß auch die von Amerika gestaltete Welt ihre Charakteristika.[17] Zwar war das amerikanische in Teilen ein sowjetisches beziehungsweise vor 1945 auch ein deutsches Jahrhundert. Doch die USA waren im Kalten Krieg aufgrund ihrer Kontrolle über den größeren Anteil der Weltressourcen und ihrer größeren ideologischen und wirtschaftlichen Ausstrahlungskraft die dominante Macht. Zugleich waren sie, wie Großbritannien im 19. Jahrhundert, in ihrer Vormachtstellung keineswegs unangefochten.

Imperialmächte berufen sich in aller Regel auf eine Idee und eine zivilisatorische Mission, denn Macht soll kein Selbstzweck sein; sie wird ideologisch begründet. Die britische Hegemonie im 19. Jahrhundert führte neben der friedenserhaltenden Macht der *Balance of Power* sowie den Wohlstandsgewinnen des Freihandels dezidiert auch Zivilisationsmissionen und humanitäre Ziele zur Begründung des Imperialismus ins Feld.[18] Auch im Falle des US-Imperiums standen weltanschauliche Letztbegründungen wie Demokratie, Menschenrechte, universaler Frieden im Vordergrund.[19] In der ideologischen Aufladung waren Ähnlichkeiten mit dem sowjetischen Gegenstück nicht von der Hand zu weisen, wenn auch mit radikal unterschiedlichen Ergebnissen und Zielen. Beide Seiten strukturierten ihr Imperium als Bündnis, doch nur Washington konnte das seine auch ohne Gewalt gegenüber Verbündeten erhalten. Anders als zur Zeit der britischen oder französischen Hegemonie gab es im binär-antagonistischen US-Jahrhundert jedoch kein „Konzert" eines halben Dutzends „großer Mächte".

[16] Vgl. Paul W. Schroeder, The Transformation of European Politics, 1763–1848, Oxford 1994, S. 5–7, und Ludwig Dehio, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, hrsg. von Klaus Hildebrand, Darmstadt 1996, S. 114–116.

[17] Diese Vorstellungen von Weltgeschichte als einer Interaktion großer Mächte gehen letztlich auf Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Leopold von Ranke und die Historiografie des 19. Jahrhunderts zurück; vgl. Gerhard Th. Mollin, Internationale Beziehungen als Gegenstand der deutschen Neuzeit-Historiographie seit dem 18. Jahrhundert. Eine Traditionskritik in Grundzügen und Beispielen, in: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000, S. 3–30, und Christian Hacke, Die großen Mächte, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Bonn 2000, S. 383–403.

[18] Vgl. William Mulligan, British Anti-Slave Trade and Anti-Slavery Policy in East Africa, Arabia, and Turkey in the Late Nineteenth Century, in: Brendan Simms/D. J. B. Trim (Hrsg.), Humanitarian Intervention. A History, Cambridge 2011, S. 257–280.

[19] Vgl. Manfred Berg, „Ironie des Schicksals". Woodrow Wilson und der amerikanische Eintritt in den Ersten Weltkrieg, in: Peter Jürgen Schmied (Hrsg.), Kriegerische Tauben. Liberale und linksliberale Interventionisten vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Göttingen 2019, S. 103–120, und Alexander Emmerich/Philipp Gassert, Amerikas Kriege, Darmstadt 2014, S. 7–9.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wie eine amerikanisch geführte Welt beschaffen sein sollte, beschrieb im Februar 1941 Henry R. Luce, Herausgeber von *Time* und *Life*.[20] Noch bevor die USA überhaupt offiziell in den Krieg eingetreten waren, brachte der Journalist das „American Century" auf den Punkt.[21] Luce verstand darunter ein weltanschauliches Programm, das auf die weltweite Hegemonie der Werte des liberal-demokratischen Verfassungsstaats zielte. Doch zugleich führte Luce die „fabelhaften Produkte unserer Industrie" und die kulturellen Errungenschaften der Amerikaner ins Feld, mit denen Amerika der Welt von „Sansibar bis Hamburg" seinen Stempel aufdrücke. Zu „life and liberty" gehöre auch der „pursuit of happiness". Dass es ernsthaften Widerstand gegen diese benevolente Hegemonie geben könnte, kam Luce nicht in den Sinn. Amerika trage das Erbe der „großen Prinzipien der westlichen Zivilisation" weiter.

Das Konzept eines amerikanischen Jahrhunderts machte in den USA vor allem deshalb Karriere, weil Luce präzise die Vorstellungen beschrieb, nach denen amerikanische Politiker die Welt zu ordnen hofften. Er popularisierte einen ideologischen Rahmen, in den nach 1945 auch die neue sowjetische Herausforderung eingepasst werden konnte. Konkreter Ausdruck dieser Ideen wurde ein Netzwerk global ausgerichteter Institutionen unter Führung der USA: von der *United Nations Organization* (UNO), die Woodrow Wilsons Idee des Völkerbunds wieder aufgriff, bis hin zu den auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 geschaffenen Steuerungsinstrumenten einer liberalen Weltwirtschaftsordnung wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds und *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT). Während der UdSSR in den Vereinten Nationen eine privilegierte Rolle zukam, wurde sie aus der liberalen Weltwirtschaft ausgeschlossen beziehungsweise hielt sich davon fern. Dies zeigte sich bei der Ablehnung des Marshallplans 1948, der zum Nukleus der europäischen Integration werden sollte und als Blaupause für die Handelsliberalisierung diente.[22]

Das Besondere der amerikanischen Weltpolitik im 20. Jahrhundert war nicht, dass sie die äußeren (Macht-)Interessen der Republik mehr oder weniger gut zu vertreten suchte, sondern dass sie ihre Interessen auf der Basis einer demokratischen Ordnung definierte und deren Werte ebenso auf die internationale Ebene zu projizieren suchte wie ihre institutionellen Mechanismen. Wie Klaus Schwabe in seiner monumentalen Studie zur US-Außenpolitik im 20. Jahrhundert unterstrich, setzte das Bemühen um Sicherheit für die USA „das Bestehen einer Welt-

[20] Vgl. Robert E. Herzstein, Henry R. Luce. A Political Portrait of the Man Who Created the American Century, New York 1994, und Stephen J. Whitfield, The American Century of Henry R. Luce, in: Michael Kazin/Joseph A. McCartin (Hrsg.), Americanism. New Perspectives on the History of an Ideal, Chapel Hill 2006, S. 90–107.

[21] Hierzu und zum Folgenden Henry R. Luce, The American Century, in: Life vom 17.2.1941.

[22] Vgl. Robert Mark Spaulding, Trade, Aid, and Economic Warfare, in: Richard H. Immerman/Petra Goedde (Hrsg.), The Oxford Handbook of the Cold War, Oxford [2]2016, S. 394–413. Die Debatte über den Marshallplan füllt ganze Bibliotheken, zuletzt Benn Steil, The Marshall Plan. Dawn of the Cold War, Oxford 2018.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ordnung voraus, die den globalen Frieden gewährleistete".[23] Ordnung wird dabei seit Wilson und Franklin D. Roosevelt als geregelte institutionalisierte Ordnung verstanden, und hier liegt ein systemischer Unterschied zur britischen Hegemonie im 19. Jahrhundert. Derartige Ordnungskonzepte akzeptierte noch vor 20 Jahren die große Mehrheit amerikanischer Außenpolitiker als zwar verbesserungsbedürftig, aber doch prinzipiell kongenial zu den eigenen Machtinteressen. Dieser Konsens wird nun erstmals vom Präsidenten nicht mehr geteilt; hier liegt das Neuartige der anti-institutionalistischen Rhetorik von Trump. Alle Präsidenten seit 1945 haben die von Wilson und Roosevelt geschaffene Ordnung im Kern verteidigt, selbst wenn sie wie George W. Bush unilateralistisch handelten.[24]

Was also machte das amerikanische Jahrhundert in der Tradition von Wilson und Roosevelt nach 1945 aus? Erstens ein Netzwerk von internationalen Organisationen unter Führung der USA, zweitens ihre politische Hegemonie im westlichen Bündnis und drittens der sogenannte demokratische Internationalismus, also der Einsatz für die Vorherrschaft liberaler, westlicher Freiheits- und Menschenrechte. Diese Normen wurden mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 globalisiert und nach 1990 zum Gegenstand einer aktiven Demokratisierungspolitik. Im Systemwettbewerb des Ost-West-Konflikts dienten sie als Waffe. Hinzu kam, viertens, das erwähnte Element der Freiwilligkeit und der kulturellen Selbstaneignung amerikanischer oder als amerikanisch perzipierter Werte und Produkte. Dieses Element hat die vielen Krisen im europäisch-transatlantischen Verhältnis vor 1990 überlebt und bis jetzt auch die Krisen des frühen 21. Jahrhunderts.[25]

III. Die Bundesrepublik: vom besetzten Feindstaat zum willigen Verbündeten

Walther Leisler Kiep bezeichnete 1972 das Bündnis mit den USA als das „zweite Grundgesetz der Bundesrepublik". Der langjährige CDU-Bundesschatzmeister und spätere Vorsitzende der Atlantik-Brücke artikulierte unter Christdemokraten verbreitete Ängste, „antiamerikanische[...] Ressentiments" der radikalen Linken könnten aufgrund des Vietnam-Kriegs „das politische Klima für ein Hinausdrängen der Amerikaner aus Europa" schaffen.[26] Deutsche aber dürften keineswegs „Good-bye Amerika" sagen, sofern ihnen an einer freiheitlichen Entwicklung der Bundesrepublik gelegen sei. Denn im Antiamerikanismus werde nicht allein das

[23] Klaus Schwabe, Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart – Eine Jahrhundertgeschichte, Paderborn 2006, S. XI.

[24] Zum Spannungsverhältnis von Unilateralismus, Nationalismus, Isolationismus, Internationalismus und liberalem Interventionismus vgl. auch Walter A. McDougall, Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776, New York 1997.

[25] Vgl. Sten Rynning, NATO Renewed. The Power and Purpose of Transatlantic Cooperation, Basingstoke 2005.

[26] Walther Leisler Kiep, Good-bye Amerika – was dann? Der deutsche Standpunkt im Wandel der Weltpolitik, Stuttgart 1972, S. 106 und S. 133.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bündnis mit Amerika hinterfragt, sondern zugleich die liberal-demokratische Ordnung im Inneren angegriffen.[27] Ganz ähnlich, wenn auch mit entgegengesetzter politischer Stoßrichtung, argumentierte der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, als ihm ein Jahrzehnt später aufgrund seines Protests gegen den NATO-Doppelbeschluss Antiamerikanismus vorgeworfen wurde: Als Schriftsteller sei er wie seine Kollegen 1945 „von der amerikanischen Literatur befreit worden".[28]

Konservative, Christdemokraten, Sozialdemokraten und Linksliberale stimmten vor 1990 darin überein, dass das Verhältnis zu den USA mehr als ein sicherheitspolitisches Zweckbündnis darstellte und auf gemeinsamen Werten und Ideen basierte. Daher stand die transatlantische Allianz aller persönlich gefärbten Meinungsverschiedenheiten und zyklischen Krisen zum Trotz nie grundsätzlich zur Disposition.[29] Zwei oder drei Generationen deutscher Politiker von Konrad Adenauer und Theodor Heuss über Willy Brandt, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl bis hin zu Joschka Fischer und Gerhard Schröder hatten unmittelbar präsent, wo beide Länder 1945 jeweils gestanden hatten.[30] Sie wussten, dass die Deutschen die Amerikaner bei Kriegsende mehrheitlich nicht als Befreier, sondern als Besatzer und Sieger gesehen hatten, selbst wenn sie überwiegend die *U.S. Army* einer anderen Besatzungsmacht vorzogen.[31]

Sicherheit und Wirtschaft bildeten bei der Integration Westdeutschlands in das liberale US-Imperium eine Einheit: Es wird übersehen, dass etwa Außenminister James F. Byrnes in seiner bekannten Stuttgarter Rede, in der es primär um wirtschaftspolitische Probleme ging, 1946 nachdrücklich daran erinnerte, es sei der Hauptzweck amerikanischer Besatzungspolitik, Deutschland zu entwaffnen und zu entmilitarisieren.[32] Im Zuge der antisowjetischen Neuorientierung der USA wurde nicht allein eine europäische Sicherheitsstruktur geschaffen. Vielmehr bildeten die ökonomische Stabilisierung Europas sowie die kollektive Sicherheit der Euro-

[27] Zur Kritik am Antiamerikanismus der Neuen Linken vgl. Philipp Gassert, Antiamerikaner? Die deutsche Neue Linke und die USA, in: Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus (Hrsg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 250–267.

[28] Heinrich Böll, Dieser Tag ist eine große Ermutigung, in: Bonn 10.10.1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa. Reden, Fotos..., hrsg. von Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bornheim 1981, S. 159–162, hier S. 160.

[29] Vgl. Rolf Steininger, Deutschland und die USA. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Reinbek/München 2014, S. 21 f.

[30] Vgl. in diesem Sinne auch Richard von Weizsäckers vielzitierte Rede bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Bundestags zum 40. Jahrestag des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8.5.1985; www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html [14.5.2020].

[31] Vgl. Philipp Gassert, Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945, Stuttgart 1997, S. 367–369, und Thomas W. Maulucci, Jr., Introduction, in: Ders./Detlef Junker (Hrsg.), GIs in Germany. The Social, Economic, Cultural, and Political History of the American Military Presence, New York 2013, S. 1–33, hier S. 13 f.

[32] Vgl. James F. Byrnes, Rede der Hoffnung – Übersetzung der Originalrede vom 6.9.1946; www.byrnes-rede.de/byrnes_rede_deutsch.html [14.5.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

päer vor Deutschland und vor der Sowjetunion eine untrennbare Einheit. Daher hat man mit Bezug auf die NATO auch von der „doppelten Eindämmung" gesprochen: die (West-)Deutschlands durch dessen ökonomische und politische Integration in den Westen sowie das *Containment* der UdSSR durch deren Ausgrenzung aus einem amerikanisch dominierten Westeuropa.[33]

Der (west-)deutsche Weg zurück in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker erfolgte über die Einbindung in die europäischen, transatlantischen und globalen Institutionen einer von den USA in Reaktion auf die deutsche und japanische Herausforderung initiierten Ordnung, die nach 1945 rasch antikommunistisch transformiert wurde. Das liberale US-Imperium war auch in seiner nicht nur äußerlich multilateralistischen Qualität ein Überrest der gegen Deutschland verbündeten Alliierten des Zweiten Weltkriegs und der ursprünglich britisch-amerikanischen Kompromisse von Bretton Woods zur Rekonstruktion der liberal-kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung. Deutschlands vollständige Einbindung in globale politische Institutionen wie die UNO, die ebenfalls aus den antideutschen Bündnissen der beiden Weltkriege hervorgegangen waren, verzögerte sich bis in die 1970er Jahre. Geschuldet war dies der langwierigen Suche nach einem Modus Vivendi in der deutschen Frage, der erst im Zuge der Neuen Ostpolitik gefunden werden konnte.[34]

Schon die in Potsdam festgelegten Rahmenbedingungen der alliierten Besatzungsherrschaft etablierten mit der Einrichtung des Alliierten Kontrollrats eine Variante multilateraler und zwischenstaatlicher Governance. Dabei war das überragende Ziel der USA die wirtschaftliche Stabilisierung nicht nur ihrer Zone, sondern Gesamtdeutschlands, um die Besatzungskosten rasch zu reduzieren. Byrnes machte in seiner Stuttgarter Rede Moskau dafür verantwortlich, dass es dem ökonomischen Aufschwung „künstliche Schranken" entgegenstelle. Die sowjetische Intransigenz in der Reparationsfrage verhindere die Behandlung Deutschlands als integrierter Wirtschaftsraum.[35] Auch die folgenden Schritte auf dem Weg zur Weststaatsgründung waren eingebettet in einen Prozess der Liberalisierung der europäischen Wirtschaft, den die USA als „Geburtshelfer" der europäischen Integration nachhaltig förderten.[36]

In der Nachkriegszeit wurden die multilateralen anti-deutschen Verteidigungsbündnisse ökonomisch und handelspolitisch flankiert: Der im März 1948 ins Leben gerufene Brüsseler Pakt, der das britisch-französische Verteidigungsbündnis von 1947 um die Benelux-Länder erweiterte und den Nukleus der späteren NATO

[33] Wolfram F. Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994, Paderborn [2]1995, S. 6; zur zeitgenössischen Debatte über den Kalten Krieg vgl. Wilfried Loth, Die doppelte Eindämmung. Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges 1945–1947, in: Historische Zeitschrift 238 (1984), S. 611–631.

[34] Vgl. Gottfried Niedhart, Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975, München 2014.

[35] Byrnes, Rede der Hoffnung – Übersetzung der Originalrede vom 6.9.1946. Vgl. auch Wilfried Mausbach, Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947, Düsseldorf 1996.

[36] Vgl. Beate Neuss, Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945–1958, Baden-Baden 2000.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bildete, schob auf amerikanischen Rat und auf Wunsch der Niederländer und Belgier die wirtschaftliche Kooperation nach vorne.[37] Die Präambel des Brüsseler Pakts verrät dessen Ursprünge im Zweiten Weltkrieg, denn hier ist von einer möglichen Wiederkehr der deutschen Bedrohung die Rede.[38] Aber dies diente auch dazu, die UdSSR nicht zu provozieren. Die NATO sah neben militärischen Beistandsklauseln ebenfalls eine verstärkte ökonomische Kooperation vor, die aber in anderem Rahmen stattfand. Die Öffnung der Märkte und die wirtschaftliche Kooperation vollzogen sich in Europa über die Vorgängerinstitutionen der Europäischen Union (EU) und im globalen Rahmen über das GATT.

Die Bundesrepublik war ein eher zögerlicher Konvertit zum ökonomischen Multilateralismus. Wirtschaftshistoriker wie Werner Bührer haben herausgearbeitet, dass selbst Ludwig Erhard, „der sich später in der Rolle des Schrittmachers der Liberalisierung gefiel", anfangs Skepsis gegenüber den multilateralen Ansätzen an den Tag legte.[39] Die US-Regierung nutzte ihren Einfluss, um einerseits die Bundesregierung handelspolitisch auf Kurs zu bringen und andererseits die protektionistischen Kräfte im Kongress in die Schranken zu weisen. Doch schon seit 1951 nahm die Bundesrepublik eine Vorreiterrolle bei der transatlantischen und europäischen Handelsliberalisierung ein, auch wenn unter den Ordoliberalen im Bundeswirtschaftsministerium die Skepsis gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) überwog. Adenauer setzte sich aus übergeordneten politischen Gründen durch.[40] In den 1960er Jahren machte sich die EWG die Öffnung der Märkte in Europa zu eigen, aber eben nicht im globalen Rahmen, wo die Fortschritte im Rahmen des GATT beim Abbau von Zollschranken zunehmend durch neue Hemmnisse konterkariert wurden.[41] Erst in den 1970er Jahren sollte die Bundesrepublik zur Vorreiterin der Handelsliberalisierung auf multilateraler Basis werden.[42]

Der westdeutsche Wiederaufstieg zur halben Souveränität erfolgte im Rahmen multilateraler Organisationen, die zur Einhegung des deutschen Potenzials ge-

[37] Vgl. Gerhard Brunn, Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, 3., überarbeite und aktualisierte Aufl., Stuttgart 2009, S. 49 f.

[38] Vgl. „The Brussels Treaty". Treaty of Economic, Social and Cultural Collaboration and Collective Self-Defence, 17.3.1948; www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17072.htm [25.4.2020].

[39] Vgl. Werner Bührer, Protegé und Partner. Die USA und Westdeutschlands Rückkehr in das liberale Weltwirtschaftssystem, in: Junker (Hrsg.), USA und Deutschland, Bd. 1, S. 480–489, hier S. 482.

[40] Vgl. Michael Gehler/Hinnerk Meyer, Konrad Adenauer, Europa und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland im Kontext von privaten und politischen Netzwerken, in: Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), Deutsche Europapolitik Christlicher Demokraten. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel (1945–2013), Düsseldorf 2014, S. 117–156, hier S. 145–147.

[41] Vgl. Bührer, Protegé und Partner, in: Junker (Hrsg.), USA und Deutschland, Bd. 1, S. 488, und Harold James, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Weltwirtschaft, München 1997, S. 143–145.

[42] Vgl. Andreas Falke, Zwischen liberalem Multilateralismus, Neoprotektionismus und regionaler Integration. Amerikanische und deutsche Handelspolitik, in: Detlef Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. 2: 1968–1990, Stuttgart/München 2001, S. 341–352, hier S. 341.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schaffen worden waren, doch zunehmend der Artikulation westdeutscher Interessen dienten. Bonn machte sich in den 1970er Jahren den Multilateralismus zu eigen, als die USA auf Distanz dazu gingen. Inzwischen wehte ein neuer, selbstbewusster Ton durch die deutsche Außenpolitik, wie sich an der Erklärung des Kanzlers zum „Tag der Deutschen Einheit" am 17. Juni 1967 ablesen lässt.[43] Nach langer Selbstqual verständigte sich Bonn auf einen Modus Vivendi mit Moskau und Ost-Berlin, kodifiziert durch die Verträge mit Staaten des Warschauer Pakts. Diese Ostpolitik entsprach US-Interessen, ja war von ihr aktiv gefördert worden.[44] Sie wurde nicht im multilateralen Rahmen der NATO diskutiert, und auch in der Europäischen Gemeinschaft fehlte es noch an entsprechenden außenpolitischen Mechanismen.[45] Ab 1973 entstand jedoch mit der von den USA anfangs misstrauisch beäugten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine gesamteuropäisch-atlantische Struktur, in der die Bundesrepublik auf Augenhöhe mitspielen konnte.[46]

In die 1970er Jahre fällt der Beginn der jüngsten Phase der Globalisierung.[47] Es war, nicht zuletzt aufgrund der erleichterten Kommunikationsmöglichkeiten, das Jahrzehnt der Gipfelkonferenzen und einer scheinbar unaufhaltsamen Multilateralisierung der Weltpolitik.[48] Dieser Prozess kann auch als Indikator einer vorübergehenden Schwächung der globalen Position der USA gesehen werden, die im Vietnamkrieg böse gestrauchelt waren und von der Ölpreiskrise ab 1973 stärker

[43] Vgl. Kurt Georg Kiesinger, Rede beim Staatsakt der Bundesregierung zum Tag der Deutschen Einheit im Bundestag, 17.6.1967, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert; www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0077_kre&st=KIESINGER&l=de [14.5.2020].

[44] Vgl. Holger Klitzing, To Grin and Bear It. The Nixon Administration and Ostpolitik, in: Carole Fink/Bernd Schaefer (Hrsg.), Ostpolitik, 1969–1974. European and Global Responses, New York 2009, S. 80–110, hier S. 81.

[45] Vgl. Angela Romano, The Main Task of the European Political Cooperation. Fostering Détente in Europe, in: Poul Villaume/Odd Arne Westad (Hrsg.), Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War, 1965–1985, Kopenhagen 2010, S. 123–142, und Wilfried Loth, Germany between Ostpolitik and European Integration, in: Antonio Varsori/Guia Migani (Hrsg.), Europe in the International Arena During the 1970s. Entering a Different World, Brüssel 2011, S. 55–70.

[46] Vgl. Helmut Altrichter/Hermann Wentker (Hrsg.), Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011, und Matthias Peter, Saving Détente. The Federal Republic of Germany and the CSCE in the 1980s, in: Nicolas Badalassi/Sarah B. Snyder (Hrsg.), The CSCE and the End of the Cold War. Diplomacy, Societies and Human Rights, 1972–1990, New York 2019, S. 275–304.

[47] Zum Thema Globalisierung vgl. jüngst die Beiträge des VfZ-Schwerpunkts: Olaf Bach, Ein Ende der Geschichte? Entstehung, Strukturveränderungen und die Temporalität der Globalisierungssemantik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZ 68 (2020), S. 128–154; Wolfgang Knöbl, After Modernization. Der Globalisierungsbegriff als Platzhalter und Rettungsanker der Sozialwissenschaften, in: VfZ 68 (2020), S. 297–317; Jan Eckel, Politik der Globalisierung. Clinton, Blair, Schröder und die Neuerfindung der Welt in den 1990er und 2000er Jahren, in: VfZ 68 (2020), S. 451–480, und Andreas Wirsching, „Kaiser ohne Kleider"? Der Nationalstaat und die Globalisierung, in: VfZ 68 (2020), S. 659–685.

[48] Vgl. Enrico Böhm, Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975–1981), München 2014.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mitgenommen wurden als Westeuropa. Präsident Richard Nixon sprach 1971 sogar von „fünf weltwirtschaftlichen Zentren".[49] Es war das deutsch-französische Tandem Helmut Schmidt/Valéry Giscard d'Estaing, das sich als Fürsprecher multilateralistischer Abstimmungsprozesse in Weltwirtschaft und in Weltpolitik etablierte. Treffen wie der Weltwirtschaftsgipfel von Rambouillet 1975 und der NATO-Gipfel auf der französischen Karibik-Insel Guadeloupe 1979 zeigten den amerikanischen Präsidenten quasi als Primus inter Pares im Kreis eines vierköpfigen westlichen Direktoriums mit Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik.[50]

Der anfangs zögerliche westdeutsche Schüler war nun der willige Fürsprecher des Multilateralen, zumal Gipfel den Einfluss der nachgeordneten Mächte im US-Imperium stärkten. Den Höhepunkt erreichte der westdeutsche Anspruch auf Mitsprache und Mitgestaltung mit dem NATO-Doppelbeschluss, den Schmidt den zögernden Amerikanern fast schon aufdrängen musste, wenn auch Jimmy Carter und dann Ronald Reagan sich einen erneuerten Antikommunismus nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen sehr zu eigen machten.[51] Als auf einem Podium im Rahmen des Hamburger Evangelischen Kirchentags 1981 Kritiker des Doppelbeschlusses die Bundesrepublik als eine Art Kolonie der USA bezeichneten,[52] stellte sich Schmidt dem vehement entgegen: Bonn sei vielmehr drauf und dran, ein „wirklicher Partner" Washingtons zu werden. Die neue bundesdeutsche Position eines maßgeblichen Einflusses im westlichen Bündnis werde durch die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses unterminiert.[53]

Für die alte Bundesrepublik war die multilateralistische Struktur des liberalen US-Imperiums nach 1945 ein Glückfall. Sie hat ihren wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg keineswegs gebremst, sondern gefördert und ermöglicht. Die fortgesetzte Präsenz der USA in Europa trug der europäischen Angst vor

[49] Richard M. Nixon, Remarks to Midwestern News Media Executives Attending a Briefing on Domestic Policy in Kansas City, Missouri, 6.7.1971; www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-midwestern-news-media-executives-attending-briefing-domestic-policy-kansas-city [15.5.2020]. Vgl. auch Philipp Gassert/Michael Wala, Weltmacht USA, Stuttgart 2014, S. 81–83.

[50] Vgl. Tim Geiger, Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hrsg.), „Entrüstet Euch". Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 54–70, hier Abb. 6 auf S. 62, und Kristina Spohr/David Reynolds, Bonn, Guadeloupe, and Vienna, 1978–9, in: Kristina Spohr/David Reynolds (Hrsg.), Transcending the Cold War. Summits, Statecraft, and the Dissolution of Bipolarity in Europa, 1970–1990, Oxford 2016, S. 122–147, hier S. 123 f.

[51] Vgl. Helga Haftendorn, Das doppelte Missverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: VfZ 33 (1985), S. 244–287; Leopoldo Nuti, The Origins of the 1979 Dual Track Decision – A Survey, in: Ders. (Hrsg.), The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London 2009, S. 57–71, und Tim Geiger, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 95–122.

[52] Vgl. Der Spiegel vom 1.2.1982: „Unser Haus, unser Kiez, unser Bauch. Gibt es einen neuen deutschen Nationalismus?"

[53] Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981. Dokumente, hrsg. von Hans-Jochen Luhmann/Gundel Neveling, Stuttgart 1981, S. 692.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Deutschland Rechnung und hegte zugleich die UdSSR ein. Über diese anfangs unfreiwillige, später freiwillige Einbindung in zunächst transatlantische und dann auch globale Strukturen sowie seit 1952 auch supranationale (west-)europäische Mechanismen wurde der Multilateralismus zur zweiten Natur der deutschen Außenpolitik. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 und die daran anschließende Ausweitung des transatlantischen und europäischen Geflechts multilateraler Institutionen verfestigte diese Strukturen. Sie wurden in die Ära nach dem Ende des Kalten Kriegs fortgeschrieben.[54] Indes verloren in Washington einflussreiche politische Kreise das Interesse an einer Integration und Selbstbindung in das von den USA selbst geschaffene liberale Imperium.

IV. Der unipolare Moment der Jahrtausendwende und die Gegenwart

Als 1989/90 Mauern und Grenzen in Europa und weltweit fielen, war in Deutschland und den USA euphorisch vom Beginn einer Neuen Weltordnung die Rede, wobei Ordnung mehr als nur ein Synonym für Weltsystem meinte. Der Terminus wurde normativ aufgeladen im Sinne einer dauerhaften liberalen Friedensordnung.[55] Die USA wie ihre Verbündeten erklärten sich zum Sieger im Kalten Krieg und zelebrierten den Liberalismus als gegebene und zukünftige innere und äußere Weltordnungsidee.[56] Dabei fiel dieser Sieg in der westlichen Wahrnehmung deutlicher aus als erwartet. Schließlich hatte sich der Westen während der Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre und der Debatten über die Nachrüstung der 1980er Jahre alles andere als einig gezeigt. Diplomaten und Politiker raunten vom Auseinanderdriften der Allianz, die zudem als „Bündnis ohne Nachwuchs" erschien.[57] Überdies konnte man den Eindruck gewinnen, die USA seien eine vom wirtschaftlichen Abstieg bedrohte Supermacht.[58]

[54] Vgl. Hans-Peter Schwarz, Amerika, Deutschland und die atlantische Gemeinschaft nach dem Kalten Krieg, in: Junker (Hrsg.), USA und Deutschland, Bd. 2, S. 799–826, hier S. 823–825.

[55] Vgl. Jacques Derrida/Jürgen Habermas, Der 15. Februar oder: Was die Europäer verbindet, in: Jürgen Habermas, Der gespaltene Westen. Kleine Politische Schriften X, Frankfurt a. M. 2004, S. 43–51.

[56] Bekannt geworden ist vor allem die Formel vom „Ende der Geschichte": Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York 1992. Vgl. auch Federico Romero, The Pitfalls of Western Triumphalism, in: Eleni Braat/Pepijn Corduwener (Hrsg.), 1989 and the West. Western Europe Since the End of the Cold War, London 2020, S. 163–168.

[57] Vgl. Reinhild Kreis, Bündnis ohne Nachwuchs? Die „Nachfolgegeneration" und die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den 1980er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 607–631; vgl. auch Arthur Burns, How Americans Look at Europe, in: Hans N. Tuch (Hrsg.), Arthur Burns and the Successor Generation. Selected Writings of and about Arthur Burns, Lanham 1988, S. 13–19, und Giles Scott-Smith, Reviving the Transatlantic Community? The Successor Generation Concept in U.S. Foreign Affairs, 1960s–1980s, in: Kiran Klaus Patel/Kenneth Weisbrode (Hrsg.), European Integration and the Atlantic Community in the 1980s, New York 2013, S. 201–225.

[58] Als klassischen Text vgl. Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt a. M. 1989; zur Debatte über

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mit dem im Vergleich zu den Revolutionen in Mittel- und Osteuropa so gut wie geräuschlosen Verschwinden der UdSSR hatte sich aus US-Sicht auch die deutsche Frage erledigt. Das vereinigte, doch weiter in westliche, multilateralistische Institutionen integrierte, in freier Selbstbestimmung zustande gekommene Gesamtdeutschland entsprach in hohem Maße den Erwartungen der Mehrheit der außenpolitischen Eliten der USA. George Bush machte den Deutschen Komplimente, erklärte sie zu „partners in leadership".[59] Nur was würde an die Stelle des Ost-West-Konflikts treten, nachdem mit der Sowjetunion die letzte Gegenmacht zu den USA zerfiel und China nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 als geschwächt galt? Von Indien sprach 1990 niemand; Russland fiel territorial auf den Stand des 18. Jahrhunderts zurück und wurde von den US-Eliten geringeschätzt.[60]

Es war die überraschende Besetzung Kuwaits durch den Irak im August 1990, mit der sich eine neue Herausforderung für die Weltgemeinschaft ankündigte. Präsident Bush und sein Nachfolger Bill Clinton setzten gemäß dem Skript des Kalten Kriegs auf Eindämmung und multilaterale Allianzbildung. Der regionale Fokus der neuen asymmetrischen Kriege lag mit dem Nahen und Mittleren Osten ausgerechnet dort, wo die USA das Erbe der Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien am sichtbarsten angetreten hatten. Bush nutzte den Überfall auf Kuwait, um programmatische Überlegungen zu einer Neuen Weltordnung vorzutragen. Am 11. September 1990 griff er Visionen Wilsons und Roosevelts auf, redete bewusst keinem unkontrollierten Unilateralismus der USA das Wort, sondern machte sich für eine erneuerte Rolle der UNO stark. Die Neue Weltordnung solle eine „Ära der Kooperation" sein, in der „die Herrschaft des Rechts die Herrschaft des Dschungels ersetzen" werde. Es werde eine Welt sein, in der „die Starken die Rechte der Schwachen respektieren".[61]

Bushs Neue Weltordnung war im Kern die alte: Seine internationalistische Deutung einer künftigen Welt fand daher großen Widerhall in Deutschland und Europa. In den USA selbst stieß Bush jedoch in seiner eigenen Partei auf Widerspruch. Bald neokonservativ genannte Publizisten wie der Journalist Charles Krauthammer fuhren Bush vehement in die Parade: Die bipolare Ära des Kalten Kriegs solle nicht zu einer multipolaren Neuen Weltordnung umgestaltet werden. Dies sei der unipolare Moment der USA. In ein bis zwei Generationen werde es wieder andere Mächte geben, die den USA dann ebenbürtig seien. Jetzt sei *America's Moment* ge-

den „declinism" der 1980er Jahre vgl. Philipp Gassert, Erzählungen vom Ende. Rückblick und Ausblick auf das amerikanische Jahrhundert, in: Osteuropa 61 (2011), S. 13–29.

[59] George Bush, Address to the German People on the Reunification of Germany, 2.10.1990; www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-german-people-the-reunification-germany [15.5.2020].

[60] Vgl. David Parker, US Foreign Policy Towards Russia in the Post-Cold War Era. Ideational Legacies and Institutionalised Conflict and Co-Operation, London 2019.

[61] George Bush, Address Before a Joint Session of the Congress on the Persian Gulf Crisis and the Federal Budget Deficit, 11.9.1990; www.presidency.ucsb.edu/documents/address-before-joint-session-the-congress-the-persian-gulf-crisis-and-the-federal-budget [15.5.2020]. Vgl. auch George H. W. Bush/Brent Scowcroft, A World Transformed, New York 1999.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kommen, den es zu nutzen gelte. Der Multilateralismus, so Krauthammer, sei ohnehin weitgehend Rhetorik und werde von US-Außenpolitikern vorgeschoben, weil ein großer Teil der amerikanischen Öffentlichkeit keine unilateralen Aktionen wünsche.[62]

Suchten auch die *Neocons* den internationalistischen Schleier der Neuen Weltordnung zu zerreißen, so setzen die Administrationen in Washington grundsätzlich weiter auf multilateralistische Institutionen und Mechanismen, wie sie sich im Ost-West-Konflikt verfestigt hatten. Insbesondere die Verträge und Abkommen, die der Entspannung und Rüstungskontrolle gedient hatten, wurden in den 1990er Jahren fortgeschrieben. Der *Intermediate Range Nuclear Forces* (INF) *Treaty* von 1987, der wichtigste vertragliche Baustein zur Überwindung des Kalten Kriegs, wurde durch bilaterale und multilaterale Verträge ergänzt.[63] Daraus entstand in den 1990er Jahren eine europäische und in Ansätzen globale Friedensordnung. Dazu gehörte der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa, der die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa überführte und ein gemeinsames Forum für die NATO und den 1990/91 noch existierenden Warschauer Pakt schuf. Auch der Vertrag über den Abbau strategischer Atomwaffen, den Bush und Gorbatschow fünf Monate vor dem Ende der UdSSR unterzeichneten, war Teil dieser präzedenzlosen Abrüstungsschritte.[64]

Diese europäische Sicherheitsarchitektur der 1990er Jahre orientierte sich formal und inhaltlich am liberalen Imperialismus der USA, der im Großen und Ganzen bis 2017 allen US-Administrationen zur außenpolitischen Orientierung diente. Diese Ordnung zerfällt nun vor unseren Augen. Mit der signifikanten Ausnahme des Vertrags über die Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen von 1972, den George W. Bush schon 2001 gekündigt hatte, ist die *Post Cold War Order* der 1990er Jahre bis in die jüngste Zeit intakt geblieben. Doch seit zwei Jahren geht es rasend schnell: Der INF-Vertrag, der die Entspannungsphase seit Mitte der 1980er Jahre krönte und den Boden für die friedliche Wiedervereinigung Europas 1989/90 bereitete, wurde nach Verstößen von russischer Seite am 1. Februar 2019 von der Regierung Trumps gekündigt. Er ist seit dem 2. August 2019 Geschichte. Am 21. Mai 2020 erklärte Trump, die USA würden auch den *Open Skies Treaty* verlassen,[65] der 1992, am Ende des Kalten Kriegs, als wichtige vertrauensbildende Maßnahme unterzeichnet worden war. Ein weiterer Dominostein dürfte im

[62] Vgl. Charles Krauthammer, The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs 70 (1990/91), S. 23–33, und Hal Brands, Making the Unipolar Moment. U.S. Foreign Policy and the Rise of the Post-Cold War Order, Ithaca/London 2016.

[63] Zum INF-Vertrag vgl. Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker, „The Reward of a Thing Well Done Is to Have Done It". The Rise and Fall of the INF Treaty, 1987–2019. An Introduction, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), The INF Treaty of 1987. A Reappraisal, Göttingen 2021 (i. E.).

[64] Vgl. Parker, US Foreign Policy, S. 174 f., und Wolfgang Richter, The INF Verification System, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), INF Treaty.

[65] Vgl. ARD Tagesschau vom 21.5.2020: „‚Open Skies'-Flüge. Trump kündigt weiteres Abkommen"; www.tagesschau.de/ausland/openskies-trump-usa-101.html [6.6.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Februar 2021 fallen: Dann läuft das NEW START genannte Abkommen zur Begrenzung und Kontrolle strategischer Atomwaffen aus. Wenn sich kein neuer Vertrag aushandeln lässt – wofür es derzeit keine Anzeichen gibt –, wird erstmals seit 1972 die Situation eintreten, dass die beiden wichtigsten Nuklearmächte der Welt unbeschränkt und unkontrolliert aufrüsten könnten.[66] Vor diesem Hintergrund wirkt die deutsche Debatte über nukleare Teilhabe und ein paar atomare Sprengköpfe in der Eifel merkwürdig provinziell.[67]

Das transatlantische Verhältnis seit den 1990er Jahren lässt sich zweifellos nicht allein auf den Nenner der präzedenzlosen Rüstungskontrolle bringen, die am Ende des Kalten Kriegs zu einer neuen Sicherheitsarchitektur für Europa führte und zugleich bekannte institutionelle Mechanismen fortschrieb. Viele der transatlantischen und globalen Institutionen des liberalen amerikanischen Imperiums existieren im frühen 21. Jahrhundert weiter und strukturieren den Dialog zwischen Europäern und Amerikanern, auch wenn sich Trump nun als Zerstörer dieser Institutionen inszeniert. Krauthammer prophezeite 1990, der unipolare Moment der USA werde mit Glück eine Generation dauern. Tatsächlich ist er 30 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vorüber, ungeachtet der fortbestehenden massiven Überlegenheit des US-Militärs in so gut wie allen Bereichen. Doch dieser militärischen Überlegenheit fehlt nicht erst unter Trump zunehmend die politische, wirtschaftliche sowie kulturelle und ideelle Flankierung, die Amerika im 20. Jahrhundert groß gemacht hat.

Es scheint, die USA hätten den Anspruch aufgegeben, die Welt nach ihrem Willen und ihren Vorstellungen zu gestalten, wie es für die amerikanische Politik eine Selbstverständlichkeit war, nachdem vor allem Franklin D. Roosevelt und Harry S. Truman den Isolationismus besiegt hatten. Dieser Gestaltungswille der USA, der Bau eines liberalen Imperiums nach 1945, war für die Bundesrepublik Deutschland ein Glücksfall, wie wir 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wissen. Ebenfalls bekannt sind die Kosten, die der Kalte Krieg verursachte.[68] Mit dem amerikanischen Willen, die Welt im Sinne einer globalen Freiheitsdoktrin zu ordnen, gingen äußerst problematische Entscheidungen wie die Interventionen in Vietnam oder im Irak einher. Auch die negativen innergesellschaftlichen Auswirkungen von den antikommunistischen Hetzjagden bis zu kulturellen Ängsten vor der nuklearen Katastrophe waren erheblich.[69] Dennoch: Der weltpolitische Gestaltungswille der liberalen Hegemonialmacht USA gereichte – aus heutiger Sicht – Deutschland und dem westlichen Europa nicht zum Nachteil.

[66] Vgl. Oliver Bange, A Swan-Song. The INF and Europe's Security Architecture, 1987–2019, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), INF Treaty.
[67] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 4.5.2020: „Falsche Hoffnung".
[68] Vgl. Odd Arne Westad, The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times, Cambridge 2005.
[69] Vgl. Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009; Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hrsg.), Angst in den Internationalen Beziehungen, Bonn 2010, und Philipp Gassert, Popularität der Apokalypse. Zur Nuklearangst seit 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46–47/2011, S. 48–54.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wie wir mit diesem Abschied vom liberalen Imperium der USA umgehen, ist kein akademisch-historisches Problem, sondern eine zentrale Frage der aktuellen Politik, die zu beraten nicht unbedingt die Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist. Doch die Frage ist gestellt, wenn auch die Antwort auf sich warten lässt. Bundeskanzlerin Angela Merkel kleidete nach dem desaströsen G7-Gipfel von Taormina die wachsenden Irritationen über die amerikanische Regierung in den nüchternen, aber unbestimmten Satz: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. [...] Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen."[70] Wie die Europäer dies tun wollen, ist aber so recht nicht erkennbar. Ohne den amerikanischen Hegemon oder eine andere Macht, die eine benevolente globale Ordnungsfunktion wahrnehmen kann, dürfte es schwerfallen, eine politisch, wirtschaftlich und kulturell in ihren Grundzügen liberale Weltordnung aufrecht zu erhalten, in deren Kontext die EU entstand und in der sich Deutschland seit 1945 positiv entwickeln konnte.

[70] Zit. nach Der Spiegel vom 29.5.2017: „Merkels Bierzeltrede: Jeder Satz ein Treffer"; www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-das-bedeutet-ihre-bierzelt-rede-ueber-donald-trump-a-1149649.html [14.5.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Andreas Etges

In guten wie in schlechten Zeiten

Partnerschaft, Kontroversen und Misstrauen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs

I. Szenen einer Ehe

Im Mai 2019 sorgte ein Interview mit Angela Merkel für Schlagzeilen. „Europa", so die Bundeskanzlerin, müsse sich „in einer veränderten Welt neu positionieren". Und auch wenn sie im nächsten Satz die USA nicht erwähnte, so verstand doch jeder den Bezug zu den Vereinigten Staaten und Präsident Donald Trump: „Manche Gewissheiten, die in der Nachkriegsordnung gewachsen sind, gelten nicht mehr."[1]

Tatsächlich war nach 1945 eine besondere, von nationalen und geopolitischen Interessen beeinflusste deutsch-amerikanische Beziehung gewachsen. Es war aber zunächst keine Hochzeit aus Liebe, sondern eher eine den schwächeren Deutschen auferlegte Zwangsheirat. Dennoch gab es in der langjährigen Ehe auch Phasen großer Verliebtheit – allen Streitigkeiten zum Trotz. Das gilt auch für die angeblich goldenen Zeiten der deutsch-amerikanischen Partnerschaft im Kalten Krieg, wo es hinter den Kulissen oftmals heftig krachte, wo von Gleichberechtigung kaum die Rede sein konnte, wo die ungleiche Lastenverteilung regelmäßig für Unmut sorgte und man jede Hinwendung Richtung Osten mit Misstrauen betrachtete. Die deutsche Wiedervereinigung bedeutete keine Scheidung, aber brachte eine deutliche Emanzipierung mit sich.

Detlef Junker hat dieses Verhältnis 2001 für beide Seiten als „eine Erfolgsgeschichte [...] ohne Vorbild in der Geschichte der internationalen Beziehungen" beschrieben.[2] Im Rückblick scheint manches vielleicht positiver, als es eigentlich war. Wenn es heute knirscht, sieht mancher schon vorschnell das Ende nahen. Kurz: Es ist Zeit für einen kritischen Blick zurück und eine nüchterne Bestandsaufnahme der sich wandelnden deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dabei ist es zunächst notwendig, den grundlegenden Wandel in der US-Außenpolitik und im amerikanischen Selbstverständnis nach dem Zweiten Weltkrieg hervorzuheben, wobei der Fokus für die Zeit des Kalten Kriegs fast ausschließlich auf der Bundesrepublik liegt.

[1] Süddeutsche Zeitung vom 16.5.2019: „Gewissheiten gelten nicht mehr".

[2] Detlef Junker, Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Dimensionen transatlantischer Beziehungen, in: Ders. (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. 1: 1945–1968, Stuttgart/München 2001, S. 17–56, hier S. 22. Das federführend von Detlef Junker herausgegebene zweibändige Werk ist in inhaltlicher Breite, Umfang und Qualität weiterhin das Standardwerk zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen im Kalten Krieg.

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0038

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

II. „Die Isolation der Vereinigten Staaten ist vorbei"

Seit ihrer Gründungszeit hatten die USA einen oft zu Unrecht auch als Isolationismus bezeichneten außenpolitischen Kurs eingeschlagen: Die Prämisse war, keine militärischen Bündnisse mit europäischen Mächten einzugehen, um so nicht in Kriege verwickelt zu werden.[3] Auch aufgrund der Nichteinmischungspolitik in europäische Angelegenheiten, eines der Grundprinzipien der Monroe-Doktrin von 1824, zögerten die USA lange, in den Ersten Weltkrieg einzutreten. Wenige Monate nach Kriegsende verkündete Präsident Woodrow Wilson: „Die Isolation der Vereinigten Staaten ist vorbei"; das Land sei zu einem bestimmenden Faktor des Weltgeschehens geworden.[4] Doch die Realität in der Zwischenkriegszeit sah anders aus: Die USA traten nicht dem besonders auch von Wilson propagierten Völkerbund bei, Neutralitätsgesetze wurden verabschiedet, und *America First*-Gruppen warben massiv dafür, sich künftig wieder aus europäischen Angelegenheiten herauszuhalten. Hier zeigte sich noch einmal die Stärke des Isolationismus.

Dessen letzte Stunde schlug am 6. Dezember 1941. Der japanische Angriff auf die amerikanische Marinebasis in Pearl Harbor führte zu einer unvergleichlichen Mobilisierung. Die USA waren nach 1945 entschlossen, ein Faktor des Weltgeschehens zu bleiben. Henry R. Luce, Verleger der Magazine *Time* und *Life*, hatte seine Landsleute bereits im Februar 1941 aufgefordert, die Rolle als mächtigste Nation und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu akzeptieren. Jetzt sei die Möglichkeit, die Welt im eigenen Sinne zu prägen und so das 20. Jahrhundert zu einem „American Century" zu machen.[5] Dafür gab es in den Folgejahren einen breiten Konsens im Land. Die Vereinigten Staaten prägten in gewisser Weise tatsächlich ein amerikanisches Jahrhundert – und das mit exzeptioneller Bedeutung für Deutschland. Laut Detlef Junker „hat kein Land der Welt das Schicksal der Deutschen im 20. Jahrhundert so geprägt wie die Vereinigten Staaten von Amerika".[6]

III. „Die Deutschen unten halten"

1945 war die Ausgangssituation für die beiden Staaten diametral unterschiedlich. Die USA gingen als Sieger, ohne Zerstörungen in der Heimat, als wirtschaftliche, politische und ökonomische Führungs- und Ordnungsmacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervor und hatten zudem für einige Jahre das Atomwaffenmonopol. Sie

[3] Präsident Thomas Jefferson sagte in seiner Antrittsrede am 4.3.1801: „Friede, Handel und ehrliche Freundschaft mit allen Nationen – aber keine uns in Verwicklungen hineinziehende Bündnisse [entangling alliances]"; jeffersonpapers.princeton.edu/selected-documents/first-inaugural-address-0 [20.4.2020]. Übersetzung des Zitats von Andreas Etges. Wenn nicht anders gekennzeichnet, dann stammen Übersetzungen immer aus seiner Feder. Isolationismus wurde ständig als Bezeichnung für eine von diesen Zielen geleitete Außenpolitik verwendet.

[4] Woodrow Wilson, Address at the Coliseum in Des Moines, Iowa, 6.9.1919; www.presidency.ucsb.edu/documents/address-the-coliseum-des-moines-iowa-0 [20.4.2020].

[5] Vgl. Life vom 17.2.1941: „The American Century" (Henry R. Luce).

[6] Junker, Politik, in: Ders. (Hrsg.), USA und Deutschland, Bd. 1, S. 22.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

waren in den Worten von Thomas J. McCormick „globale Werkstatt, Bankier, Schiedsrichter und Polizist, Prediger und Lehrer der Welt" sowie deren „Bäckerei".[7] Nationale Sicherheit begann nicht mehr erst an den eigenen Landesgrenzen, sondern wurde nun global definiert. Das war gekoppelt an die wohl wichtigste Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg: kein weiteres „München", keine Appeasement-Politik mehr gegenüber Aggressoren. Spätestens 1947 zielte die Eindämmungspolitik auf die als „roter Faschismus" identifizierte Gefahr durch die Sowjetunion.[8] Auch deshalb waren die USA nun bereit, kollektive Bündnisse mit zu gründen und mit der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) erstmals einer *Entangling Alliance* beizutreten. Und anders als die Sowjets im östlichen Teil Europas, wurden die Amerikaner in Westeuropa eher begrüßt. Hier entstand, so Geir Lundestad, ein „Imperium auf Einladung".[9]

All dies bestimmte auch die US-Politik gegenüber einem besiegten, zerstörten, besetzten und bald schon geteilten Deutschland. Zudem wurde die sogenannte deutsche Frage, der ungeklärte Status Deutschlands, zur zentralen Frage des Kalten Kriegs.[10] Die ursprüngliche Besatzungsorder, Deutschland sei als „besiegter Feindstaat" zu behandeln, wurde schon bald modifiziert,[11] und die amerikanische Deutschlandpolitik war bis 1990 von zwei Prämissen getragen: Erstens galten die Ankurbelung der westdeutschen Exportwirtschaft, die Einbindung der Bundesrepublik in westliche, wirtschaftliche und militärische Allianzen sowie nach dem Koreakrieg deren Wiederbewaffnung als unabdingbar für ein westeuropäisches ökonomisches und militärisches Bollwerk gegen den Kommunismus. Auch der im April 1948 vom US-Kongress verabschiedete Marshallplan diente diesem Zweck.

Zweitens blieb – und das galt auch für Deutschlands west- und osteuropäische Nachbarn – bis in die Zeit der Wiedervereinigung ein Grundmisstrauen gegenüber den Deutschen. Wolfram F. Hanrieder hat in diesem Zusammenhang die sogenannte doppelte Eindämmung besonders prägnant beschrieben: Es sei „die Eindämmung der Sowjetunion aus der Distanz sowie der Bundesrepublik in der Umarmung".[12] Beiden Zwecken diente auch die Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland. Noch drastischer hat der spätere NATO-Generalsekretär Lord Hastings Lionel Ismay den Zweck des westlichen Verteidigungsbündnisses

[7] Thomas J. McCormick, America's Half-Century. United States Foreign Policy in the Cold War and After, Baltimore/London ^{2}1995, S. 33 und S. 47.

[8] Vgl. Les K. Adler/Thomas G. Paterson, Red Fascism. The Merger of Nazi Germany and Soviet Russia in the American Image of Totalitarianism, 1930's–1950's, in: American Historical Review 75 (1970), S. 1046–1064.

[9] Vgl. Geir Lundestad, Empire by Invitation? The United States and Western Europe, 1945–1952, in: Journal of Peace Research 23 (1986), S. 263–277.

[10] Vgl. Andreas Etges, Western Europe, in: Richard H. Immerman/Petra Goedde (Hrsg.), The Oxford Handbook of the Cold War, Oxford 2013, S. 158–173.

[11] Direktive an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland (JCS 1067), April 1945; germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/Allied%20Policies%205%20GER.pdf [20.4.2020].

[12] Wolfram F. Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994, Paderborn 1995, S. 4.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

beschrieben: Man brauche die NATO, „um die Russen draußen, die Amerikaner drin und die Deutschen unten zu halten".[13]

Die von den USA gemeinsam mit Großbritannien organisierte Luftbrücke zur Versorgung der West-Berliner während der mehr als 300 Tage andauernden Blockade 1948/49 galt als erster wichtiger Erfolg der Eindämmungspolitik. Und sie war der Beginn einer wunderbaren Freundschaft. Gleichzeitig wurde besonders die Verteidigung der Freiheit West-Berlins zu einem Kern der globalen amerikanischen *Credibility* im Kalten Krieg, die immer in einem doppelten Sinne zu verstehen war: in der glaubwürdigen Abschreckung der Gegenseite, aber auch in dem festen Vertrauen der eigenen Verbündeten, dass die Vereinigten Staaten im Kriegsfall ihre volle militärische Macht zu deren Verteidigung einsetzen würden.

Konrad Adenauer setzte schon früh auf die Vereinigten Staaten. Gleich in seiner ersten Regierungserklärung dankte der Kanzler explizit den USA: „Ich glaube nicht, dass jemals in der Geschichte ein siegreiches Land es versucht hat, dem besiegten Land in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan haben und tun."[14] Besonders in der Amtszeit von Dwight D. Eisenhower hatte der Bundeskanzler auch ein persönlich enges Verhältnis zu führenden amerikanischen Regierungsmitgliedern, das sogar in Wahlkampfhilfe mündete. In einer Pressekonferenz erklärte Außenminister John Foster Dulles wenige Tage vor der Bundestagswahl im September 1953, eine Niederlage der von Adenauer geführten Bundesregierung wäre für Deutschland katastrophal.[15] Vor allem vonseiten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), deren 1952 verstorbener Vorsitzender Kurt Schumacher ihn bereits Ende 1949 als „Bundeskanzler der Alliierten" kritisiert hatte,[16] hagelte es angesichts dieser Einmischung in den Wahlkampf Proteste.

Adenauers entschiedene Politik der politischen, wirtschaftlichen und schließlich auch militärischen Westbindung war unter anderem in Teilen der Opposition umstritten. Zwar verfolgte der Kanzler das im Grundgesetz geforderte Ziel der Wiedervereinigung, doch die Anbindung an den Westen auch im Rahmen der Eindämmungspolitik ließ die Chancen auf eine deutsche Einigung schwinden. Aber die unter den gegebenen Umständen quasi alternativlose Politik der Westbindung war erfolgreich, wiederum vor allem auch dank der amerikanischen Unterstützung. Mit dem Koreakrieg zwischen 1950 und 1953 fielen die noch bestehenden Produktionslimits in der deutschen Schwerindustrie, und gegen innerdeutsche und europäische Widerstände wurde die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik durchgesetzt. Mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts und der NATO-Mitglied-

[13] Lord Hastings Lionel Ismay; zit. nach: www.nato.int/cps/en/natohq/declassified_137930.htm [20.4.2020].

[14] Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, 20.9.1949; www.konrad-adenauer.de/quellen/erklaerungen/1949-09-20-regierungserklaerung [20.4.2020].

[15] Vgl. New York Times vom 4.9.1953: „Dulles Pins Blame for Slit Germany on Soviet Policies".

[16] Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 18. Sitzung, 1. Wahlperiode, 25.11.1949, S. 525; dipbt.bundestag.de/dip21/btp/01/01018.pdf [21.4.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schaft erhielt das Land 1955 weitgehend seine Souveränität zurück. Stolz konnte der Kanzler am 5. Mai dieses Jahrs verkünden: „Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden."[17]

Dass die Bundesrepublik damals – und auch 1990 im Zwei-plus-Vier-Vertrag – den Verzicht auf den Besitz von Massenvernichtungswaffen erklären musste, ist ein Zeichen dafür, dass das Misstrauen gegenüber den Deutschen weiter existierte. Gleichzeitig blieb die sicherheitspolitische Bedeutung Westdeutschlands für die USA bestehen. Das Land sei, so hieß es in einem deutschlandpolitischen Dokument des Nationalen Sicherheitsrats vom Dezember 1957, „von existenzieller Bedeutung für die Vereinigten Staaten".[18]

IV. „Ish bin ein Bearleener" oder den Deutschen „in die Eier treten"

Die besondere Romanze der Westdeutschen mit John F. Kennedy gilt oft als die goldene Zeit der transatlantischen Beziehungen. Das suggerierte im Juni 2013 auch *Der Spiegel* auf seiner Titelseite. Aufgrund von Enthüllungen im Rahmen der Spionage- und Abhöraffäre um die *National Security Agency* (NSA) sprach das Nachrichtenmagazin „50 Jahre nach Kennedy" von einem „verlorene[n] Freund". Hinter Präsident Barack Obama schwebte auf dem Titelbild der große Geist seines Vorgängers.[19] Doch tatsächlich gab es in den frühen 1960er Jahren nicht nur hinter den Kulissen massive Konflikte, die sowohl politischer als auch persönlicher Natur waren. Dass Berlins Regierender Bürgermeister und SPD-Hoffnungsträger Willy Brandt im März 1961 noch vor dem deutschen Kanzler im Weißen Haus zu Gast war, hatte sicherlich nicht nur mit der drohenden Berlinkrise zu tun. Kennedy und Adenauer trennte ein Altersunterschied von gut 40 Jahren. Zudem hatte der damalige Senator und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des US-Senats bereits im Oktober 1957 in der einflussreichen Zeitschrift *Foreign Affairs* erklärt, das Ende der Adenauer-Zeit sei gekommen – sehr zum Missfallen des „Alten".[20] Kennedy und Adenauer vertraten in wichtigen außenpolitischen Fragen zum Teil konträre nationale Interessen.

Das zeigte sich deutlich in der Kontroverse über den Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, der einen Meilenstein in der Annäherung der beiden so lange verfeindeten Staaten darstellt, zielte auch darauf, den amerikanischen Einfluss in Westeuropa zurückzudrängen. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle umgarnte die Deutschen bei seinem Staatsbesuch im September 1962 nicht zuletzt mit einer bedeutenden Rede. Auf dem Balkon des Bonner Rathauses pries der ehemalige *Résistance*-Führer in deutscher

[17] Proklamation der Bundesregierung zum Tag der Souveränität, 5.5.1955; www.konrad-adenauer.de/quellen/erklaerungen/1955-05-05-proklamation [20.4.2020].
[18] 136. National Security Council Report, 13.12.1957; history.state.gov/historicaldocuments/frus1955-57v26/d136 [23.4.2020].
[19] Vgl. Der Spiegel vom 10.6.2013: „Der verlorene Freund. 50 Jahre nach Kennedy".
[20] John F. Kennedy, A Democrat Looks at Foreign Policy, in: Foreign Affairs 36 (1957), S. 44–59, hier S. 49.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sprache „die deutsch-französische Freundschaft“ und „das große deutsche Volk“.[21] Die US-Regierung sah die Gefahr einer deutsch-französischen Achse. Auch auf amerikanischen Druck hin wurde der Text des Abkommens schließlich um eine vom Bundestag verabschiedete Präambel erweitert, in der die Bedeutung „einer engen Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika“ hervorgehoben wurde.[22] Die Atlantiker hatten sich gegen die Gaullisten durchgesetzt, auch weil die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA noch zu groß war.

Das hatte sich auch in der zweiten Berlinkrise gezeigt. Bereits 1958 hatte Nikita Chruschtschow einen Abzug der Westalliierten aus West-Berlin gefordert und von einem separaten Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gesprochen. Bei dem einzigen Gipfeltreffen mit Kennedy im Juni 1961 wiederholte der sowjetische Staatschef seine Forderungen. Und auch wenn hier die beiden Großmächte verhandelten, so zeigte sich in der Berlinkrise auch die direkte und indirekte Macht der beiden in vielfacher Weise abhängigen deutschen Staaten.

Chruschtschow stand zunehmend unter dem Druck der Regierung der DDR, einer Abriegelung der noch durchlässigen Grenze zwischen Ost- und West-Berlin zuzustimmen, um so die massenhafte Abwanderung von Bürgern nach Westdeutschland zu stoppen und die DDR zu stabilisieren. Kennedys Glaubwürdigkeit stand im Sommer 1961 gleich doppelt auf dem Spiel: gegenüber den westdeutschen Verbündeten ebenso wie gegenüber der sowjetischen Führung, und das nicht nur bezüglich Berlins. Es gehe um alles, so der ehemalige US-Außenminister Dean Acheson in einem geheimen Memorandum.[23] Entsprechend zeigten militärische Krisenszenarien der US-Seite die Eskalation von einem Grenzkonflikt in Berlin hin zu einem „allgemeinen Atomkrieg“.[24] In einer längeren Fernsehansprache bezeichnete Kennedy am 25. Juli 1961 die Verteidigung der Freiheit West-Berlins als „großen Prüfstein für den Mut und die Willensstärke des Westens“.[25] Doch Kennedy unterschätzte im August 1961 die psychologische Wirkung des Mauerbaus. Willy Brandt warnte den US-Präsidenten vor einer schweren Glaubwürdigkeitskrise, und die *Bild* titelte in großen Buchstaben: „Der Westen tut NICHTS! Präsident Kennedy schweigt“.[26] Mit symbolischer Politik, darunter einem Besuch von Vizepräsident

[21] Videoausschnitte der Rede vom 4.9.1962 sind hier zu finden: www.cvce.eu/de/obj/ansprache_von_charles_de_gaulle_bonn_4_september_1962-de-cf245568-28c1-4fcc-b50f-24627704c53f.html [20.4.2020].

[22] Bundesgesetzblatt 1963, Teil 1, S. 705: „Gesetz zu der Gemeinsamen Erklärung und zu dem Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 26.6.1963“.

[23] Vgl. Report by Dean Acheson, Washington, 28.6.1961; history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v14/d49 [20.4.2020].

[24] U. S. Policy on Military Actions in a Berlin Conflict, 6.10.1961; https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/1961-10-20D.pdf [23.4.2020].

[25] John F. Kennedy, Rundfunk- und Fernsehrede an das amerikanische Volk zur Berlin-Krise, 25.7.1961; www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0141_ken&object=translation&st=&l=de [20.4.2020]; bereits in deutscher Sprache auf der Homepage.

[26] Vgl. Bild-Zeitung vom 16.8.1961: „Der Westen tut NICHTS! Präsident Kennedy schweigt..., MacMillan geht auf die Jagd... und Adenauer schimpft auf Willy Brandt“.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Lyndon B. Johnson und dem Luftbrücken-Helden Lucius D. Clay in West-Berlin, gelang es dann, das verlorene Vertrauen weitgehend wiederherzustellen. Die gefährliche Panzerkonfrontation am Checkpoint Charlie Ende Oktober 1961 zeigte zwar noch einmal, wie brenzlig die Lage in Berlin werden konnte, aber insgesamt bewirkte der Mauerbau eine relative Stabilisierung der DDR. Gleichzeitig beendete er die letzten Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Wiedervereinigung, die für die Kennedy-Administration allerdings auch weit geringere Priorität hatte als eine beginnende Entspannungspolitik mit der Sowjetunion.

Kennedys Besuch in der Bundesrepublik im Juni 1963 war die vielleicht größte öffentliche Feier der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Auch Kanzler Adenauer sonnte sich im Glanz des populären US-Präsidenten. Vor allem Kennedys berühmter Satz „Ich bin ein Berliner", mit dem er die Stadt erneut als weltweites Symbol der Freiheit heraushob und alle freiheitsliebenden Menschen zu Berlinern erklärte, ist in Erinnerung geblieben. Sein Besuch war auch eine persönliche Wiedergutmachung für die unmittelbare Enttäuschung nach dem Mauerbau zwei Jahre zuvor. Aber dass er sein Bekenntnis in einer weitgehend improvisierten Rede mit Hilfe der handschriftlich auf einer Karteikarte notierten Aussprachehilfe „Ish bin ein Bearleener" gleich zweimal auf Deutsch machte, hatte wohl auch mit der Charmeoffensive de Gaulles zu tun.[27] Kennedy gewann: Ihn wollten weit mehr Deutsche sehen als den französischen Präsidenten, und sein Satz schaffte es sogar in die Popkultur.

In seiner eigentlich als Hauptrede geplanten Ansprache in der Frankfurter Paulskirche pries Kennedy am 25. Juni 1963 die „Atlantische Partnerschaft", eine „Gesamtheit interdependenter Teile, die an Lasten und Entscheidungen gleichermaßen beteiligt und sowohl durch die Aufgaben der Verteidigung als auch durch die Werke des Friedens miteinander verknüpft sind".[28] Amerikas nuklearer Schutzschirm werde weiterhin der ganzen westlichen Allianz dienen, versprach er. Doch auch wenn der US-Präsident mehr als ein Dutzendmal von Partnern oder Partnerschaft sprach: Weder waren die Amerikaner zu einem echten *Power Sharing* bereit, noch die deutschen und anderen Verbündeten zu einem echten *Burden Sharing*.

Ein Streit mit Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson über ein ganz spezielles *Burden Sharing* sollte dann ausgerechnet einem der führenden deutschen Atlantiker zum Verhängnis werden. Dabei ging es um die Beteiligung an den Kosten für die auf deutschem Boden stationierten US-Truppen, vor allem auch in Form von Rüstungskäufen in entsprechender Höhe in den USA. Wiederholt war die Bundesrepublik bei diesem Devisenausgleichsabkommen im Verzug. Die US-Seite drohte sogar damit, die Truppenstärke zu reduzieren. Bei einem Besuch im Weißen Haus

[27] Ein farbiger Scan der Karteikarte findet sich hier: www.dhm.de/archiv/ausstellungen/kennedy/exhibition/212.htm [20.4.2020].

[28] Rede von Präsident John F. Kennedy in der Frankfurter Paulskirche, 25.6.1963; www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=821d843b-ab16-4123-32da-0e81f29867cb&groupId=252038 [20.4.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ende September 1966 warf Johnson Adenauers Nachfolger Wortbruch vor. Trotz massiver innenpolitischer Kritik setzte Ludwig Erhard schließlich einen Nachtragshaushalt durch. Der massive Vertrauensverlust in den eigenen Reihen und beim Koalitionspartner, der Freien Demokratischen Partei (FDP), führte schließlich am 30. November 1966 zu Erhards Rücktritt.[29] Im Sommer 1964 hatte Johnson gegenüber engen Beratern den Umgang mit den Deutschen beschrieben: „Man muss ihnen immer wieder den Kopf tätscheln und ihnen ab und zu in die Eier treten."[30] Erhard hatte in seiner kurzen Amtszeit beides erlebt.

Bei der deutschen Variante der Entspannungspolitik sah es zunächst besser aus. Kennedy, der in einer bedeutenden Grundsatzrede am 10. Juni 1963 die Logik des Kalten Kriegs in Frage gestellt hatte, gab Brandt und seinem engsten Berater Egon Bahr in Berlin persönlich grünes Licht für ihre geplante Initiative. Wenige Wochen später, am 15. Juli 1963, stellte Bahr in der Evangelischen Akademie in Tutzing das Konzept „Wandel durch Annäherung" zur Diskussion.[31]

Mit dem Harmel-Bericht bewegte sich auch die NATO ab Ende 1967 in diese Richtung. Entspannungspolitik wurde neben der Abschreckungs- und Eindämmungspolitik zum zweiten Pfeiler der Allianz und bedurfte keiner kollektiven Genehmigung.[32] Das bedeutete jedoch nicht, dass der Bundesrepublik nun Alleingänge erlaubt wurden, wie US-Verteidigungsminister Robert McNamara im September 1966 besonders bezüglich eines möglichen Abkommens mit der Sowjetunion betonte.[33]

Letzteres befürchtete Johnsons Nachfolger Richard Nixon zusammen mit seinem nationalen Sicherheitsberater und späteren Außenminister Henry Kissinger. Willy Brandt hatte als Außenminister in der von Kurt Georg Kiesinger geführten Großen Koalition erste Akzente einer künftigen neuen Ostpolitik gesetzt und zielte seit 1969 als Bundeskanzler in einer Koalition mit der von Walter Scheel geführten FDP auf eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen und zur DDR. In einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats im Weißen Haus Mitte Oktober 1970 wurde offen Misstrauen geäußert. Die sozialliberale Regierungskoa-

[29] Vgl. Harald Rosenbach, Der Preis der Freiheit. Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über den Devisenausgleich (1961–1967), in: VfZ 46 (1998), S. 709–746.

[30] Zit. nach Richard N. Goodwin, Remembering America. A Voice from the Sixties, Boston 1988, S. 283.

[31] Vgl. Egon Bahr, „Wandel durch Annäherung". Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing, 15.7.1963; www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0091_bah&l=de [20.4.2020]. Werner Link hat in diesem Zusammenhang die notwendige Anpassung der Ostpolitik an die amerikanische Entspannungspolitik betont: Détente auf deutsch und Anpassung an Amerika. Die Bonner Ostpolitik, in: Detlef Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. 2: 1968–1990, Stuttgart/München 2001, S. 56–65.

[32] Vgl. The Future Tasks of the Alliance („The Harmel Report"), 13.–14.12.1967; www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_26700.htm [20.4.2020].

[33] Vgl. Robert McNamara, Memorandum for the President, NATO Strategy and Force Structure, 21.9.1966; assets.documentcloud.org/documents/5448704/Document-15-Secretary-of-Defense-Robert-McNamara.pdf [23.4.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lition, so der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik Kenneth Rush in bewusster Verkennung der Fakten, „besteht aus Menschen aus dem Osten, die den Blick nach Osten richten. Es bedarf energischer Anstrengungen auf unserer Seite, um sie im westlichen Lager zu halten." Kissinger beschrieb die begrenzten amerikanischen Möglichkeiten: „Wir könnten uns der Politik widersetzen und Brandt stürzen." Darauf arbeiteten tatsächlich prominente Unionspolitiker hin, aber das galt als eine zu weitgehende Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Bündnispartners. Die USA standen vor einem Dilemma: „Wir können es uns nicht leisten, gegen Brandt vorzugehen, aber wir können seine Politik auch nicht zu sehr unterstützen."[34] Die Sorge vor einem eigenständigen dritten Weg war aber nicht nur angesichts der begrenzten Souveränität der Bundesrepublik völlig unbegründet. So etwas wurde in Bonn nicht erwogen, aber man wolle „‚gleicher' als zuvor" agieren, so Brandt.[35]

Erst durch die erfolgreiche Verlinkung von Ostpolitik und Viermächteabkommen über Berlin mit der amerikanischen Entspannungspolitik gegenüber den beiden kommunistischen Großmächten China und der Sowjetunion war man wieder weitgehend im deutsch-amerikanischen Gleichklang und kooperierte in enger, oft geheimer Abstimmung. Die Ostverträge wurden ebenso wie das Viermächteabkommen ratifiziert, und das ermöglichte schließlich auch die gegenseitige Anerkennung der beiden deutschen Staaten und ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen im Jahr 1973. Doch nun wuchsen in der alten Welt die Sorgen über die bilaterale amerikanische Entspannungspolitik mit der Sowjetunion.

V. „Sonne statt Reagan"

„Während die Entspannungspolitik für Bonn teilbar erschien, ja aus Gründen der politischen Klugheit teilbar sein musste, hatten die Sicherheitspolitik und die Abschreckung der sowjetischen Militärmacht unteilbar zu sein", so Gottfried Niedhart.[36] Aber auf beiden Feldern gab es Konflikte mit den USA. Wieder kamen persönliche Spannungen hinzu. Der „Weltpolitiker" Helmut Schmidt, für den die Bundesrepublik zumindest wirtschaftlich zur „zweiten Weltmacht des Westens" aufgestiegen war, äußerte sich immer wieder abfällig über den außenpolitisch unerfahrenen US-Präsidenten Jimmy Carter. „Dumm und nervös" agiere dieser, so der Kanzler im Frühjahr 1980.[37] Besonders besorgt war Schmidt über die politische und militärische Balance in Europa, die er unter anderem durch die Verträge über die Begrenzung strategischer Atomwaffen zwischen den beiden Großmächten gefährdet sah. Er fürchtete, dass die USA für bilaterale Verträge mit den Kremlführern

[34] Memorandum of Conversation, Washington, 14.10.1970; history.state.gov/historical documents/frus1969-76v40/d126 [20.4.2020].
[35] Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 189.
[36] Gottfried Niedhardt, Der alte Freund und der neue Partner. Die Bundesrepublik und die Supermächte, in: Junker (Hrsg.), USA und Deutschland, Bd. 2, S. 46–55, hier S. 53.
[37] Zit. nach Der Spiegel vom 19.11.2005: „Chaotisch und dumm".

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

deutsche Sicherheitsinteressen opfern könnten.[38] Durch die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa, so sein Kalkül, würde sich nicht nur das Gleichgewicht des Schreckens wieder einstellen, sondern so könnten die Vereinigten Staaten auch wieder glaubwürdig in die europäische Sicherheitsarchitektur eingebunden werden. Nur mit Mühe gelang es, die zunächst zögerliche US-Regierung davon zu überzeugen. Der im Dezember 1979 verabschiedete NATO-Doppelbeschluss enthielt ein Verhandlungsangebot an die Sowjetunion, ihre eigenen Mittelstreckenraketen abzubauen, um so neue Atomwaffen im Westen zu verhindern.[39]

Die geplante Stationierung von neuen US-Atomraketen in Westeuropa löste massive Proteste aus. Und obgleich die Initiative für die sogenannte Nachrüstung von den Europäern ausgegangen war und die Debatte darüber auch Schmidts SPD spaltete, richtete sich die Kritik besonders gegen die Vereinigten Staaten. Mehr als vier Millionen Deutsche unterschrieben den Krefelder Appell, der sich gegen die Nachrüstung und „eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA" aussprach.[40] Deren Ansehen hatte in einer breiteren deutschen Öffentlichkeit bereits durch den Vietnamkrieg gelitten. Aufgrund seiner scharfen antikommunistischen Rhetorik und der von ihm betriebenen massiven Aufrüstungspolitik befürchteten Teile der westeuropäischen Öffentlichkeit, dass die seit Anfang 1981 von Ronald Reagan geführten USA nicht nur das von Schmidt behauptete Ungleichgewicht beseitigen wollten, sondern einen gefährlichen Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion steuerten. Der berühmte Künstler Joseph Beuys verlieh seiner Abneigung für das „Knitterface" im Weißen Haus in für ihn ungewohnter Kunstform Ausdruck: Mit befreundeten deutschen Rock- und Popmusikern produzierte er den Song „Sonne statt Reagan".[41] Es war dann ausgerechnet Reagan, der gemeinsam mit dem reformorientierten Sowjetführer Michail Gorbatschow im Dezember 1987 in Washington den Vertrag über *Intermediate Range Nuclear Forces* unterzeichnete, der auch den Abbau der in Westeuropa stationierten Mittelstreckenraketen beinhaltete.

Dass es die USA waren, die den deutschlandpolitischen Spielraum der Bundesrepublik in ähnlicher Weise mitbestimmten wie im Osten die Sowjetunion, erwies sich nach der Maueröffnung im November 1989 als Glücksfall. Präsident George W. Bush hatte bereits bei seinem Deutschlandbesuch im Sommer dieses Jahrs die Deutschen als „Partner in einer Führungsrolle" bezeichnet.[42] Und er unterstützte

[38] Vgl. Helmut Schmidt, The 1977 Alastair Buchan Memorial Lecture, in: Survival 20 (1978), S. 2–10.

[39] Vgl. Special Meeting of Foreign and Defence Ministers, Brüssel, 12.10.1979; www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_27040.htm?selectedLocale=en [20.4.2020].

[40] Erklärung des Krefelder Forums vom 15./16.11.1980; https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0023_kre&st=KREFELDER&l=de [20.4.2020].

[41] Ein Musikvideo von „Sonne statt Reagan" findet sich hier: www.youtube.com/watch?v=DQ1_ALxGbGk [20.4.2020].

[42] Rede von US-Präsident George Bush in Mainz, 31.5.1989; www.chronik-der-mauer.de/material/178891/rede-von-us-praesident-george-bush-in-mainz-31-mai-1989 [20.4.2020]; bereits in deutscher Sprache auf der Homepage.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

früher als andere eine mögliche Wiedervereinigung: „Ich teile nicht die Besorgnis, die einige europäische Länder bezüglich eines wiedervereinigten Deutschlands haben, denn ich halte Deutschlands Verpflichtung und Anerkennung der Bedeutung der Allianz für unerschütterlich", so Bush im Oktober 1989.[43]

Die NATO-Mitgliedschaft und die weitere Einbindung in den europäischen Einigungsprozess gehörten zu den Bedingungen für eine amerikanische Zustimmung. Helmut Kohl nutzte die Gunst der Stunde. Mit seinem am 28. November 1989 im Bundestag verkündeten „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas", das letztendlich auf die deutsche Einheit zielte, überraschte der Bundeskanzler auch die Alliierten der Bundesrepublik. Nur Bush hatte er zuvor ins Vertrauen gezogen. Der von den USA maßgeblich unterstützte Zwei-plus-Vier-Vertrag machte dann den Weg zu einem geeinten Deutschland mit voller Souveränität frei, bei weiterem Verzicht auf den Besitz von Massenvernichtungswaffen sowie der endgültigen Anerkennung der Ostgrenzen. Mit dieser Antwort auf die deutsche Frage und dem damit verbundenen Ende des Kalten Kriegs sollte das deutsch-amerikanische Verhältnis in eine neue Phase der Emanzipation und Normalisierung eintreten.

VI. Zwischen uneingeschränkter Solidarität und „Ich bin nicht überzeugt"

Das Ende des Kalten Kriegs brachte das Ende einer bipolaren Welt und stellte auch das Fundament in Frage, auf dem jahrzehntelang im Guten wie im Schlechten die deutsch-amerikanischen Beziehungen gebaut waren. Erneut waren die Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich. Während die USA zumindest kurzzeitig zu einer *Hyperpower* aufstiegen, war die Bundesrepublik lediglich eine wirtschaftliche, weiterhin eng in den europäischen Einigungsprozess eingebundene Großmacht. Das nun vereinte Deutschland baute wie viele der NATO-Verbündeten weiterhin auf die weit höheren Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten und deren größere Bereitschaft, das eigene Militär in internationalen Krisen einzusetzen. Die Bundesrepublik muss sich dafür von amerikanischer Seite den bis heute berechtigten Vorwurf eines unfairen *Burden Sharing* anhören. Doch die Gefahr eines Kriegs in und um das geteilte Deutschland bestand nun nicht mehr. Damit endete die jahrzehntelange Rolle der USA als Schutzmacht und die Notwendigkeit der doppelten Eindämmung. Und damit schwand auch die besondere Bedeutung Deutschlands für die USA. Das zeigte sich im weitgehenden Abzug der in der Bundesrepublik stationierten US-Truppen wie in der Schließung der Amerikahäuser. Der ehemalige Koordinator für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Außenministerium, Karsten Voigt, brachte es auf den Punkt: Deutschland sei weniger abhängig von den Vereinigten Staaten geworden, aber zugleich auch weniger wichtig für die USA.[44] Diesen Wandel und den Bedeutungsverlust mögen manche bedauern.

[43] Zit. nach New York Times vom 25.10.1989: „Excerpts From Interview With the President".
[44] Vgl. New York Times Magazine vom 2.5.2005: „The German Question".

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Aber die Relevanz beruhte vor allem darauf, dass das geteilte Deutschland einen der gefährlichsten Krisenherde im Kalten Krieg darstellte.

Nach 1990 begann eine Normalisierung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten; noch nicht ganz auf Augenhöhe, aber verbunden mit einer weit größeren, auch außenpolitischen Emanzipation der Bundesrepublik. Das zeigte sich besonders deutlich in der Diskussion um den Krieg gegen den Irak. Einen Tag nach den Anschlägen vom 11. September 2001 versprach Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung den USA „uneingeschränkte Solidarität". Die Bundesrepublik erklärte mit den anderen NATO-Staaten erstmals den Bündnisfall. Schröder stellte im Bundestag die Vertrauensfrage, um deutsche Soldaten im Rahmen des von den USA ausgerufenen Kriegs gegen den Terrorismus nach Afghanistan schicken zu können. In der Frage des Irakkriegs brach die rot-grüne Bundesregierung dann aber deutlich und öffentlich mit den USA. Kanzler Schröder machte explizit Wahlkampf mit seinem Nein zum Irakkrieg, was sein Verhältnis zu US-Präsident George W. Bush nachhaltig beschädigte. Am 8. Februar 2005 bot Außenminister Joschka Fischer dem amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bei der Münchner Sicherheitskonferenz offen die Stirn mit seinem emotionalen Zwischenruf: „Entschuldigen Sie, ich bin nicht überzeugt." Das war ebenfalls ein Tabubruch, wie auch die *New York Times* schrieb: „eine Unabhängigkeitserklärung von den Vereinigten Staaten, das Ende eines halben Jahrhunderts fast automatischer Erfüllung amerikanischer Wünsche".[45] Franz Eder sah in der Tatsache eines solchen Zerwürfnisses zurecht eine „(längst überfällige) Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen" und beschrieb die offenere Verfolgung eigener nationaler Interessen auf deutscher Seite. Mit seiner These, dass das Nein zum Irakkrieg auch auf einem „befürchteten Machtverlust" Deutschlands beim „Aufstieg zur Großmacht" beruht habe, ging er jedoch zu weit.[46]

VII. „Gewissheiten gelten nicht mehr"

Der deutsche Blick auf die USA ist sehr stark abhängig von der Bewertung und Beliebtheit des jeweiligen Manns im Weißen Haus, von seinem Stil und seiner Rhetorik; erst dann auch von seiner Politik. Beim Senator aus Illinois, der schon während des Wahlkampfs eine umjubelte Rede vor gut 200.000 Menschen an der Berliner Siegessäule hielt, war es Liebe auf den ersten Blick. Nach der Wahl von Barack Obama zum Präsidenten am 4. November 2008 stieg fast über Nacht die Beliebtheit der Vereinigten Staaten von 31 auf 64 Prozent. Der extrem populäre Politiker startete in Deutschland mit einer Zustimmungsrate von über 90 Prozent. *Der Spiegel* zeigte ihn auf den Titelseiten als „Superstar", mit „Messias-Faktor" und als „Weltpräsident". Acht Jahre später, bei der Wahl seines Nachfolgers Donald Trump, war es genau das Gegenteil. Wieder hatte nur noch ein Drittel der Deut-

[45] Zit. nach ebenda.

[46] Franz Eder, Deutschlands Aufstieg zur Großmacht und die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 9/11, in: Volker Benkert (Hrsg.), Feinde, Freunde, Fremde? Deutsche Perspektiven auf die USA, Baden-Baden 2018, S. 275–293, hier S. 276 und S. 287.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schen eine positive Sicht auf die USA, und der neue Präsident bekam gerade noch elf Prozent Zustimmung. *Der Spiegel* zeigte Trump als wahnsinnigen „Hetzer", als Gefahr für den Erdball, die Freiheitsstatue köpfend und mit dem rassistischen Ku-Klux-Klan sympathisierend.[47]

Doch auch bezüglich Obama schwand die anfangs blinde Verliebtheit. Die „Normalisierung" der Beziehungen ging weiter. Dazu gehörte eine in Westeuropa mit Sorge betrachtete stärkere Abwendung von den transatlantischen Beziehungen hin zu denen im Pazifik. Handelskonflikte und die Aufdeckung flächendeckender NSA-Abhöraktionen, die selbst vor dem Handy von Kanzlerin Angela Merkel nicht Halt machten, führten zu einer gewissen Ernüchterung. „Schade," so der Titel einer *Spiegel*-Geschichte im Juni 2012, diesmal über „Obamas missglückte Präsidentschaft".[48]

Doch bei aller unvermeidbaren Enttäuschung: Merkel und Obama hatten mehr als nur eine pragmatische Arbeitsbasis gefunden. Zum Ende seiner Amtszeit besuchte der Präsident die Kanzlerin noch einmal. „Sie war seine engste Partnerin in einer Welt mit wenig Freunden", so Ben Rhodes, der Obama acht Jahre als stellvertretender Sicherheitsberater gedient hatte. Beim Abschied habe sich eine Träne in Merkels Augen gezeigt, „was noch keiner von uns je gesehen hatte". Angela sei nun ganz auf sich alleine gestellt, so Obama.[49]

Der oftmals zu nostalgische Blick zurück in die Obama-Jahre erklärt sich auch aus dem, was folgte. Den Deutschen war von Anfang an klar, dass Trump nicht ihr Freund werden würde, und sie fühlen sich durch seine konfrontative Rhetorik und seine *America First*-Politik, seine Infragestellung multilateraler Organisationen und von kollektiver Sicherheit – und damit explizit der NATO – bestätigt. Der Vertrauensverlust ist ebenso groß wie die Unsicherheit. Oder um mit Hans-Peter Schwarz zu sprechen: „The old certainties are past."[50] Der Historiker und Politologe aus Bonn schrieb diesen Satz im März 2003, also zu Beginn des Irakkriegs. Das Gefühl ist also nicht ganz neu in den deutschen-amerikanischen Beziehungen. Und selbst vor Trump und zum Teil auch in der Zeit von Obama haben die USA immer wieder unilaterale Lösungen bevorzugt, haben internationale Organisationen meist nur dann vorbehaltlos unterstützt, wenn dies in ihrem eigenen Interesse war. Aber auch unter Trump sind die USA weiterhin Mitglied der NATO, engagie-

[47] Vgl. Pew Research Center vom 1.10.2018: „Trump's International Ratings Remain Low, Especially Among Key Allies. Most Still Want U.S. as Top Global Power, but See China on the Rise"; www.pewresearch.org/global/2018/10/01/trumps-international-ratings-remain-low-especially-among-key-allies/ [20.4.2020]; Der Spiegel vom 11.2., 11.7. und 10.11.2008 (Obama) sowie vom 30.1. und 12.11.2016 bzw. 4.2. und 19.8.2017 (Trump).

[48] Vgl. Der Spiegel vom 11.6.2012: „Schade. Obamas missglückte Präsidentschaft".

[49] Ben Rhodes, Im Weißen Haus. Die Jahre mit Barack Obama, München 2019, S. 13 f.

[50] Das Zitat ist aus dem Postscript seines Ausblicks für die englische Ausgabe von „Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges": Hans-Peter Schwarz, America, Germany, and the Atlantic Community After the Cold War, in: Detlef Junker (Hrsg.), The United States and Germany in the Era of the Cold War, 1945–1990. A Handbook, Bd. 2: 1968–1990, Cambridge 2004, S. 535–565, hier S. 563.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ren sie sich weiterhin mehr als alle anderen Mitglieder, und auf vielen Gebieten läuft die alte Zusammenarbeit weitgehend ungestört weiter.

VIII. Schluss

Ohne Zweifel, die Bundesrepublik und die USA haben sich nach einer langen und nicht immer einfachen Beziehung voneinander entfremdet. Es wird sicherlich nie mehr so wie früher – und das ist auch gut so. *Make the German American Relations Great Again* wäre ein nostalgischer, aber nicht unbedingt wünschenswerter Blick zurück in die gute/schlechte alte Zeit des Kalten Kriegs. Ob die aktuellen Entwicklungen auch tiefgreifende langfristige Folgen für das deutsch-amerikanische Verhältnis haben werden oder – wahrscheinlicher – letztendlich nur Entwicklungen in einem Normalisierungsprozess beschleunigen, die bereits begonnen hatten, steht noch nicht fest. Eine aktuelle Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts *Pew Research Center* zeigt, dass die Bundesrepublik nur für wenig mehr als zehn Prozent der Amerikaner zu den zwei wichtigsten internationalen Partnerländern gehört. Für 42 Prozent der Deutschen liegen die USA hinter Frankreich immerhin auf Platz zwei. Gleichzeitig hielten in den letzten Jahren mehr als zwei Drittel der Amerikaner die gegenseitigen Beziehungen für gut, eine ähnlich hohe Zahl der Deutschen jedoch für schlecht. Kategorien wie nicht (mehr) so wichtig entsprechen dabei ja durchaus der offiziellen US-Politik, ebenso wie andersherum weiterhin sehr wichtig, aber (leider) auch schwierig.[51]

Trump – und die Republikanische Partei – mögen zu einem eher düsteren Ausblick verleiten. Die Bewertung der USA vor allem über ihre Präsidenten ist zwar problematisch, andererseits kann sich das Bild schnell wieder wandeln, wenn es einen neuen Amtsinhaber gibt, der den Deutschen genehmer ist; umso mehr, wenn die jeweiligen Personen an der Spitze auch ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis entwickeln. Der oftmals sehr negative Blick auf die USA entspringt jedoch nicht unbedingt einem tief verwurzelten Antiamerikanismus, sondern einem insgesamt sehr positiven Amerikabild und aus der Enttäuschung, dass die USA immer wieder an der Einlösung ihrer Ideale scheitern.

Auch wenn die Strahlkraft des gelobten Lands gerade auch bei jungen Menschen deutlich nachgelassen hat und sie das tretmühlenartige Beschwören der gemeinsamen Wertegemeinschaft nicht mehr hören können, so verfügt weiterhin keine andere Nation für die Deutschen über eine vergleichbare *Soft Power*. Das wird auf absehbare Zeit so bleiben. Dass die USA auf vielen Feldern eine internationale Führungsrolle nicht mehr wahrnehmen wollen oder können, wird je nach Thema bedauert (Umweltpolitik) oder gut geheißen (Interventionen). Die deutsche *Soft Power* wird eher begrüßt, die wirtschaftlich-finanzielle oft kritisiert, die militärische

[51] Vgl. Pew Research Center vom 9.2.2020: „Americans and Germans Differ in Their Views of Each Other and the World. Differences Especially Stark on Defense Spending and Security Issues"; www.pewresearch.org/global/2020/03/09/americans-and-germans-differ-in-their-views-of-each-other-and-the-world/ [20.4.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

für zu schwach befunden. Die Deutschen sind nach 1990 zwar keine Großmacht, aber doch wieder ein größerer Faktor der Weltpolitik geworden. Doch dass sie nicht bereit sind, die sich daraus ergebenden Verpflichtungen in größerem Maße zu akzeptieren, nicht zuletzt, weil der US-Faktor kleiner wird, wird wohl ebenfalls auf absehbare Zeit so bleiben.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Stormy-Annika Mildner

Ziemlich beste Freunde – meistens

Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen

I. Risse im Fundament

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen zeichnen sich durch ein starkes Fundament gemeinsamer Werte, Traditionen und Interessen aus. Auch wirtschaftlich sind die beiden Partner eng miteinander verflochten. Seit 2015 sind die Vereinigten Staaten wichtigster Absatzmarkt für deutsche Warenexporte. Deutsche und US-amerikanische Unternehmen gehören zu den wichtigsten ausländischen Investoren und Arbeitgebern im jeweils anderen Markt. Trotz dieser engen wirtschaftlichen Verflechtung sind die transatlantischen Beziehungen mit der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten in besonders schwieriges Fahrwasser geraten. Zugleich nimmt das Ansehen der USA in der deutschen Bevölkerung ab: Laut einer Meinungsumfrage des Forschungsinstituts Pew und der Körber-Stiftung vom Mai 2020 meinten 73 Prozent der Befragten, ihr Bild von den USA habe sich in der Coronazeit verschlechtert.[1] Hatten 2019 noch etwa doppelt so viele Deutsche der Beziehung ihres Lands zu den USA den Vorzug gegenüber China gegeben (50 Prozent gegenüber 24 Prozent), ist seither der Anteil derjenigen, die die Beziehung zu den USA für wichtiger halten, um 13 Prozentpunkte gesunken. China stieg dagegen im Kurs.

Deutschland genießt in der US-Bevölkerung ein deutlich größeres Ansehen, dennoch sind sich Amerikaner und Deutsche einig: Die USA und die Bundesrepublik sind füreinander nicht die wichtigsten außenpolitischen Partner. 44 Prozent der befragten Deutschen nannten Frankreich, nur zehn Prozent die USA. 26 Prozent der Amerikaner gaben Großbritannien als wichtigsten Partner ihres Lands an, während Deutschland mit sechs Prozent abgeschlagen auf dem vierten Platz landete.

Diese Entwicklung ist außergewöhnlich – und erklärungsbedürftig. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass die transatlantischen (Wirtschafts-)Beziehungen immer durch ein Auf und Ab geprägt waren. Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen sind eine historisch gewachsene Säule der deutsch-amerikanischen Partnerschaft; wirtschaftspolitische Konflikte gab es jedoch immer wieder. Der Marshallplan, die Förderung der europäischen Integration, die anfängliche Tolerierung der protektionistischen europäischen Agrarpolitik – all dies war Ausdruck

[1] Vgl. hierzu und zum Folgenden Pew Research Center, Amid Coronavirus Crisis, Americans and Germans See Changing World in Different Ways, 18.5.2020; www.pewresearch.org/fact-tank/2020/05/18/amid-coronavirus-crisis-americans-and-germans-see-changing-world-in-different-ways [28.5.2020], und Pew Research Center/Körber Stiftung, German Worldviews in Times of COVID-19; www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/the-berlin-pulse/pdf/2020/Koerber_TheBerlinPulse_Sonderausgabe_Grafikteil englisch.pdf [28.5.2020].

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0039

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einer wertebasierten und gleichzeitig interessensgeleiteten, pragmatischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Dasselbe gilt für die späteren Forderungen nach mehr Marktzugang und Lastenteilung. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen von 1945 bis heute. Dabei wird klar: Kassandrarufe sind genauso überzogen wie Hoffnungen auf eine konfliktfreie Partnerschaft auf Augenhöhe.

II. Nachkriegszeit: Wiederaufbau und Bollwerk gegen den Kommunismus

Der Wiederaufbau Europas, das westdeutsche „Wirtschaftswunder" und die europäische Integration – ohne die Unterstützung der USA wäre dies undenkbar gewesen. Unter amerikanischem Schutz und mit erheblicher finanzieller Unterstützung wurde die Bundesrepublik zu einem wichtigen Verbündeten und Wirtschaftspartner der Vereinigten Staaten sowie zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus. Mit den Wiederaufbauhilfen entfalteten die USA einen erheblichen Einfluss; Deutschlands sozial-liberale Marktwirtschaft trägt genauso deutlich die amerikanische Handschrift wie die demokratische Gesellschaftsordnung.[2]

Die USA waren als einziges Land mit einer prosperierenden und expandierenden Wirtschaft aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Mit einem gewaltigen Produktivitätsvorsprung stellten sie mehr als 60 Prozent der weltweiten Industriegüter her und besaßen zwei Drittel der globalen Goldreserven. Hatte der Anteil des Handels der USA am Gesamthandel der zehn wichtigsten Industrieländer 1928 und 1938 nur 28 Prozent beziehungsweise 26 Prozent ausgemacht, betrug er 1952 bereits 35 Prozent.[3] Die USA waren der wichtigste Anbieter von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Investitionsgütern auf den Weltmärkten. Die meisten Handelspartner der USA hatten erhebliche Zahlungsbilanzprobleme; auf den Märkten bestand eine gravierende Dollarlücke.[4]

Diese Vormachtstellung beeinflusste auch die Rolle der USA in der Weltwirtschaft. So übernahmen sie aktiv Verantwortung im Weltwirtschaftssystem und förderten den Aufbau eines liberalen, multilateralen Handelssystems, basierend auf dem Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung. Ein wichtiges Instrument war das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) von 1947; die Bundesrepublik unterzeichnete dieses Abkommen vier Jahre später.

Mit ihrer Handelsstrategie verfolgten die USA sowohl politische als auch wirtschaftliche Ziele; vor allem sollte eine Wiederholung der Fehler der Zwischen-

[2] Vgl. Susanne Hilger, Amerikanisierung der europäischen Wirtschaft nach 1880, in: Europäische Geschichte Online, 8.3.2012; ieg-ego.eu/de/threads/modelle-und-stereotypen/modell-amerika/susanne-hilger-amerikanisierung-der-europaeischen-wirtschaft-nach-1880 [28.5.2020].

[3] Vgl. Robert E. Baldwin, Trade Policy in a Changing World Economy, New York u. a. 1988, S. 22.

[4] Vgl. Christoph Buchheim, Die Bundesrepublik und die Überwindung der Dollar-Lücke, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 81–98.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kriegszeit vermieden werden. Engere globale Handelsbeziehungen sollten nicht nur den Wiederaufbau Europas unterstützen, sondern auch zu einer größeren internationalen Stabilität führen, um Kriege und Weltwirtschaftskrisen zu verhindern. Die wirtschaftliche Verflechtung sollte zudem ein Bollwerk gegen den Kommunismus bilden. Schließlich sollten durch den Wiederaufbau Europas und die Wiederherstellung von Kaufkraft Absatzmärkte für US-Waren geschaffen werden.

Die Weltwirtschaftskrise war tief in das kollektive Gedächtnis der USA eingebrannt; die US-Industrieproduktion war seinerzeit um fast 40 Prozent,[5] das Bruttosozialprodukt um 30 Prozent gefallen.[6] 1933 war circa ein Viertel der erwerbsfähigen Amerikaner arbeitslos.[7] Der *Smoot-Hawley Tariff Act* von 1930 hatte die durchschnittliche Zollbelastung auf über 50 Prozent angehoben; die Handelspartner der USA hatten mit Vergeltungszöllen geantwortet. In der Folge war der Anteil der US-Exporte an den Weltexporten von 16 auf elf Prozent gefallen.[8] Statt auf Protektionismus setzten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg auf Marktöffnung und eine liberale, multilaterale Handelsordnung. Möglich wurde die Liberalisierungspolitik durch den 1934 verabschiedeten *Reciprocal Trade Agreements Act*, der den Präsidenten befugte, in bilateralen Verhandlungen auf Basis der Reziprozität die Zölle um bis zu 50 Prozent zu senken, ohne diese Abkommen dem Kongress zur Ratifizierung vorlegen zu müssen.

Nach den Restriktionen der ersten Nachkriegsjahre vollzog sich 1947 ein deutlicher Wandel in der Deutschlandpolitik der USA. Das 12,4 Milliarden Dollar schwere *European Recovery Program* wurde zur Grundlage des Wiederaufbaus in Westeuropa. „Weniger Nächstenliebe als Einsicht in ökonomische Notwendigkeiten und in eine langfristige politische und wirtschaftliche Strategie" hatten zu diesem Kurswechsel geführt.[9] Für die Abwicklung des Programms war die amerikanische *Economic Cooperation Administration* zuständig. Zudem wurde 1948 die *Organisation for European Economic Co-operation* (OEEC) gegründet. Sie sollte den Wiederaufbau koordinieren, Produktion und Vollbeschäftigung fördern sowie den

[5] Vgl. Barry Eichengreen, Vom Goldstandard zum EURO. Die Geschichte des internationalen Währungssystems, Berlin 2000, S. 106; Peter Temin, The Great Depression, in: Stanley L. Engerman/Robert E. Gallman (Hrsg.), The Cambridge Economic History of the United States, Bd. 3: The Twentieth Century, Cambridge 2000, S. 301–328, hier S. 301–303, und Charles P. Kindleberger, The World in Depression 1929–39, Berkley/Los Angeles/London 1986.

[6] Vgl. Temin, Great Depression, in: Engerman/Gallman (Hrsg.), Cambridge Economic History, Bd. 3, S. 301, und Douglas Fitzgerald Dowd, The Twisted Dream. Capitalist Development in the United States Since 1776, Cambridge ^{2}1977, S. 103.

[7] Vgl. Detlef Junker, Weltwirtschaftskrise, New Deal und Zweiter Weltkrieg, 1929–1945, in: Willi Paul Adams u. a. (Hrsg.), Länderbericht USA, Bd. 2: Außenpolitik, Gesellschaft, Kultur, Religion, Erziehung, 2., aktualisierte und ergänzte Aufl., Bonn 1992, S. 164–185, hier S. 167.

[8] Vgl. Georg Koopmann, Außenwirtschaft und Außenwirtschaftspolitik der USA, Hamburg 1991, S. 34, und I. M. Destler, American Trade Politics, Washington/New York 1995, S. 12 f. und S. 31.

[9] Wolfgang Benz, Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949, in: Informationen zur Politischen Bildung 259/2005; www.bpb.de/izpb/10077/wirtschaftsentwicklung-von-1945-bis-1949?p=al [28.5.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

(schrittweisen) Abbau innereuropäischer Handelsschranken vorantreiben. Die Bundesrepublik, die der OEEC 1949 beitrat, profitierte 1953 auch vom massiven Schuldenerlass durch das Londoner Schuldenabkommen; vor allem die USA verzichteten großzügig auf Rückzahlungen.

Dagegen belastete in der ersten Hälfte der 1950er Jahre die Frage der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen das bilaterale Verhältnis. Für die Bundesrepublik war der Osthandel – auch wenn er nur einen Bruchteil des westeuropäischen Außenhandels ausmachte – traditionell von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Westeuropa bezog wichtige Rohstoffe aus den östlichen Nachbarländern, allen voran Getreide, Holz, Kohle sowie bestimmte Metalle und Mineralien.[10] Die USA hatten hingegen im Frühjahr 1948 Exportbeschränkungen für den amerikanischen Osthandel eingeführt. Das Konfliktpotenzial blieb allerdings begrenzt und trat hinter die gemeinsamen Interessen zurück. Zudem verlor der Interessenskonflikt mit der Lockerung der westlichen Embargopolitik an Sprengkraft, wenngleich es bis heute immer wieder Spannungen deswegen gibt.[11]

Mit dem Marshallplan übten die USA erheblichen Einfluss auf die Empfängerstaaten aus. In der Bundesrepublik spiegelte insbesondere die neue Wettbewerbspolitik die Synthese amerikanischer Einflüsse und deutscher Traditionen wider.[12] Während in den USA mehrere Wettbewerbsgesetze seit Ende des 19. Jahrhunderts monopolitische Marktstrukturen aufgebrochen hatten, war die deutsche Wirtschaft durch einen hohen Konzentrationsgrad geprägt. Dies sollte sich ändern: Die USA wollten nicht nur demokratische Strukturen in Deutschland aufbauen, auch die Wirtschaft sollte umstrukturiert werden. Washington wollte die westdeutsche Industrie nicht zerschlagen, doch sollten die Kartelle entflochten und die Wirtschaft sollte nach innen und außen geöffnet werden.[13]

Ludwig Erhard hatte mehr als nur ein offenes Ohr für diese Anliegen. Bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte er sich gegen Kartelle ausgesprochen. Er war zudem überzeugter Internationalist. Den Außenhandel sah er als unabdingbar für wirtschaftliche Prosperität und politische Stabilität an.[14] Erhard hatte allerdings auch mit erheblichem Gegenwind zu kämpfen. Die westdeutsche Industrieelite bevorzugte bilaterale Übereinkünfte; sie wollte das Land deutlich langsamer öffnen. Letztlich überwogen allerdings die Abhängigkeit von den USA und der Exporthunger der Bundesrepublik. Auch die Investitionstätigkeit von US-Unter-

[10] Vgl. Gunther Mai, Osthandel und Westintegration 1947–1957. Europa, die USA und die Entstehung einer hegemonialen Partnerschaft, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hrsg.), Marshallplan, S. 203–225.
[11] Vgl. Reinhard Neebe, Optionen westdeutscher Außenwirtschaftspolitik 1949–1953, in: Ebenda, S. 163–202.
[12] Vgl. Hilger, Amerikanisierung.
[13] Vgl. Volker Berghahn, Ludwig Erhard und die Amerikanisierung der westdeutschen Industrie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5–6/2008, S. 15–20.
[14] Vgl, Werner Bührer, Erzwungene oder freiwillige Liberalisierung? Die USA, die OEEC und die westdeutsche Außenhandelspolitik 1949–1952, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hrsg.), Marshallplan, S. 139–162, hier S. 139.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nehmen in Deutschland trug zur Amerikanisierung der westdeutschen Wirtschaft bei.[15]

Europa sollte „‚ohne fremde Hilfe auskommen' [...], aber nicht ‚autark' [...] werden [...]. Es durfte (vorübergehend) gegen amerikanische Waren diskriminieren, jedoch nicht zu einem geschlossenen Markt hinter Zollmauern werden".[16] Diese Europapläne der USA passten zu den Europaplänen von Bundeskanzler Konrad Adenauer. Zu den frühen europäischen Integrationsbemühungen gehörte die 1951 auf Initiative des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, mit der Belgien, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande ihre Schwerindustrie organisierten. Diese sechs Staaten errichteten 1957 mit den Römischen Verträgen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und vergemeinschafteten ihre Agrarpolitiken. Die EWG war nicht nur ein Wirtschafts-, sondern vor allem auch ein Friedensprojekt. Entsprechend waren die USA nicht nur bereit, eine gewisse Asymmetrie im Marktzugang zu tolerieren, sie unterstützten die Integrationsbemühungen der Europäer aktiv. Die politische Elite in den USA war sich einig: Der Krisenherd Europa lasse sich nur befrieden, würden die wirtschaftlichen Interdependenzen steigen und die Europäer Souveränität an neue, supranationale Institutionen abgeben. Die Europäer wiederum akzeptierten den amerikanischen Einfluss. Die interventionistische Agrarpolitik mit ihren hohen Subventionen und Zöllen sollte jedoch später immer wieder zu einem ernsten Konfliktpunkt in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen werden.

Um den Welthandel zu stützen, setzten sich die USA überdies für stabile Wechselkurse ein. 1944 wurden auf ihre Initiative das Bretton-Woods-System fester Wechselkurse ins Leben gerufen und der Internationale Währungsfonds (IWF) sowie die Weltbank gegründet. Stabile Wechselkurse sollten nach Kriegsende den Handel erleichtern. Aufgrund der Erfahrungen der Zwischenkriegszeit wollten sich die USA zudem größeren wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum sichern, um die heimische Wirtschaft auch im Krisenfall stabilisieren zu können. Entsprechend wurde die Kapitalfreiheit international eingeschränkt. Der an Gold gekoppelte Dollar fungierte als Ankerwährung. Die Bundesrepublik gehörte 1950 zu den 14 europäischen Ländern, die das Abkommen über die Gründung einer Europäischen Zahlungsunion unterzeichneten, welche die freie Konvertibilität aller beteiligten Währungen zum Ziel hatte. 1952 wurde sie Mitglied von IWF und Weltbank.

III. Normalisierung 1960 bis 1990: Europa als Partner und Konkurrent der USA

Mit den wachsenden Handelsbeziehungen und dem Aufstieg der Europäischen Gemeinschaft (EG) nahmen die transatlantischen Währungs- und Handelskon-

[15] Vgl. Volker Berghahn, Amerikanisierung der westdeutschen Wirtschaft, in: Ebenda, S. 227–256.

[16] Mai, Osthandel, in: Ebenda, hier S. 210.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

flikte spürbar zu. Die europäischen Staaten traten gegenüber Washington immer selbstbewusster auf und setzten eigene Akzente. Gleichzeitig änderte sich die Stellung der USA in der Weltwirtschaft. Zu wirklich ernsthaften Auseinandersetzungen kam es aber nicht. Beiden Seiten war klar, dass Handelskonflikte leicht auf andere Politikbereiche übergreifen könnten, und bis zum Fall der Berliner Mauer hatten die gemeinsamen Sicherheitsinteressen Priorität. Dennoch waren die USA immer weniger bereit, die wirtschaftlichen Nachteile widerspruchslos hinzunehmen. Insbesondere infolge der Ölkrisen, die die USA deutlich härter trafen als die EWG-Staaten, vollzog sich ein Wandel in der amerikanischen Handels- und Europapolitik.

Anfang der 1960er Jahre hatten sich die Länder Europas nicht nur vom Zweiten Weltkrieg erholt, sondern waren zu ernsthaften Konkurrenten aufgestiegen; die Vormachtstellung der USA begann zu schwinden. Der Handelsbilanzüberschuss der USA nahm stetig ab: von 4,89 Milliarden Dollar 1960 auf nur noch 607 Millionen Dollar 1969.[17] Auch der überbewertete Dollar trug zur Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der US-Exporte bei. In den 1960er Jahren verfolgten die USA eine expansive Geldpolitik, die zusammen mit steigenden Militärausgaben und den Kosten für Präsident Lyndon B. Johnsons Sozialprogramme zu einem Abwertungsdruck auf den Dollar führten.

Der im System fester Wechselkurse festgelegte Außenwert des Dollars spiegelte somit nicht mehr seinen realen Wert wider. Der Dollar wurde jedoch nicht abgewertet, da man befürchtete, dies könne das gesamte System destabilisieren. Stattdessen forderten die USA Solidarität von den europäischen Bündnispartnern: Sie sollten Dollar ankaufen und so seinen Außenwert festigen. Die Bundesregierung wollte keine Aufwertung der D-Mark, um die Exportwirtschaft nicht zu belasten, verschloss sich aber auch nicht den Wünschen der USA. Zwischen 1961 und 1975 unterzeichnete sie mehrere Devisenausgleichsabkommen, kaufte US-Staatspapiere, verpflichtete sich, die eigenen Dollarbestände nicht zur Konvertierung gegen Gold vorzulegen und kaufte Dollar weiterhin zum festgelegten Wechselkurs.[18]

Die USA setzten zwar auch in den 1960er Jahren weiterhin auf multilaterale Liberalisierung unter dem GATT. Aufgrund des steigenden Drucks auf die US-Exportwirtschaft erließ Washington jedoch eine Reihe neuer Handelsgesetze wie den *Trade Expansion Act* von 1962. Diese sollten nicht nur helfen, ausländische Märkte zu öffnen, sondern auch der Regierung mehr Schutzmöglichkeiten eröffnen. Beispielsweise erlaubt Abschnitt 232 des Handelsgesetzes von 1962 die Erhebung von Zöllen, wenn ausländische Waren die nationale Sicherheit der USA bedrohen.[19]

[17] Vgl. U.S. Census Bureau, U.S. Trade Balance, Foreign Trade Divsion; www.census.gov/foreign-trade/statistics/historical/gands.pdf [28.5.2020].

[18] Vgl. Cornelia B. Rieß/Heinrich Bortfeldt, Die deutsch-amerikanischen Beziehungen der Nachkriegszeit (1945–1993), Melle 1994.

[19] Vgl. Koopmann, Außenwirtschaft, S. 47; Baldwin, Trade Policy, S. 26, und Richard N. Cooper, Foreign Economic Policy in the 1960s. An Enduring Legacy, in: George L. Perry/James

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die geopolitische Bedeutung des Projekts Europa blieb derweil unumstritten. Durch den Abbau innereuropäischer Handelsschranken entstand ein immer größerer Markt mit wachsender Kaufkraft, der auch für amerikanische Investoren von großem Interesse war. Dennoch wurde die Haltung der USA spürbar ambivalenter. Gerade die protektionistische Agrarpolitik der EWG, die den Marktzugang für die USA deutlich einschränkte, gleichzeitig jedoch dafür sorgte, dass europäische Exporte immer mehr auf die Weltmärkt drängten, war den USA ein Dorn im Auge.[20] Zu weiteren Konflikten führte der wachsende Einfluss der EWG in Afrika, in der Karibik und im pazifischen Raum. In Präferenzabkommen gewährte sie einer wachsenden Zahl von Staaten bevorzugten Marktzugang, was dem Meistbegünstigungsgrundsatz des GATT widersprach.

Anfang der 1970er Jahre nahm der Produktivitätsvorsprung der USA weiter ab; das globale wirtschaftliche Kräfteverhältnis begann sich deutlicher zu verschieben. Das US-Wirtschaftswachstum war vergleichsweise niedrig; die Arbeitslosenrate stieg von 3,4 Prozent 1969 auf sechs Prozent 1972 und 8,5 Prozent 1976. Die Inflation blieb auf einem für die Nachkriegsjahre ungewöhnlich hohen Niveau: 1973 betrug sie 6,2 Prozent.[21] Ursachen dafür waren einerseits die Ölschocks der 1970er Jahre; allein durch die zweite Ölkrise verdreifachte sich der Ölpreis, worauf die Inflation sprunghaft anstieg.[22] Andererseits trug die expansive US-amerikanische Wirtschaftspolitik erheblich zu stetig steigenden Preisen bei. Der Staatshaushalt wurde zudem durch die amerikanischen Militärausgaben im Ausland und umfangreiche Auslandshilfen stark strapaziert.

1971 hatten die USA erstmals seit 1893 wieder ein Defizit in der Handelsbilanz zu verzeichnen. Auch die Aufkündigung des Systems fester Wechselkurse 1973 konnte diesen Trend nicht aufhalten. Ab 1976 war die Handelsbilanz kontinuierlich defizitär; 1978 betrug das Handelsbilanzdefizit 33,9 Milliarden Dollar,[23] wovon fast zwei Drittel aus dem Handel mit Japan stammten. Auch der Anteil der US-Exporte am weltweiten Handel nahm kontinuierlich ab: Hatte der US-Anteil an den Exporten von verarbeiteten Gütern der zehn wichtigsten Industrienationen 1960 noch 25,2 Prozent betragen, war er 1970 auf 20,5 Prozent und 1979 auf 18,3 Prozent gefallen.[24]

Tobin (Hrsg.), Economic Events, Ideas, and Policies. The 1960s and After, Washington 2000, S. 139–184, hier S. 149.

[20] Vgl. Die Rolle der USA im europäischen Einigungsprozess bis zum Ende des Ost-West-Konflikts, Bundestag, Fachbereich XI Geschichte, Zeitgeschichte und Politik, 25.10.2005; www.bundestag.de/resource/blob/405414/da50102681ddd8dbb028377dfb134733/WD-1-137-05-pdf-data.pdf [28.5.2020].

[21] Vgl. Gary M. Walton/Hugh Rockoff, History of the American Economy, New York u. a. 1990, S. 547 f., und John M. Peterson/Ralph Gray, Economic Development of the United States, London u. a. 1974, S. 456.

[22] Vgl. Anthony S. Campagna, The Economy of the Reagan Years. The Economic Consequences of the Reagan Administrations, Westport/London 1994, S. 12.

[23] Vgl. U.S. Census Bureau, U.S. Trade in Goods and Services; www.census.gov/foreign-trade/Press-Release/current_press_release/index.html [28.5.2020].

[24] Vgl. Baldwin, Trade Policy, S. 36.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In den USA wuchs immer mehr das Gefühl, unfairen Handelsbeziehungen ausgesetzt zu sein: Die westlichen Handelspartner schienen von der Offenheit des US-Markts zu profitieren, ohne selbst ernsthafte Zugeständnisse zu machen. In der Folge vollzog sich ein Wandel in der US-Politik vom freien zum fairen Handel, und die USA begannen, neben dem multilateralen Liberalisierungspfad zunehmend unilaterale und regionale Ansätze zu verfolgen.[25] Ausdruck dieses Paradigmenwechsels war das Handelsgesetz von 1974. Laut Sektion 301 (Verletzung von Handelsabkommen oder -regeln) sollte der Präsident alle möglichen Schritte einleiten, um unfaire Importbeschränkungen anderer Länder abzubauen. Um die eigenen Ausfuhren zu steigern, wurden steuer- und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen ergriffen. Ein Beispiel für Steuererleichterungen und Abschreibungsmöglichkeiten waren die *Domestic International Sales Corporations*, also Firmen, denen ein Teil der Exporteinkünfte überschrieben wurde, die dann nicht der Einkommenssteuer unterlagen. Die Einkommen blieben so lange steuerfrei, wie sie nicht an die Muttergesellschaft ausgeschüttet wurden. Dieses Instrument avancierte in den transatlantischen Handelsbeziehungen zu einem ständigen Stein des Anstoßes.

Auch die Währungsbeziehungen waren nicht konfliktfrei. Trotz aller Stützungsversuche war der Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse Anfang der 1970er Jahre unausweichlich. Präsident Richard Nixon kündigte 1971 zunächst die Gold-Dollar-Konvertibilität auf. Zudem wurde eine größere Schwankungsbreite für Wechselkursschwankungen vereinbart. Da dies den Vorstellungen der Europäer widersprach, verständigten sich die EWG-Staaten 1972 auf engere Bandbreiten, die sogenannte Währungsschlange. Bei größeren Schwankungen sollte am Devisenmarkt interveniert werden. Nachdem das Bretton-Woods-System 1973 endgültig gescheitert war, ließen die EWG-Staaten ihre Währungen in der Schlange gegenüber dem Dollar frei schwanken. Die „Währungsschlange" war allerdings nicht von Erfolg gekrönt; daher gründeten die EWG-Länder seit 1978/79 ihre währungspolitische Zusammenarbeit auf das Europäische Währungssystem, bestehend aus einem Wechselkursmechanismus und der Rechnungswährung ECU.[26]

In den 1980er Jahren verloren die USA weiter an Boden. Ihr Anteil am Welthandel fiel von 15 Prozent 1960 auf 14,4 Prozent 1970 und 12,4 Prozent 1980. Dagegen waren die Anteile Japans und Westeuropas im gleichen Zeitraum von 1,4 auf 6,5 Prozent beziehungsweise von 33 auf 40 Prozent gestiegen.[27] Im Haushaltsjahr

[25] Vgl. Andreas Falke, Handelspolitik, in: Herbert Dittgen/Michael Minkenberg (Hrsg.), Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Paderborn u. a. 1996, S. 319–349, hier S. 320.

[26] Vgl. Klaus Zapka, Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Grundlagen und Entwicklung (Dossier Finanzmärkte der Bundeszentrale für politische Bildung) vom 20.1.2012; www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/55810/europaeische-waehrungsunion?p=all [28.5.2020], und Carsten Hefeker, Die Europäische Währungsintegration nach dem Zweiten Weltkrieg. Politik, Ideologie oder Interessen? Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv Discussion Paper 347, 2006; ideas.repec.org/p/zbw/hwwadp/347.html [28.5.2020].

[27] Vgl. Destler, American Trade Politics, S. 48.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1987 erreichte das Defizit im Warenhandel ein Rekordhoch mit 159,6 Milliarden Dollar.[28]

Neben strukturellen Problemen führte ein ungünstiges makroökonomisches Umfeld zur Verschlechterung der Wettbewerbsposition der USA. Insbesondere der überbewertete Dollar setzte der Exportwirtschaft Anfang der 1980er Jahre zu. Gleichzeitig wurden die USA von einem Gläubiger- zu einem Schuldnerland. Aufgrund der expansiven Fiskalpolitik Ronald Reagans stieg das Haushaltsdefizit der USA, das zusammen mit den hohen Zinsen wiederum hohe Kapitalimporte und eine Aufwertung des Dollars zur Folge hatte. Mussten in der DM–Dollar–Relation 1980 im Jahresdurchschnitt noch 1,82 DM für einen Dollar bezahlt werden, lag der Preis 1985 pro Dollar bei 2,94 DM.[29] 1985 einigten sich die Bundesrepublik, Japan, Frankreich, England und die USA im sogenannten *Plaza Agreement*, den Dollar ab- beziehungsweise die anderen Währungen aufzuwerten. Durch konzertierte und kontrollierte Devisenkurstransaktionen fiel der Preis für einen Dollar von 2,94 DM im Jahr 1985 auf 1,80 DM Ende 1987.[30]

Zudem beschleunigte sich der Wandel vom freien zum fairen Handel, und die USA gingen aggressiver gegen als unfair erachtete Methoden ausländischer Regierungen vor. Unter anderem verschärfte der „Super 301" des *Omnibus Trade and Competitiveness Act* von 1988 die Sanktionsmöglichkeiten der Sektion 301 des *Trade Act* von 1974 erheblich.[31] Zudem wandte sich Washington verstärkt dem Abschluss bilateraler und regionaler Handelsabkommen zu. Andererseits setzten sich die USA für den Beginn einer neuen Liberalisierungsrunde unter dem GATT ein, die Uruguay-Runde. Ganz oben auf der Agenda der USA stand die europäische Agrarpolitik. Die Verhandlungen wären fast an diesem Konflikt gescheitert. Es ist unter anderem den Bemühungen der Bundesrepublik zu verdanken, dass schließlich doch noch ein Kompromiss gefunden werden konnte.[32]

IV. Das Ende des Ost-West-Konflikts und die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verlor Deutschland seine besondere Rolle für die USA; zugleich gewannen wirtschaftliche Interessen für Washington ebenso an Bedeutung wie andere Weltregionen. Mehr Handelsstreitigkeiten waren die Folge.[33]

[28] Vgl. U.S. Census Bureau, U.S. Trade Balance, Foreign Trade Division; www.census.gov/foreign-trade/index.html [28.5.2020].

[29] Vgl. Andreas Falke, Auf dem Weg zu einer neuen Handelspolitik? Die USA und das Welthandelssystem, in: Matthias Dembinski/Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt, Baden Baden 1994, S. 265–305, hier S. 271.

[30] Vgl. Destler, American Trade Politics, S. 58–61.

[31] Vgl. Jagdish Bhagwati, Aggressive Unilateralism. An Overview, in: Ders./Hugh T. Patrick (Hrsg.), Aggressive Unilateralism. America's 301 Trade Policy and the World Trading System, Ann Arbor 1990, S. 1–45.

[32] Vgl. Rieß/Bortfeldt, Deutsch-amerikanische Beziehungen.

[33] Vgl. Ulf Gartzke, Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen. Ein Pfeiler in der Krise? Arbeitspapier, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, 127/2004; www.kas.de/documents/

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die 1990er Jahre waren zunächst von großem Optimismus geprägt. 1993 begann in den USA eine Phase dauerhaften, weitgehend inflationsfreien Wachstums mit annähernder Vollbeschäftigung. Von 1993 bis 2000 wuchs die Wirtschaft jährlich um durchschnittlich 3,7 Prozent.[34] Außerdem wurde das Haushaltsdefizit systematisch abgebaut und schließlich ausgeglichen. 1998 verzeichneten die USA sogar einen Haushaltsüberschuss.[35] Der beachtliche Produktivitätsanstieg in den USA war teils auf die Revolution in der Informationstechnologie sowie in anderen High-Tech-Bereichen zurückzuführen, teils auf demografische Entwicklungen und die Erschließung neuer Märkte.[36]

Gleichzeitig verschlechterte sich die Handelsbilanz der USA weiter.[37] Besonders defizitär war der Handel mit China und der Europäischen Union (EU). Hatten die USA 1992 noch einen Überschuss von neun Milliarden Dollar im Handel mit der EU erwirtschaftet, stand 2003 ein Defizit von 93 Milliarden Dollar zu Buche. Der Ruf nach Schutz vor ausländischer Konkurrenz war daher trotz der guten wirtschaftlichen Lage ebenso wenig verstummt wie die Forderung nach faireren Bedingungen auf den Weltmärkten. Wie schon sein Vorgänger George Bush setzte sich auch Präsident Bill Clinton zum Ziel, ausländische Märkte zu öffnen. Im Mittelpunkt standen dabei der Abschluss der Uruguay-Runde des GATT und die Gründung der *World Trade Organization* (WTO) sowie das *North American Free Trade Agreement*. Ein transatlantisches Handelsabkommen stand zwar nicht auf der Agenda. Dennoch gab es zahlreiche Versuche, die transatlantische Wirtschaftsintegration voranzutreiben, wenngleich ohne durchschlagenden Erfolg. Der Schwerpunkt lag dabei auf Regulierungskooperation, die ihre Anfänge in der Transatlantischen Deklaration von 1990 hatte.

1995 schlug Bundesaußenminister Klaus Kinkel erfolglos eine *Trans-Atlantic Free Trade Area* (TAFTA) vor. Er scheiterte zwar mit dieser Idee, bereitete aber weiteren Initiativen den Weg, darunter die Neue Transatlantische Agenda, der *Transatlantic Business Dialogue* sowie mehrere Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Regulierungen. 1998 griff der damalige EU-Handelskommissar Leon Brittan die Idee für eine TAFTA auf – scheiterte aber ebenfalls. Beim gemeinsamen Gipfeltreffen 1998 verständigten sich die transatlantischen Partner auf die weit weniger ambitionierte *Transatlantic Economic Partnership* (TEP). Diese sah bilaterale Konsultationen zu regulativen Prozessen in den Bereichen Landwirtschaft, geistiges Eigentum, öffentliche Auftragsvergabe und Wettbewerbspolitik vor. Hintergrund waren mehrere handelspolitische Streitigkeiten zwischen der EU und den USA,

252038/253252/7_dokument_dok_pdf_4630_1.pdf/4f9d4532-d42a-5337-0162-c124bdcb559aversion=1.0&t=1539666800363 [28.5.2020].

[34] Vgl. Bureau of Economic Analysis, Gross Domestic Product. Third Quarter 2017; www.bea.gov/system/files/2018-02/gdp3q17_adv.pdf [28.5.2020].

[35] Vgl. Economic Report of the President, Government Finance, 2002; www.govinfo.gov/content/pkg/ERP-2002/pdf/ERP-2002.pdf [28.5.2020].

[36] Vgl. Martin Thunert, Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in den USA unter der Clinton-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/2000, S. 23–30.

[37] Vgl. U.S. Census Bureau, U.S. Trade Balance, Foreign Trade Division; www.census.gov/foreign-trade/data/index.html [28.5.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

beispielsweise um das Einfuhrverbot von US-amerikanischem Rindfleisch, das mit Einsatz von Wachstumshormonen produziert worden war. 1999 wurde im Rahmen der TEP ein Frühwarnsystem eingeführt. Damit wollten sich die EU und USA früher und besser über neue regulatorische Maßnahmen informieren. Die zahlreichen Handelsstreitigkeiten – beispielsweise über Subventionen in der Landwirtschaft und in der Flugzeugproduktion, über Zölle auf Stahl oder auch über Standards der Lebensmittelsicherheit – konnte das TEP-Frühwarnsystem jedoch nicht verhindern.

V. Zwei Schritte vorwärts, einer zurück: die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen nach 9/11

Das fast zehn Jahre währende Wachstum in den USA fand 2001 mit dem dramatischen Fall der Hochtechnologiewerte an den Aktienmärkten ein jähes Ende. Auch die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die hohen Ölpreise zu Beginn des neuen Jahrtausends dämpften die wirtschaftliche Entwicklung erheblich. Die Haushaltslage verschlechterte sich, auch wegen Präsident Georg W. Bushs Steuersenkungen sowie der hohen Staatsausgaben.[38] Das Handelsbilanzdefizit stieg weiter an; 2003 verzeichneten die USA die höchsten Defizite im Handel mit China, Japan, Kanada, Mexiko und Deutschland.[39]

Nach den Terroranschlägen vom 11. September spitzten sich die deutsch-amerikanischen Konflikte zu. In den USA wuchs das Ressentiment gegenüber Europa aufgrund der fehlenden Unterstützung im Irakkrieg; in Deutschland und Europa nahm der Antiamerikanismus (oder vielmehr der Anti-Bushismus) deutlich zu. Auch die Liste der transatlantischen Handelsstreitigkeiten war lang. Sie reichte von klassischen Konflikten in Sektoren wie Stahl, Landwirtschaft und der zivilen Luftfahrt bis hin zu neuen Problemen wie gentechnisch veränderte Nahrungsmittel (*Genetically Modified Organisms*, GMO).

Woher kommen diese Konflikte? An erster Stelle ist der hohe Grad der wirtschaftlichen Verflechtung zu nennen. Überdies geraten durch die fortschreitende Handelsliberalisierung einerseits traditionelle Sektoren verstärkt unter Wettbewerbsdruck, sodass die transatlantischen Partner immer wieder zu Schutzklauseln, Antidumping- oder auch Ausgleichszöllen greifen. Andererseits berührt die Handelsliberalisierung zunehmend regulative Bereiche wie Steuern, Pflanzen- und Tierschutz sowie den Verbraucher- und Gesundheitsschutz. Da hier unterschiedliche nationale Präferenzen und Rechtssysteme aufeinanderprallen, ist das Konfliktpotenzial besonders hoch. Dabei spielen die unterschiedlichen Regulierungssysteme und -philosophien eine erhebliche Rolle. Zentraler Streitpunkt war – und ist bis heute – das in Europa geltende Vorsorgeprinzip. Anders als in den USA berück-

[38] Vgl. Stephan Bierling, Die US-Wirtschaft unter George W. Bush, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2004, S. 33–39.

[39] Vgl. U.S. Census, U.S. Trade in Goods by Country; www.census.gov/foreign-trade/balance/index.html [28.5.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sichtigt die EU potenzielle Bedrohungen für Gesundheit und Umwelt stärker in ihrer Risikoanalyse.

Folgeproblem der schwer lösbaren und langwierigen Handelskonflikte war eine *Tit for Tat*-Dynamik: Nachdem beispielsweise die USA gegen die europäische Bananenmarktordnung und das Importverbot von hormonbehandeltem Fleisch vor der WTO klagten, legte die EU die amerikanischen Steuererleichterungen sowie die Schutzzölle auf Stahlimporte auf den Verhandlungstisch. Die USA antworteten mit einer Klage gegen die strengen Regeln der EU im Bereich der GMO.

Präsident Bush sah in der EU keinen bevorzugten Handelspartner mehr. Seine Handelspolitik hatte globalen Anspruch. In einem pragmatisch orientierten Prozess der *Competitive Liberalization* sollten Marktöffnungsverhandlungen gleichzeitig auf multilateraler, regionaler und bilateraler Ebene sowie mit Partnern aus unterschiedlichen Weltregionen geführt werden. Unterhielten die USA bis 2002 nur mit vier Ländern Freihandelsabkommen (Kanada, Israel, Mexiko und Jordanien), weitete sich der Kreis während der Bush-Administration rasch aus. Bush unterzeichnete elf Handelsabkommen, darunter mit den zentralamerikanischen Staaten und mit Südkorea. Dennoch versuchten die transatlantischen Partner, die politische Kooperation weiter voranzubringen. 2002 beschlossen sie auf einem Gipfeltreffen die *Positive Economic Agenda* (PEA). Weder sie noch die *Guidelines on Regulatory Cooperation and Transparency* konnten allerdings verhindern, dass es weiter zu Handelskonflikten kam.

2005 starteten EU und USA dann die *Initiative to Enhance Transatlantic Economic Integration and Growth*. Um die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zu stärken, sollte die Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Bereichen intensiviert werden. Auch dieser Initiative mangelte es jedoch an politischem Willen; Fortschritte wurden nur sehr langsam erzielt. 2007 wurde schließlich der *Transatlantic Economic Council* (TEC) ins Leben gerufen. Auf der Basis einer Rahmenvereinbarung sollte die Kooperation in den Bereichen geistiges Eigentum, Finanzmärkte, regulatorische Zusammenarbeit, Investitionen, sicherer Handel sowie Innovationen und Technologie intensiviert werden.[40] Aufgabe des hochrangig besetzten TEC war es, Ziele zur regulatorischen Zusammenarbeit zu definieren, Zeitpläne festzulegen und halbjährlich über die Umsetzungsergebnisse zu berichten. Der TEC fasste zwischen 2009 und 2011 einige wichtige Beschlüsse zur Durchführung der transatlantischen Rahmenvereinbarung, die Verhandlungen stießen jedoch rasch auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Harmonisierung oder zumindest gegenseitige Anerkennung abweichender Standards und Regulierungen ist technisch nicht nur hochkomplex, sondern vor allem auch politisch äußerst sensibel. Daneben stellt auch die Vielzahl der am Regulierungsprozess beteiligten Akteure ein Hindernis für die bilaterale Kooperation dar. Schließlich wäre der TEC fast am sogenannten Geflügelstreit gescheitert. In der EU gilt seit 1997 ein Verbot für den Import von mit Chlorwasser

[40] Vgl. Framework for Advancing Transatlantic Economic Integration Between the United States of America and the European Union, 30.4.2007; https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2007/04/20070430-4.html [16.7.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

desinfizierten Hühnerfleischs – eine weitverbreitete Praxis in den USA. Obwohl damit eher eine Marginalie im transatlantischen Handel thematisiert wird, stilisierte die Bush-Administration den Konflikt zum Lackmustest für das Funktionieren des TEC. Das Chlorhühnchen sollte wenige Jahre später auch eine zentrale Rolle in den Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP) spielen.

VI. Hoffnung und Enttäuschung: Transatlantische Handelsbeziehungen unter Barack Obama

Viele Deutsche setzten große Hoffnung in Präsident Obama. Einer Langzeitumfrage des *German Marshall Fund* von 2009 zufolge unterstützten 77 Prozent der Befragten in der EU und der Türkei Präsident Obamas Umgang mit internationalen Angelegenheiten, verglichen mit nur 19 Prozent, die 2008 die Außenpolitik von Präsident Bush befürwortet hatten. Besonders groß war die Unterstützung des amtierenden US-Präsidenten in Deutschland.[41] Obama hatte eine Reform des Gesundheitssystems, der Finanzmarktaufsicht und -regulierung sowie einen Richtungswechsel in der Klimapolitik angekündigt – damit konnten sich viele Deutsche identifizieren.

In den ersten Jahren der Obama-Präsidentschaft spielte Handelspolitik nur eine untergeordnete Rolle – die Regierung war mit dem Management der Finanz- und Wirtschaftskrise befasst. Obama setzte dabei auf internationale Kooperation. 2008 trafen erstmals die Staats- und Regierungschefs der G20 zusammen und stimmten ihre Konjunktur- und geldpolitischen Maßnahmen untereinander ab. Wenig später verständigten sie sich darauf, keine neuen protektionistischen Maßnahmen zu ergreifen. Obama investierte wenig Energie in die Doha-Entwicklungsrunde der WTO, aber er nutzte die multilaterale Organisation nach wie vor für Regelüberwachung und Streitschlichtung. Zudem unterstützte er die Verhandlungen für ein neues WTO-Abkommen zur Handelserleichterung, auf das sich die WTO-Mitglieder 2013 verständigten.

Die transatlantische Partnerschaft ruhte nach wie vor auf einem soliden Fundament weitgehend gemeinsamer wirtschaftspolitischer Interessen und Überzeugungen. Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise deckte jedoch auch viele Unterschiede auf. Washington kritisierte die Bundesregierung wiederholt für die aus ihrer Sicht zu zögerlichen Fiskalprogramme und für Merkels Weigerung, einen europäischen Fonds zur Rettung von Banken zu unterstützen. Die US-Forderung nach mehr Ausgaben stieß in Berlin auf wenig Sympathie, wo man sich – viel früher als in Washington – auf fiskalische Ausstiegsstrategien und Haushaltskonsolidierung konzentrierte. Während die Europäer von den USA forderten, ihr Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen, warfen die USA gerade Deutschland vor, den

[41] Vgl. Support for U.S. Leadership Skyrockets in Europe. 2009 Transatlantic Trends, 3.6.2010; www.gmfus.org/commentary/support-us-leadership-skyrockets-europe-2009-transatlantic-trends [28.5.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Aufschwung mit einer verfrühten Sparpolitik zu gefährden. Ebenso umstritten wie die Wachstumsstrategie war die Frage der globalen makroökonomischen Anpassungen. Der Vorschlag von US-Finanzminister Timothy Geithner, konkrete Ziele für Handelsbilanzüberschüsse und -defizite festzulegen, wurde von Bundeskanzlerin Merkel zurückgewiesen.[42] Dasselbe Schicksal erlitt der deutsch-französische Vorschlag einer globalen Finanztransaktionssteuer: „Eine Finanztransaktionssteuer ist nicht etwas, das wir zu unterstützen bereit sind", betonte US-Finanzminister Geithner.[43]

Deutschland ist ein wichtiger Motor in den transatlantischen Beziehungen. Daher ist es nicht ohne Bedeutung, wenn sich die Partner über Wachstumsmodelle und Handelsorientierung streiten. Im TEC gab es in dieser Zeit kaum Fortschritte. Barack Obamas Entscheidung, im Mai 2010 nicht am EU-US-Gipfel teilzunehmen, schürte die Sorge vor einer neuen transatlantischen Kluft.[44] Dies sollte sich als unbegründet erweisen. Als der US-Präsident Mitte Juni 2013 zu einem Arbeitsbesuch nach Berlin kam, betonte er in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor die Bedeutung der transatlantischen Bindung. Auch in der Pressekonferenz nach den Gesprächen mit Bundeskanzlerin Merkel unterstrich Obama, dass aus US-Perspektive „die Beziehung mit Europa weiterhin der Eckstein unserer Sicherheit und unserer Freiheit ist". Gleichzeitig forderte er von Deutschland und der EU, international mehr Verantwortung zu übernehmen.[45]

Im November 2011 setzte der TEC die *High Level Working Group on Jobs and Growth* ein, die im Februar 2013 die Empfehlung gab, eine umfassende Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zu verhandeln. Warum TTIP? Die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 bis 2011 hatte zu einem dramatischen Einbruch nicht nur des Wirtschaftswachstums, sondern auch der Wachstumsaussichten in der EU und den USA geführt. Die Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse weg von den alten Industriezentren hatte sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise beschleunigt. Hinzu kam, dass seit dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenz 2008 keine Fortschritte in der Doha-Runde zu verzeichnen waren. Zudem war infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise weltweit ein Trend zu mehr Protektionismus zu verzeichnen. Die EU fürchtete überdies, dass sich die USA weiter Asien zuwenden könnten. 2010 hatte Außenministerin Hillary Clinton den *Pivot to Asia* verkündet. Ebenfalls 2010 hatten sich die USA den Verhandlungen über die *Trans-Pacific Partnership* (TPP) angeschlossen. Mit TTIP wollten die transatlantischen Partner Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen. Das

[42] Vgl. Washington Times vom 11.11.2010: „Germany Rebuffs Obama on Trade Gap".
[43] Bloomberg vom 8.11.2009: „Brown Split on Tobin Tax at G-20 Meeting".
[44] Vgl. Stormy-Annika Mildner/Daniela Schwarzer, Narcissism of Minor Differences or Major Economic Rifts? The Political Economy of (Post) Financial Crisis Management in the United States and the European Union, 4.4.2012; www.gmfus.org/publications/narcissism-minor-differences-or-major-economic-rifts-political-economy-post-financial [2.6.2020].
[45] Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama, 19.6.2013; archiv.bundesregierung.de/archiv-de/dokumente/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-us-praesident-obama-844776 [28.5.2020], und Obamas Rede im Wortlaut auf Zeit-online, 19.6.2013; www.zeit.de/politik/deutschland/2013-06/obama-rede-wortlaut [28.5.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Abkommen sollte zum Goldstandard für Freihandelsabkommen werden und auf andere Weltregionen ausstrahlen. Für die USA war TTIP vor allem auch ein geopolitisches Projekt, mit dem ein Gegengewicht zu China geschaffen werden sollte. Nicht selten war in den USA im Zusammenhang mit TTIP von einer Wirtschafts-NATO die Rede.

TTIP war ambitioniert. Neben Zöllen sollten durch eine engere Regulierungszusammenarbeit auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut werden. Die öffentlichen Beschaffungsmärkte sollten stärker geöffnet und der Dienstleistungshandel sollte liberalisiert werden. Zudem sollte TTIP ein Kapitel zum Investitionsschutz sowie ein Kapitel zu Nachhaltigkeitsfragen enthalten.

Als 2013 der Startschuss für die Verhandlungen fiel, ahnten die wenigsten, welche Wellen dieses Vorhaben in Politik und Gesellschaft schlagen würde. Kein anderes Handelsabkommen rief in Deutschland so viel Widerstand hervor wie TTIP. Einer Eurobarometer-Umfrage in allen EU-Staaten zufolge gehörte Deutschland 2015 neben Österreich, Luxemburg und Slowenien zu den vier EU-Mitgliedstaaten, in denen sich eine Mehrheit gegen TTIP aussprach.[46] In Deutschland kritisierte eine breite Koalition mangelnde Transparenz in den Verhandlungen. Auch die Informationsoffensive der Kommission konnte den Eindruck in der Öffentlichkeit nicht revidieren, die Verhandlungen würden im Geheimen geführt. Hier zeigte sich auch eine grundlegende Vertrauenskrise in die Institutionen der EU, denen man in den Verhandlungen mit den USA wenig zutraute. Nicht von der Hand zu weisen ist überdies ein gewisser Antiamerikanismus in der deutschen Bevölkerung. Seit den Kriegen in Afghanistan und im Irak war das Image der USA deutlich angekratzt. Viele Deutsche hatten auf einen Neuanfang unter Präsident Barack Obama gehofft – und wurden enttäuscht, als der von ihm versprochene Wandel ausblieb. Im Juli 2014 wünschten im Rahmen einer Umfrage 57 Prozent der Befragten eine größere Unabhängigkeit von den USA.[47] Zudem war die öffentliche Debatte durch zahlreiche Vorurteile gegen den Verbraucherschutz und die Unternehmenspraktiken in den USA geprägt. Eine ebenfalls 2014 durchgeführte Umfrage zeigte, dass die deutschen Befragten EU-Schutzstandards (94 Prozent) signifikant mehr vertrauten als US-Standards (zwei Prozent).[48] Viele befürchteten, dass durch TTIP in Europa Arbeitnehmerrechte, Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz und die öffentliche Daseinsvorsorge ebenso leiden würden wie Kultur, Tierschutz oder Lebensmittelsicherheit.

[46] Vgl. Christian Bluth, Attitudes to Global Trade and TTIP in Germany and the United States, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2016; www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Attitudes_global_trade_and_TTIP.pdf [28.5.2020], und Public Opinion in the European Union. Report, Eurobarometer 82, Herbst 2014; ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb82/eb82_publ_en.pdf [28.5.2020].

[47] Vgl. Der Spiegel vom 6.7.2014: „Umfrage: Deutsche wollen größere Unabhängigkeit von USA".

[48] Vgl. Pew Research Center, Support in Principle for U.S.-EU Trade Pact, 9.4.2014; www.pewresearch.org/global/2014/04/09/support-in-principle-for-u-s-eu-trade-pact/ [2.6.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zwar setzte sich eine breite Wirtschaftskoalition für TTIP ein, in der emotional aufgeladenen öffentlichen Debatte verfingen ihre Argumente allerdings nicht.[49] Dies lag auch daran, dass in Deutschland die wirtschaftliche Lage gut war. Viele sahen daher keine Notwendigkeit, Märkte weiter zu öffnen, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Vielmehr wurde TTIP zu einer Projektionsfläche für viele Ängste der Bevölkerung: die Furcht vor Globalisierung, Digitalisierung, weltweiten Krisen und Konflikten.

Ganz anders verhielt es sich in den USA, wo TTIP in der breiteren Bevölkerung kaum bekannt und politisch nicht umstritten war. Während die TPP-Verhandlungen auf erhebliche Opposition stießen (mit ähnlichen Begründungen wie TTIP in der EU), löste ein Abkommen mit der EU kaum Besorgnis aus. Dennoch mussten die TTIP-Verhandlungen häufig gegenüber den TPP-Gesprächen zurückstecken: Um ihre Verhandlungsposition nicht zu schwächen, wollten die USA in zentralen Fragen keine Zugeständnisse gegenüber der EU machen, bevor sich die TPP-Partner nicht geeinigt hatten.

Dass die Verhandlungen nicht bis zur Präsidentschaftswahl 2016 abgeschlossen werden konnten, lag schließlich auch daran, dass die Interessenunterschiede zwischen den USA und der EU groß waren. Insgesamt gab es 15 Verhandlungsrunden. Am Ende der 13. Runde waren nur 17 der 27 Kapitel des Abkommens fertiggestellt. In vielen Kernthemen waren die Verhandlungspartner noch weit von konsolidierten Vertragstexten entfernt. Zu den besonders strittigen Themen gehörten die Regulierungskooperation, der Zugang zum öffentlichen Auftragswesen, der Investitionsschutz, die Kennzeichnung von GMO, geografische Indikatoren und der Marktzugang für Agrarprodukte.

VII. Trumps Handelspolitik – Härtetest für die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Mit der Wahl Donald Trumps gerieten die transatlantischen Beziehungen in besonders schwieriges Fahrwasser. Die TTIP-Verhandlungen liegen seitdem auf Eis.[50] Gerade Deutschland ist immer wieder im Visier der Trump-Administration, der vor allem der hohe deutsche Überschuss im Warenhandel mit den USA ein Dorn im Auge ist. Deutschland genieße unfaire Handelsvorteile durch ein zu niedriges Lohnniveau und profitiere zudem von einem im Verhältnis zur deutschen Wirtschaftsleistung unterbewerteten Euro. Zudem kritisiert die Trump-Administration

[49] Vgl. Stormy-Annika Mildner, Deutsche Interessen in der europäischen Handelspolitik. Deutschland – das Zünglein an der Waage?, in: Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden 2016, S. 357–375, und Stormy-Annika Mildner/Claudia Schmucker, TTIP right, TTIP light oder No TTIP at all? Wie steht es um die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)?, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 9 (2016), S. 307–321.

[50] Vgl. Jacob Poushter/Mara Mordecai, Americans and Germans Differ in Their Views of Each Other and the World. Differences Especially Stark on Defense Spending and Security Issues, 9.3.2020 (Pew Research Center); docs.dpaq.de/15952-embargo_-_us_germany_report-_not_for_publication_until_5pm_washington_time_on_monday_march_9.pdf [2.6.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die aus ihrer Sicht zu verständnisvolle China-Politik der Bundesregierung. Auch die wirtschaftlichen Verflechtungen Deutschlands mit Russland gehen den USA gegen den Strich.

Trumps Handelspolitik im Zeichen von *Make America great again* und *America first* unterscheidet sich deutlich von der seiner Vorgänger. Er will Industriejobs zurück in die Vereinigten Staaten holen und Arbeitsplätze schaffen. Für den Präsidenten ist Handel ein Nullsummenspiel. Eine negative Handelsbilanz bedeutet für ihn, dass die jeweiligen Handelspartner die geltenden Regeln nicht respektieren. Ganz oben auf der Agenda Trumps steht China; jedoch geht der Präsident ebenso harsch mit der EU-Handelspolitik ins Gericht.

Trump legt den Schwerpunkt auf bilaterale und Quidproquo-Lösungen anstelle einer multilateralen Zusammenarbeit. Da er sich mehr für *Deals* als für durchsetzbares internationales Handelsrecht interessiert, ist der Ansatz des Präsidenten sehr transaktionsorientiert. Zudem hat er eine Reihe von Sonderzöllen verhängt. Seit Juni 2018 müssen Produzenten von Stahl und Aluminium aus der EU (und vielen anderen Ländern) hohe Zölle auf ihre Exporte in die USA zahlen. Grundlage ist Abschnitt 232 des *Trade Expansion Act* von 1962. Unter Abschnitt 232 ließ Präsident Trump 2018 untersuchen, ob auch Autoimporte ein Sicherheitsrisiko darstellen. Der unveröffentlichte Bericht bejahte diese Frage. Bisher hat die Trump-Administration keine Zölle auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile verhängt – die Drohung ist allerdings nicht vom Tisch. Deutschland wäre aufgrund der Bedeutung seiner Automobilindustrie besonders von solchen Zöllen betroffen.

Die Bundesrepublik hat aufgrund ihrer engen Handels- und Investitionsbeziehungen ein besonderes Interesse an einer Beilegung der Konflikte und einer Vertiefung des transatlantischen Markts. Die Bundesregierung begrüßte daher auch die Verständigung zwischen Präsident Trump und Kommissionspräsident Juncker im Juli 2018, Verhandlungen zum Abbau von Industriegüterzöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen aufzunehmen. Der Handel könnte beispielsweise deutlich erleichtert werden, wenn Unternehmen Produkte im exportierenden Land nach den Regeln des importierenden Lands prüfen lassen könnten. Diese (wenn auch im Vergleich zu den TTIP-Verhandlungen sehr limitierten) Absichten führten zu einer temporären Entspannung in den transatlantischen Beziehungen.

Im Januar 2019 legten die USA ihre Verhandlungsziele für ein Abkommen mit der EU vor. Die Amerikaner wünschen sich ein umfassendes Abkommen unter Einbeziehung des Agrarsektors. Mitte April 2019 verabschiedete auch der Rat der EU zwei Verhandlungsmandate, die sich auf den Abbau von Industriegüterzöllen und auf die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsprüfungen bezogen. Das Verhandlungsmandat der EU ist im Vergleich zu den Verhandlungszielen der USA wesentlich enger gefasst. Insbesondere lehnt die EU die Einbeziehung von Agrarthemen ab. Auch will die EU ein Abkommen nur dann abschließen, wenn die Zusatzzölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte aufgehoben werden.

Es überrascht angesichts der unterschiedlichen Interessen nicht, dass Fortschritte ausbleiben. Seit Oktober 2019 erheben die USA Retorsionszölle auf zahlreiche Waren aus der EU auf Basis eines Streitschlichtungsurteils der WTO über europäische Subventionen für das Unternehmen Airbus. In einem Streitfall über

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

US-Subventionen für Boeing, den die EU gewonnen hat, steht ein WTO-Urteil über die Schadenshöhe noch aus. Dieses wird für Herbst 2020 erwartet; dann wird auch die EU höchstwahrscheinlich Retorsionsmaßnahmen verhängen. Solche Zölle sind zwar konform mit den Regeln der WTO, belasten aber das transatlantische Verhältnis. Rein rechtlich wird sich der Konflikt nicht lösen lassen. Die EU hat daher den USA einen Vorschlag unterbreitet. Dazu gehört neben der Begrenzung von Subventionen die Schaffung eines bilateralen Überwachungs- und Streitschlichtungsmechanismus. Die Trump-Administration scheint momentan abzuwarten und ist bislang nicht auf die europäischen Verhandlungsangebote eingegangen.

Einen weiteren Konfliktherd bildet die Sanktionspolitik der USA, insbesondere das unilaterale Vorgehen der USA und der extraterritoriale Anwendungsanspruch des US-Sanktions- und Exportkontrollrechts. Das heißt, dass bestimmte Regeln auch auf Personen und Sachverhalte außerhalb der US-Staatsgrenzen Anwendung finden. Für deutliche Verstimmung sorgte die Entscheidung der USA im Frühjahr 2018, aus dem Atomabkommen mit dem Iran, dem *Joint Comprehensive Plan of Action*, auszutreten. In der Folge führten die USA die Iran-Sanktionen nicht nur wieder ein, sondern verschärften diese. Auch gegenüber Russland wurden neue Sanktionen verhängt, zu denen der 2017 verabschiedete *Countering America's Adversaries Through Sanctions Act* gehört. Anders als nach der Krim-Krise stimmten sich die USA nicht mit der EU ab. Kurz vor dem Jahreswechsel 2019/20 verhängten die USA Sanktionen gegen die Pipeline-Projekte *Nord Stream 2* und *TurkStream*, die insbesondere europäische Unternehmen treffen. Begründet wurden die Sanktionen mit einer angeblich gefährlichen Abhängigkeit der EU von russischen Energielieferungen sowie mit einer möglichen Destabilisierung der Ukraine. Im US-Kongress wird an weiteren Sanktionen gegen Russland gearbeitet. Gerade in Deutschland ist der Unmut über die Sanktionen groß. Ein weiterer Streitpunkt ist das multilaterale Handelssystem. Bereits im Wahlkampf hatte Trump die WTO scharf angegriffen. Als überzeugte Multilateralisten stehen die Europäer hingegen hinter der WTO und setzen sich für eine Reform der Organisation ein. Punktuell haben die transatlantischen Partner zwar gemeinsam Reformvorschläge vorgelegt, aufgrund der erratischen Politik der Trump-Administration gegenüber der WTO sind der Zusammenarbeit aber enge Grenzen gesetzt.

Mit dem Ausbruch der Corona-Krise sind neue Bruchlinien entstanden. Die USA drohen damit, die *Buy America*-Regeln auf medizinische Geräte auszudehnen. Überdies haben sie angekündigt, die Voraussetzungen für Arbeitsvisa deutlich zu verschärfen. Im Zuge der Konjunkturprogramme haben beide Partner ihre Beihilferegeln deutlich gelockert – dies kann zu neuen Wettbewerbsverzerrungen und somit auch zu neuen Konflikten führen. Anders als während der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise koordinieren die transatlantischen Partner wenig – weder ihre Konjunkturmaßnahmen noch ihre Programme zum Re-Start ihrer Volkswirtschaften.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VIII. Ausblick

Die wirtschaftliche Verflechtung ist ein wichtiges Fundament der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dennoch ist der Graben in den vergangenen Jahren deutlich breiter geworden. Ein Zurück zu den angeblich guten alten Zeiten wird es nicht geben – auch dann nicht, wenn im November 2020 ein Demokrat ins Weiße Haus gewählt werden sollte. Umgang und Ton in den transatlantischen Beziehungen dürften sich in diesem Fall sicherlich ändern; auch mit einer verlässlicheren Handelspolitik wäre zu rechnen. Ein demokratischer Präsident ist vermutlich auch vorsichtiger mit Sanktionen und offener für die Reformdebatten in der WTO. Die USA werden jedoch auch in Zukunft ihre wirtschaftlichen Interessen mit Nachdruck vertreten. Dafür sprechen schon die Interessenkonstellationen im Kongress und die größtenteils kritische Einstellung der Bevölkerung gegenüber Handelsliberalisierung. Mit einem Wandel in der China- und Russlandpolitik ist nicht zu rechnen. Die USA werden den extraterritorialen Charakter ihrer Exportkontrollgesetzgebung nicht aufgeben. Der Trend zu Gesetzen, die eine Relokalisierung von Produktion zum Ziel haben, dürfte sich fortsetzen. Zudem wird es einige Zeit brauchen, Vertrauen wiederaufzubauen.

Konfliktpotenzial birgt auch das selbstbewusstere Auftreten der EU. Um sich besser vor unfairen Handelspraktiken der USA oder Chinas sowie der Extraterritorialität von Exportkontrollen zu schützen, hat sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgenommen, den eigenen handelspolitischen Instrumentenkasten auf den Prüfstand zu stellen. Die EU soll wehrhafter, die strategische Souveränität soll gefördert werden.[51] Die transatlantische Zukunft ist also ungewiss. Nur eins ist sicher: Eine Alternative zur Partnerschaft gibt es weder für die USA noch für die EU. Daher gilt: Die ziemlich besten Freunde werden sich zusammenraufen müssen.

[51] Vgl. Rede der gewählten Kommissionspräsidentin von der Leyen im Europäischen Parlament anlässlich der Debatte zur Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und seines Programms. 27.9.2019; ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_19_6408 [28.5.2020].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Michael Hochgeschwender

Konservatismus in der Nachkriegszeit

Entwicklungen in den USA und Westdeutschland

I. Blockierte Kommunikation

Eine detaillierte Beziehungsgeschichte zwischen den diversen Konservatismen in den USA und in Westdeutschland im formativen ersten Nachkriegsjahrzehnt steht noch aus.[1] Weder in der engeren Konservatismusforschung noch in den weitergehenden Analysen der ideell-kulturellen Wandlungsprozesse nach 1945, etwa im Rahmen der Amerikanisierungs-, Westernisierungs-[2] und Modernisierungsparadigmen oder der Untersuchungen zur Transfer- und Beziehungsgeschichte im transatlantischen Raum, stand das Themenfeld Konservatismus auf dieser bilateralen Ebene bislang im Fokus. Womöglich wird dies auch auf Dauer so bleiben, denn es gibt sehr wohl Gründe für eine derartige Lücke. Zum einen hängt sie sicherlich mit Präferenzen zusammen, die sich aus den genannten theoretischen und methodischen Perspektiven selbst dann ergeben, wenn man die Idee einer „Stunde Null", eines totalen Neuanfangs, von vornherein verwirft. Auch vor dem Hintergrund inzwischen klar herausgearbeiteter Kontinuitätslinien von der Wende zum 20. Jahrhundert bis weit in die 1950er und 1960er Jahre hinein bleibt die Frage nach dem Wandel im Gefolge des Zweiten Weltkriegs hin zu vergleichsweise neuartigen sozialen Konstellationen analytisch schon vor allem dann zentral, wenn es darum geht, zumindest vorläufige Lösungen für perzipierte Krisen der Moderne in der ersten Jahrhunderthälfte aufzuzeigen. In manchen Ansätzen, man denke an die Forschungen zu Modernisierung oder Liberalisierung, ergibt sich bereits aus der zugrundeliegenden Fragestellung eine erkennbare Verengung auf progressive, emanzipatorische und liberale Strömungen beziehungsweise Entwicklungen, die mit einer gewissen Notwendigkeit den Beitrag etwa christdemokratischer und eben konservativer Ordnungskonzepte zur sozioökonomischen und kulturellen Stabilisierung nach den beiden Urkatastrophen des 20. Jahrhunderts ausblenden oder doch wenigstens minimieren.

[1] Zum Stand der Debatten vgl. Martina Steber, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin/Boston 2017; Michael Hochgeschwender, Der Verlust des konservativen Denkens. Eine Facette der bundesdeutschen Westernisierung, 1950–1980, in: Axel Schildt (Hrsg.), Von draußen. Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik bis 1990, Göttingen 2016, S. 149–190, und Felix Dirsch, Authentischer Konservatismus. Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens, Berlin 2012.

[2] Die Westernisierungs-Forschung hat sich bislang primär mit sozialdemokratischen und liberalen Milieus befasst; vgl. Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003. Am ehesten beschäftigte sich Frieder Günther, Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezision und Integration 1949–1970, München 2004, mit konservativen Milieus.

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0040

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zum anderen, und darauf wird sich der vorliegende Beitrag konzentrieren, hängt diese Vernachlässigung mit der internen Struktur und mit den gerade nach 1945 einsetzenden Veränderungen in den höchst divergierenden konservativen Strömungen in den USA und Westdeutschland zusammen. Diese Veränderungen wiederum reagierten auf der Basis jeweils national konstituierter ideengeschichtlicher Pfadabhängigkeiten auf unterschiedliche, aber vergleichbare Herausforderungen, was die Kompatibilität und mithin den Transfer erschwerte. Schon das grundlegende Verständnis von dem, was eigentlich konservativ sei, litt unter dieser nationalen Prägung. In den Vereinigten Staaten stand der *Conservatism* infolge seines selbstverständlichen Rückbezugs auf die national identitätsstiftende Funktion der Amerikanischen Revolution des ausgehenden 18. Jahrhunderts in einem gänzlich anderen Verhältnis zur Epoche der bürgerlichen Revolutionen als der deutsche Konservatismus. Gewiss, amerikanische Konservative hatten sich von Beginn an ein anderes, anti-egalitäres, auf traditionalen Ordnungen aufbauendes Gesellschaftssystem gewünscht als ihre liberalen, fortschrittsfokussierten Gegenspieler, aber spätestens nachdem in den 1830er Jahren die *New Line Whigs* um William Henry Seward die partizipative Massendemokratie innerlich akzeptiert hatten,[3] war es in den USA weltanschaulich zu konservativ-liberalen Mischideologien gekommen, die im deutschen politischen Raum vor 1945 bestenfalls ansatzweise zu erkennen waren. Insofern hätte der US-amerikanische *Conservatism* für die Neujustierung konservativen Denkens in Westdeutschland mit Blick auf die innere Akzeptanz einer wenigstens formal bejahten demokratischen Ordnung Bedeutung haben können, die ihm freilich bis in die 1970er Jahre hinein zu keinem Zeitpunkt zukam.

An diesem weithin verpassten Transfer hatten die unter Umständen blockierten transatlantischen Kommunikationsschienen wohl lediglich sekundär Schuld. Die Öffentlichkeitsarbeit der amerikanischen Besatzungsbehörden wurde allerdings zwischen 1945 und 1955 mehrheitlich von Konsensliberalen und Anhängern des *New Deal* dominiert, was unter anderem dazu führte, dass in einem führenden, von den USA inhaltlich mitverantworteten Periodikum wie dem *Monat* führende konservative amerikanische Intellektuelle praktisch nicht veröffentlichen konnten. Einzig Peter Viereck wurde mit Beiträgen zum System Metternich berücksichtigt.[4] Dennoch gab es ausführliche Diskussionen zum deutschen Konservatismus[5] oder zur formierten Gesellschaft sowie zur konservativ konnotierten Literatur der Hochmoderne, wie sie beispielsweise T. S. Eliot propagierte. Umgekehrt kannten

[3] Vgl. Michael F. Holt, The Rise and Fall of the American Whig Party. Jacksonian Politics and the Onset of the Civil War, New York 1999, und Daniel Walker Howe, What Has God Wrought? The Transformation of America, 1815–1848, New York 2007.

[4] Vgl. Joachim Gmehling, Totalitarismustheorien in der jungen BRD. Zur Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus in der Zeitschrift „Der Monat", Hamburg 2010. Peter A. Vierecks Beitrag zu „Metternich" erschien in Der Monat 2 (1950), S. 470–476, und löste in den beiden folgenden Heften eine kurze Debatte aus.

[5] Vgl. die Hefte 163 bis 166 von Der Monat 14 (1962) unter dem Rubrum „Was heißt heute noch konservativ?"

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nur wenige deutsche Intellektuelle, darunter vornehmlich Remigranten wie Golo Mann,[6] Eric Voegelin[7] und der eher randständige William Schlamm[8] die konservative intellektuelle Szene in den USA gut genug, um als Vermittler zu fungieren, was sie wiederholt, aber ohne großen Erfolg taten.

Es muss demnach strukturelle und inhaltliche Ursachen geben, die die deutsch-amerikanische Beziehungslosigkeit auf diesem Feld zu erklären vermögen. Offenbar existierten tiefere Gründe, warum westdeutsche Konservative auf der Suche nach geistigen Anregungen ihr Augenmerk primär auf Großbritannien und Frankreich, nicht aber auf die westliche Hegemonialmacht richteten. Dabei können parteipolitische Transfers gewissermaßen a priori ausgeschlossen werden. So waren CDU und CSU keine durchweg konservativen Parteien, wofür bereits die Stärke des nur bedingt konservativ geprägten katholischen Milieus bürgte.[9] Auch die Republikaner und Demokraten setzten sich aus verschiedenen Flügeln zusammen, von denen der konservative nur einer war. Der Blick wird sich mithin auf konservative Intellektuelle und ihre Ansätze zu richten haben.

II. Neue Herausforderungen nach 1945 in Westdeutschland…

Nach 1945 bestand allerdings unter Konservativen auf beiden Seiten des Atlantiks das dringende Bedürfnis, sich neu zu orientieren oder zumindest adäquat zu justieren. Einzig in den katholischen Milieus schien es bis Ende der 1950er Jahre so, als könne man unverändert weitermachen wie bisher. Der rasche Zusammenbruch etwa der Neuscholastik um 1965 sowie die schockartigen Aufbrüche im Umfeld des Zweiten Vatikanischen Konzils belegen indes, wie brüchig dieses Festhalten an den Idealen der Vorkriegszeit selbst im transatlantischen Katholizismus

[6] Vgl. Fritz Baer/Gerd-Klaus Kaltenbrunner/Golo Mann, Konservativ. Drei Aussagen zu einem aktuellen Thema, München 1974. Mann orientierte sich allerdings primär an Alexis de Tocqueville, der aber auch in den USA als besonders herausragender (liberal-)konservativer Denker galt; vgl. Martina Steber, „The West", Tocqueville and West German Conservatism from the 1950s to the 1970s, in: Riccardo Bavaj/Martina Steber (Hrsg.), Germany and „The West". The History of a Modern Concept, New York 2015, S. 230–248.

[7] Eric Voegelin, Ueber die Form des amerikanischen Geistes, Tübingen 1928, hatte sich bereits Ende der 1920er Jahre mit den politischen und philosophischen Traditionen der USA beschäftigt. Mindestens ebenso wichtig war ders., Order and History, 5 Bde., Baton Rouge 1955–1986. Drei Bände lagen in den 1950er Jahren vor und wurden etwa in der westdeutschen Zeitschrift „Neues Abendland" auch rezipiert; vgl. Felix Dirsch, Individualisierung und Traditionsbewahrung. Das katholische Milieu der 1950er Jahre und die Zeitschrift „Neues Abendland", in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005, S. 101–124, hier S. 123. Aber selbst in diesem Fall handelte es sich weniger um eine direkte Beeinflussung als vielmehr um die Auswirkungen gemeinsam geteilter Grundlagen.

[8] Vgl. Alexander Gallus, Heimatlos links, heimatlos rechts. Intellektuelle Transformationen im Exil – das Beispiel des Publizisten William S. Schlamm, in: Peter Burschel/Alexander Gallus/Markus Völkel (Hrsg.), Intellektuelle im Exil, Göttingen 2011, S. 241–260.

[9] Vgl. Noel D. Cary, The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windhorst to Adenauer, Cambridge/London 1996, S. 147–273.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

war.[10] Hinter den Fassaden brodelte es dort heftig. Umso mehr aber waren die nicht-katholischen, protestantischen wie säkularen Konservativen gezwungen, sich mit den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen.

In Westdeutschland war die Ausgangssituation relativ klar, zumal die Probleme, nicht aber die Lösungsmöglichkeiten, auf der Hand lagen:[11] Mit dem Verlust der deutschen Ostgebiete, traditionellen ländlichen Hochburgen des protestantischen Konservatismus, hatte dieser seine Kerngebiete und seinen soziokulturellen Resonanzraum schlagartig eingebüßt, sieht man von Niedersachsen und Schleswig-Holstein einmal ab. Die Selbstverständlichkeit, mit der die protestantischen Eliten – ob konservativ oder liberal – seit der Gründung des wilhelminischen Kaiserreichs eine gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle und politische Führungsrolle eingenommen hatten, war kollabiert, zumindest in der sozialen Perzeption. In Anbetracht der inzwischen nachgewiesenen personalen Kontinuitäten darf diese Wahrnehmung wenigstens in Teilen als Illusion angesehen werden, dennoch entfaltete sie zeitgenössisch einige Wirkung. Für Konservative war die Lage gleichwohl noch einmal erheblich dramatischer als für das liberale Bürgertum, da sie obendrein durch die enge Kooperation mit dem nationalsozialistischen Regime politisch desavouiert waren. Der von konservativen Historikern wie Gerhard Ritter betriebene Kult um den militärischen Widerstand des 20. Juli 1944[12] vermochte hier kaum eine Lösung zu bieten, da viele Konservative im Widerstand weiterhin nichts als Hoch- und Landesverrat in einer verzweifelten Kriegssituation erkannten. Auch das Kaiserreich als vorrangiger politischer Bezugspunkt vieler Konservativer war längst obsolet geworden, obschon sich in ihren Reihen noch bis in die 1960er Jahre bekennende Monarchisten fanden, die, etwa im Rahmen der Deutschen Partei, sogar auf Bundesebene Regierungsverantwortung trugen.[13]

Schließlich war mit der totalen Niederlage und dem Besatzungsregime der Nationalstaat praktisch in Frage gestellt, und zwar auf beiden Sinnebenen. Die sich abzeichnende dauerhafte Spaltung Deutschlands relativierte die Bedeutung der Nation, die Besatzungsherrschaft diejenige des Staats und seiner Souveränität. Dies war aber in Anbetracht der traditionellen Fixierung des deutschen Konservatismus auf den Staat und seine Autorität eine kaum zu unterschätzende Katastrophe. Hier wird zugleich ein wichtiger Unterschied zum US-amerikanischen *Conservatism* offenkundig: Während der deutsche Konservatismus sich etatistisch definierte, hatte der amerikanische *Conservatism* aufgrund der Aufnahme wirtschaftsliberaler Ideologeme in seine Programmatik ein ambivalentes Verhältnis zur Problemlösungskompetenz des Staats. Er war eher patriotisch als etatistisch; die Nation wurde sakralisiert, der Staat hingegen konnte, musste aber nicht im

[10] Vgl. Eduard Habsburg-Lothringen, Das Ende des Neuthomismus. Die 68er, das Konzil und die Dominikaner, Bonn 2007.

[11] Vgl. Axel Schildt, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, München 1998, und Kroll (Hrsg.), Kupierte Alternative.

[12] Vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München 1964.

[13] Vgl. Schildt, Konservatismus, S. 211–251.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mittelpunkt weltanschaulicher Debatten über Ordnung, Autorität und Tradition stehen. Dieser Weg war den deutschen Konservativen der Nachkriegszeit aufgrund ihrer eigenen Traditionen vollständig verschlossen. Erst mit der zunehmenden Wende hin zum Liberalkonservatismus seit den späten 1950er Jahren öffneten sich Segmente des deutschen Konservatismus einem staatsskeptischen, gelegentlich libertären Denken, das dann ab den 1990er Jahren plötzlich als dominant konservativ firmierte.

Westdeutsche Konservative standen somit vor der Aufgabe, sich neu zu erfinden. Es galt, sich einerseits in einer marktwirtschaftlichen Demokratie mit enger Bindung an den liberal konnotierten Westen zu situieren sowie andererseits den Kontakt mit dem nunmehr politisch wichtigen katholischen Milieu inhaltlich zu vertiefen. Dabei halfen drei bedeutsame ideologische Marker: Das Streben nach stabiler Ordnung auf der Basis einer skeptischen Anthropologie; der antikommunistische Anti-Totalitarismus, der es überdies erlaubte, sich zumindest begrifflich vom Nationalsozialismus zu distanzieren und zugleich die politisch-militärische und ökonomische Hegemonie der führenden antikommunistischen Macht, der Vereinigten Staaten, zu akzeptieren, wenn auch mit Vorbehalten; schließlich die Abendland-Ideologie, mit der die innere Distanz zum Westen demonstriert werden konnte, ohne auf die antitotalitäre Solidarität mit den USA, Frankreich und Großbritannien zu verzichten oder die Relativierung der Nationalstaatlichkeit durch die europäische Integration komplett in Frage zu stellen.[14]

Die Folge war ein ideeller Spagat der nicht-katholischen Konservativen, eine Art postnationaler Ordnungskult, der gleichzeitig supranational und vaterländisch sein sollte. Unter den Auspizien des sowjetischen Außendrucks und des traditionellen Antikommunismus gelang diese politische und ökonomische Anpassung an den Westen überraschend reibungslos, wenngleich es nach wie vor wunde Punkte gab. Die beständigen Diskussionen über eine berufsständische Organisation des Politischen und des Sozioökonomischen, über das Mehrheitswahlrecht mit seinen ordnungspolitischen Folgen im Sinne einer stabilen parteipolitischen Landschaft sowie über die formierte Gesellschaft, die eng mit ständestaatlichen Konzepten verknüpft war, ohne sie eins zu eins umsetzen zu wollen, belegen die inneren Spannungen, denen das neue konservative Konstrukt unterworfen war.

Auch das Verhältnis zu den USA blieb in diesem Zusammenhang nicht frei von Spannungen. Ein erheblicher Teil der katholischen und lutherischen Konservativen blieb den Vorbehalten gegenüber der kapitalistisch-demokratischen Massengesellschaft treu, für welche die USA nachgerade paradigmatisch einstanden. Nachdem der Abendland-Gedanke um 1957 infolge der fortschreitenden Modernisierung in Westdeutschland rasch an Zugkraft einbüßte, wurde er teilweise durch paneuropäisches, teilweise durch gaullistisches, an Frankreich ausgerichtetes Gedankengut ersetzt. Das „Europa der Vaterländer“ wurde um 1960 zur neuen Kompromissformel für den vaterländischen, antikommunistischen Supranationa-

[14] Vgl. Vanessa Conze, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lismus der Konservativen. Parallel dazu traten in den späten 1950er und vor allem in den 1960er Jahren genuin transatlantische Liberalkonservative,[15] insbesondere unter nord- und westdeutschen Protestanten, auf den Plan. Diese waren nun bereit, amerikanisches konservatives Gedankengut zu rezipieren, die Westbindung[16] ebenso wie die ideell-kulturelle Liberalisierung und Westernisierung sowie die liberal dominierte Moderne insgesamt zu akzeptieren und weltanschaulich in ein konservatives Gerüst einzubauen. Dieses Gerüst beschränkte sich indes zum einen auf die traditionelle anthropologische Skepsis der Konservativen, die der liberalen und sozialdemokratischen Reformeuphorie kritisch gegenüberstanden, zum anderen auf die gleichfalls skeptisch-pessimistische Kritik eines unbefangenen partizipatorischen Egalitarismus. Dies verband die westdeutschen Liberalkonservativen mit ihren amerikanischen Gesinnungsgenossen.

III. …und den USA

Denn nicht nur der westdeutsche Konservatismus stand 1945 vor gravierenden Herausforderungen. Die *Conservatives* in den USA sahen sich mit einem politischen und weltanschaulichen Scherbenhaufen konfrontiert, der ebenfalls bewältigt sein wollte.[17] Seit 1932 regierte in Washington D.C. die von Franklin D. Roosevelt geformte *New Deal Coalition*, die ein am Progressivismus orientiertes, für amerikanische Verhältnisse neues Konzept von Liberalismus entwickelt hatte.[18] Dieses hatte sich, so zumindest die öffentliche Wahrnehmung, in der Bewältigung der Großen Depression als einer zentralen sozialen und ökonomischen Modernisierungskrisen des 20. Jahrhunderts ebenso bewährt wie im Kontext der Bekämpfung von Nationalsozialismus, Rassismus und Faschismus im Zweiten Weltkrieg. Selbst die Präsidentschaft des Republikaners Dwight D. Eisenhower (1953–1961) stand im Zeichen des moderaten Parteiflügels, danach setzten sich auf nationaler Ebene wieder die Liberalen durch. Letztlich kam es erst im Verlauf der 1970er Jahre zu einer massenhaften Abkehr von der liberalen kulturellen Hegemonie in den USA.

[15] Vgl. Jens Hacke, Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2008.

[16] Zu den westdeutschen Diskussionen über den Westen vgl. Friedrich Kießling, Die undeutschen Deutschen. Eine ideengeschichtliche Archäologie der alten Bundesrepublik 1945–1972, Paderborn 2012.

[17] Vgl. Michael Hochgeschwender, Das Ende des Konsenses. Die Re-Formation des US-amerikanischen conservatism seit den 1960er Jahren, in: Comparativ 16 (2006), S. 131–166, und George H. Nash, The Conservative Intellectual Movement in America since 1945, New York 1976; argumentativ simplistisch Corey Robin, The Reactionary Mind. Conservatism from Edmund Burke to Donald Trump, New York ^{2}2018, der vor allem auf den anti-egalitären Charakter des Konservatismus abgehoben hat. Einen guten Überblick vermitteln John Micklethwait/Adrain Wooldridge, The Right Nation. Conservative Power in America, New York 2004; Allen J. Lichtman, White Protestant Nation. The Rise of the American Conservative Movement, New York 2008, S. 136–281, und Patrick Allitt, The Conservatives. Ideas and Personalities throughout American History, New Haven 2009.

[18] Vgl. Gordon Lloyd/David Davenport, The New Deal and Modern American Conservatism. A Defining Rivalry, Stanford 2013.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Selbst der von rechtskonservativen Republikanern wie Senator Joseph McCarthy und Richard Nixon instrumentalisierte, in der Gesellschaft tief verwurzelte radikale Antikommunismus der 1950er Jahre änderte nur oberflächlich etwas an diesen Verhältnissen, da die *Cold War Liberals* ebenso antikommunistisch waren wie ihre konservativen Gegenspieler.[19] Wie in Westdeutschland diente der Antikommunismus als gesellschaftlicher Kitt, der einerseits soziales Konfliktpotenzial übertünchte, andererseits aber dann dysfunktional werden konnte, wenn es zu Exzessen kam. Insgesamt aber gelang es den Liberalen, den *Lunatic Fringe* – die äußerste Rechte – intellektuell und gesamtgesellschaftlich auszugrenzen. Dies betraf den Kernbereich des amerikanischen *Conservatism* zwar nur mittelbar, da sich auch die konservativen Intellektuellen einhellig von der extremen Rechten distanzierten. Dennoch drifteten spezifisch amerikanische konservative Doktrinen, die etwa die *Nashville Agrarians* der 1920er Jahre noch mehr oder minder unangefochten hatten vertreten können, ins Abseits. Deren unverblümte Huldigung der *Lost Cause* der im Bürgerkrieg untergegangenen Konföderation beinhaltete eine ruralistische Absage an die moderne urbane Industriegesellschaft,[20] die ganz in der Traditionslinie Thomas Jeffersons stand.[21] Vor allem aber war sie nicht frei von rassistischem Überlegenheitsdenken, der Idee der *White Supremacy*, die im Süden nicht selten mit brutaler Gewalt, den ritualisierten *Lynchings*, durchgesetzt wurde. Die zusätzliche Verherrlichung südstaatlich-evangelikaler und fundamentalistischer Frömmigkeit war wiederum mit anti-judaistischen und anti-katholischen Vorstellungen angereichert.

Im Norden war der ältere *Conservatism* häufig ebenfalls anti-katholisch, rasseantisemitisch und rassistisch ausgerichtet, was nach dem Einsatz im Zweiten Weltkrieg und angesichts der bipolaren Systemkonfrontation mit der UdSSR in wachsendem Maß als kontraproduktiv galt. Mindestens ebenso problematisch war jedoch für das konservative Denken das Fehlen substanzieller sozioökonomischer Ansätze zur Lösung von Modernisierungskrisen. Der konservative Ruf nach Ordnung und Autorität bezog sich gar zu oft zurück auf eine idealisierte Vergangenheit. Tradition wurde zum Selbstzweck, und es fehlte an überzeugenden ökonomischen Konzepten, obwohl sich in der historiografischen Rückschau die Erfolge des *New Deal* bei weitem nicht mehr so eindrücklich ausnehmen, wie man um 1950 noch dachte. Interessanterweise dauerte es allerdings bis weit in die 1960er Jahre, ehe die intellektuellen Vordenker des *Conservatism* beispielsweise praxisorientierte

[19] Vgl. Michael Kimmage, The Conservative Turn. Lionel Trilling, Whittacker Chambers, and the Lessons of Anti-Communism, Cambridge/London 2009, und Richard Gid Powers, Not Without Honor. The History of American Anticommunism, New Haven/London 1998; zum liberalen Antikommunismus vgl. Jennifer Delton, Rethinking Post-World War II Anticommunism, in: The Journal of the Historical Society 10 (2010), S. 1–42.

[20] Vgl. Catherine McNichol Stock, Rural Radicals. Righteous Rage in the American Grain, Ithaca/London 1996.

[21] Vgl. John J. Langdale, Superfluous Southerners. Cultural Conservatism and the South, 1920–1990, Columbia/London 2012.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Theorieangebote der Neoliberalen, Libertären[22] und Ordoliberalen aufnahmen, die sich in der *Mont Pèlerin Society* zusammengeschlossen hatten.[23]

IV. Konservatismus und Katholizismus

Im Gegensatz zu den westdeutschen Konservativen, bei denen zumindest das katholische Segment mit der neuscholastischen, naturrechtlich begründeten katholischen Soziallehre über ein gleichfalls praxisorientiertes, aber theoretisch grundgelegtes analytisches Instrumentarium verfügte, das dem Wirtschaftsliberalismus konkret etwas entgegenzusetzen hatte,[24] fehlte es den Vordenkern des Nachkriegskonservatismus in den USA am Gespür für diese Problematik. Daher wirken ihre Ansätze heute häufig ästhetizistisch. Trotzdem stellte der *New Conservatism* der späten 1940er und der 1950er Jahre einen echten Aufbruch dar, der als intellektuell satisfaktionsfähig galt. Gleichzeitig wird man freilich nicht umhinkommen festzustellen, dass er den deutschen Konservativen wenig zu bieten hatte, das sie nicht schon kannten oder aus Großbritannien und Frankreich passgenauer entlehnen konnten. Wo es, wie etwa im liberalkonservativen Ritter-Kreis in Münster oder bei katholischen Intellektuellen wie Josef Pieper, Hans Maier oder dem thomistischen Naturrechtsphilosophen Johannes Messner zu erkennbaren Anleihen aus den USA kam, basierten diese oft wie bei Migranten und Remigranten auf einem bereits vorab akzeptierten aristotelischen Referenz- und Perzeptionsrahmen, den sie mit US-amerikanischen Aristotelikern teilten.[25] Bei Pieper oder Messner kam dann aus der in den USA erlebten und positiv bewerteten sozialen Praxis eine gewisse Akzeptanz des politischen Pluralismus und einer sozial eingehegten Marktwirtschaft hinzu.

Wie im westdeutschen Fall waren die intellektuellen Neuaufbrüche amerikanischer *New Conservatives* durch eine reiche Vielfalt konkurrierender Konzepte gekennzeichnet, die sich zur konservativen Tradition des Lands unterschiedlich verhielten. In ihrer Gesamtheit führten sie gleichwohl dazu, den *Conservatism* bis weit in die 1960er Jahre zu einer echten Alternative zum dominanten Liberalismus und zum traditionalen Konservatismus werden zu lassen, nicht allein in den Medien, sondern vor allem auch in den Geisteswissenschaften. Anders als in der Gegenwart waren konservative Literatur- und Kulturwissenschaftler, Historiker und Soziologen um 1960 zwar eine Minderheit, aber durchaus noch auf Augenhöhe mit den Liberalen. Ihre Magazine, etwa die von William F. Buckley herausgegebene *Natio-*

[22] Zur libertären Ideologie vgl. Jennifer Burns, Goddess of the Market. Ayn Rand and the American Right, New York 2009, und Craig Duncan/Tibor R. Machan, Libertarianism. For and Against, Lanham u. a. 2005.

[23] Vgl. Thomas Biebricher, Neoliberalismus zur Einführung, Hamburg 2012.

[24] Vgl. Egon Edgar Nawroth, Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus, Heidelberg 1961.

[25] Vgl. Thomas Gutschker, Aristotelische Diskurse. Aristoteles in der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts, Stuttgart/Weimar 2002, hier S. 53–188, und Ferenc Hörcher, A Political Philosophy of Conservatism. Prudence, Moderation and Tradition, London u. a. 2020.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nal Review, wurden von Liberalen und den Radikalen der Neuen Linken gelesen und diskutiert, gerade auch wegen ihrer scharfen Kritik an der ultrarechten *John Birch Society*.[26] Ein Teil dieser gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz lag in einer noch weithin intakten Mainstream-Religiosität von Protestanten und Katholiken, die weder für einen reformistischen Liberalismus noch für die radikalen Versionen des evangelikalen Konservatismus einen breiten Resonanzraum bot.

Innerhalb dieses Gesamtrahmens entfaltete sich die konservative Ideologie jedoch recht unterschiedlich. Ein wesentliches Differenzkriterium bestand etwa im Umgang mit dem Internationalismus, der auf den Demokraten Woodrow Wilson zurückführte, von Franklin D. Roosevelt aktiv propagiert worden war und der nun im Konflikt mit der UdSSR fast schon zur Staatsideologie geworden war. Internationalismus meinte dabei nicht bloß ein System kollektiver Sicherheit, sondern auch die Frage nach einer transatlantischen, gemeinwestlichen Wertebasis. Diesem Anliegen stellten sich die moderaten konservativen Denker, darunter Russell Kirk, ein leicht idiosynkratischer Historiker und Essayist,[27] Peter Viereck, Historiker am Mount Holyoke College,[28] oder auch der Philosoph Mortimer Adler[29] von der generell als konservativ eingeschätzten University of Chicago, der von seinem Universitätspräsidenten Richard Maynard Hutchins aktiv unterstützt wurde. Sie alle pflegten eine bewusst abendländische Tradition, die bei Adler und Hutchins – obwohl beide Protestanten waren – im Kern am Thomismus und damit an der katholisch-mittelalterlichen Tradition in der Lesart des 20. Jahrhunderts ausgerichtet war.[30] Kirk und Viereck dagegen orientierten sich bevorzugt an der anglo-amerikanischen Tradition, allen voran an Edmund Burke, John Randolph, T. S. Eliot, Orestes A. Brownson, Alexis de Tocqueville, Gilbert Keith Chesterton, J. R. R. Tolkien und John Kardinal Newman.[31]

Dies wurde mit universitären Programmen wie den Kursen in *Western Civilization*[32] oder – in Chicago – einem abendländisch anhauchten Kanon großer Bücher der Zivilisation verbunden.[33] Bildung sollte wertebegründend, Universitäten sollten als Orte der Tugend und Moderation wirken, um auf diese Weise soziale Ordnung und Autorität zu konstituieren.[34] Kirk war dabei elitärer als die anderen, aber zugleich kapitalismusskeptisch und sozial engagiert. 1963 konvertierte er wie seine

[26] Vgl. Gregory L. Schneider, The Conservative Century. From Reaction to Revolution, Lanham 2009, S. 99–114.
[27] Vgl. Bradley J. Birzer, Russell Kirk. American Conservative, Lexington 2015.
[28] Vgl. Robert J. Lacey, Pragmatic Conservatism. Edmund Burke and His American Heirs, London 2016.
[29] Vgl. Mortimer J. Adler, Philosopher at Large. An Intellectual Autobiography, New York 1977.
[30] Vgl. Michael D. Torre, Freedom in the Modern World. Jacques Maritain, Yves R. Simon, Mortimer J. Adler, Notre Dame 1989.
[31] Vgl. Russell Kirk, The Conservative Mind. From Burke to Santayana, Chicago 1953.
[32] Vgl. Michael Kimmage, The Abandonment of the West. The History of an Idea in American Foreign Policy, New York 2020, S. 111–248.
[33] Vgl. Tim Lacy, The Dream of a Democratic Culture. Mortimer J. Adler and the Great Books Idea, New York 2013.
[34] Vgl. Russell Kirk, Academic Freedom. An Essay in Definition, Chicago 1955.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

großen Vorbilder Chesterton, Brownson und Newman zum Katholizismus. Für alle diese Denker war das Christentum mit seinen biblischen wie naturrechtlich motivierten Vorstellungen von Menschenwürde und Gottesebenbildlichkeit konstitutiv für den Westen, der schon zu diesem Zeitpunkt für sie nicht mehr ausschließlich liberal oder gar angelsächsisch konnotiert war.[35] Viereck war insofern der radikalste Vertreter dieser unzusammenhängenden Gruppe, als er – wie später Henry Kissinger – die Rationalität des Systems Metternich als anti-revolutionäres und gesamteuropäisches Ordnungsgefüge verteidigte.[36] Allesamt standen sie in der liberalen Tradition der Heiligkeit und Unverfügbarkeit des Privateigentums, ohne aber notwendig den Marktkapitalismus in seiner Reinform zu propagieren. Die Nähe insbesondere Kirks und Adlers zum westeuropäischen, abendländischen Konservatismus ist unübersehbar, war aber weniger die Folge direkter Kontakte, da beide in Europa kaum rezipiert wurden, als vielmehr das Ergebnis gemeinsamer geistiger Grundlagen, die sich oft aus religiösen, gemeinwestlich-abendländischen Wurzeln speiste. Auffällig ist Kirks Nähe zum Reformkatholizismus des 19. Jahrhunderts. Insofern stand er der Neuscholastik denkbar fern, wusste aber deren Streben nach einer konservativen, auf Ordnung und Tugend zielenden Gesellschaft ebenso zu würdigen wie Adler und Viereck, bei dem allerdings die Religion weniger bedeutsam war, sondern bestenfalls funktional verstanden wurde.

V. Ordnung und Wirtschaft

Dieses funktionale, auf David Hume und Edmund Burke zurückgehende Verständnis von Religion als traditionalem Ordnungsinstrument teilte auch Clinton Rossiter, Historiker und Politikwissenschaftler aus Cornell. Dafür lehnte er den Internationalismus als bekennender Nationalist rundweg ab. Nicht das Abendland oder gar der liberale Westen waren für sein Politikverständnis konstitutiv, sondern die politische Tradition der *Whigs* in den USA, bevorzugt John Adams, John C. Calhoun und, mit Abstrichen, Alexander Hamilton, mit dessen industriekapitalistischem Materialismus Rossiter nichts anzufangen vermochte. In diesem Zusammenhang vertrat er prominent die These, eigentlich verfügten die USA überhaupt nicht über eine echte konservative Tradition, da sie, wie Louis Hartz schon bemerkt hatte,[37] gewissermaßen von ihrer ganzen genetischen Matrix her liberal seien.[38] Ihm ging es dabei um eine besonders ausgeprägte Art wehrhafter Demokratie, um einen starken Staat, der über Instrumente verfügte, um Ordnung zu etablieren, in Ausnahmefällen sogar in Gestalt einer konstitutionellen

[35] Vgl. Pak Chong-Tai, Naturrechtliche Begründung der Demokratie bei M. Adler, Y. Simon und J. C. Murray, München 1975.

[36] Vgl. Peter Viereck, Conservatism Revisited. The Revolt against the Revolt 1815–1949, New York 1949, und ders., Conservatism. From John Adams to Churchill, Westport 1978.

[37] Vgl. Louis Hartz, The Liberal Tradition in America. An Interpretation of American Political Thought Since the Revolution, San Diego/New York/London 1955.

[38] Vgl. Clinton Rossiter, Conservatism in America. The Thankless Persuasion, New York 1962.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Diktatur.[39] Damit rückte er in die Nähe von Carl Schmitts autoritärem Denken, ohne aber den prinzipiellen Primat der gegebenen Verfassungsordnung in den USA aufgeben zu wollen.

Im Kern war Rossiter ein *Old Line Whig*, der sich für ein von den oligarchischen Eliten kontrolliertes politisches System einsetzte. Dafür kombinierte er kommunitäre Momente mit einem liberal-individualistischen, auf Eigentum gegründeten Freiheitsbegriff. Demgegenüber fehlten bei ihm genuin wirtschaftspolitische Ideale. Weder teilte er die katholisch motivierte Kapitalismusskepsis Kirks, noch folgte er Alexander Hamilton in seinen staatsinterventionistischen Wirtschaftsplanungen. Rossiter ging es weniger um sozioökonomische Strukturfragen als um Persönlichkeit und Charakter, wobei klassische Bildung bei natürlicher Ungleichheit der Anlagen sowie die sinnstiftende Bedeutung der (nationalen) Geschichte im Vordergrund standen. Diese hohe Wertschätzung der Geschichte und des geschichtlich Gewordenen, die im faktisch Bestehenden etwas Normatives, weil Bewährtes erkannte, teilte er wie selbstverständlich mit den internationalistischen Konservativen. Man kann ihn als zivilisatorischen, lokalistisch-kommunitären Tugendrepublikaner mit erkennbar anti-individualistischen und elitären, anti-egalitären Zügen bezeichnen, der bei aller Ablehnung des Wirtschaftsliberalismus bemüht war, altliberale Freiheitsmomente mit konservativem Ordnungs- und Autoritätsdenken zu verbinden. Die geistlose Intoleranz rechter und konservativer Radikaler lehnte er strikt ab. Daher trennten sich später seine Wege von denen der hitzigeren und pessimistischeren Konservativen, darunter Allen Bloom, da Rossiter Verständnis für protestierende Studenten und die schwarze Bürgerrechtsbewegung äußerte. Bei aller Nähe zu autoritären Traditionen im deutschen Konservatismus war Rossiter am Ende doch zu national geprägt, um transatlantisch Bedeutsamkeit zu entfalten. Dies galt noch weitaus mehr für Leo Strauss und seine Schule in Chicago, der es auch gar nicht auf breitere Wirksamkeit im konservativen Segment ankam. Die Anhänger von Strauss bildeten fast eine Art Geheimkult mit einer hochelitären, an Aristoteles ausgerichteten esoterischen Lehre, was ihre Rezeption über den engeren Seminarkreis behinderte.

Ganz anders stand es um William F. Buckley.[40] Er war derjenige unter den *Conservatives*, der ganz bewusst die Öffentlichkeit suchte. Gemeinsam mit Russell Kirk begründete er Mitte der 1950er Jahre die *National Review*, die schnell zum publizistischen Flaggschiff des intellektuellen amerikanischen Konservatismus avancierte. Mehr noch: Ihm gelang es, eine zuvor für unmöglich gehaltene Koalition aus katholischen Traditionalisten und jungen, rechtslibertären Kritikern des Interventions- und Regulationsstaats im Gefolge von *New Deal* und später der *Great Society* der 1960er Jahre zu bilden. Diese brach zwar aufgrund schwerwiegender Differenzen

[39] Vgl. ders., Constitutional Dictatorship. Crisis Government in Modern Democracy, Princeton 1948, und Bernd Greiner, Konstitutionelle Diktatur. Clinton Rossiter über Krisenmanagement und Notstandspolitik in modernen Demokratien, in: Mittelweg 36 22 (2013), S. 24–40.

[40] Vgl. Linda Bridges/John R. Coyne Jr., Strictly Right. William F. Buckley Jr. and the American Conservative Movement, Hoboken 2007, und Carl T. Bogus, Buckley. William F. Buckley Jr. and the Rise of American Conservatism, New York u. a. 2011.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

über ökonomische und ethische Fragen – die Libertären standen Abtreibungen nicht ablehnend gegenüber – früh auseinander, stiftete aber über die Organisation der *Young Americans for Freedom* dennoch die organisatorischen Grundlagen für das Wiedererstarken des *Conservatism* nach dem republikanischen Wahldebakel von 1964.[41] Nun fanden sich die evangelikalen Befürworter eines gleichsam libertär-marktwirtschaftlichen ökonomischen Modells, des *Christian Free Enterprise*,[42] mit säkularen Wirtschaftsliberalen im Stil Ronald Reagans,[43] südstaatlichen Altkonservativen und jugendlich-libertären sowie christlich-fundamentalistischen Aktivisten zu einem Aktionsbündnis zusammen, das sowohl die Republikanische Partei deutlich nach rechts rücken ließ als auch die weltanschauliche Dominanz der *New Conservatives* beendete. Da überdies die religiösen Mainstreammilieus in Protestantismus und Katholizismus ab circa 1965 erodierten, fehlte den *New Conservatives* der soziale Resonanzraum für ihren intellektuellen Konservatismus.

Darin erinnern sie an die abendländischen Strömungen im westdeutschen Konservatismus, die fast parallel an Bedeutung einbüßten. Da in Westdeutschland jedoch die Evangelikalen und Fundamentalisten ebenso bedeutungslos waren wie die Libertären, begannen sich die verschiedenen nationalen Pfadabhängigkeiten folgenden und voneinander weitgehend unabhängigen Konservatismen geistig noch weiter als zuvor voneinander zu entfernen. Die bisherige Basis wechselseitiger Anerkennung als genuine Konservative, die nicht mit gegenseitiger Beeinflussung zu verwechseln ist, zerbrach mit großer Geschwindigkeit. Die skeptische Anthropologie, die jeden utopischen Reformismus ablehnte, die hohe Bedeutung des Historischen als argumentatives Referenzsystem sowie der historischen Bildung als Persönlichkeits- und Charakterbildung, die zentrale Rolle einer zur Not funktional gedachten abendländischen Religion, die Tugendethik des Aristoteles, Kritik an den empirisch nicht einzulösenden liberalen Glaubenssätzen von Egalität und kontraktualistischem Staatsdenken, Kritik eines Begriffs von Freiheit, der diese und nicht Ordnung, Autorität und Tradition sowie Wahrheit als Höchst- und Letztwert dogmatisch setzte, kurz: Die Kritik am widervernünftigen dezisionistischen Voluntarismus der Moderne, der Aufklärung und des Liberalismus, die allesamt für den transatlantischen Konservatismus der Nachkriegszeit maßgeblich und grundlegend gewesen waren, büßte im Zuge der sozialen und kulturellen Wandlungen der 1960er Jahre an Überzeugungskraft ein.

Was blieb, waren ein westdeutscher Liberalkonservatismus, in dem das liberale Element deutlich ausgeprägter war als das konservative, und ein amerikanischer Konservatismus, der sich seiner radikalsten Traditionen aus der Zeit vor dem *New Conservatism* versicherte. Damit zerbrach der oft unbewusste konservative Werte-

[41] Vgl. John A. Andrew, The Other Side of the Sixties. Young Americans for Freedom and the Rise of Conservative Politics, New Brunswick 1997, und William F. Buckley Jr., Flying High. Remembering Barry Goldwater, New York 2008.

[42] Vgl. Bethany Moreton, To Serve God and Wal-Mart. The Rise of Christian Free Enterprise, Cambridge/London 2009.

[43] Vgl. Daniel T. Rodgers, Age of Fracture, Cambridge/London 2011, S. 15–46, und Sean Wilentz, The Age of Reagan. A History, 1974–2008, New York 2008.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

konsens der 1950er Jahre, der sich – trotz der liberalen Konnotationen des Konzepts – im Begriff des Westens niedergeschlagen hatte. Zwar verteidigten Liberalkonservative und *Conservatives* auf beiden Seiten des Atlantiks ab den 1970er Jahren die Ideen und Ideale des Westens gegen postmoderne und postkoloniale Kritik, aber das konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie unter dem Westen gänzlich unterschiedliche Dinge verstanden.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Reinhild Kreis und Jan Logemann

„Mixed Views“

Konstruktion und Kanäle deutsch-amerikanischer Wahrnehmungen seit dem Zweiten Weltkrieg

I. Wer sind die anderen?

Glaubt man dem englischsprachigen Lexikoneintrag auf Wikipedia zu Stereotypen über die Deutschen, so gelten sie bei anderen als pünktlich und ordentlich, als eher humorlos und wenig talentiert für Smalltalk, als Nazis und als Erfinder des Kitschs. Die Amerikaner hingegen sind in den Augen anderer optimistisch, großzügig und arbeiten hart, werden aber Wikipedia zufolge auch als Waffennarren, als materialistisch, wenig intellektuell, arrogant und rassistisch wahrgenommen.[1] Es ist eine schöne Pointe, dass zumindest einer der Beiträge mit dem Warnhinweis gekennzeichnet ist: „This article has multiple issues. Please help improve it.“

Die Einträge des Online-Lexikons spiegeln das Bedürfnis nach Information und Orientierung darüber, wie die anderen so sind. In seiner verkürzten Form führt dieses Bedürfnis zu Halbwahrheiten und Verzerrungen, zu Vorstellungen also, die in der Tat *Multiple Issues* haben und der Überarbeitung bedürfen. Mit der Bezeichnung *Stereotypes* verweisen die Wikipedia-Artikel aber auch auf das Misstrauen gegenüber einseitigen, verfälschenden und vereinfachenden Zuschreibungen.[2]

Was diese Suche nach Orientierung und die Entstehungsbedingungen von Stereotypen angeht, unterscheiden sich Deutsche und Amerikaner kaum voneinander und auch nicht von anderen Ländern. Die Geschichte der (west)deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945 hat jedoch auf spezifische Weise die gegenseitige Wahrnehmung geschärft, Wissen, Halbwissen und Vorurteile hervorgebracht. Sie mündeten sowohl in das weit verbreitete Narrativ einer Entwicklungsgeschichte von der Feindschaft zur Freundschaft wie auch in anhaltende Reflexionen über Antiamerikanismus oder *Anti-German Sentiments*. Damit einher gingen stets intensive und vielfältige Versuche, diese Bilder und Vorstellungen zu korrigieren, zu ergänzen und zu gestalten. Die dahinterstehenden Interessen und Vorstellungen eines richtigen Bilds unterschieden sich je nach zeitlichem, persönlichem oder institutionellem Zusammenhang mitunter sehr deutlich voneinander. Dass sich dabei über

[1] Hierzu und zum Folgenden: en.wikipedia.org/wiki/Stereotypes_of_Germans, und en.wikipedia.org/wiki/Stereotypes_of_Americans [beide 25.3.2020].

[2] Zur Stereotypenforschung vgl. Hans Henning Hahn/Eva Hahn, Nationale Stereotypen. Plädoyer für eine historische Stereotypenforschung, in: Hans Henning Hahn (Hrsg.), Stereotyp, Identität und Geschichte. Die Funktion von Stereotypen in gesellschaftlichen Diskursen, Frankfurt a. M. 2002, S. 17–56, und Martina Thiele, Medien und Stereotype. Konturen eines Forschungsfeldes, Bielefeld 2015.

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0041

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Jahrzehnte „Mixed Views“,[3] also gemischte und zum Teil auch widersprüchliche Bilder der jeweils anderen Gesellschaft ergaben, mag wenig überraschen. Spannender ist hingegen die Frage, wer und mit welchen Mitteln und Motiven solche Bilder und Stereotype und die gegenseitige transatlantische Wahrnehmung konstruierte und propagierte.

Vor dem Hintergrund der wirkmächtigen Erzählung von entstehender transatlantischer Freundschaft seit dem Zweiten Weltkrieg erscheint die aktuelle Situation häufig als Verschlechterung. Diese Sichtweise blendet jedoch aus, dass die Amerika- und Deutschlandbilder schon immer heterogen waren, und sie wird auch der veränderten Weltlage nur bedingt gerecht. Der Kalte Krieg als Klammer ist weggefallen, und dies hat – ebenso wie die Globalisierung – Flexibilitäten erzeugt, die sowohl mehr Freiheit als auch mehr Unsicherheit bei der Gestaltung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen bedeuten. Die vielen Institutionen, die der deutsch-amerikanischen Freundschaftspflege dienen und als Bildgeneratoren wirkten, entstammten meist ebenfalls den vermeintlich goldenen Jahren der transatlantischen Beziehungen während des Kalten Kriegs. Sie waren aber weniger das Ergebnis einer deutsch-amerikanischen Freundschaft, sondern sollten zunächst Voraussetzungen dafür schaffen.

Im Folgenden geht es daher nicht um eine detaillierte Darstellung transatlantischer Wahrnehmungen, Bilder und Stereotype, von denen einige auch in den anderen Beiträgen dieses *Podiums Zeitgeschichte* angesprochen wurden. Vielmehr werden Kanäle vorgestellt, über die Bilder des jeweils anderen Lands und seiner Bevölkerung in die Bundesrepublik und in die USA gelangten und dort rezipiert, anverwandelt und interpretiert wurden: erstens die mediale Berichterstattung, zweitens politische Akteure wie die Institutionen der Kulturdiplomatie oder transatlantische Protestgruppen, drittens wissenschaftliche Forschung, viertens kommerzielle Unterhaltung und Werbung und fünftens schließlich persönliche Kontakte. Diese Kanäle sind weder allumfassend noch ist ihre Abgrenzung trennscharf, und alle standen in Traditionen, die weit vor das Jahr 1945 zurückreichten. Doch sie zeigen exemplarisch zentrale Mechanismen der Bildgenerierung und -korrektur in ihrer Gleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit.

In der Vielfalt dieser Kanäle liegt der gemischte und widersprüchliche Charakter deutscher Amerika- beziehungsweise amerikanischer Deutschlandbilder begründet. Ihre relative Bedeutung für die gegenseitige Wahrnehmung schwankte im Laufe des Untersuchungszeitraums, und manche Kanäle waren für die eine Gesellschaft wichtiger als für die andere. Keiner der Kanäle, das sei zu Beginn unterstrichen, lieferte per se bessere oder wahrere Bilder. Vielmehr trugen alle auf ihre Weise zur gegenseitigen Aufklärung und Information, aber auch zur Mythenbildung sowie zur Konstruktion und Perpetuierung von Stereotypen bei. Eine Geschichte deutsch-amerikanischer Wahrnehmungen der Nachkriegszeit lässt sich daher nur aus ihrer Zusammenschau schreiben.

[3] So beschreibt der Wikipedia-Artikel zu „Stereotypes of Germans“ die US-amerikanische Sichtweise auf die Bundesrepublik.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

II. Mediale Berichterstattung

In der deutsch-amerikanischen Annäherung der Nachkriegszeit waren Deutsche und Amerikaner zunächst „fremde Freunde". So betitelte Peter von Zahn, der Doyen der westdeutschen Amerikaberichterstattung, eine Sammlung seiner bekannten Radioreportagen aus der „Neuen Welt".[4] Zwar waren die USA schon jahrzehntelang ein regelmäßiger und neugierig beäugter Gegenstand der medialen Berichterstattung in Deutschland, doch die Vorstellung einer Freundschaft war ungewohnt und längst nicht für alle erstrebenswert. Von Zahns Berichte stellten daher zunächst den Alltag und die Lebensweise in den USA vor, ohne politische Fragen auszusparen. Dem Atlantiker von Zahn ging es darum, Vertrautheit mit amerikanischen Denk- und Verhaltensweisen, Institutionen und Normen herzustellen. Andere Medien betonten die Attraktivität des amerikanischen Lebensstils ohne allzu viele politische Hintergedanken. Zeitschriften wie die 1956 gegründete *Bravo* setzten darauf, ihre jugendliche, von den USA faszinierte Leserschaft mit den neuesten Trends der amerikanischen Warenwelten sowie mit den Stars der Musik- und Filmindustrie bekannt zu machen.[5]

Demgegenüber lehnten viele konservative Intellektuelle und Gruppen wie die Abendländische Bewegung den *American Way of Life* ab, auch wenn sie häufig anerkannten, dass ein politisches Bündnis mit den USA erstrebenswert war.[6] Ihre Publikationen zeichneten das Bild einer unzivilisierten, kulturlosen Nation, deren Werte und Traditionen nicht mit den deutschen in Übereinstimmung zu bringen waren, die als Teil einer europäischen Kultur begriffen wurden.

Während die auch medial geführten Auseinandersetzungen um die amerikanische (Un-)Kultur im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre an Schärfe verloren, ohne freilich zu verschwinden, blieb die tagesaktuelle Berichterstattung über die USA als Bündnispartner ein Dauerbrenner. Kontroversen wie die zwischen Atlantikern und Gaullisten um die außenpolitische Ausrichtung der Bundesrepublik, über die amerikanische Kriegführung in Vietnam, über die westdeutsche Position zu Rüstungsfragen oder um die US-amerikanische Erinnerung an den Holocaust waren bestimmt von dem spezifischen Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich die Bundesrepublik befand – und auch von der politischen Haltung der Journalisten.[7] Dementsprechend changierten Fernseh-, Radio- und Presseberichte zwischen Kri-

[4] Vgl. Peter von Zahn, Fremde Freunde. Bericht aus der Neuen Welt, Hamburg 1953.

[5] Vgl. Kaspar Maase, Bravo Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992.

[6] Vgl. Vanessa Conze, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005, S. 107 f. und S. 137 f.

[7] Vgl. Philipp Gassert, Blick über den Atlantik. DIE ZEIT und Amerika in den sechziger Jahren, in: Christian Haase/Axel Schildt (Hrsg.), DIE ZEIT und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen 2008, S. 65–83; Peter Hoeres, Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt, München 2013; Tim Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969, München 2008, und Jacob S. Eder,

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tik und Zustimmung, Vertrauen und Misstrauen und beschrieben die beiden Staaten als „Musterschüler“, „Schutzmacht“, „Juniorpartner“, „großen Bruder“ oder „Imperialisten“.

Mit dem Ende des Kalten Kriegs fiel der dominierende Bezugsrahmen der deutsch-amerikanischen Beziehungen weg, nicht aber das ausgeprägte Interesse der deutschen Medien an den USA – nicht zuletzt geleitet von der Frage, inwiefern deutsche Interessen noch eine Rolle in der amerikanischen Politik spielten. Gerade in der Berichterstattung zu 9/11, zum Irakkrieg, zu Amokläufen, zur Finanzkrise von 2008 oder zur Person Barack Obamas verbanden sich Analysen des politischen Geschehens mit Vorstellungen über die typischen, positiven wie negativen Eigenschaften der Amerikaner.[8]

Amerikanische Medien schenkten Deutschland und den Deutschen ebenfalls lange besondere Aufmerksamkeit. Als Kriegsgegner war Deutschland Gegenstand intensiver Medienberichterstattung gewesen. Die *Associated Press* (AP) unterhielt noch während der Kriegsjahre intensive Beziehungen zum Nazi-Regime, und nach Kriegsende bauten amerikanische Medien von den Wochenschauen bis zu den großen Tageszeitungen und Magazinen ihre Präsenz mit korrespondierenden Redaktionen und Büros in Deutschland weiter aus. Häufig spielten ehemalige Emigrantinnen und Emigranten wie Kurt Lachmann (*U.S. News & World Report*) eine wichtige Rolle in der frühen Nachkriegsberichterstattung. Die amerikanische Presse berichtete dabei nicht nur für ein heimisches Publikum, sondern war auch in *Reeducation*-Maßnahmen und beim Wiederaufbau eines freien Journalismus in Deutschland involviert.[9]

Der Übergang vom ehemaligen Kriegsgegner zum Verbündeten im Kalten Krieg beschäftigte die amerikanische Berichterstattung seit Mitte der 1940er besonders intensiv. Medienberichte über die Befreiung der Konzentrationslager in Dachau oder Buchenwald hatten eine massive Wirkung auf die amerikanische Öffentlichkeit, deren Deutschlandbild im Sommer 1945 sicherlich so negativ war wie nie zuvor. Auch in den kommenden Jahren überwog zunächst ein kritischer Tenor, etwa beim Korrespondenten der *New York Times* Drew Middleton, der über neonazistische Bewegungen und die nur unvollständige Entnazifizierung der deut-

Holocaust Angst. The Federal Republic of Germany and American Holocaust Memory since the 1970s, Oxford 2016.

[8] Vgl. Ruth Hatlapa/Andrei S. Markovits, Obamania and Anti-Americanism as Complementary Concepts in Contemporary German Discourse, in: German Politics and Society 28 (2010), S. 69–94, und Lucas Pettersson, Changing Images of the USA in German Media Discourse During Four American Presidencies, in: International Journal of Cultural Studies 14 (2011), S. 35–51.

[9] Vgl. Jessica C. E. Gienow-Hecht, Transmission Impossible. American Journalism As Cultural Diplomacy in Postwar Germany, 1945–1955, Baton Rouge 1999, und David Braden Posner, Transatlantische Verschränkungen. Deutsch-amerikanische Medienbeziehungen in der Nachkriegszeit, in: Detlef Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. 1: 1945–1968, Stuttgart/München 2001, S. 899–908. Zur Rolle der AP vgl. Norman Domeier, Geheime Fotos. Die Kooperation von Associated Press und NS-Regime (1942–1945), in: Zeithistorische Forschungen 14 (2017), S. 199–230.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schen Gesellschaft schrieb. Im Kontext des sich zuspitzenden Kalten Kriegs war diese Art der Berichterstattung politisch jedoch immer weniger erwünscht, und deutschland-freundliche Stimmen in den USA kritisierten, dass die Presse antideutsche Stereotype gleichsam fortschreibe.[10]

Während die DDR in der US-Presse kaum Beachtung fand, wurde die Bundesrepublik zunehmend als verlässlicher transatlantischer Partner porträtiert. Das Magazin *Time* kürte Konrad Adenauer zum Mann des Jahrs 1953. Die Berichterstattung zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung befestigte ein eher positives Deutschlandbild gerade bei einer jüngeren Generation seit den 1960er Jahren. Amerikanische Fernsehsender zeichneten im September 1961 Talkshows vor der neu gebauten Berliner Mauer auf und trugen so zu einer medialen Welle der Sympathie mit dem geteilten Berlin bei.[11]

Mit dem Wandel zum Medium Fernsehen, der Gewöhnung an den Kalten Krieg und aufgrund innenpolitischer Entwicklungen sank ab Mitte der 1960er Jahre die amerikanische Medienaufmerksamkeit gegenüber Deutschland. Zwar verfolgten die Medien Themen wie die deutsche Ostpolitik, die Bündnispolitik der sozialliberalen Koalition, den Aufstieg der Grünen sowie die Frage des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, kulminierend in der Kontroverse um Ronald Reagans Besuch auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg 1985, doch weitreichende mediale Aufmerksamkeit erhielt Deutschland erst wieder im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung 1989/90, die in der amerikanischen Presse und Öffentlichkeit sehr positiv begleitet wurde.[12]

Seit den 1990er Jahren stand die amerikanische Berichterstattung über Deutschland und Europa zunehmend in Konkurrenz zu anderen Teilen der Welt und litt zudem an einem generell abnehmenden Interesse an internationalen Nachrichten in den USA. Versuche der Deutschen Welle, dem durch Programmangebote in Nordamerika entgegenzusteuern, blieben wenig erfolgreich. Auch in der Berichterstattung nach 9/11 kam Deutschland zumeist nur dann in den Blick, wenn ein direkter Bezug zu amerikanischen Belangen gegeben war. Gerade in der Auseinandersetzung um den Irakkrieg wurde Deutschland in der medialen Berichterstattung zunehmend Teil jenes *Old Europe*, das sich angeblich durch „verweichlichte" Zurückhaltung von den USA unterschied. Weder „aggressiver" Feind noch „treuer" Verbündeter – Deutschland schien vielen Kommentatoren nun zunehmend wenig relevant für die USA. Eine solche Nichtwahrnehmung Deutschlands hatte in den

[10] Vgl. Ferdinand A. Hermens, The Danger of Stereotypes in Viewing Germany, in: Public Opinion Quarterly 9 (1945), S. 418–427, und Thomas Reuther, In Hitlers Schatten. Amerikanische Deutschlandbilder, in: Junker (Hrsg.), USA und Deutschland, Bd. 1, S. 909–919.

[11] Vgl. Thomas Reuther, Demokratie auf dem Prüfstand. Amerikanische Deutschlandbilder, in: Detlef Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. 2: 1968–1990, Stuttgart/München 2001, S. 786–796.

[12] Vgl. Andrea Lentz, Aspekte des Deutschlandbildes in der amerikanischen Presse während der zweiten Hälfte der sozial-liberalen Koalition 1977–1982, Münster 1989; zur Wiedervereinigung vgl. Gerhard Probst, Images of Germany and the Germans in American Media, in: Lothar Bredella (Hrsg.), Mediating a Foreign Culture. The United States and Germany, Tübingen 1991, S. 81–92.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kleineren amerikanischen Zeitungen und im medialen *Heartland* der USA schon eine längere Tradition, denn die amerikanische Deutschlandberichterstattung der vergangenen Jahrzehnte war in mancher Hinsicht vor allem ein Elitenphänomen der Ostküstenmedien gewesen.[13]

III. Politik: Kulturdiplomatie und Zivilgesellschaft

Der Ausbau kulturdiplomatischer Initiativen gehörte zum Instrumentarium der Nachkriegszeit, um die transatlantischen Beziehungen zu stärken. Während der Besatzungszeit entwickelten insbesondere die Amerikaner vielfältige Ansätze, um Informationen über die USA zu vermitteln, transatlantische Bande aufzubauen, antikommunistische Strömungen zu bekämpfen, vor allem aber den Westdeutschen das US-amerikanische Demokratieverständnis nahezubringen – angefangen vom politischen System über die Diskussionskultur bis zum Schulwesen und zum Journalismus. Staatlich organisierte Austauschprogramme für Fach- und Führungskräfte, Multiplikatoren, Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zählten ebenso zu den Initiativen wie Jugend- und Bildungsarbeit.[14] Gerade Foren wie die Atlantik-Brücke oder die Austauschprogramme sollten in beide Richtungen wirken und die transatlantische Öffentlichkeit in Kontakt mit den Denk- und Lebensweisen des jeweils anderen Lands und seiner Gesellschaft bringen. Die amerikanischen Staatsangestellten der US-*Public Diplomacy* berichteten aber auch regelmäßig an ihre Vorgesetzten in Washington über Stimmungen und Einstellungen der Bundesbürger zu den USA und zur Tagespolitik. Im Verlauf der 1950er Jahre schrumpften diese Programme, doch das kulturdiplomatische Engagement der USA in Westdeutschland blieb überdurchschnittlich hoch.

Bei allem Erfolg waren Orte wie die amerikanischen Kulturinstitute immer wieder dem Vorwurf der Propaganda ausgesetzt, insbesondere während der Besatzungszeit, aber auch in den Jahren des Vietnamkriegs und der Nachrüstungsdebatte. Den Kritikerinnen und Kritikern galten die dort vermittelten Amerikabilder als wenig glaubwürdig, und in öffentlichen Protestveranstaltungen – nicht zuletzt vor den Amerikahäusern – versuchten sie, eigene Amerikabilder zu verbreiten. Slogans wie „USA-SA-SS“ während des Vietnamkriegs oder Begriffsschöpfungen wie „atomarer Holocaust“ im Zuge der Auseinandersetzung um die Stationierung amerika-

[13] Vgl. Oliver Hahn/Julia Lönnendonker, Transatlantic Foreign Reporting and Foreign Correspondents After 9/11. Trends in Reporting Europe in the United States, in: International Journal of Press/Politics 14 (2009), S. 497–515, und Gerald Kleinfeld, Das Deutschlandbild in der regionalen amerikanischen Presse, in: Klaus Weigelt (Hrsg.), Das Deutschland- und Amerikabild. Beiträge zum gegenseitigen Verständnis beider Völker, St. Augustin 1986, S. 54–60.

[14] Vgl. Ellen Latzin, Lernen von Amerika? Das US-Kulturaustauschprogramm für Bayern und seine Absolventen, Stuttgart 2005; Nina Verheyen, Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in Westdeutschland, Göttingen 2010; Reinhild Kreis, Orte für Amerika. Deutsch-Amerikanische Institute und Amerikahäuser in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren, Stuttgart 2012, und Katharina Gerund/Heike Paul (Hrsg.), Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945. Interdisziplinäre Perspektiven auf „America's Germany“, Bielefeld 2015.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nischer Mittelstreckenraketen sollten die USA als imperialistisch und kriegslüstern zeigen. Formen und Themen des amerikakritischen Protests in der Bundesrepublik stammten dabei häufig aus den USA, denn auch zwischen Protestgruppen herrschte (und herrscht bis heute) ein reger transatlantischer Austausch.[15] Die wenigen pro-amerikanischen Gegendemonstrationen, die auf die deutsch-amerikanische Freundschaft und die Abhängigkeit Westdeutschlands verwiesen, erfuhren zeitgenössisch und rückblickend sehr viel weniger mediale Aufmerksamkeit.[16]

Während die Sorge vor einer vermeintlichen deutsch-amerikanischen Entfremdung noch in den 1980er Jahren beiderseits des Atlantiks dazu führte, kulturdiplomatische Initiativen auszubauen und neue Austauschprogramme zu schaffen,[17] schwand nach dem Ende des Kalten Kriegs das Interesse der USA an der Finanzierung der Kulturdiplomatie. 1999 schloss die amerikanische Regierung die *United States Information Agency*, die für die weltweite Imagepolitik der USA zuständig war. In der Bundesrepublik erinnern neben den nun mit deutschen Geldern weitergeführten Amerikahäusern und Deutsch-Amerikanischen Instituten auch Bauten wie die Amerika-Gedenkbibliothek an die deutsch-amerikanische Verflechtungsgeschichte des Kalten Kriegs. Die amerikakritischen Proteste der letzten Jahre, ob im Zuge des Irakkriegs oder der Finanzkrise 2008/09, führen allerdings regelmäßig zu nostalgischen Überlegungen, wie hilfreich der einst existierende kulturdiplomatische Apparat nun sein könnte, um die deutsch-amerikanischen Beziehungen wieder zu verbessern.

Auf deutscher Seite spielten vor allem die Stiftung Inter Nationes sowie die Goethe-Institute eine wichtige Rolle bei der Vermittlung eines positiven Deutschlandbilds an amerikanische Eliten. Das Goethe-Haus in New York wurde seit den 1960er Jahren zum Zentrum eines institutionellen Netzes von Einrichtungen, die die deutsche Sprache und Kultur in den USA fördern sollten. Eine Reihe von Gremien und Organisationen wie der *American Council on Germany*, die Atlantik-Brücke oder der *German Marshall Fund of the United States* beförderten zudem die transatlantische Elitenvernetzung; das Fulbright-Programm sowie der Deutsche Akademische Austauschdienst unterstützten Deutschlandaufenthalte amerikanischer Expertinnen und Experten. Eine Herausforderung war dabei die zunehmende Ausdifferenzierung politischer Eliten in den USA seit den 1970er Jahren in zahlreichen *Think Tanks* und spezialisierten Organisationen. Hier waren es private (etwa Bosch-, Volkswagen- oder Zeit-Stiftung) sowie politische Stiftungen, denen seit den 1980er Jahren eine besondere Rolle zukam. Während die Friedrich-Ebert-Stiftung etwa den Kontakt zu amerikanischen Gewerkschaften hielt, knüpfte die Friedrich-Naumann-Stiftung Beziehungen zu amerikanischen Wirtschaftseliten, und die Konrad-

[15] Vgl. Martin Klimke, The Other Alliance. Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties, Princeton 2010.
[16] Vgl. Kreis, Orte für Amerika, S. 338–361 und S. 373–380.
[17] Vgl. Reinhild Kreis, Bündnis ohne Nachwuchs? Die „Nachfolgegeneration" und die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den 1980er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 607–631.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Adenauer-Stiftung präsentierte sich in Washington mit Vorträgen und Konferenzen zu Themen wie Rechtsstaatlichkeit und Soziale Marktwirtschaft.[18]

Zivilgesellschaftliche Beziehungen gewannen ab den 1970er Jahren immer stärker an Bedeutung als transatlantische Mittler. Zum einen vernetzten sich die Neuen Sozialen Bewegungen, wobei transatlantisch sozialisierte Figuren wie Petra Kelly die Aufmerksamkeit auf die westdeutsche Umwelt- und Friedensbewegung lenkten. Zum anderen spielte der Kontakt mit jüdisch-amerikanischen Organisationen eine immer wichtigere Rolle. Das wachsende Interesse am Holocaust in den USA galt in der Bundesrepublik als potenzielle Gefahr für die transatlantische Partnerschaft. Kooperationen mit dem *American Jewish Committee* sollten dem ebenso entgegenwirken wie eine geschichtspolitische Offensive, die nicht zuletzt zur Gründung des Deutschen Historischen Instituts in Washington führte. In den letzten Jahrzehnten hingegen beschäftigte sich die deutsche Kulturdiplomatie in den USA eher mit dem schwindenden Interesse der amerikanischen Eliten an Deutschland – auch wenn eine offizielle Werbekampagne konstatiert, Deutschland und Amerika seien „wunderbar together“.[19]

IV. Wissenschaft: Universitäten und außeruniversitäre Forschung

Was lohnte es, über die USA beziehungsweise über Deutschland zu wissen? In Deutschland war zwar das Interesse an den USA vor 1945 groß, doch wissenschaftliche Forschung zur Neuen Welt an deutschen Universitäten fand kaum statt. 1930 war in Berlin die erste – außerordentliche – Professur für Literatur- und Kulturgeschichte Nordamerikas eingerichtet worden, wobei Lehrstuhlinhaber Friedrich Schönemann das Fach vor allem als nützliche Feindwissenschaft interpretierte. Von den zögerlichen Anfängen in der Weimarer Republik bis in die Nachkriegszeit blieben amerikakundliche Lehrveranstaltungen selten und waren meist in der Anglistik angesiedelt.[20]

Nach 1945 versuchten die USA, neben der literaturwissenschaftlichen Amerikanistik auch *American Studies* zu etablieren, die sich mit der Geschichte, Politik, Ge-

[18] Vgl. Karl-Heinz Füssl, Deutsch-amerikanischer Kulturaustausch im 20. Jahrhundert. Bildung – Wissenschaft – Politik, Frankfurt a. M./New York 2004, S. 240–249; Felix Philipp Lutz, Transatlantische Netzwerke. Eliten in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Junker (Hrsg.), USA und Deutschland, Bd. 2, S. 665–674; Ann L. Phillips, Transatlantische Brücken. Die deutschen politischen Stiftungen in den USA, in: Ebenda, S. 675–686, und Anne Zetsche, The Quest for Atlanticism. German-American Elite Networking, the Atlantik-Brücke and the American Council on Germany, 1952–1974, Diss., Northumbria 2016.

[19] Vgl. Steven Milder, Thinking Globally, Acting (Trans-)Locally. Petra Kelly and the Transnational Roots of West German Green Politics, in: Central European History 43 (2010), S. 301–326; Eder, Holocaust Angst; Anne C. Schenderlein, Germany on their Minds. German Jewish Refugees in the United States and their Relationships with Germany, 1938–1988, New York 2018. Zu „wunderbar together“ vgl. www.germany.info/us-en/welcome/deutschlandjahr [20.4.2020].

[20] Vgl. Gisela Strunz, American Studies oder Amerikanistik? Die deutsche Amerikawissenschaft und die Hoffnung auf Erneuerung der Hochschulen und der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1999, S. 162–165.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sellschaft und Kultur der USA beschäftigten. Als Demokratiewissenschaft sollten sie, wie auch die Politikwissenschaft, zur Verankerung demokratischer Denk- und Verhaltensweisen in Westdeutschland beitragen. Darüber hinaus war den USA daran gelegen, die dünkelhaften Vorbehalte der Deutschen (und aller europäischen Gesellschaften) gegenüber der amerikanischen Kultur und dem amerikanischen Englisch abzubauen. Die universitäre Auseinandersetzung mit amerikanischer Literatur, Musik und Malerei sollte zeigen, dass die USA auch auf diesem Gebiet Wertvolles zu leisten vermochten. Viele der (Wieder-)Begründer der westdeutschen Amerikastudien und der Politikwissenschaft waren Remigranten, die während des Exils in den USA gelebt hatten. Aus den USA stammte darüber hinaus das theoretische und methodische Handwerkszeug, und auch thematische Schwerpunkte orientierten sich oft an US-amerikanischen Vorbildern. Insbesondere die Politikwissenschaft verstand sich zunächst dezidiert als Demokratiewissenschaft und erarbeitete fundiertes Wissen zu den demokratischen Institutionen der USA.[21]

Beide Fächer, Politikwissenschaft und Amerikakunde, mussten um ihre Anerkennung an den westdeutschen Universitäten kämpfen. Grundsätzlich aber wuchsen mit der amerikanischen Präsenz in der Bundesrepublik und deren Abhängigkeit von den USA im Kalten Krieg sowohl das Interesse als auch die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den USA. Ein Sprachrohr und gemeinsames Dach der westdeutschen Amerikaforschung bildet seit 1953 die Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien mit ihren Tagungen und Publikationen. Anwendungsbezogene, wirtschafts- und politikorientierte Forschung zu den USA fand hingegen auch in *Think Tanks* wie der Forschungsstelle der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (gegründet 1955) oder der Stiftung Wissenschaft und Politik (1962) statt.

Die USA maßen der Deutschlandforschung bereits während des Zweiten Weltkriegs immense politische und strategische Bedeutung zu. Germanisten boten Sprachkurse für Militärs und Politikwissenschaftler an, Ökonomen und Historiker stellten ihre Expertise zu Deutschland in den Dienst des amerikanischen Staats. Dabei spielten aus Europa geflüchtete Intellektuelle eine herausragende Rolle. So waren in der Zentraleuropaabteilung des *Office of Strategic Services*, dem Vorläufer der *Central Intelligence Agency*, unter anderem die emigrierten Historiker Felix Gilbert und Hajo Holborn sowie Franz Neumann und Herbert Marcuse aus dem Umfeld des ehemaligen Frankfurter Instituts für Sozialforschung beschäftigt. Die Studien und Lageberichte der Emigranten trugen entscheidend zur amerikanischen Wahrnehmung Deutschlands im frühen Kalten Krieg bei.[22]

Besonders die Erforschung der deutschen Geschichte blühte in den Nachkriegsjahrzehnten in den USA auf. Dabei betonten gerade emigrierte Historiker wie Holborn, Gilbert und Gerhard Masur sowie später Fritz Stern, George Mosse

[21] Vgl. Michael Dreyer/Markus Kaim/Markus Lang (Hrsg.), Amerikaforschung in Deutschland. Themen und Institutionen der Politikwissenschaft nach 1945, Stuttgart 2004.

[22] Vgl. Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2012, und Udi Greenberg, Weimarer Erfahrungen. Deutsche Emigranten in Amerika und die transatlantische Nachkriegsordnung, Göttingen 2020 (i. E.).

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

oder Peter Gay in ihren Arbeiten einerseits die Zugehörigkeit Deutschlands zu Europa und einer gemeinsamen transatlantischen beziehungsweise westlichen Zivilisation. Andererseits fragten sie aber auch nach den Eigenheiten der deutschen Entwicklung und nach Erklärungsansätzen für einen deutschen „Sonderweg“. Gerade zur Erforschung des Nationalsozialismus und des Holocaust hat der amerikanische Blick auf Deutschland entscheidende Beiträge geliefert.[23]

Seit den 1970er Jahren erfuhr die amerikanische Deutschlandforschung eine Reihe institutioneller Stützen. Die Max-Kade-Stiftung hatte die *German Studies* schon seit den 1940er Jahren vielfältig gefördert. Darüber hinaus entstanden verschiedene Exzellenzcluster wie das *Center for European Studies* an der *Harvard University* (unterstützt durch die VolkswagenStiftung), das *Center for German and European Studies* in Georgetown oder der politikwissenschaftliche *Think Tank* in Washington D.C. – das *American Institute for Contemporary German Studies*. Die Gründung des Deutschen Historischen Instituts in Washington förderte zudem den transatlantischen Austausch in den Geschichtswissenschaften. Schließlich etablierte sich die 1976 gegründete *German Studies Association* als eine übergreifende Organisation mit jährlichen Treffen und einem eigenen Publikationsorgan, die eine breite, interdisziplinäre Deutschlandforschung in den USA förderte. Obgleich die Nachfrage nach *German Studies* bei amerikanischen Studierenden seit Jahren sinkt, gibt es in den USA nach wie vor eine umfangreiche und differenzierte Forschung zur deutschen Gesellschaft und Geschichte in ihren transatlantischen und globalen Bezügen.[24]

V. Unterhaltung: Kommerziell vermittelte Bilder

Im Alltag war es die bunte Welt der Unterhaltungsindustrie und der Werbung, die Bilder des jeweils anderen Lands evozierte. In der Bundesrepublik teilte die wachsende Präsenz US-amerikanischer Waren, Musik und Filme die Gesellschaft in zwei Lager: Ältere und gebildetere Bürgerinnen und Bürger hielten oft nicht viel von Jeans, Elvis, Rock’n’Roll und James Dean, während viele Jugendliche amerikanische Stars, Moden und Filme äußerst attraktiv fanden.[25] Auch die westdeutsche Unterhaltungsindustrie orientierte sich teilweise an den amerikanischen Vorbildern. So inszenierte der erfolgreiche Film „Die Halbstarken“ Horst Buchholz als

[23] Vgl. Hartmut Lehman/James J. Sheehan, An Interrupted Past. German-Speaking Refugee Historians in the United States after 1933, Washington 1991; Merel Leeman, The Transatlantic Reconstruction of „Western“ Culture. George Mosse, Peter Gay, and the Development of the German Tradition of „Geistesgeschichte“, in: Jan Logemann/Mary Nolan (Hrsg.), More Atlantic Crossings? European Voices in the Postwar Atlantic Community, Washington 2014, S. 139–159.

[24] Vgl. Sara Lennox/Gerhard L. Weinberg, Forty Years of the GSA, 1976–2016, in: German Studies Review 39 (2016), S. 449–469, und Celia Applegate, The Project of German Studies. Disciplinary Strategies and Intellectual Practices, in: Ebenda, S. 471–492.

[25] Vgl. Detlef Siegfried, Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006, S. 110 und S. 324–330, sowie Uta G. Poiger, Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley 2000.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

deutschen James Dean (manche Medien nannten auch Marlon Brando), während der Schlagersänger Peter Kraus als der „deutsche Elvis" galt. Der Erfolg amerikanischer Unterhaltungskultur und Moden, oft als Unkultur oder geistlose Massenkultur verunglimpft, löste Befürchtungen vor einer Amerikanisierung der Bundesrepublik aus.

Besonders populär waren amerikanische Western, von denen während der 1950er und 1960er Jahre Hunderte in den westdeutschen Kinos liefen und ein breites Publikum anzogen. Die großen amerikanischen Epen verhandelten Themen wie Patriotismus, Männlichkeit, (gebrochenes) Heldentum oder Weiblichkeit und somit Fragen, die auf ganz andere Weise als in den USA auch in der Bundesrepublik der Nachkriegsjahre virulent waren. So dienten die Western nicht nur der Unterhaltung, sondern auch der Verhandlung von Identitätsfragen einer verunsicherten Gesellschaft.[26]

Der Alltag des modernen Amerika war über Hollywood-Filme dauerpräsent und zeigte den Westdeutschen, wie Amerikanerinnen und Amerikaner (angeblich) lebten und arbeiteten, was sie besaßen, wie sie ihre Beziehungen gestalteten und wovon sie träumten. Über das Fernsehen zogen diese Bilder in den kommenden Jahrzehnten auch in die westdeutschen Wohnzimmer ein, angefangen von Ben Cartwright und seinen Söhnen (*Bonanza*), der Familie Tanner (*Alf*) über das *A-Team* und den *Denver-Clan* bis zu *Beverly Hills 90210* und *Baywatch*. Diese inszenierten Bilder des amerikanischen Alltags trugen mitunter sogar dazu bei, Sitten und Gebräuche zu verändern, etwa bei der Gestaltung von Hochzeiten nach amerikanischem Vorbild – einschließlich des Brautvaters, der die Braut zum Altar führte.

Auch große Konzerne präsentierten ihre Produkte teilweise als typisch amerikanisch, beispielsweise Coca-Cola oder McDonalds. Wie die amerikanischen Stars aus Hollywood und der Musikbranche polarisierten sie und riefen bei den einen Abscheu und Ängste vor einem Verfall der Ernährungskultur hervor, bei anderen hingegen Begeisterung. Heutzutage, da sich die Essenskultur ausdifferenziert hat und viele Deutsche die USA durch Reisen oder berufliche Aufenthalte kennen, werden viele Produkte in den Supermärkten explizit als amerikanisch beworben und dargeboten. Erdnussbutter, Cookies, Sandwich-Toast, BBQ-Soße und Hot Dogs tragen, auch wenn es sich gar nicht um amerikanische Marken handelt, das Wort *American* im Schriftzug und sind mit der US-Flagge bedruckt. In einer zunehmend internationalisierten Ernährungskultur signalisieren diese Produkte ihre Zugehörigkeit zu einer als typisch vermarkteten Länderküche, der viele Deutsche ganz selbstverständlich zusprechen.

Auch die amerikanische Öffentlichkeit rezipierte Deutschlandbilder wohl vor allem durch kommerzielle Unterhaltungsmedien in Film und Funk. Besonders prominent waren Deutschland und die Deutschen in Kriegs- und Spionagefilmen wie in der Kalte-Kriegs-Komödie *One, Two, Three* (1961) des Emigranten Billy Wil-

[26] Vgl. Jonas Wegerer, Der nahe Fremde. Der amerikanische Western in den Kinos der Bundesrepublik Deutschland (1948–1960), Stuttgart 2011.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der. Hollywoods Kriegsfilme setzten sich dabei in den 1950er Jahren zunächst stärker mit Japan als mit Deutschland als Gegner auseinander. Mit Rücksicht auf die neuen transatlantischen Verbündeten wurden Deutsche tendenziell als gute Soldaten, vielfach mit Nähe zum Widerstand portraitiert. Besonders populär war die Comedy-Serie *Hogans Heroes* (1966–1971), die das Leben in einem Kriegsgefangenenlager parodierte. Der leichtgläubige Kommandant Klink (dargestellt von Werner Klemperer, der mit seiner Familie 1935 geflohen war) und sein tumber, aber liebeswerter Feldwebel Schulz (gespielt vom österreichischen Emigranten John Banner) wurden mit ihren deutschen Akzenten für viele Amerikaner zur fiktiven Verkörperung des Deutschen schlechthin. Ab den späten 1970er Jahren setzte sich Hollywood zunehmend ernsthaft mit der NS-Zeit und mit dem Holocaust auseinander, etwa in der TV-Serie *Holocaust* (1978) oder dem Oscar-prämierten Film *Schindler's List* (1993). Doch lässt sich die Dualität vom „guten Deutschen“ und vom „bösen Nazi“ in den meisten amerikanischen Film- und Fernsehdarstellungen der vergangenen Jahrzehnte weiterhin finden.[27]

Die deutsche Populärkultur der Nachkriegsjahrzehnte wurde in den USA hingegen nur in wenigen Ausnahmefällen beachtet. Trotz des Erfolgs vieler deutscher Schauspieler in Hollywood fanden nur wenige deutsche Filmproduktionen wie *Das Boot* (1981) oder *Das Leben der Anderen* (2005) ihren Weg in amerikanische Kinos. Auch deutsche Popmusik fand in den USA bis auf wenige Ausnahmen, etwa die Neue Deutsche Welle mit Nena und Falco, nur selten Anklang. Generell blieb die Rezeption deutscher (wie allgemein ausländischer) Kultur in den Vereinigten Staaten eher ein Phänomen von Kultureliten, die etwa klassische Musik deutscher Provenienz nach wie vor stark nachfragen. Gleiches gilt für die Literatur. Während der am Massenmarkt orientierte amerikanische Buchladen eine umfangreiche Auswahl populärer Titel zum Zweiten Weltkrieg oder zur Geschichte des Nationalsozialismus bereithält, sind Klassiker oder aktuelle Titel der deutschen Literatur in der Regel selten oder gar nicht zu finden.

Für ein breiteres Publikum wurden amerikanische Deutschlandbilder durch die Werbe- und Public Relations (PR)-Tätigkeit deutscher Firmen mitgeprägt. Schon seit 1949 gab es von deutscher Seite Initiativen, das Image *Made in Germany* zu rehabilitieren. Dazu zählten auch die Versuche großer Unternehmen, sich in der öffentlichen Wahrnehmung von ihren Kriegs- und NS-Verstrickungen zu distanzieren. So engagierte das Chemieunternehmen Bayer den jüdisch-amerikanischen PR-Berater Julius Klein, um sich von der Altlast der I. G. Farben zu befreien.

Besonders Konsumgüterhersteller warben ab den 1960er Jahren offensiv um amerikanische Kunden. Volkswagen etwa gelang es mit kreativen Anzeigen, das Stereotyp des effizienten und soliden Deutschen humorvoll auf den VW-Käfer umzumünzen. Während sich manche Marken ab den 1970er Jahren zunehmend als

[27] Vgl. Jeanine Basinger, The World War II Combat Film. Anatomy of a Genre, New York 1986; Reuther, Demokratie auf dem Prüfstand, in: Junker (Hrsg.), USA und Deutschland, Bd. 2, und Frank Bösch, Film, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft. Von „Holocaust“ zu „Der Untergang“, in: VfZ 55 (2007), S. 1–32.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

global vermarkteten und ihre nationale Herkunft herunterspielten, setzten andere gezielt auf Deutschland als reputierliche *Nation Brand*. Viele amerikanische Konsumenten verbinden bis heute *German Engineering* mit Qualitätsarbeit in verschiedensten Bereichen des täglichen Lebens von Automobilen über Kettensägen bis hin zur Küchenausstattung.[28]

VI. Alltag: Persönliche Kontakte und Erfahrungen

Im alltäglichen Austausch schließlich wurden deutsch-amerikanische Wahrnehmungen besonders durch Reisen und Austauschprogramme, durch den Schulunterricht und nicht zuletzt durch die Präsenz US-amerikanischer Soldaten in Deutschland geprägt. Die militärische Präsenz der US-Streitkräfte stand ganz am Anfang der persönlichen Begegnungen zwischen Deutschen und Amerikanern nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Gerade in Deutschland wird in vielen Erinnerungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen eine Mischung aus Angst und Neugierde sichtbar, mit denen die wohlgenährten, gut ausgestatteten und lockeren GIs betrachtet wurden.

Das deutsch-amerikanische Verhältnis vor Ort war ambivalent: Dankbarkeit für die materielle Unterstützung durch US-Soldaten stand neben Verbitterung über die Beschlagnahme von Wohnraum; Bewunderung für die gute Ausstattung der GIs mischte sich mit Neid; gemeinsame Sportveranstaltungen und Festivitäten schlossen Verachtung für die amerikanische Kultur nicht aus; freundliche Zeitungsartikel über die neuen Stadtbewohner verbanden sich mit rassistischen Untertönen gegenüber afro-amerikanischen Militärangehörigen. Und während die Stationierung amerikanischer Truppen schnell zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die jeweilige Region wurde, waren zugleich Klagen über Schäden und Belästigungen durch Manöver weit verbreitet.[29] Besonders heikel waren Beziehungen zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen „Fräuleins". Wurden Frauen, die sich mit Amerikanern einließen, vor allem während der Besatzungsjahre schnell als „Ami-Flittchen" gebrandmarkt, stellten deutsch-amerikanische Ehen vielerorts das Gros der binationalen Eheschließungen dar.[30] Bei allen Schwierigkeiten überwog jedoch das gegenseitige Wohlwollen. Ohnehin wich das enge Zusammenleben der ersten Jahre bald einem Nebeneinander von Deutschen und Amerikanern, da diese zunehmend in eigenen Wohnvierteln mit wenig(er) Kontakt zur einheimischen Bevölkerung lebten. Die Auflösung etlicher US-Militärstützpunkte nach dem Ende des

[28] Vgl. Corinna Ludwig, Amerikanische Herausforderungen. Deutsche Großunternehmen in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 2016.

[29] Exemplarisch wird diese Ambivalenz am Beispiel Augsburgs deutlich; vgl. Reinhild Kreis, Miteinander und nebeneinander. Die Augsburger Bevölkerung und die amerikanische Militärpräsenz 1945–1970, in: Philipp Gassert u. a. (Hrsg.), Augsburg und Amerika. Aneignungen und globale Verflechtungen in einer Stadt, Augsburg 2013, S. 207–224.

[30] Vgl. Maria Höhn, GIs and Fräuleins. The German-American Encounter in 1950s West Germany, Chapel Hill/London 2002.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kalten Kriegs wurde vielerorts zum Anlass, die hohe Präsenz der Amerikaner lokalgeschichtlich zu dokumentieren.

Zu einem massenhaften touristischen Ziel wurden die USA erst seit den 1970er Jahren, und auch als Gastland für Schüleraustauschprogramme sind die USA seit dieser Zeit äußerst beliebt.[31] Durch Austauschprogramme im Rahmen der *Reeducation* reisten aber bereits in den 1950er Jahren viele Tausend Westdeutsche in die USA und lernten dort Land, Leute, und, so die Hoffnung, eine lebendige Demokratie kennen. Tatsächlich hinterließen die USA-Reisen bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen tiefen Eindruck.[32] Eigene Anschauung förderte mitunter jedoch auch den kritischen Blick auf die USA: Einige der jugendlichen USA-Reisenden zählten später zu den prominentesten Kritikern des Vietnamkriegs, bezichtigten die USA des Imperialismus oder verübten wie Gudrun Ensslin als Mitglieder der Rote Armee-Fraktion Anschläge auf amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik.[33]

Auch in den USA erinnern sich viele amerikanische Soldaten trotz mancher Konflikte gerne an die Zeit ihrer Stationierung in Deutschland. Gerade afro-amerikanische GIs aus dem Süden erlebten die Bundesrepublik vielfach als eine vergleichsweise offene Gesellschaft. Die Zahl amerikanischer Touristen in Deutschland nahm ebenfalls stark zu. An Orten wie Heidelberg oder Neuschwanstein suchten (und fanden) Reisende aus den USA eine romantische Version Deutschlands, an der die deutsche Tourismuswerbung schon seit der Zwischenkriegszeit intensiv gearbeitet hatte. Verwandte Bilder deutscher Bier- und Bratwurstseligkeit wurden auch durch amerikanische Oktoberfeste, Steubenparaden und die Folklore deutsch-amerikanischer *Communities* in den USA weitergetragen. Gut 42 Millionen Amerikaner (19 Prozent der Bevölkerung) gaben zur Jahrtausendwende an, eine deutsche Abstammung zu haben. Die Zahl der Haushalte, in denen deutsch gesprochen wird, ist dagegen allerdings verschwindend gering, und Deutsch als Fremdsprache spielt an öffentlichen Schulen in den Vereinigten Staaten kaum noch eine Rolle. Für die große Mehrheit der Amerikaner sind es wahrscheinlich jedoch weniger familiäre Bindungen oder persönliche Kontakte als Sport- und Medienfiguren wie Dirk Nowitzki und Heidi Klum, die das Bild von den modernen Deutschen entscheidend mitprägen.[34]

[31] Vgl. Sina Fabian, Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970–1990, Göttingen 2016, S. 255–262.

[32] Vgl. Latzin, Lernen von Amerika.

[33] Vgl. Klimke, Other Alliance, S. 10 und S. 104, sowie Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003, S. 93.

[34] Vgl. Maria Höhn/Martin Klimke, A Breath of Freedom. The Civil Rights Struggle, African American GIs, and Germany, Basingstoke 2010. Zu den Anfängen deutscher Tourismuswerbung in den USA vgl. Elisabeth Piller, Managing Imponderables. The Rise of U.S. Tourism and the Transformation of German Diplomacy, 1890–1933, in: Diplomatic History 44 (2020), S. 47–75.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VII. Aufmerksamkeitsökonomien: Deutschland und Amerika in einer globalen Welt

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Rollen klar verteilt. Deutschlands Ansehen war ruiniert, angesichts der Schrecken des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Verbrechen schlugen den Deutschen Misstrauen und Ablehnung entgegen. Die Siegermacht USA hingegen hatte eindrucksvoll ihre militärische, wirtschaftliche und moralische Überlegenheit bewiesen. Umso erstaunlicher mutet es an, dass beide Länder gleichermaßen intensiv an ihrem Image zu arbeiten versuchten. So wie der jungen Bundesrepublik daran gelegen war, den Blick weg von der nationalsozialistischen Vergangenheit auf die neue Demokratie zu lenken, investierten die USA beträchtliche Mittel, um sich positiv in der westdeutschen Öffentlichkeit zu präsentieren und enge deutsch-amerikanische Beziehungen zu forcieren.

Die intensive gegenseitige Wahrnehmung war größtenteils dem Kalten Krieg geschuldet. Diese weltpolitische Konstellation brachte USA und Bundesrepublik in eine – wenn auch ungleichgewichtige – Abhängigkeit voneinander, erhöhte die Zahl der persönlichen Kontakte, intensivierte den wechselseitigen Austausch sowie das Interesse, Wissen über das jeweils andere Land zu generieren. Flankiert wurde diese Entwicklung durch die enorme Anziehungskraft der amerikanischen Unterhaltungs- und Konsumgüterindustrie. Die hohe Aufmerksamkeit füreinander bedeutete nicht, dass die gegenseitige Wahrnehmung konflikt- und kritikfrei gewesen wäre. Sie sorgte aber auf beiden Seiten des Atlantiks für vielfältige Versuche, kritischen Bildern Gegenbilder als Korrektiv entgegenzusetzen.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs wandelte sich die historische Ausnahmesituation der intensivierten deutsch-amerikanischen Beziehungen zu einer neuen Normalität in einer globalisierten Welt. Auch wenn gerade in Deutschland immer wieder Klagen über das nachlassende Interesse der USA an Europa im Allgemeinen und der Bundesrepublik im Besonderen laut werden: Auch die Deutschen blicken seither verstärkt in andere Weltregionen. Das zeigt das wachsende Interesse deutscher Studierender für Auslandsaufenthalte in China oder Japan statt den USA ebenso wie das Nein Gerhard Schröders zum Irakkrieg. Die gegenwärtigen atmosphärischen Störungen in den deutsch-amerikanischen und amerikanisch-europäischen Beziehungen verdienen gewiss Aufmerksamkeit. Doch der Blick auf die Vielfalt der transatlantischen Kanäle relativiert die Sorgen um eine dauerhafte und einseitige Bildstörung.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der abschließende Beitrag des VfZ-Schwerpunkts historisiert den Globalisierungsbegriff durch eine Analyse des Verflechtungsverhältnisses von Nationalstaat und Globalisierung. Ausgehend vom Befund, dass sich die Geschichte der Globalisierung und die Globalgeschichte des Nationalen wechselseitig bedingen, werden zunächst die politökonomischen Ursprünge der Globalisierung herausgearbeitet. Die Idee eines größtmöglichen Freihandels entsprach den Wünschen multinationaler Konzerne und gipfelte in den 1990er Jahren in einer verstärkten Deregulierung der (Finanz-)Märkte und der Intensivierung grenzüberschreitender Transaktionen. Die unterschiedlichen Reaktionen auf die Globalisierungsdiskurse verweisen auf Pfadabhängigkeiten, Traditionsbestände und Deutungsmuster, die nationale Raumkonzeptionen entscheidend prägten. Dabei zeigt sich das Potenzial eines Forschungsansatzes, der die unterschiedlichen Zeitschichten und -bezüge der Globalisierung in den Fokus rückt.

Andreas Wirsching

„Kaiser ohne Kleider"?

Der Nationalstaat und die Globalisierung

I. Einleitung und Fragestellung

Nur wenige Begriffe haben die Welt der Wissenschaften so nachhaltig erobert wie die Globalisierung.[1] Tatsächlich gibt es in den Wirtschafts-, Sozial- und Kulturwissenschaften so gut wie kein aktuelles Thema mehr, das nicht in der einen oder anderen Weise unter der Perspektive der Globalisierung verhandelt und diskutiert wird.[2] Einer nicht mehr zu überblickenden Masse von Beschreibungen, Analysen und Theorien steht allerdings nach wie vor eine völlig konträre Wertung entgegen. Es ist noch nicht lange her, da ein geradezu messianischer Lobpreis mit Verdammungsurteilen konkurrierte, die praktisch alle sozialen und politischen Probleme durch die Globalisierung bedingt sahen. Andere wiederum betrachteten die Globalisierung als ein bloßes Schlagwort. Zuletzt häuften sich die Stimmen, die unter dem Eindruck der krisenhaften Entwicklung der vergangenen beiden Jahrzehnte vom *Collapse of Globalism* oder von einer „gescheiterten Globalisierung" sprechen.[3]

[1] Der Aufsatz knüpft an Vorträge an, die ich 2017 in Atlanta und in Tübingen gehalten habe. Ich danke namentlich Jan Eckel für wertvolle Hinweise.

[2] Vgl. George Ritzer (Hrsg.), The Blackwell Companion to Globalization, Oxford 2007, und David Held/Anthony McGrew (Hrsg.), The Global Transformations Reader. An Introduction to the Globalization Debate, Cambridge ^{2}2003.

[3] Vgl. John Ralston Saul, The Collapse of Globalism and the Reinvention of the World, London 2005, und Heiner Flassbeck/Paul Steinhardt, Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates, Berlin 2018.

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0042

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Solche globalisierungskritischen Stimmen speisen sich meist aus dem Empfinden, der Nationalstaat und seine souveränen Handlungsmöglichkeiten würden über Gebühr eingeschränkt oder sogar zerstört. Der Rückzug staatlicher Regulierungsregime zugunsten einer liberalisierten globalen Wirtschaftsordnung erzeuge neue Formen der ökonomischen Schutzlosigkeit und Verwundbarkeit. Betroffen seien vor allem die schwächeren Bevölkerungsgruppen, deren soziales und kulturelles Kapital nicht ausreiche, um an der Globalisierungsdividende zu partizipieren. Der Abbau des Sozialstaats und die asymmetrische Gewinnakkumulation verschärften die globale und soziale Ungleichheit, was schließlich zur direkten Gefährdung der Demokratie führe.[4] Ist der Nationalstaat also angesichts der Globalisierung mit einem kontinuierlichen Machtverlust konfrontiert, bis er am Ende gleichsam nackt als „Kaiser ohne Kleider" dasteht?[5]

Nun hat die Corona-Pandemie des Jahrs 2020 unsere Sicht auf die Dinge binnen weniger Wochen verändert. Manche Fragen werden ganz neu und zum Teil ganz anders gestellt, als man hätte erwarten können. Als es um den Infektionsschutz und die Gesundheitsprävention der Bevölkerung ging, war zunächst allein der Nationalstaat handlungsfähig. In Staaten mit föderativer Struktur wie Deutschland oder die USA besaßen auch die Bundesländer und -staaten hohe Handlungskompetenz. Dagegen waren weder internationale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation noch die Europäische Union in der Lage, exekutiv einzuschreiten. Nationale Grenzen erhielten weltweit wieder eine Kraft und Bedeutung, die man kaum mehr für möglich gehalten hätte. Glaubt man der Stimme des Augenblicks, dann steht sogar die Globalisierung insgesamt zur Disposition, und es zeichnet sich der Umriss einer neuen zeitgeschichtlichen Epoche von circa 1970 bis 2020 ab, die von Internationalisierung, Liberalisierung und Globalisierung geprägt war und nun an ihr Ende gekommen ist.

Für solche Bilanzen und Zeitdiagnosen ist es freilich noch viel zu früh, und darüber, dass das Rad niemals einfach zurückgedreht werden kann, dürfte in der Historiografie Übereinstimmung herrschen. Insofern stellen die hier verfolgte Thematik und die damit konnotierte Verflechtung von Nationalstaat, Staatlichkeit und Globalisierung für die Zeitgeschichte als Wissenschaft eine kardinale konzeptionelle Herausforderung dar. Denn tatsächlich dominieren in der Zeitgeschichte nach wie vor Themen und Zugriffe, für die der Nationalstaat den Rahmen bildet. Ohne die Legitimität solcher Prägungen, für die es viele gute Gründe gibt, infrage zu stellen, gilt doch offenkundig: Die nationalstaatliche Perspektive der zeithistori-

[4] Vgl. Chamsy el-Ojeili/Patrick Hayden, Critical Theories of Globalization, Basingstoke 2006, hier S. 96–106. Für eine frühe Analyse vgl. Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 1995; vgl. auch Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.

[5] Gilbert Ziebura, Gesellschaftlicher Wandel, Interdependenz und Regierungsfähigkeit in Frankreich. Die Krise des Nationalstaats (1996), in: Ders., Frankreich. Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze, hrsg. von Adolf Kimmel, Opladen 2003, S. 279–295, hier S. 288: „Welche Handlungsmöglichkeiten aber bleiben dem tradierten Nationalstaat angesichts einer sich vereinheitlichenden Welt? Im Extremfall steht er da wie der bekannte Kaiser ohne Kleider."

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schen Forschung in eine Beziehung zum Problemkomplex der Globalisierung zu setzen, ist eine überfällige Aufgabe. Sie ist umso dringender geboten, als dies in den Sozialwissenschaften bereits seit geraumer Zeit geschieht. Globalisierung und Nationalstaat, die Entstehung transnationaler Regime und neuer Formen von *Global Governance* sind mittlerweile etablierte Gegenstände innovativer Forschung, die auch zu differenzierten Ergebnissen führt.[6] Warum aber sollte die Zeitgeschichte – gleichsam als Expertin für die Geschichte der Nationalstaaten – hier nicht ihr methodisches Proprium einbringen und in einen überfälligen Dialog mit der sozialwissenschaftlichen Expertise für die Globalisierung eintreten?[7]

Eine historische Betrachtung der Globalisierung ist auch deshalb dringend erforderlich, weil nach wie vor eine überzeugende zeithistorische Periodisierung der Zeit seit den 1970er Jahren fehlt. Insbesondere ist das einflussreiche Erzählmuster „nach dem Boom" in die Jahre gekommen. Seit dem „Strukturbruch" im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ist mehr Zeit vergangen, als der Boom selbst andauerte, und diese Periode währt nun schon länger als die Epoche der Weltkriege.[8] Es reicht daher zum Verständnis dieser jüngsten Zeitgeschichte nicht mehr aus, semantisch eine Nach-Geschichte zu konstruieren, die ihre Maßstäbe aus der vergangenen Epoche bezieht. Damit liefe man Gefahr, einer selbstreferenziellen Geschichte des Niedergangs auf den Leim zu gehen.[9] Auch deswegen hilft eine historische Analyse des Globalisierungsbegriffs.

Freilich ist Globalisierung für sich genommen ein nominalistischer Begriff, der im Maße seiner ubiquitären Verwendung zum reinen Abstraktum zu werden droht. Hinzu kommt, dass es sich sowohl um einen unsystematisch verwendeten Quellen- wie um einen analytischen Begriff handelt, der in den Sozialwissenschaften bereits früh theoretisiert wurde. Nicht zuletzt die dem Begriff inhärenten teleologischen Aspekte, aber auch die Diskussionen über „Gelingen" oder „Scheitern" der Globalisierung deuten die methodischen Schwierigkeiten an. Für die

[6] Vgl. Saskia Sassen, Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization, New York [2]2015, und dies., Territory, Authority, Rights. From Medieval to Global Assemblages, Princeton/New York [4]2008.

[7] Vgl. Julia Angster, Nationalgeschichte und Globalgeschichte. Wege zu einer „Denationalisierung" des historischen Blicks, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2018, S. 9–16, und Lutz Raphael, Die Geschichte der Bundesrepublik schreiben als Globalisierungsgeschichte. Oder die Suche nach deutschen Plätzen in einer zusammenrückenden Welt seit 1949, in: Frank Bajohr u. a. (Hrsg.), Mehr als *eine* Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 203–218.

[8] Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 3., ergänzte Aufl., Göttingen 2012.

[9] Für britische und deutsche Spielarten solcher Niedergangsgeschichten vgl. Peter Beule, Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren, Düsseldorf 2019, hier S. 127–260. Lutz Raphael hat mit seiner Studie Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019, eine differenzierte und multiperspektivische Sozialgeschichte der Entindustrialisierung im Dreiländervergleich Deutschland, Frankreich, Großbritannien vorgelegt und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Strukturierung von 50 Jahren „nach dem Boom".

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Geschichtswissenschaft geht es daher darum, den Begriff zu historisieren und seinen Bedeutungsüberschuss zumindest in den historischen Kontext zu setzen oder überhaupt zu dekonstruieren.[10] Im Folgenden wird dies am zentralen Aspekt des Verflechtungsverhältnisses von Nationalstaat und Globalisierung versucht. Besonders berücksichtigt werden dabei deutsche, französische und britische Perspektiven. Diese Länder weisen in geradezu idealtypischer und damit paradigmatischer Weise unterschiedliche Traditionen, Mentalitäten und Politikstile auf, standen aber angesichts der Globalisierung vor vergleichbaren Herausforderungen. Entsprechend differierte der Umgang mit der globalen Verflechtung der eigenen Nation. Aber nicht nur die deutsch-französischen Unterschiede sind hier interessant. Vielmehr avancierte die Globalisierung auch zu einem dominanten europäischen Thema. Im Rahmen der europäischen Integration und des Maastricht-Prozesses waren Deutschland und Frankreich fundamental aufeinander angewiesen, sodass konträre nationale und gemeinsame europapolitische Interessen sich in den jeweiligen Politiken der Globalisierung miteinander verschränkten. Die hier vorgetragenen Überlegungen verstehen sich als Beitrag zum Konzept einer Geschichte der Globalisierung; zugleich sollen sie aber auch dazu anregen, die Nationalstaaten globalgeschichtlich zu fassen und ihre Verflechtung mit dem Globalen zu analysieren. Geschichte der Globalisierung und Globalgeschichte des Nationalen schließen sich also nicht gegenseitig aus, sondern bedingen einander.[11]

Dementsprechend geht es im Folgenden erstens um die politökonomischen Ursprünge der Globalisierung und zweitens um die analytischen Potenziale, die der Kategorie des Raums in der Spannung von Globalem und Nationalem innewohnten. Ein letzter Gedankengang resümiert noch einmal den Begriff Globalisierung und seine Verwendbarkeit für die zeithistorische Forschung.

II. Die Globalisierung als politisches Projekt

Die zunehmend ubiquitäre Verbreitung des Globalisierungs-Begriffs[12] brachte es mit sich, dass Historikerinnen und Historiker einen Gewinn darin sahen, ihn für die von ihnen untersuchten Epochen zu reklamieren. Die Geschichte der Antike

[10] Vgl. Jürgen Osterhammel, Globalisierungen, in: Ders., Die Flughöhe der Adler. Historische Essays zur globalen Gegenwart, München 2017, S. 12–41.

[11] Nicht zielführend ist dagegen eine Globalgeschichte, die den Nationalstaat ignoriert. Zur Rolle des Nationalstaats in einer Geschichtsschreibung der globalisierten Welt vgl. Isabella Löhr/Roland Wenzlhuemer (Hrsg.), The Nation State and Beyond. Governing Globalization Processes in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries, Berlin 2013, und Konrad H. Jarausch, Demokratie in der Globalisierung. Zeitgeschichte als Historisierung der Gegenwart, in: Francia 38 (2011), S. 311–320.

[12] Vgl. Olaf Bach, Die Erfindung der Globalisierung. Entstehung und Wandel eines zeitgeschichtlichen Grundbegriffs, Frankfurt a. M./New York 2013. Für den deutschen Sprachraum jetzt instruktiv: Jan Eckel, „Alles hängt mit allem zusammen." Zur Historisierung des Globalisierungsdiskurses der 1990er und 2000er Jahre, in: Historische Zeitschrift 307 (2018), S. 42–78.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

oder der Frühen Neuzeit[13] gerät dann ebenso zu einer Globalisierungsgeschichte wie die Geschichte der Küstenschifffahrt an der Ostsee.[14] Solche Generalisierungen sind nur möglich, wenn man einen sehr formalen, im Grunde ahistorischen Verflechtungsbegriff zugrunde legt, der prinzipiell auf Phänomene aller Epochen angewendet werden kann. Dann lässt sich auch behaupten, dass die Globalisierung im Jahre 1571 begann, als die Spanier in Manila einen Handelsstützpunkt einrichteten.[15] Solche Aussagen mögen aufmerksamkeitsökonomischen Erwägungen entspringen; zur näheren geschichtswissenschaftlichen Bestimmung des Globalisierungs-Begriffs tragen sie jedoch nichts bei.

Weitverbreitet und methodisch-konzeptionell wesentlich relevanter ist dagegen die Auffassung, es handle sich bei der Globalisierung um eine Form weltweiter Verflechtung, wie sie aus dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bekannt sei.[16] Wer diese Position vertritt, kann auf gute Argumente zurückgreifen, denn die Parallelen zur jüngsten Zeitgeschichte sind offenkundig. Angeführt von der überragenden Bedeutung Großbritanniens als global agierendes Industrie- und Finanzzentrum, expandierte die auf Kolonialismus, Imperialismus und Goldstandard basierende Weltwirtschaft vor 1914 wie nie zuvor und erreichte zugleich ein bis dahin nicht gekanntes Maß an Integration.[17] Technische Durchbrüche ermöglichten eine Revolution im Verkehrs- und Transportwesen sowie in der Telekommunikation.[18] Zugleich erreichten die weltweiten Migrationsbewegungen einen neuen Höhepunkt.[19] Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Geschichte des Nationalen als Geschichte der Globalisierung schreiben.[20] Erst die Epoche der Weltkriege

[13] Vgl. Markham J. Geller (Hrsg.), Melammu. The Ancient World in an Age of Globalization, Berlin 2014, und Bernd Hausberger, Die Verknüpfung der Welt. Geschichte der frühen Globalisierung vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Wien 2015.

[14] Vgl. Bert Becker, Globalisierung und Küstenschifffahrt in der Ostsee und in Ostasien im 19. Jahrhundert, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 147 (2011), S. 397–424.

[15] Vgl. Dennis O. Flynn/Arturo Giráldez, Globalization began in 1571, in: Barry K. Gills/William R. Thompson (Hrsg.), Globalization and Global History, London/New York 2006, S. 232–247, hier S. 235.

[16] Vgl. Kevin H. O'Rourke/Jeffrey G. Williamson, Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy, Cambridge/London 1999. Gleichsam eine Stufenfolge von historischen Globalisierungsschritten schlug Antony G. Hopkins, Globalization. An Agenda for Historians, in: Ders. (Hrsg.), Globalization in World History, London 2002, S. 1–10, vor: von der „archaischen Globalisierung" über die „Proto-Globalisierung" bis hin zur „imperialen" und „postkolonialen" Globalisierung des späten 19. und des 20. Jahrhunderts.

[17] Vgl. Barry Eichengreen, Globalizing Capital. A History of the International Monetary System, Princeton/New York 1996.

[18] Vgl. George Rogers Taylor, The Transportation Revolution, 1815–1860, New York u. a. 1951, und Roland Wenzlhuemer, Connecting the Nineteenth-Century World. The Telegraph and Globalization, Cambridge u. a. 2013.

[19] Vgl. Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000, S. 378–452; Jochen Oltmer, Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 108–122, und Agnes Bresselau von Bressensdorf (Hrsg.), Über Grenzen. Migration und Flucht in globaler Perspektive seit 1945, Göttingen 2019.

[20] Vgl. Sebastian Conrad, Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006. Vgl. auch Cornelius Torp, Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mit ihren finanz-, währungs- und handelspolitischen Disruptionen setzte der Blüte dieser ersten Globalisierung *avant la lettre* ein jähes Ende.[21]

Trotzdem spricht vieles dafür, die Geschichte der Globalisierung seit den 1970er Jahren als Zäsur sui generis zu betrachten. Zwar handelte es sich dabei zunächst weniger um völlig neue Entwicklungen als um die immense quantitative Steigerung im Kern bereits bekannter Phänomene. Alle Merkmale der Globalisierung – Intensivierung internationaler Arbeitsteilung, Expansion des Welthandels und der Auslandsproduktion, Ausdehnung der Kapitalinvestitionen und Finanzmärkte, technische Innovationen, Grenzöffnungen und Migrationsbewegungen – waren nicht per se neu. Aber sie konvergierten im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in einer zuvor ungekannten Dynamik. Wir plädieren daher dafür, den zu historisierenden Begriff der Globalisierung auf diese jüngste Epoche zu beschränken und damit zum Gegenstand der Zeitgeschichte zu machen.

Eine solche epochenspezifische Beschränkung wird umso plausibler, wenn man die Ursprünge der Globalisierung näher betrachtet. Denn diese folgten einer eindeutig polit-ökonomischen Logik.[22] So waren die *Trente Glorieuses* ökonomisch betrachtet kein globales Zeitalter. Im Vergleich zur Epoche vor 1914 stellten sie eher einen Rückschritt dar, in dessen Verlauf die Rolle des Nationalstaats bedeutender geworden war und geradezu eine Nationalisierung der (früheren) Weltwirtschaft erfolgte. Als Erbe der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs verengten Protektionismus und Währungskontrollen die Möglichkeiten des internationalen Handels. Hinzu traten Enteignungen und Sozialisierungen, die viele sogenannte Entwicklungsländer im Zuge der Dekolonisierung durchführten. Infolgedessen konzentrierte sich der internationale Handel fast ausschließlich auf die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa, während in Bezug auf Rohstoffe und vor allem Dienstleistungen nationalstaatlich geschlossene Märkte dominierten.[23]

Dieses System, das auf dem Abkommen von Bretton Woods beruhte, die *Trente Glorieuses* hervorgebracht hatte und gelegentlich als „halbierte Globalisierung" bezeichnet wurde,[24] stieß in den 1970er Jahren an seine Grenzen. Den Optimismus

Deutschland 1860–1914, Göttingen 2005, sowie Jean-François Eck, La mondialisation, l'histoire et les historiens de la France et de l'Allemagne, in: Ders./Dietmar Hüser (Hrsg.), Deutschland und Frankreich in der Globalisierung im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2012, S. 11–23.

[21] Vgl. Peter E. Fäßler, Globalisierung. Ein historisches Kompendium, Köln u. a. 2007, S. 74–97, und Cornelius Torp, Erste Globalisierung und deutscher Protektionismus, in: Sven Oliver Müller/Cornelius Torp (Hrsg.), Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, S. 422–440.

[22] Im Rahmen einer allgemeinen Theorie der Beschleunigung infolge der Verkürzung der ökonomischen Verwertungszyklen vgl. Hartmut Rosa, Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt a. M. 2005, S. 349 f.

[23] Vgl. Bach, Erfindung, S. 129 f., und Geoffrey Jones, Multinationals from the 1930s to the 1980s, in: Alfred D. Chandler, Jr./Bruce Mazlish (Hrsg.), Leviathans. Multinational Corporations and the New Global History, Cambridge 2005, S. 81–103, hier S. 85–87.

[24] Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, 5. durchgesehene Aufl., München 2012, S. 86 – ein Beispiel dafür, wie eine überdehnte Verwendung des Globalisierungs-Begriffs neue Unklarheiten schafft.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

des Booms löste die Erfahrung der Krise ab. Die 1970er und 1980er Jahre bildeten den archimedischen Punkt eines umfassenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandels, dessen Dynamik durch massive aktuelle Krisenerscheinungen katalytisch verstärkt wurde. In den westlichen Industriestaaten brachen manche Branchen wie die Textil- oder die Fotoindustrie binnen kurzer Zeit fast gänzlich zusammen; andere Bereiche wie der Schiffsbau oder die Stahlindustrie kämpften ums Überleben und drohten zu ewigen Krisenbranchen zu werden.[25] Die Autoindustrie, einst ein Monopol der westlichen Industriestaaten, hatte sich zunehmend der japanischen Konkurrenz zu erwehren. Die Krise der Weltwirtschaft und die massiv zunehmende internationale Konkurrenz zwangen die Industrieunternehmen zu schmerzhaften Anpassungs- und Rationalisierungsmaßnahmen und beschleunigten dadurch den Abbau industrieller Arbeitsplätze. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums, die steigende Inflation und die hohe Arbeitslosigkeit nährten daher ein grenzüberschreitendes wirtschaftliches Krisengefühl, denn einfache ökonomische Lösungskonzepte boten sich nicht an.[26] Mehr als alles andere bestimmte diese Erfahrung die politische Agenda der westlichen Industriestaaten.

Nicht zufällig entstand in diesem Kontext die Einrichtung der G7-Gipfeltreffen. Deren Geschichte begann mit dem ersten Weltwirtschaftsgipfel in Rambouillet vom 15. bis 17. November 1975, der auf Initiative Helmut Schmidts und Valéry Giscard d'Estaings zusammenkam.[27] Die weltwirtschaftlichen Vorzeichen empfand man als düster, und nicht nur im *Foreign Office* fühlte man sich an vergangene Unbill erinnert: „Wir erinnern uns, wie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der dreißiger Jahre den Aufstieg der Diktatoren begünstigten."[28] Die Staats- und Regierungschefs stimmten denn auch darin überein, „daß die Wirtschaftskrise, die inzwischen alle Länder erfaßt hatte, uns nicht wie die Krise in den frühen dreißiger Jahren zu einem handels- und währungspolitischen Kampf aller gegen alle verleiten dürfe".[29] Man trennte sich in dem Einvernehmen, es

[25] Vgl. Stephan H. Lindner, Den Faden verloren. Die westdeutsche und französische Textilindustrie auf dem Rückzug (1930/45–1990), München 2001, und Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006, S. 223–235. Zur Schrumpfung traditioneller Industrien in der Strukturkrise vgl. Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl, S. 44–49.

[26] Vgl. Daniel Yergin, Crisis and Adjustment. An Overview, in: Ders./Martin Hillenbrand (Hrsg.), Global Insecurity. A Strategy for Energy and Economic Renewal, Boston 1982, S. 1–28. Zu den langfristigen Folgen der ersten Ölpreiskrise vgl. Rüdiger Graf, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin 2014.

[27] Zur Geschichte der G7-Gipfel vgl. Federico Romero, Refashioning the West to Dispel its Fears. The Early G7 Summits, in: Emmanuel Mourlon-Druol/Federico Romero (Hrsg.), International Summitry and Global Governance. The Rise of the G7 and the European Council, 1974–1991, London 2014, S. 117–137.

[28] Zit. nach ebenda, S. 118 f. Übersetzung von Andreas Wirsching; sofern nicht anders gekennzeichnet, stammen Übersetzungen immer von ihm.

[29] Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987, S. 214. Die Sitzungsprotokolle der Bonner Delegation in Rambouillet finden sich in den Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1975, Bd. 2: 1. Juli bis 31. Dezember 1975, bearb. von

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

diene den jeweiligen nationalen Interessen am besten, die Hemmnisse, die der Zirkulation von Waren und Finanzströmen entgegenstanden, möglichst weitgehend abzubauen.

Wesentliche Impulse zu einer entsprechend zielgerichteten Politik, welche die Krise zu überwinden trachtete, kamen aus den USA, die sich, unter dem Eindruck kontinuierlicher Zahlungsbilanzdefizite vom Bretton-Woods-System abgewandt hatten. Um dieselbe Zeit verstärkten die amerikanischen Wirtschaftskreise den Druck auf die Regierung und forderten, international agierenden Unternehmen mehr Spielraum zu gewähren.[30] Die US-Administration unter Präsident Gerald Ford reagierte und stieß Verhandlungen zur Liberalisierung des internationalen Handels an. Die damit eingeleitete sogenannte Tokio-Runde der Verhandlungen des *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) beschäftigte die US-Administration während Fords gesamter Amtszeit und wurde 1979 mit einem Abkommen abgeschlossen, das 102 Staaten einschloss. Dem neuen Präsidenten Jimmy Carter konnte kurz nach seinem Amtsantritt berichtet werden: „Die Schlussergebnisse der Tokio-Runde bilden die umfassendste Handelsgesetzgebung, die jemals ein Präsident dem Kongress vorgelegt hat."[31]

Insbesondere machte sich die US-Administration die Wünsche der multinationalen Unternehmen zu eigen, wie überhaupt die wirtschaftlich zum Teil prekäre Lage dieser Konzerne eine Schlüsselrolle in der Geschichte der Globalisierung spielte.[32] Die USA strebten danach, die rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen zu verbessern und den entsprechenden internationalen Kapitalfluss zu sichern. Ein wesentliches Resultat dieser Verhandlungen war im Juni 1976 die „Declaration on International Investment and Multinational Enterprises". Dieser Erklärung, die noch heute in Kraft ist,[33] traten sukzessive 46 Länder bei. Sie glich einem Bekenntnis zur Förderung multinationaler Unternehmen. Die Minister der Staaten, die sich zur *Organisation for Economic Co-operation and Development* zusammengeschlossen hatten, würdigten explizit den „positiven Beitrag, den die multinationalen Unternehmen zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu leisten vermögen". Die Schwierigkeiten, „die aus der Tätigkeit dieser Unternehmen etwa erwachsen", wollten sie „teilweise oder ganz ausräumen [...]. Daher kamen sie überein, ihre Kooperation und Konsultation auf dem Gebiet der

Michael Kieninger/Mechthild Lindemann/Daniela Taschler, München 2006, S. 1622–1654 (Dok. 346–350).

[30] Vgl. Vernie Oliveiro, The United States, Multinational Enterprises, and the Politics of Globalization, in: Niall Ferguson u. a. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge/London 2010, S. 143–155, hier S. 146–149.

[31] Memorandum From the Special Representative for Trade Negotiations (Strauss) to President Carter, 5.6.1979, in: Foreign Relations of the United States (FRUS), 1977–1980, Bd. 3: Foreign Economic Policy, hrsg. von Kathleen B. Rasmussen/Adam M. Howard, Washington 2010, Dok. 216; history.state.gov/historicaldocuments/frus1977-80v03/d216 [12.2.2019].

[32] Vgl. Bach, Erfindung, S. 129–147.

[33] Vgl. The OECD Declaration and Decisions on International Investment and Multinational Enterprises: Basic Texts; www.oecd.org/daf/inv/investment-policy/ConsolidatedDeclarationTexts.pdf [4.1.2019].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

internationalen Investitionen und der multinationalen Unternehmen zu intensivieren."[34] Die amerikanische Regierung beeilte sich, die Übereinkunft als bedeutenden Schritt zu preisen, hin zu einem „offenen und stabilen Umfeld für internationale Investitionen".[35] Und nur eine Woche später drang Präsident Ford auf der G7-Gipfelkonferenz weiter darauf, „die institutionellen Strukturen des Welthandelssystems zu verbessern [...], die Zölle maximal zu senken, ein zunehmend offeneres Handelssystem zu schaffen". Notwendig sei die „Freiheit des Kapitalverkehrs" und die „Vermeidung von Regierungsmaßnahmen, die den Kapitalverkehr ‚verzerren'".[36]

Zwar kam die Liberalisierung der Finanzmärkte und des Güterverkehrs während der 1970er Jahre weltweit, aber auch in Westeuropa nur langsam voran und wurde überdies durch exogene Schocks wie die beiden Ölpreiskrisen gehemmt.[37] Zugleich jedoch verhandelten die Regierungen hinter verschlossenen Türen über eben eine solche Liberalisierung. Regelmäßig bildeten die USA dabei die treibende Kraft. Sollten diese multilateralen Verhandlungen scheitern, so befürchtete man in Washingtoner Regierungskreisen, „würden die USA, als eine starke Volkswirtschaft, Möglichkeiten für eine Exportsteigerung verlieren". Demgegenüber stünde für die „schwächeren Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft" wie Frankreich, Großbritannien und Italien weitaus weniger auf dem Spiel, „weil sie weniger konkurrenzfähig" seien.[38] Angetrieben vom durchaus robusten nationalen Eigeninteresse der USA, setzte sich die Idee des größtmöglichen globalen Freihandels allmählich bei den westlichen Industriestaaten durch.

Die krisenhafte wirtschaftliche und konjunkturelle Lage erzeugte Massenarbeitslosigkeit und drohte, die westlichen Gesellschaften zu destabilisieren. In den Rezepten wirtschaftlicher Liberalisierung und Transnationalisierung erblickten die nationalen Regierungen daher die wichtigste, ja die einzige Methode zur Bekämpfung der galoppierenden Krise. Dabei ging es zunächst darum, so stellte der britische Industrieminister Patrick Jenkin im Oktober 1982 fest, „die eigene Industrie und die öffentliche Meinung in unseren Ländern davon zu überzeugen, daß der freie Handel zu ihrem eigenen Vorteil sei. [...] Im Grunde genommen gelte es, deutlich zu machen, daß ein offenes Handelssystem für alle Beteiligten besser sei als protektionistische Maßnahmen." Sollte das nicht gelingen,

[34] Kommuniqué über die Tagung des Ministerrates der OECD in Paris am 21. und 22. Juni 1976, in: Europa-Archiv 31 (1976), S. D 459–464, hier S. D 460 f.

[35] Zit. nach Oliveiro, United States, in: Ferguson u. a. (Hrsg.), Shock, S. 149.

[36] Konferenz der Staats- und Regierungschefs aus sieben Industriestaaten in San Juan, 27./28.6.1976, in: AAPD 1976, Bd. 1: 1. Januar bis 30. Juni 1976, bearb. von Matthias Peter/Michael Ploetz/Tim Geiger, München 2007, Dok. 208, S. 965–979, hier S. 972 f.

[37] Vgl. Alan M. Taylor, The Global 1970s and the Echo of the Great Depression, in: Ferguson u. a. (Hrsg.), Shock, S. 97–112.

[38] Memorandum From the Special Representative for Economic Summits (Owen) to President Carter, 1.12.1978, in: FRUS, 1977–1980, Bd. 3, Dok. 183; history.state.gov/historicaldocuments/frus1977-80v03/d183 [12.2.2019].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

drohe den westlichen Industrieländern „eine Katastrophe".[39] Mithin lassen sich die 1970er Jahre als Latenzphase der Globalisierung begreifen. Gespeist wurde sie allein durch das nationale Interesse der westlichen Industriestaaten.

In den 1980er Jahren setzte sich der Prozess der handelspolitischen Globalisierung gleichsam spiralförmig fort. Ein weiterer Durchbruch erfolgte auf der GATT-Ministertagung Ende November 1982 in Genf. Nach langen und schwierigen Verhandlungen einigten sich die Minister auf ein Arbeitsprogramm für die kommende Dekade. Es drückte zum einen die tiefgreifende Verunsicherung angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit aus und appellierte zum anderen an die Mitgliedsländer, auf dem eingeschlagenen Weg der Liberalisierung voranzuschreiten. Bezeichnenderweise konnte sich die Europäische Gemeinschaft (EG) nicht zu einer uneingeschränkten Zustimmung entschließen. Der Grund hierfür lag vor allem in der Rücksichtnahme auf die heimische Landwirtschaft, nachdem sich die Ministerrunde ein zweijähriges „Agrararbeitsprogramm" auferlegt hatte, mit dem Ziel, „landwirtschaftliche Exporte unter größere Wettbewerbsdisziplin zu stellen (sprich: weniger zu subventionieren)".[40] Aufgrund gravierender Interessen- und Meinungsverschiedenheiten dauerte es denn auch noch vier weitere Jahre, bis mit der Uruguay-Runde ein neuer Verhandlungszyklus eingeläutet werden konnte.

Erneut standen die USA, getrieben von einem Rekorddefizit ihres Außenhandels, an der Spitze und schreckten auch vor Drohgebärden nicht zurück. „Die Mitglieder des GATT", so deklamierte der amerikanische Delegierte Clayton Yeutter, „müssen zusammenarbeiten, um die Welt wieder in ein ökonomisches Gleichgewicht zu bringen – zum Wohle aller. Wenn andere Länder daran nicht interessiert sind, werden die USA keine Wahl haben, als ihre eigenen Interessen auf ihre Art und Weise zu verteidigen. Wir sind dazu bereit, wenn wir es müssen." Frei(er)er Handel mit Agrarprodukten und Dienstleistungen, die Verbesserung der weltweiten Investitionsbedingungen und die internationale Regulierung des Urheberrechts standen ganz oben auf der amerikanischen Prioritätenliste. Dabei vergaß Yeutter nicht zu betonen, dass die Liberalisierung der Märkte letztendlich allen, insbesondere den unterentwickelten Ländern zugutekommen werde: „Wenn wir Punta del Este verlassen, ohne Schritte zur Stärkung und Modernisierung des GATT unternommen zu haben, dann werden wir auf Jahre hinaus die Chance verpasst haben, das Leben für alle Bürger weltweit zu verbessern."[41] Im September 1986 verkündeten die Minister auf dem GATT-Gipfeltreffen in Punta del Este denn auch eine umfassende Agenda über praktisch alle offenen Probleme der Handels- und Finanzpolitik. Neben der Aufnahme von Verhandlungen über neue

[39] Deutsch-britische Konsultationen, 29.10.1982, in: AAPD 1982, Bd. 2: 1. Juli bis 31. Dezember 1982, bearb. von Michael Ploetz/Tim Szatkowski/Judith Michel, München 2013, Dok. 288, S. 1501–1513, hier S. 1510.

[40] Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz, in: Ebenda, Dok. 333, S. 1722–1726, hier S. 1725, Anm. 14.

[41] General Agreement on Tariffs and Trade, MIN (86)/ST/5, 15.9.1986, Special Distribution; www.wto.org/gatt_docs/English/SULPDF/91240017.pdf [12.2.2019].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Themenfelder wie Dienstleistungen und geistiges Eigentum versprachen die Minister, alle Artikel des GATT auf den Prüfstand zu stellen. Damit war die größte handelspolitische Verhandlungsrunde aller Zeiten eingeleitet. Sie zielte in erster Linie auf die „Sicherstellung einer stärkeren Liberalisierung und Ausweitung des Welthandels zum Nutzen aller Länder, insbesondere der weniger entwickelten Vertragsparteien, einschließlich der Verbesserung des Marktzugangs durch Senkung und Beseitigung von Zöllen, mengenmäßigen Beschränkungen und anderen nichttariflichen Maßnahmen und Hemmnissen".[42]

Die acht Jahre lang tagende Uruguay-Runde, die 1994 beendet und in die neue Welthandelsorganisation überführt wurde, kann in ihrer Wirkung kaum überschätzt werden. Hinsichtlich ihrer komplexen Materie, dem internationalen Handelsrecht, war sie ein Forum für Spezialisten, für das sich in den nationalen Parlamenten nur ganz wenige interessierten.[43] Dementsprechend tagte die Runde lange Zeit, ohne in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu geraten. Fast erschöpfte sie sich in den Mühen der Ebene. 1990 stand sie kurz vor dem Scheitern, da vor allem die Liberalisierung der Agrarmärkte auf den schärfsten Widerstand Frankreichs, aber auch Deutschlands und damit der Europäischen Gemeinschaft traf.[44] Erst mit mehrjähriger Verspätung ließen sich die Differenzen überwinden, und am 15. Dezember 1993 unterschrieben 117 Staaten die Ergebnisse der Runde.[45]

Durch ihre Beschlüsse wurden zum einen die Zölle weltweit noch einmal substanziell gesenkt; zum anderen trug man dem Wunsch der USA Rechnung, Agrar- und Textilprodukte erstmals in das GATT-System mit einzubeziehen. Langfristig am wichtigsten war jedoch die Aufnahme von Dienstleistungen in den Liberalisierungskatalog. Internationale Investitionen und Handel im Dienstleistungs- und Finanzbereich versprachen künftig einfacher, rechtssicherer und renditestärker zu werden.[46] Zur Erleichterung vieler Beobachter verhinderte die Uruguay-Runde des GATT somit das Auseinanderdriften regionaler Märkte in Ostasien, Europa und den USA. Vielmehr trug das Abkommen entscheidend dazu bei, eben diese Märkte miteinander zu verknüpfen. Überdies konvergierte der Abschluss mit der enormen technischen Entwicklung im Bereich der Informationstechnologie und der damit verbundenen Revolution in der internationalen Kommunikation. Sie

[42] Ministererklärung der Uruguay-Runde im Rahmen des GATT, Punta del Este, 20.9.1986, in: Europa-Archiv 42 (1987), S. D 163–169, hier S. D 163.

[43] Vgl. Lorenz Schomerus, Die Uruguay-Runde. Erfahrungen eines Chefunterhändlers. Vortrag gehalten am 4. Juni 2003 an der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, abgedruckt in: Beiträge zum transnationalen Wirtschaftsrecht 19/2003, S. 5; www2.jura.uni-halle.de/INSTITUT/Heft19.pdf [4.1.2019].

[44] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, B 221, Ref. 411, Bd. 160570, Aufzeichnung betr. Schlußkonferenz der Uruguay-Runde des GATT, Vortragender Legationsrat Rosengarten, 12.12.1990.

[45] Die Ergebnisse der Uruguay-Runde: www.wto.org/english/docs_e/legal_e/legal_e.htm [12.2.2019].

[46] Resümierend vgl. Bernhard May, Der erfolgreiche GATT-Abschluß – ein Pyrrhussieg?, in: Europa-Archiv 49 (1994), S. 33–42, und Thomas Oppermann/Marc Beise, Die neue Welthandelsorganisation – ein stabiles Regelwerk für weltweiten Freihandel?, in: Ebenda, S. 195–208.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

stellte die Infrastruktur für die neuen Formen weltweiter Verflechtung bereit, was eine neue dynamische Situation schuf:

> „Die Deregulierung der Märkte, der Abbau von Kapitalverkehrskontrollen, die Entwicklung neuer Techniken und sogenannter Derivate wie andere finanzielle Innovationen sowie die enormen Fortschritte bei den Informationssystemen haben einen internationalen Verbund geschaffen, der noch vor relativ kurzer Zeit unvorstellbar erschien. Es gibt eine wirkliche Globalisierung des täglichen weltweiten Marktgeschehens."[47]

Diese ökonomischen sowie wirtschafts- und handelspolitischen Impulse gilt es zu betonen. Denn sie unterstreichen, dass die Globalisierung der 1980er und 1990er Jahre keineswegs ein ungesteuerter Prozess war, der die westliche Politik gleichsam wie ein Naturereignis überrollte. Vielmehr war die Globalisierung ein durch und durch politisches Projekt. „Die Globalisierung", so formulierte es John K. Galbraith 1997, „ist nichts Ernsthaftes. Wir, die Amerikaner, haben sie als ein Mittel erfunden, um zu verschleiern, dass wir mit unserer Politik andere Nationen wirtschaftlich durchdringen."[48] Freilich ist dies eine überspitzte Formulierung. Sie öffnet das Tor für allzu einfache Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung, etwa im Sinne eines platten Antiamerikanismus oder einer politischen Ökonomie, die in der Globalisierung bloß die „aktuelle Phase des Imperialismus" sieht.[49] Vielmehr entstand die Globalisierung aus einem multilateralen Verhandlungsprozess der Nationalstaaten, die ihre eigenen Probleme und Interessen im Auge hatten, oder anders formuliert: Man setzte an zur „Rettung des Nationalstaats" durch die Globalisierung.[50] Angetrieben von den USA, arbeiteten die westlichen Nationalstaaten und Regierungen aktiv darauf hin, die globale Wirtschaft durch Liberalisierung zu stimulieren. Unterstützt wurden sie dabei von internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die mit dem *Washington Consensus* von 1990 in den Schuldnerstaaten Struk-

[47] Gerhard Stoltenberg, Plädoyer für innovatives Denken. Aufgaben der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik, in: Europa-Archiv 49 (1994), S. 203–208, hier S. 203.

[48] Zit. nach Carlos M. Vilas, Globalization as Imperialism, in: Latin American Perspectives 29 (2002), S. 70–79, hier S. 70 (John K. Galbraith, Interview mit der brasilianischen Tageszeitung „Folha de São Paulo", 2.10.1997).

[49] So ebenda. Vgl. ähnlich Reinhart Kößler, Imperialismus und Globalisierung. Anmerkungen zu zwei Theoriekomplexen, in: PROKLA 33 (2003), S. 521–544. Dessen ungeachtet sticht „eine eigentümliche Wahlverwandtschaft zwischen der hochimperialen letzten und der vom Topos der Globalisierung bestimmten heutigen Jahrhundertwende" tatsächlich ins Auge; Christian Geulen, Test the West. Bemerkungen über ein Raumkonzept – und seinen Geltungsraum, in: Riccardo Bavaj/Martina Steber (Hrsg.), Zivilisatorische Verortungen. Der „Westen" an der Jahrhundertwende (1880–1930), Berlin/Boston 2018, S. 150–161, hier S. 160 f.

[50] Vgl. Alan Milward, The European Rescue of the Nation-State, London/New York ^{2}2000, und Stephen D. Krasner, Globalization, Power, and Authority, in: Edward D. Mansfield/Richard Sisson (Hrsg.), The Evolution of Political Knowledge. Democracy, Autonomy, and Conflict in Comparative and International Politics, Columbus 2004, S. 60–81.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

turanpassungen erzwangen. Die Weltbank drang überdies ab 1994 darauf, dass die Sozialstaaten zu kapitalgedeckten Vorsorgeformen übergehen und ihre Systeme damit für die internationalen Finanzmärkte öffnen sollten.[51]

Das zugrunde liegende Kalkül war stets, mit solchen Maßnahmen die für den Westen innenpolitisch bedrohliche Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können. Indem sie liberalisierten, deregulierten und privatisierten, förderten die Regierungen und internationalen Organisationen nachhaltig die Macht des Markts und entgrenzten den internationalen Spielraum der großen Konzerne und Banken. Es galt, den bereits angelaufenen Strukturwandel zu beschleunigen, ihn beherrschbar zu machen und die Industriegesellschaften mit ihrem großen Anteil an einfacher Handarbeit zu modernen Dienstleistungsgesellschaften umzuformen. Freilich bahnten die westlichen Regierungen damit selbst den Weg zu eben jenem staatlichen Souveränitätsverlust, den sie später umso heftiger beklagten. In gewisser Weise hat sich der Nationalstaat selbst umgestaltet und in seiner Macht beschnitten, indem er die zahlreichen Gesetze und Regeln zur ökonomischen Globalisierung einführte.

Wie immer man die Folgen bewerten möchte: Die Ambiguität zwischen nationaler Interessenpolitik und globalem Verflechtungsanliegen ist der Geschichte der Globalisierung von ihren Anfängen an eingeschrieben. Nur vor diesem Hintergrund sind die Wirkungen zu analysieren, welche die Globalisierung auf die Nationalstaaten hinsichtlich ihrer Schlüsselkategorien Raum und Zeit ausübte. Im Sinne eines dialektischen Umschlags veränderten sich nationalstaatliche Wirtschafts- und Kulturräume durch die Globalisierung in höchst dynamischer Weise. Zugleich hat die Entwicklung seit den 1990er Jahren gezeigt, dass die ökonomische Globalisierung und die mit ihr einhergehende Konstruktion transnationaler Wirtschaftsräume einerseits und die fortbestehende Kraft nationaler Räume andererseits keineswegs inkompatibel sind. Vielmehr bleiben sie eng miteinander verflochten, ja bedingen einander. Tatsächlich gleicht die Globalisierung einer neuen Epoche der offenen Grenzen. Offenkundig besteht sie nicht nur aus der Fortsetzung des historisch bekannten intensiven grenzüberschreitenden Verkehrs – das Markenzeichen der Epoche vor 1914 –, sondern auch aus einer neu erstandenen Welt mit offenen Grenzen, die grenzenlose Transaktionen erlaubt.[52] Es entfaltete sich ein transnationaler Wirtschaftsraum, basierend auf einem immer ausgefeilteren internationalen Regelwerk und einer fortschreitenden Digitalisierung, die weltweit die freie Mobilität von Kapital und Gütern erlaubte. Das adäquate Sinnbild hierfür ist das globale Fließ- beziehungsweise Montageband.

[51] Vgl. Hans Günter Hockerts, Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Göttingen 2011, S. 305 f.

[52] Vgl. Jan Aart Scholte, Global Trade and Finance, in: John Baylis/Steve Smith (Hrsg.), The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations, Oxford ^{3}2006, S. 599–619, hier S. 602 f.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

III. Die Globalisierung und die nationalen Wirtschafts- und Kulturräume

In der modernen europäischen Geschichte verflochten sich die Idee der nationalen Souveränität, das staatliche Territorium und das jeweilige politische System zu einer nationalstaatlichen Entität. Staatsmacht und sozialer Einfluss, Staatsbürgerschaft und Individualrechte blieben normalerweise auf das nationale Territorium begrenzt. Nicht zuletzt deshalb spielten Grenzen und die gewaltsamen Konflikte um sie eine so entscheidende Rolle für die europäische Geschichte.[53] Im Zuge der Globalisierung, aber auch der Europäisierung hat sich dies seit den 1980er Jahren fundamental geändert. Die informationstechnologische Revolution und die politisch gewollte Bildung eines transnationalen Wirtschaftsraums erzeugten eine zunehmende Kompression der Zeit und eine „Verflüssigung" des Raums.[54] Die Folge war eine dynamisch voranschreitende Tendenz zur Entterritorialisierung und Denationalisierung von Kommunikation, Rechtsnormen und wirtschaftlichen Aktivitäten. Allein die Telekommunikation werde, so lautete eine Prognose aus dem Jahr 1987, jede territoriale Beschränkung überschreiten, und „die Vorstellung, dass jedes Land die territoriale Kontrolle über die elektronische Kommunikation ausübe, wird genauso archaisch werden, wie früher die Auffassung, eine nationale Kontrolle über das gesprochene (und später das geschriebene) Wort sei möglich".[55] Dementsprechend lautet die gängige Ansicht, die Integration von Kommunikationstechnologien, Finanzmärkten und Welthandel habe die Souveränität der Nationalstaaten unterminiert und in einen globalen Raum verlagert.

In den Sozial- und Politikwissenschaften sind die Kräfte und Phänomene solcher Entterritorialisierung seit rund zwei Jahrzehnten ein vielbeachtetes Thema und können als recht gut erforscht gelten. Allerdings bewegen sich die einschlägigen Untersuchungen überwiegend auf der Makroebene.[56] Die Strukturen, Ereignisse und Netzwerke, mittels derer die Verlagerung der Souveränität weg vom Nationalstaat hin zum globalen Raum konkret erfolgte, sind dagegen weitaus weniger greifbar.[57] Noch weniger wird die Frage berücksichtigt, wieweit die neuen Raum- und Zeitvorstellungen auf die nationalstaatliche Dimension zurückwirkten; welche Widersprüche sie erzeugten und wie sich neue Interaktionsformen zwischen nationalstaatlichen und transnationalen beziehungsweise globalen Akteuren entwickelten. Die Methode der auf rein quantitativen Daten beruhenden Globalisierungsindizes ist hierfür wenig geeignet.[58] Für die zeitgeschichtliche Forschung ergibt sich somit eine Fülle neuer Themen, die zusammengenommen eine geradezu rie-

[53] Vgl. Charles S. Maier, Once within Borders. Territories of Power, Wealth and Belonging since 1500, Cambridge/London 2016.

[54] Vgl. Zygmunt Bauman, Liquid Modernity, Cambridge 2000.

[55] Eli M. Noam, The Public Telecommunications Network. A Concept in Transition, in: Journal of Communication 37 (1987), S. 30–48, hier S. 44.

[56] Das gilt auch für die grundlegende Studie von Sassen, Territory.

[57] Explizit dazu aus der Sicht eines Geographen: John A. Agnew, Globalization and Sovereignty, Lanham u. a. 2009.

[58] So beschrieb etwa die Enquete-Kommission des Bundestags zur Globalisierung der Weltwirtschaft die Probleme, die mit den Globalisierungsindizes einhergehen: Schlussbericht der

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sige Agenda begründen. Vor diesem Hintergrund können die folgenden Bemerkungen nur vorläufigen Charakter haben.

Zunächst lässt sich erkennen, dass in jedem der europäischen Nationalstaaten sehr unterschiedliche, gleichsam individuelle Blickwinkel auf die global verflüssigten Räume entstanden. Zu untersuchen sind daher die Reaktionen und Bewältigungsstrategien der Nationalstaaten im Angesicht der Globalisierung. Sie schrieben (und schreiben) sich in lang zurückreichende nationale Pfadabhängigkeiten, Traditionsbestände und Deutungsmuster ein, die zusammengenommen eine Art *longue durée* bilden. Insbesondere prägen sie die nationalen Raumdiskurse im Zeitalter der Globalisierung. Großbritanniens jahrhundertealte *Mental Map* etwa definierte sich durch die insulare Lage und die räumliche Offenheit zu den Weltmeeren. Schon seit der Frühen Neuzeit ermöglichte dies die Vorstellung einer dynamischen Verflechtung zwischen den britischen Inseln mit London als dem kommerziellen und politischen Zentrum einerseits und der global gedachten Außenwelt andererseits. Diese Raumvorstellung begleitete und strukturierte die globale Expansion des *British Empire* bis ins 20. Jahrhundert und erlaubte es zum Beispiel, einen so fernen Ort wie den Suezkanal als „Imperial Piccadilly" zu porträtieren.[59] Der Verlust des Empire seit 1947 stellte solche Raumkonstruktionen zwar nachhaltig in Frage und brachte das sehr ungewohnte Szenario des *Little England* auf die Tagesordnung. Aber für eine Weile schienen *Commonwealth* und *Special Relationship* zu den USA die gewohnte räumliche Verflechtung mit dem Globus weiterhin zu gewährleisten. Winston Churchills berühmtes Bild von den drei Kreisen verlieh dem entsprechend modifizierten globalen Raumbewusstsein eine konkrete Anschauung.[60] Letztendlich ist es die Verknüpfung von vergangener imperialer Raumvorstellung und aktuellem Rekurs auf die weltweite Verflechtung, die es den Briten zumindest scheinbar erlaubt, ihre nationale Identität mit der Globalisierung zu versöhnen und dem bedrückenden Szenario des *Little England* in Richtung offene See zu entkommen. Die Europäische Union steht dieser Konstruktion eher im Wege, wie es Theresa May im Januar 2017 auf den Punkt brachte: „Vor knapp sechs Monaten haben die britischen Wähler für den Wandel gestimmt. Sie stimmten dafür, unser Land in eine bessere Zukunft zu führen. Sie stimmten dafür, die Europäische Union zu verlassen und die Welt in Besitz zu nehmen."[61]

Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wiesbaden 2002, S. 132–135.

[59] Valeska Huber, Highway of the British Empire? The Suez Canal between Imperial Competition and Local Accommodation, in: Jörn Leonhard/Ulrike von Hirschhausen (Hrsg.), Comparing Empires. Encounters and Transfers in the Long Nineteenth Century, Göttingen 2011, S. 37–59, hier S. 37.

[60] Vgl. Gerhard Altmann, Churchills Vision der Vereinigten Staaten von Europa, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2008; www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-3428 [19.2.2019].

[61] Theresa May, Speech, Lancaster House, London, 17.1.2017; www.gov.uk/government/speeches/the-governments-negotiating-objectives-for-exiting-the-eu-pm-speech [13.1.2019].

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Frankreich dagegen blieb sehr viel stärker der historisch gewachsenen Konzeption eines geschlossenen Territoriums verhaftet. Das Hexagon und seine sogenannten natürlichen Grenzen prägten das französische *imaginaire* von Zentrum und Peripherie, Region und Departement. Es lieferte die entscheidenden Elemente für die Konstruktion der Identität von Staat, Nation und Territorium. Dieses Konzept des nationalen Territoriums reicht mindestens in das 17. Jahrhundert zurück und erzeugte eine bemerkenswerte historische Kontinuität.[62] Entsprechend schwer tun sich viele Franzosen, die durch die Globalisierung in Gang gesetzte Fluidität von Raum und Territorium zu akzeptieren beziehungsweise sich ihr anzupassen. „Die Welt ist kein Vaterland", konstatierte der bekannte konservative Historiker und Publizist Max Gallo im Jahr 2007.[63]

In Deutschland wiederum lässt sich eine gegenteilige Konzeption feststellen. Denn während in Frankreich der Blick auf das nationale Territorium die Idee der historischen Kontinuität verstärkt, ist die deutsche Territorialgeschichte disruptiv. Sie ist von ethnischen und kulturellen Ambivalenzen, Gewalt und häufigen politischen Umwälzungen gekennzeichnet. Die Konstruktion der deutschen Nation erfolgte nicht auf der Basis eines fest definierten nationalen Territoriums; es gab keine Übereinstimmung von Staat, Nation und Territorium.[64] Dies dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die Deutschen, deren Territorium über das ganze 19. und 20. Jahrhundert hinweg fluide und wandelbar war, leichter bereit sind, globale Neuformulierungen von Raum und Territorium zu akzeptieren. Zugleich wurde ihr Blick mit der endgültigen Regelung der deutschen Grenzfragen im Jahr 1990 gleichsam entspannter und weltoffener.

Einer der wichtigsten Aspekte für die Konzeption von nationalem und regionalem Raum war der Prozess der Deindustrialisierung – ein Schlüsselbegriff für die Wahrnehmung des Strukturwandels in den westlichen Industriestaaten. Er entstand um 1980 zunächst in den USA, wo der Rückgang der heimischen Industrie als gravierendes ökonomisches, politisches und soziales Problem betrachtet wurde.[65] Der Sinngehalt, den er damals transportierte, war durchweg pejorativ. Schon der Rückblick auf die 1970er Jahre, geprägt von Fabrikschließungen und einem

[62] Vgl. André Burguière/Jacques Revel (Hrsg.), Histoire de la France, Bd. 1: L'espace français, Paris 1989.

[63] Le Figaro vom 15.3.2007: „Comment peut-on être français?"; www.lefigaro.fr/livres/2007/03/15/03005-20070315ARTWWW90471-comment_peut_on_etre_francais.php [21.7.2017].

[64] Vgl. grundlegend Theodor Schieder, Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaats in Europa (1966), in: Ders., Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, hrsg. von Otto Dann/Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1991, S. 65–86; vgl. auch Andreas Wirsching, Die Stabilität der Weimarer Demokratie im internationalen Vergleich, in: Horst Dreier/Christian Waldhoff (Hrsg.), Weimars Verfassung. Eine Bilanz nach 100 Jahren, Göttingen 2020, S. 304–323, hier S. 310–317.

[65] Vgl. Barry Bluestone/Bennett Harrison, The Deindustrialization of America. Plant Closings, Community Abandonment, and the Dismantling of Basic Industry, New York 1982. Ende der 1980er Jahre wurde die Auffassung vertreten, der Prozess sei noch viel gravierender als angenommen und als von den offiziellen Statistiken suggeriert; vgl. Lawrence R. Mishel, The Late Great Debate on Deindustrialization, in: Challenge 32 (1989), S. 35–43.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

scharfen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums, ließ „ökonomische Verzweiflung" und die „Unfähigkeit, auf dem globalen Markt zu konkurrieren", erkennen. Erst recht stellten die 1980er Jahre eine kritische Dekade dar. Der beschleunigte technische Wandel, der sich verschärfende internationale Wettbewerb und die Wirtschaftskrise wirkten zusammen, um traditionellen und vertrauten Formen der Industriearbeit unwiederbringlich ein Ende zu setzen. Sogar in der Bundesrepublik, wo sich die Industrie mittels Rationalisierung und Innovationen vergleichsweise rasch an die neuen Bedingungen anpasste, gingen bis 1983 über zwei Millionen industrielle Arbeitsplätze verloren.[66]

Die Einordnung der Deindustrialisierung in die Erzählung über die Zeit „nach dem Boom" war also schon zeitgenössisch vorgeprägt. Veränderungen des Raums und sich dynamisch wandelnde Raumvorstellungen spielten dabei eine zentrale Rolle. Dort, wo sich traditionelle Industrielandschaften befunden hatten, konnte binnen zwei Jahrzehnten eine Art postindustrielle Brache entstehen, ohne dass die versprochenen Segnungen der modernen Dienstleistungsgesellschaft sichtbar wurden. Für viele suggerierte dies eine Verlusterzählung, die in Abbruch und Abstieg, Fabrikschließungen und Arbeitslosigkeit mündete und als deren hauptsächliche Antriebskraft die Globalisierung erschien. In den betroffenen Regionen etablierte sich daher ein generationenübergreifendes Narrativ der Deindustrialisierung „Beyond the Ruins",[67] das heißt eine politische, mentale und kulturelle Einbettung der in Frage stehenden Phänomene in den Kontext eines langwährenden Transformationsprozesses. Traditionelle Industrieregionen wie das Ruhrgebiet oder die östlichen und nordöstlichen Departements in Frankreich traf die Schließung von Hochöfen und Fabriken besonders hart. Gleiches galt für die Industriegebiete der früheren DDR, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre einen forcierten Abbau ihrer – freilich überalterten und maroden – Produktionsanlagen erlebten.[68] Im Rückblick ist offenkundig, wie durch Deindustrialisierung gespeiste Erfahrungen in die Vorstellung eines sich verändernden und verengenden beziehungsweise sogar verödeten Raums mündeten.

Einer gänzlich anderen Logik folgten die Raumkonstruktionen der Hauptstädte. Tatsächlich ist die Frage, wie sich große Städte und metropolitane Regionen in

[66] Vgl. Heinz Markmann, Gewerkschaften in der Krise, in: Max Kaase (Hrsg.), Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise, Opladen 1986, S. 111–121, hier S. 112.

[67] Vgl. Jefferson Cowie/Joseph Heathcott (Hrsg.), Beyond the Ruins. The Meanings of Deindustrialization, Ithaca 2003.

[68] Die Treuhandanstalt ist heute wieder stark umstritten, wenngleich die empirische Forschung noch am Anfang steht. Das Institut für Zeitgeschichte führt gegenwärtig ein großes Forschungsprojekt zur Geschichte der Treuhandanstalt durch; vgl. Dierk Hoffmann, Im Laboratorium der Marktwirtschaft: Zur Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90 bis 1994. Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 66 (2018), S. 167–185; ders. (Hrsg.), Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt, Berlin 2020; Marcus Böick, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018, und Wolfgang Seibel, Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt a. M. 2005.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Globalisierung einschreiben, Gegenstand eines andauernden weltweiten Wettbewerbs. Entsprechende Raumvorstellungen sind stark von den *Global Cities*, das heißt den urbanen Ikonen der Globalisierung wie Shanghai oder Singapur und ihrer spektakulären Architektur geprägt.[69] Zugleich haben sich die Befürchtungen der frühen 1980er Jahre über die fortschreitende Amerikanisierung der europäischen Städte im Sinne einer „McDonaldization"[70] – also starker sozialer und räumlicher Segregation, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und verödeter Innenstädte – nur teilweise bestätigt. Zumindest sind deutliche Gegenbewegungen in der Gestaltung des städtischen Raums erkennbar. So sahen die letzten Jahrzehnte eine Renaissance, ja sogar eine Art Neuerfindung der europäischen Stadt. Deren Markenzeichen ist die Verknüpfung des historischen Erbes mit zum Teil ultramoderner Architektur und spezifischen Strategien des Wohnungsbaus.[71] In diesem Kontext sind London, Paris und auch Berlin zu internationalen Brennpunkten der Stadtentwicklung geworden: nationale Schaufenster, die zur gleichen Zeit kulturellen Kosmopolitismus repräsentieren.

So ist die *City of London* der Kristallisationspunkt, an dem die räumliche Verflechtung Britanniens mit der Welt zeitadäquat fortbestehen konnte. Nirgendwo kommt die Dialektik zwischen nationaler Identität und globaler Raumvorstellung sinnfälliger zur Geltung als in der City mit ihren weltumspannenden Finanzdienstleistungen.[72] Um deren Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, trieb Margaret Thatcher die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte und die Anwendung neuer Informationstechnologien gezielt voran. Der 27. Oktober 1986 ging als Londons *Big Bang Day* in die Geschichte ein. Er veränderte für immer die Praxis des Börsenhandels. Mit der Einführung des Computerhandels und der allgemeinen Liberalisierung der Börsengeschäfte setzte der Finanzstandort London neue Standards und stärkte den eigenen Status als weltweit größtes Finanzzentrum neben der Wall Street. Nach dem Abstieg der 1970er Jahre stieg London wieder zur prosperierenden Metropole und veritablen *Global City* auf. Als solche übt sie auf die internationalen *nouveaux riches* gewaltige Anziehungskraft aus.

Paris und auch Berlin sind ebenfalls magnetische Anziehungspunkte für Menschen aus aller Welt. Dabei symbolisieren die beiden Hauptstädte in besonders sprechender Weise die deutsch-französischen Unterschiede einer Stadtkultur in der Globalisierung. Während der *espace parisien* mit seiner auf die *Hausmannisation* zurückgehenden fixen Struktur eher statisch ist, eröffnet das wiedervereinigte

[69] Vgl. Jean-Claude Beaujour, Et si la France gagnait la bataille de la mondialisation..., Paris 2013, S. 57–59.

[70] Vgl. George Ritzer, The McDonaldization of Society, Los Angeles [5]2009.

[71] Vgl. François Ascher, La nouvelle métropolisation. McDo, les TIC et le mythe de la ville européenne, in: Daniel Mercure (Hrsg.), Une société-monde? Les dynamiques sociales de la mondialisation, Laval 2001, S. 73–89, hier S. 75–77.

[72] Vgl. Christoph Maria Merki (Hrsg.), Europas Finanzzentren. Geschichte und Bedeutung im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 2005; Saskia Sassen, The Global City: New York, London, Tokyo, Princeton/Oxford [2]2001, S. 126–167, und Ranald C. Michie, The London Stock Exchange. A History, Oxford 1999.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Berlin einen weitaus fluideren und offeneren großstädtischen Raum. Tatsächlich drücken die globalen kulturellen, ökonomischen und digitalen Einflüsse unserer Tage den Berliner Plätzen und Straßen tagtäglich ihren Stempel auf.[73]

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass in den europäischen Nationalstaaten sehr unterschiedliche Vorstellungen und Konzepte über die Globalisierung entstanden, und entsprechend divergierten die Reaktionen auf die Ausbreitung des globalen, horizontal vernetzten Raums. In Deutschland etwa setzte sich zumindest unter den politischen und ökonomischen Eliten ein überwiegend positiver Grundton im Diskurs über die Globalisierung durch. Mehrheitlich begriff man sie als Chance und Herausforderung, während die *mondialisation* in Frankreich eher als Quelle der französischen Probleme galt. Für die merklich differente Art und Weise, mit der beide Länder in den 1990er Jahren die neuen globalisierten Räume zu durchdringen suchten, spielten solche gegensätzlichen Mentalitäten eine wichtige Rolle. Dabei ist es allerdings wichtig, den Zusammenhang zwischen dem Diskurs, den strukturellen Faktoren und den Raumkonzepten in beiden Ländern zu verstehen.

In Frankreich blieb der Globalisierungsdiskurs überwiegend defensiv. „Die Globalisierung der Finanzbeziehungen", so resümierte bereits 1987 ein äußerst kritisches Memorandum des französischen Außenministeriums, hat „nicht zu einer verbesserten Konvergenz der Wirtschaftspolitiken geführt". Im Vergleich zum System von Bretton Woods existiere heute vielmehr „die totale Freiheit des Kapitalverkehrs beziehungsweise vielmehr die Anarchie. Sie resultiert aus der Freiheit, die die westlichen Staaten nicht zu organisieren verstanden haben." Trotz mancher positiver Wirkungen sei die Deregulierung „geboren aus der Globalisierung des Weltmarkts, der neo-liberalen Ideologie, des Strebens nach Profitabilität, der Konkurrenz der Finanzplätze untereinander und dem amerikanischen Druck, die Drittmärkte zu öffnen".[74]

Solcher skeptischen Einstellung entsprach es, wenn Politiker und Intellektuelle die Globalisierung für den Prozess der als geradezu traumatisch erfahrenen Deindustrialisierung verantwortlich machten.[75] Pierre Bourdieu etwa betrachtete die Globalisierung als ein bloß pseudo-argumentatives Druckmittel, um neoliberal definierte Interessen diskursiv durchzusetzen.[76] „Mondialisation" wurde zu einer Art

[73] Vgl. Volker Hassemer, Die Rolle von Stadtplanung und Architektur für das „Neue Berlin", in: Andres Sohn/Hermann Weber (Hrsg.), Hauptstädte und Global Cities an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Bochum 2000, S. 479–491.

[74] Archives du ministère des Affaires étrangères, La Courneuve (künftig: AMAE), 591/INVA 3180, Le système financier international, la libre circulation des capitaux en Europe, les balbutiements des la coopération monétaire, 20.10.1987, S. 3 f.

[75] Vgl. Andreas Wirsching, Deindustrialization and the Globalization Discourse in France since 1980, in: Sebastian Voigt (Hrsg.), Since the Boom. Continuity and Change in the Western Industrialized World after 1970, Toronto 2021, S. 185–208 (i. E.). Zu den forcierten Veränderungen in Frankreich während der hier untersuchten Periode vgl. auch Pepper D. Culpepper/Peter A. Hall/Bruno Palier (Hrsg.), La France en mutation 1980–2005, Paris 2006.

[76] Vgl. Pierre Bourdieu, Der Mythos „Globalisierung" und der europäische Sozialstaat, in: Ders., Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion,

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„großer Entschuldigung" für die Mängel der französischen Ökonomie.[77] Der *Front National* beeilte sich, diese Stimmungslagen für seine Zwecke auszunutzen. Vater und Tochter Le Pen denunzierten den „Euromondialisme" und polemisierten gegen Brüssel als „trojanisches Pferd der Globalisierung". In den entindustrialisierten Gebieten Frankreichs gewann der *Front National* damit überproportional an Stimmen.[78] Dagegen wagte es nur eine Minderheit von Politikern und Ökonomen, die eigenen Schwachpunkte zu benennen.[79] Gleichzeitig forderten sie dazu auf, Frankreich solle sich auf seine traditionellen Stärken besinnen und sie auf den Weltmärkten zur Geltung bringen. Französische Luxus- und Designerwaren, Automobile, Möbel und Lebensmittel könnten im internationalen Wettbewerb besonders gut bestehen. Darüber hinaus galt es, Paris als das weltweite Symbol französischer Kultur und Eleganz, des französischen Chic als eine globale französische Handelsmarke zu entwickeln.[80]

Trotz ebenfalls vorhandener Strukturprobleme entwickelte sich der Globalisierungsdiskurs in Deutschland weitaus optimistischer. Im Kontext wachsender Arbeitslosigkeit und einer hart geführten Standortdebatte[81] setzte sich in den 1990er Jahren eine zunehmend selbstgewisse Rhetorik durch, die darauf baute, die Herausforderungen der Globalisierung bewältigen zu können. Minister und Wirtschaftsbosse, Unternehmensberater und Ökonomieprofessoren predigten das Mantra globaler Veränderung und globalen Wettbewerbs. Auch die Arbeitnehmer forderten sie dazu auf, diese Wandlungen als Chance zu begreifen und sich entsprechend zu wappnen. Nur in einem solchen diskursiven Kontext waren die Hartz-Reformen möglich.[82] Rückblickend erschien die starke Performanz der deutschen Wirtschaft nach 2009 als eindrucksvolle Bestätigung dieses offensiven Herangehens an die Herausforderungen der Globalisierung. „Wir sind Globalisie-

Konstanz 1998, S. 39–52. Einen nützlichen Überblick über den Stand der Globalisierungskritik bieten el-Ojeili/Hayden, Critical Theories of Globalization.

[77] Timothy B. Smith, France in Crisis. Welfare, Inequality and Globalization since 1980, Cambridge 2004, S. 54–87 (Kapitelüberschrift).

[78] Bernard Bruneteau, Combattre l'Europe. De Lénine à Marine Le Pen, Paris 2018, S. 194 f. (Zitate). Vgl. Alain Bihr, Frankreichs Front National. Elemente der Analyse und Vorschläge für eine Gegenstrategie, in: Emanzipation 4 (2014), S. 74–88, hier S. 81 f., und insgesamt jetzt auch Ronja Kempin, Der Rassemblement National in Frankreich. Irritation im politischen System, in: VfZ 67 (2019), S. 464–475.

[79] Vgl. Pierre Dockès, L'enfer, ce n'est pas les autres, Paris 2007; Jean-Marc Sylvestre, La France piégée. Comprendre la crise, Paris 2008, und Jean Arthuis, Mondialisation. La France à contre-emploi, Paris 2007.

[80] Vgl. Max Blanchet, L'industrie France décomplexée. Choisir nos batailles et créer un modèle industriel à la française, Paris 2013, S. 123–125; und für eine allgemeine Darstellung vgl. Sarah Waters, Between Republic and Market. Globalization and Identity in Contemporary France, London/New York 2012.

[81] Vgl. Wencke Meteling, Internationale Konkurrenz als nationale Bedrohung. Zur politischen Maxime der „Standortsicherung" in den neunziger Jahren, in: Ralph Jessen (Hrsg.), Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen, Frankfurt a. M./New York 2014, S. 289–315.

[82] Vgl. Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013, S. 528–583.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rungssieger", so triumphierte 2015 der Bundesverband der Deutschen Industrie, „und ja, das darf man ruhig im doppelten Sinne verstehen. Nicht nur ist die deutsche Wirtschaft stärker mit anderen Volkswirtschaften vernetzt als etwa die USA (Platz 3) oder Hongkong (Platz 2). Sie profitiert davon auch im besonderen Maße."[83] Dieser Blickwinkel machte den spezifisch deutschen, aber adäquat modernisierten Wirtschaftsraum mit seinen vielen mittelständischen Wachstumsunternehmen, den sogenannten *Hidden Champions*, vollumfänglich kompatibel mit den Anforderungen der enträumlichten Globalisierung.

Solche Unterschiede lassen national divergierende Konzeptionen und Vorstellungen von dem künftigen Raum entstehen. Zugleich freilich veränderte der Integrationsschub der Europäischen Union die Raumkonzeption der meisten europäischen Nationalstaaten. Daher gilt es, auch klar zu unterscheiden zwischen den Raumvorstellungen einer Europäisierung einerseits und der Globalisierung andererseits. Denn der Prozess der europäischen Integration und die Etablierung der Europäischen Union führten ihrerseits parallel zur Globalisierung zur Verflüssigung der nationalen Grenzen und konstruierten damit ein genuin europäisches Territorium. Tatsächlich entstand seit den 1980er Jahren ein „europäischer Verwaltungsraum", in dem sich die Verpflichtung der Nationalstaaten auf ein gemeinsames europäisches Modell materialisierte.[84] Dieser Integrationsprozess steigerte die Individualrechte, während umgekehrt die Souveränitätsrechte der Nationalstaaten zurückgingen. Im europäischen Verwaltungsraum sind *Citizenship* und soziale Rechte nicht mehr exklusiv an das nationale Territorium gebunden.[85] Anders als Großbritannien waren Deutschland und Frankreich die wichtigsten Triebkräfte hinter der Konstruktion der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und damit des europäischen Verwaltungsraums. Beide Staaten kamen gewissermaßen darin überein, ihre nationalen Territorien (zusammen mit den anderen) allmählich zu fusionieren. Um supranational gültige Individualrechte zu genießen und Zugang zur jeweiligen sozialen Infrastruktur zu erhalten, spielt es kaum mehr eine Rolle, ob man in Frankreich oder Deutschland (oder in einem anderen Land der Europäischen Union) lebt.

Diese Gestaltung eines transnationalen europäischen Raums, mit Frankreich und Deutschland an der Spitze, lässt sich unter zweierlei Gesichtspunkten betrachten: Zum einen handelte es sich offenkundig um die Konstruktion eines gegen den

[83] Deutsche Unternehmen werden Gewinner der Globalisierung, 21.10.2015; bdi.eu/artikel/news/deutsche-unternehmen-werden-gewinner-der-globalisierung/ [17.2.2019].

[84] Johan Olsen, Towards a European Administrative Space?, in: Journal of European Public Policy 10 (2003), S. 506–531, hier S. 506. Grundlegend jetzt zur rechtlichen Ausgestaltung des Binnenmarkts Kiran Klaus Patel/Hans Christian Röhl, Transformation durch Recht. Geschichte und Jurisprudenz Europäischer Integration 1985–1992. Mit einem Kommentar von Andreas Wirsching, Tübingen 2020.

[85] Vgl. Mabel Berezin/Martin Schain (Hrsg.), Europe Without Borders. Remapping Territory, Citizenship, and Identity in a Transnational Age, Baltimore 2003, und Petra Deger, Die Europäische Union als Gestaltungsraum – Postsouveräne Territorialität oder das Ende moderner Staatlichkeit, in: Ulrike Jureit/Nikola Tietze (Hrsg.), Postsouveräne Territorialität. Die Europäische Union und ihr Raum, Hamburg 2015, S. 273–297, hier S. 283–288.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rest der Welt geschützten Raums. Auf der anderen Seite ging (und geht) es den Europäern darum, Europa und seine Nationalstaaten in einer globalisierten Welt wettbewerbsfähig zu machen. Dieser Europäisierungsprozess ist daher systematisch von jenen Raumvorstellungen zu unterscheiden, die der Globalisierung zugrunde liegen. Denn die Globalisierung konstituiert ein neues, dezentralisiertes und im Kern deterritorialisiertes System aus Kommunikation, ökonomischer Macht und Einfluss. Abhängig von internationaler Deregulierung, globalen finanziellen und ökonomischen Verflechtungen, dem globalen Austausch von Waren und Dienstleistungen sowie grenzenlosen Medien und Informationstechnologien geht dieses System weit über die territorial stets begrenzte Vorstellung des europäischen Raums hinaus. Zugespitzt formuliert, ließe sich sogar argumentieren, dass die Europäische Union einen Gegenraum zu konstruieren suchte, der sich gegen die voranschreitende Auflösung der Räume im Sinne von Zygmunt Baumans „flüssiger Moderne" richtet.[86]

Freilich stand dieser Gegenraum in einem dialektischen Verhältnis zur Globalität, öffnete er doch auch für die europäischen Nationalstaaten das Tor zur Globalisierung. Im Quai d'Orsay befürchtete man 1987, die Globalisierung der Kapitalmärkte werde womöglich vollendet sein, „bevor die EG ihre eigenen Märkte integrieren könne". Umso wichtiger sei es, Europa mit einer „spezifischen Rolle" im Globalisierungsgeschehen auszustatten.[87] Treffend unterstrich dies 1988 ein Mitarbeiter des Bundesministeriums der Finanzen, als er den Bundestagsabgeordneten die Prinzipien der Kapitalmarktliberalisierung erläuterte. Diese erfolge zwar im Rahmen der europäischen Integration, als allgemeiner Grundsatz sei aber akzeptiert,

> „daß die Liberalisierung weltoffen sein müsse. [...] Auf Grund der faktischen Situation, daß man es mit globalen Märkten zu tun habe, seien alle übrigen Mitgliedstaaten überzeugt, daß die Liberalisierung weltoffen sein müsse. [...] Die Bundesrepublik trete dafür ein, daß der Liberalisierungsstand, zu dem man gegenüber den Mitgliedstaaten verpflichtet sei, auch gegenüber Drittstaaten eingehalten werde."[88]

Faktisch sollte also der europäische Binnenmarkt mit seiner Wirtschafts- und Währungsunion für den steigenden internationalen Wettbewerb im Zeichen der Globalisierung fit gemacht werden. Schon seit den 1980er, aber vor allem in den 1990er Jahren begannen multinationale Konzerne, ihre Produktion in Niedriglohnländer zu verlagern, und entsprechend stieg der Druck auf die westeuropäischen Arbeitsmärkte und Arbeitsbedingungen. Millionen industrieller Jobs gingen

[86] Vgl. Frances Cairncross, The Death of Distance. How the Communications Revolution will Change Our Lives, Boston 1997.

[87] AMAE, 591/INVA 3180, Le système financier international, la libre circulation des capitaux en Europe, les balbutiements des la coopération monétaire, 20.10.1987, S. 19.

[88] Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Berlin, 11. Sitzung des Unterausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaft, 4.5.1988, S. 11 (Ministerialrat Winkelmann).

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

verloren, ohne dass der wachsende Dienstleistungssektor volle Kompensation versprach. Während der Sozialstaat unter Beschuss geriet, sahen sich die westeuropäischen Gesellschaften zunehmend mit Tendenzen sozialer Polarisierung und Exklusion konfrontiert. In diesem Kontext erschien das Konzept einer europäischen Wissensgesellschaft als eine integrative und attraktive Querschnittsstrategie, mittels derer sich in Europa die kulturellen Ressourcen mobilisieren, die Ökonomien modernisieren und somit die Wettbewerbsfähigkeit steigern ließen. Bis zum Ende der 1990er Jahre hatten sich die politischen Akteure in Europa geradezu enthusiastisch die Perspektive einer solchen Wissensgesellschaft angeeignet. „Die Europäische Union", so formulierte es der Sondergipfel des Europäischen Rats in Lissabon im März 2000, „ist mit einem Quantensprung konfrontiert, der aus der Globalisierung und den Herausforderungen einer neuen wissensbasierten Wirtschaft resultiert".[89] Beraten von sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Theoretikern und praxiserfahrenen, privatwirtschaftlichen Befürwortern des Modells,[90] machte die Europäische Union die Sprache der Wissensgesellschaft zu ihrem Programm und konzipierte damit auch ihre Raumvorstellungen: Im Jahr 2000 verabschiedeten die Europäer die sogenannte Lissabon-Strategie, die darauf zielte, Europa bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen".[91] Technologische, ökonomische und wettbewerbliche Faktoren, aber auch Aspekte des persönlichen Glücks und die Idee eines guten Lebens verknüpften sich in dieser neuen Strategie.[92]

Wesentliche Voraussetzung für eine solche Vision war die exponentielle Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, die Anlass zu neuen Raumutopien gab. So sagte Manuel Castells, ebenfalls einer der Stichwortgeber der europäischen Wissensgesellschaft und Autor des einflussreichen Werks über das „Informationszeitalter",[93] die Entstehung einer Netzwerkgesellschaft voraus. Die Basis einer solchen emanzipativen Gesellschaft sei die direkte Verbindung zwischen dem Netz und dem Selbst, die traditionelle Quellen der Macht wie die patriarchalische Familie oder den Nationalstaat hinter sich lasse. Auf diese Weise werde die Netzwerkgesellschaft zu einer offenen Struktur, die sich von einer Gesellschaft, die auf Klassen oder sozialen Schichten beruht, fundamen-

[89] Europäischer Rat, 23. und 24. März 2000, Lissabon. Schlußfolgerungen des Vorsitzes; www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm [29.1.2019].

[90] Vgl. Maria João Rodrigues (Hrsg.), Europe, Globalization and the Lisbon Agenda, Cheltenham 2009, und dies., European Policies for a Knowledge Economy, Cheltenham 2003.

[91] Europäischer Rat, 23. und 24. März 2000; www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm [29.1.2019]. Zur Lissabon-Strategie vgl. Andreas Wirsching, Toward a new Europe? Knowledge as a Transformational Resource since 1970s, in: Bulletin of the German Historical Institute Washington 56 (2015), S. 7–22; perspectivia.net//servlets/MCRFileNodeServlet/ploneimport3_derivate_00002606/wirsching_europe.pdf [15.6.2020], und ders., Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 236–238.

[92] Vgl. Peter Kemper/Ulrich Sonnenschein (Hrsg.), Glück und Globalisierung. Alltag in Zeiten der Weltgesellschaft, Frankfurt a. M. 2003.

[93] Vgl. Manuel Castells (Hrsg.), The Information Age. Economy, Society and Culture, 3 Bde., Oxford 1996–1998.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tal unterscheide. Allerdings werden am Beispiel Castells die sehr widersprüchlichen Raumvorstellungen deutlich, die dem Kontrast zwischen der durch die Nationalregierungen forcierten europäischen Wissensgesellschaft und der Globalisierung zugrunde lagen. Zielte letztere auf eine tatsächlich weltweite Einebnung aller Grenzen und eine global frei zirkulierende Kommunikation, so bildete erstere die spezifische europäische Antwort auf diese Entwicklung.

Jedoch ist das dahinter stehende Konzept, Europa zum wettbewerbsfähigsten „wissensbasierten Wirtschaftsraum" zu machen, so lässt sich rückblickend sagen, mehr oder weniger komplett gescheitert.[94] Stattdessen haben seit Beginn des 21. Jahrhunderts die nationalen Egoismen und damit einhergehend national geschlossene Raumvorstellungen eine unerwartete Renaissance erfahren. Im Besonderen gilt dies für die Neuverhandlung der Migrationsregime, die seit den 2010er Jahren in vollem Gange ist. Grenzenlose Räume für Güter und Finanzströme, Kapital und Kommunikation sind eben keineswegs gleichbedeutend mit grenzenlosen Räumen für Menschen.[95] Selbst im Europa des Schengen-Raums dominieren nach wie vor Migrationsregime, die national eingerichtet sind und sich letztendlich gegen die freie Mobilität von Menschen richten.[96] Systeme der freien Kapitalzirkulation koexistieren mit Systemen begrenzter Freizügigkeit von Menschen. Staatliche Souveränität und nationales Territorium sind wieder Schlüsselkonzepte aktueller Weltpolitik geworden. Ebenso konkurrieren Rechtssysteme, die staatlicher Souveränität entspringen, mit menschenrechtsbasierten Ansprüchen, die per definitionem grenzenlos, denationalisiert und deterritorialisiert sind.

Diese Tendenzen ebenso wie die jüngsten protektionistischen Maßnahmen vor allem der USA sowie das Entstehen neuer nationalstaatlich dominierter Einflusszonen in Russland und Nordostasien lassen vermuten, dass die dynamische, auf Deterritorialisierung und Globalisierung hin orientierte Raumentwicklung ihren Höhepunkt möglicherweise überschritten hat. Fast scheint es, zumal in Zeiten der Corona-Pandemie, als wolle der Kaiser seine alten Kleider wieder anlegen, um vor anderen nicht mehr nackt dazustehen und sich selbst erkennen zu können. Für die Zeitgeschichte gilt es, die historischen Voraussetzungen und Prozesse dieser jüngsten Entwicklungen besser kennenzulernen.

IV. Globalisierung als Begriff der Zeitgeschichte?

Dies führt abschließend noch einmal zu der Frage, welchen Wert der Begriff Globalisierung für die zeitgeschichtliche Forschung haben kann. Dass er auf die Zeit seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts begrenzt und von früheren Epochen

[94] Tatsächlich ist zu vermuten, dass nicht wenige Elemente der gegenwärtig zu beobachtenden rechtspopulistischen Welle in Europa (und in den USA) sich auf den Unwillen der Menschen zurückführen lassen, dem notorischen Imperativ der marktbestimmten Selbstoptimierung und des „lebenslangen Lernens" ausgeliefert zu sein.

[95] Vgl. Sassen, Losing Control, S. XXV f.

[96] Vgl. Gallya Lahav, Immigration and Politics in the New Europe. Reinventing Borders, Cambridge 2004.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

transnationaler und transregionaler Verflechtung unterschieden werden sollte, ist bereits ausgeführt worden. Andernfalls würde der Begriff bis zur Beliebigkeit gedehnt und infolgedessen für die wissenschaftliche Analyse unbrauchbar. Insofern plädieren wir dafür, von der Globalisierung nur zu sprechen, wenn sie entweder als Quellenbegriff greifbar ist oder als analytischer Begriff für die Epoche seit den 1970er Jahren spezifische Erklärungskraft hat. Dabei verhält es sich wie meist in den historischen Wissenschaften: Ein Quellenbegriff, der für sich genommen durchaus einen geschichtlichen Gegenstand konstituieren kann, ist deswegen noch kein analytischer Begriff; aus der Spannung zwischen beidem ergibt sich dann das charakteristische methodische Dilemma, das die modernen Bewegungsbegriffe der Geschichtswissenschaft aufbürden. Allerdings sollten Historikerinnen und Historiker diese Divergenz nicht zum Vorwand nehmen, auf den Begriff gänzlich zu verzichten. Dies wäre wohl auch schlechterdings nicht möglich, da er sich in einem spezifischen, zeithistorisch hoch relevanten Feld auf breiter Front durchgesetzt hat. Und wenn man ihn als das nimmt, was er auch ist, nämlich als einen Begriff der gesellschaftlichen und politischen Selbstbeschreibung und Selbstreflexion, ergeben sich bereits erste Hinweise zum Umgang mit dem genannten Dilemma.

Die Globalisierung gehört zu jenen Bewegungsbegriffen, die seit der Frühen Neuzeit ein verändertes Zeitempfinden anzeigen und einen zeitlichen „Veränderungskoeffizienten" enthalten.[97] Damit vereinigt der Begriff in sich unterschiedliche Zeitstrukturen. Ähnlich wie etwa die Begriffe Modernisierung, Liberalisierung oder Demokratisierung lässt auch die Globalisierung nicht aus sich selbst heraus erkennen, auf welche jeweilige zeitliche Binnenstruktur sie sich bezieht. Reagiert der Begriff auf bereits vollzogene Veränderungen oder beschreibt er gegenwärtige Phänomene? Will er Veränderungen mittels gesteigerter diskursiver Macht erst herbeiführen,[98] oder dient er zur Negativdiagnose der Gegenwart in dem Sinne, dass die Globalisierung als Problemerzeuger identifiziert wird? Die Antworten hängen von der jeweiligen Fragestellung und Analyseebene ab. Jedenfalls integriert der Globalisierungsbegriff offenkundig jede der drei genannten Zeitschichten: als Reaktion auf Vergangenes, als Gegenwartsbeschreibung und als Zukunftsverlangen. Als Spezialisten für die Erfassung der Zeit als verursachenden Faktor und für prozessualen Wandel sind die Historikerinnen und Historiker berufen, diese Zeitschichten zu unterscheiden, um ihren entsprechenden Sinngehalt zu destillieren. Damit wird zugleich der erste Schritt getan, um einen analytischen Begriff der Globalisierung zu gewinnen, der wissenschaftlich verwendbar ist.

Anhand des in den beiden vorigen Kapiteln Gesagten lässt sich dies konkretisieren: Das Sprechen über Globalisierung entstand allmählich in den 1950er Jahren, wobei sich zunächst ein analytisch verwendeter Beobachtungsbegriff herausbildete. Im Mittelpunkt stand dabei die Erkenntnis, dass die Entwicklungstenden-

[97] Reinhart Koselleck, „Neuzeit". Zur Semantik moderner Bewegungsbegriffe (1977), in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Baden-Baden [3]1984, S. 300–348, hier S. 343.

[98] Zur Systematik dieser Klassifizierung vgl. ebenda, S. 343 f.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zen der Gegenwart über die aus der Vergangenheit bekannten Grenzen hinausdrängten. Gleich, ob es sich um die Dynamik der westlichen Industriekultur, den Wirkungskreis internationaler Organisationen, das System der internationalen Beziehungen oder die Erwartungen an die Universitäten handelte: Neuartige internationale oder als universal wahrgenommene Bewegungskräfte überlagerten die bekannten lokalen, regionalen und nationalen Begrenzungen und stellten sie in Frage.[99] Globalisierung entsprang hier also der Beobachtung eines gegenwärtigen Wandlungsprozesses, von dem man eine neue Wirklichkeit erwartete.

In den 1970er und 1980er Jahren dagegen veränderte sich die temporale Stoßrichtung der Globalisierung. Soweit er sich in erster Linie im ökonomischen und wirtschafts- und handelspolitischen Kontext etablierte, wechselte der Begriff nun gleichsam die Zeitebene. Denn Globalisierung meinte in diesem Zusammenhang nicht mehr die Beschreibung der Gegenwart. Vielmehr reagierte die Begriffsbildung auf einen in der Vergangenheit geformten Zustand, der als unbefriedigend und hemmend betrachtet wurde. Von den multinationalen Unternehmen über die Wirtschaftsfunktionäre bis hin zu den Staats- und Regierungschefs galten alle Maßnahmen, die ökonomische Zirkulationshemmnisse abbauten, als wünschenswert. Sie erfolgten im Bewusstsein eines wohlverstandenen nationalen beziehungsweise nationalstaatlichen Interesses. Und sofern sich damit ein dezidiert politisches Projekt zur Überwindung der krisenhaften Gegenwart verband, richtete sich der Globalisierungsbegriff auf eine anzustrebende Zukunft. Eine solche kognitive Verschränkung von einer zu überwindenden Vergangenheit, welche die Gegenwart noch allzu sehr konditionierte, und einer – freilich nur vage beschriebenen – besseren ökonomischen Zukunft kennzeichnet die eigentümliche Schwebelage der 1980er und 1990er Jahre. Einerseits entwickelten die damals getroffenen Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels und zur Deregulierung der Finanzmärkte primär die bereits stark miteinander verflochtene Triade fort. Andererseits aber kann eben dieser weltumspannende Wirtschaftsraum zwischen Nordamerika, Westeuropa und den industrialisierten Staaten Ostasiens, zu denen bald auch China hinzutrat, mit Fug und Recht als entscheidender Treiber der Globalisierung im Wortsinne gelten. Hier wurde der Begriff selbst nunmehr zum Programm, mit dem sich der rhetorische Anspruch verband, eine Verheißung für die weltweit gedachte Zukunft durchzusetzen. Einen als unzulänglich definierten Zustand der Gegenwart galt es also, mittels des Globalisierungsbegriffs zu überwinden, um einen künftig erwünschten Zustand überhaupt erst herzustellen. Das bald ubiquitäre Reden über die Globalisierung wurde somit zu einem Teil der Globalisierung selbst.[100]

Dies war der Augenblick, in dem sich die Stoßrichtung des Begriffs noch einmal klar veränderte. Einerseits stark normativ aufgeladen und geradezu als Heilsbringer ideologisiert, verlor er zugleich seine ursprüngliche Konnotation als politisches Projekt der Nationalstaaten. Vielmehr wurden die dynamisch-vorwärtswei-

[99] Vgl. Bach, Erfindung, S. 93–104.
[100] Vgl. Osterhammel, Globalisierungen, in: Ders., Flughöhe der Adler, S. 21.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sende Globalisierung und der statisch-rückwärtsgewandte Nationalstaat zumindest tendenziell als Gegensätze konstruiert, wofür die Prozesse der Deterritorialisierung und Denationalisierung ausreichendes Anschauungsmaterial boten. Zugleich diffundierte der Begriff Globalisierung zum Teil ins Uferlose, was ihn zwar zum sehr häufig verwendeten Quellenbegriff machte, seine analytische Brauchbarkeit jedoch reduzierte. Umgekehrt verstellt ein blindes Ankämpfen gegen die Globalisierung und ihre vermeintlichen oder wirklichen Problemerzeugungen ebenso das analytische Potenzial, das dem Begriff innewohnen könnte.

Keineswegs also sollte die Zeitgeschichte die Analyse, Erklärung und damit die Verwendung dieses wohl wichtigsten Bewegungsbegriffs unserer Tage scheuen. Sie überließe damit nicht nur unnötigerweise das Feld komplett den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, sondern sie verzichtete auch auf die Anwendung ihres disziplinären Propriums: die Möglichkeit nämlich, die Objekte ihrer Forschung in eine zurückblickende und längerfristige Entwicklungsperspektive zu setzen. Auch und gerade für die Globalisierung gilt: Die Geschichte als Wissenschaft vermag die unterschiedlichen Zeitschichten und -bezüge ihrer Gegenstände präzise herauszuarbeiten, sie zu historisieren und damit analytisch auf Voraussetzungen und Entstehungsbedingungen, Interessen und Absichten, Funktionen und Folgen zu befragen.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schlusskommentar

Mit einiger Verzögerung hat sich die Zeitgeschichtsforschung der Globalisierung angenommen, die in der Beschäftigung mit früheren Epochen schon länger zum Untersuchungsrepertoire gehört. In dem Maße, wie sich der zeithistorische Blick auf die Dekaden seit 1970 gerichtet hat, ist die Disziplin gleichsam unweigerlich auf Prozesse der weiträumigen Verflechtung und der grenzübergreifenden Integration gestoßen, die in dieser Phase, ob tatsächlich oder in der Beobachtung, eine vielfach herausragende Bedeutung erlangten. Auf diese Weise schließt sich ein terminologischer Kreis. Denn der Begriff Globalisierung und viele der mit ihm verbundenen Weltauffassungen entstanden erst in dem Zeitraum, auf den ihn die Zeitgeschichte nunmehr analytisch zurücküberträgt. Womöglich gilt es, diesen Kreis zu durchbrechen.

Der Themenschwerpunkt, den die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* im Jahrgang 2020 mit vier Aufsätzen gesetzt haben, möchte das geschichtswissenschaftliche Nachdenken über diese Frage anstoßen. Dabei fällt zunächst auf, dass sich eine auch nur annähernd einheitliche Auffassung oder wenigstens Verwendung des Terminus Globalisierung in zeithistorischen Studien bislang nicht abzeichnet. Je nach Untersuchungsthema und -perspektive erfüllt er unterschiedliche Funktionen. Manche konzentrieren sich, besonders für die Jahre seit etwa 1990, auf das weltweite Zusammenwachsen der Wirtschaft, das sie durch neue Kommunikations- und Transporttechnologien befördert sehen – ganz im Einklang mit einer verbreiteten zeitgenössischen Diagnose.[1] Stellt Globalisierung in diesem Fall tendenziell das Explanandum dar, wird ihr in anderen Studien ein Erklärungscharakter zugewiesen. Sehr ausgeprägt findet sich dieser Ansatz etwa in neuen Deutungen der Dekolonisierung, die diesen welthistorischen Vorgang aus einer Wechselwirkung mit einem allerdings recht vage umrissenen Globalisierungsprozess zu erhellen versuchen.[2]

Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, dass die zeitgeschichtliche Forschung von einer systematischeren Reflexion über den Terminus profitieren würde. Diese müsste vor allem klären, welcher Status ihm in der historischen Analyse zukommen soll oder kann. Gerade von geschichtswissenschaftlicher Seite sind in den vergangenen Jahren Vorschläge gemacht worden, wie sich der Begriffsgebrauch schärfen ließe. Ein richtungsweisender Gedanke liegt darin, den Begriff – in einer strukturellen Analogie zur Vorstellung der *Multiple Modernities* – in den Plural zu setzen und von Globalisierungen zu sprechen. Diese laufen nicht Gefahr, als monolithisch zu erscheinen, und ihre Erstreckung und Wirkmacht ließen sich exakter

[1] Vgl. Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013, und Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

[2] Vgl. Martin Thomas / Andrew Thompson, Empire and Globalisation. From „High Imperialism" to Decolonisation, in: International History Review 36 (2014), S. 142–170, und A. G. Hopkins, Globalisation and Decolonisation, in: Journal of Imperial and Commonwealth History 145 (2017), S. 729–745.

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0043

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bemessen.[3] Freilich bleibt zu fragen, warum man um einen derart reduzierten Begriff dann überhaupt noch größeren wissenschaftlichen Aufwand betreiben sollte – außer als Reflex auf die Tatsache, dass man ihn zuvor offensichtlich überdehnt und überfrachtet hat. Denn in der fragmentierten Variante löst sich sein ursprüngliches Versprechen auf, eine überwölbende Synthesekategorie zur Verfügung zu stellen, die die Augen dafür öffnet, wie nahezu alles mit allem zusammenhängt. Stattdessen gleicht er sich neutraleren Beschreibungen wie Verflechtung oder Verknüpfung an. Diese haben wiederum den Vorteil, ohne das schwere Gepäck einer inzwischen recht langen Deutungsgeschichte und vielfältigen politischen Aufladung daherzukommen. Und im Einzelfall bliebe zu entscheiden, ob sich die Reichweite vernetzender Entwicklungen nicht genauer fassen lässt, wenn man sie konkreter benennt: als Europäisierung, Regionalisierung, transozeanische Verbindung, Wandlungen im Rahmen der „Triade" aus USA, (West-)Europa, Japan oder dergleichen mehr.

Sehr viel weniger haben Historikerinnen und Historiker bislang darüber nachgedacht, dass es sich bei der Globalisierungsvorstellung um ein diskursives Konstrukt handelt, das seinerseits in der jüngsten Vergangenheit Konturen angenommen und die Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten als solches auffällig geprägt hat. Hier vor allem setzen die Beiträge des VfZ-Schwerpunkts an. Sie verstehen sich als erste Vorstöße auf dem Terrain einer Historisierung des Globalisierungsdenkens. Die Autoren möchten deutlich machen, dass der Terminus in einem vielschichtigen semantischen Bezugsfeld aufgekommen ist (Olaf Bach); dass sich seine Durchsetzung nicht ohne einen Blick auf die disziplinären Konstellationen in der Soziologie erklären lässt (Wolfgang Knöbl); dass die Vorstellung einer sich dramatisch verflechtenden Welt eine wichtige politische Wirkungsgeschichte hat (Jan Eckel); und dass sich die jüngste Geschichte von Nationalstaat und Staatlichkeit in enger Wechselwirkung sowohl mit grenzübergreifenden Prozessen als auch mit unterschiedlichen Vorstellungen von Globalisierung vollzog (Andreas Wirsching).[4]

Mit alledem sind lediglich erste Schneisen geschlagen. Will man Genese, Dynamik und Folgen der Globalisierungsidee historisch umfassender erschließen, öffnet sich ein nicht unbeträchtliches Untersuchungsfeld. Der Vorstellungskomplex beeinflusste zahlreiche Handlungsräume und gesellschaftliche Funktionsbereiche. Neben denen, die in den Beiträgen des Schwerpunkts betrachtet worden sind, gehören dazu die Wirtschaft, die Medien, die Zeitdiagnostik oder die Kulturana-

[3] Vgl. Angelika Epple, Globalisierung/en, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.6.2012; docupedia.de/zg/epple_globalisierung_v1_de_2012 [6.5.2020], und Jürgen Osterhammel, Globalisierungen, in: Ders., Die Flughöhe der Adler. Historische Essays zur globalen Gegenwart, München 2017, S. 12–41.

[4] Vgl. Olaf Bach, Ein Ende der Geschichte? Entstehung, Strukturveränderungen und die Temporalität der Globalisierungssemantik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZ 68 (2020), S. 128–154; Wolfgang Knöbl, After Modernization. Der Globalisierungsbegriff als Platzhalter und Rettungsanker der Sozialwissenschaften, in: VfZ 68 (2020), S. 297–317; Jan Eckel, Politik der Globalisierung. Clinton, Blair, Schröder und die Neuerfindung der Welt in den 1990er und 2000er Jahren, in: VfZ 68 (2020), S. 451–480, und Andreas Wirsching, „Kaiser ohne Kleider"? Der Nationalstaat und die Globalisierung, in: VfZ 68 (2020), S. 659–685.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lyse. Sie alle wären daraufhin zu befragen, welche Akteure zur Popularisierung des Begriffs beitrugen, welche Annahmen dabei überwiegend geteilt und welche bestritten wurden, und welche spezifischen Logiken auf einzelnen Feldern zum Tragen kamen. Das schlösse auch eine fach- und historiografiegeschichtliche Reflexion ein. Aus dieser Sicht bliebe zu ermitteln, welche Rolle der Globalisierungswahrnehmung im Zusammenspiel mit anderen Faktoren bei der geradezu staunenswert erfolgreichen Durchsetzung der Globalgeschichte in den letzten gut 15 Jahren zukam.

Darüber hinaus dürften sich die Weltsicht und die Gegenwartswahrnehmung, die sich in der Globalisierungsrede kristallisierten – wie auch die Bedeutung, die ihr zugemessen wurde –, je nach Land und Weltregion auf charakteristische Weise unterschieden haben. Die Aufsätze des VfZ-Schwerpunkts richten ihren Fokus auf westliche Staaten, doch entwickelte sich auch in China, Indien, Lateinamerika und zweifellos noch anderen Regionen spätestens um die Jahrtausendwende eine intensive Auseinandersetzung mit der Globalisierung. Diese dürfte viel über die jeweiligen Weltbezüge der Zeit verraten.[5] Auch endet die Deutungsgeschichte des Verflechtungsdenkens nicht in den frühen 2000er Jahren, die eine gewisse zeitliche Grenze des Themenschwerpunkts bilden, sondern reicht bis in unsere Gegenwart. Auf dem politischen Feld etwa hat sich die Globalisierungsrede von einem Stützargument für neoliberale Wirtschafts- und Sozialreformen inzwischen auch in den Popanz einer ressentimentgeladenen Ablehnung der offenen, pluralen Gesellschaft in rechtspopulistischen Bewegungen verwandelt.

Gleichzeitig führt die *Deep History* des Globalisierungsdenkens sehr viel weiter zurück als bis in die späten 1980er Jahre, mit denen die Beiträge des Schwerpunkts im Wesentlichen einsetzen. Weitet man den zeitlichen Horizont, so lassen sich spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Diskussionszusammenhänge beobachten, in denen das gesteigerte Bewusstsein einer schrumpfenden Welt plötzlich weithin einflussreich wurde. Für die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert haben Historikerinnen und Historiker vielfach darauf hingewiesen. Die Manifestationen einer großräumigen Verflechtungsperzeption reichten von Jules Vernes früher Romanfiktion der „Reise um die Erde in 80 Tagen" (1873) über Begriffsprägungen wie Weltpolitik oder Weltwirtschaft bis hin zu den als Massenmagnet wirkenden Welt- und Kolonialausstellungen, in denen sich ein eurozentrisch und chauvinistisch gefärbtes Interesse für ferne Weltgegenden ausdrückte. Auch der Aufschwung globalistischer Zeitdiagnosen in den 1940er Jahren ist bereits zum Gegenstand der historischen Untersuchung geworden.[6] Bedenkt man, wie wichtig die Annahme sich abrupt einander nähernder Weltregionen für den säkularen Entschluss der Roosevelt-Regierung in den USA war, in den Zweiten Weltkrieg einzutreten und die globale Führerschaft im *American Century* zu beanspruchen, eröffnen sich auch hier Zusammenhänge, die eine nähere Betrachtung lohnen.

[5] Vgl. Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten, Bonn 2000.

[6] Vgl. Or Rosenboim, The Emergence of Globalism. Visions of World Order in Britain and the United States, 1939–1950, Princeton/Oxford 2017.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schließlich haben neuere Studien plastisch herausgearbeitet, welche Wirkmacht die Diagnose einer wachsenden Interdependenz im Umgang mit transnationalen Problemen während der 1970er Jahre entfaltete. Dabei ging es um die Ölversorgung, Menschenrechtsfragen oder die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung.[7]

In dieser konjunkturellen Wiederkehr über die Jahrzehnte fällt auf, dass die zeitgenössischen Beobachterinnen und Beobachter sehr selten auf frühere Verflechtungsdiagnosen Bezug nahmen. Folglich entdeckten sie subjektiv immer wieder ganz neu, dass der Globus gerade jüngst dramatisch zusammengewachsen war. In der historischen Langzeitperspektive ergibt sich dagegen ein ganz anderes Bild. Sie verweist darauf, dass das, was seit Ende des letzten Jahrhunderts als Globalisierung bezeichnet wird, eine in ihrer Grundform recht dauerhafte Bewusstseinsfigur darstellt, die in unregelmäßigen Abständen besondere zeitdiagnostische Bedeutung gewinnt. So betrachtet, lässt sich die Globalisierungsvorstellung neben Denkfiguren wie Differenzierung, Beschleunigung, Komplexität, vielleicht auch Fortschritt stellen. In ihnen glaubte seit Anbruch der Moderne noch jede Zeit, ihren ganz eigenen Wesenszug zu erkennen, der sie qualitativ von der Vergangenheit unterscheide. Damit gewinnt die Globalisierung einen ideenhistorisch äußerst bezugreichen Ort als eine konstitutive Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaft.

Jan Eckel

[7] Vgl. Rüdiger Graf, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin/München 2014; Daniel J. Sargent, A Superpower Transformed. The Remaking of American Foreign Relations in the 1970s, Oxford/New York 2015, und Jan Eckel, Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen ^{2}2015, S. 435–582.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Neu: Forums-Kommentar und ergänzende Materialien zu VfZ-Beiträgen der Juli-Ausgabe

Neu im Forum: Diskussionsbeitrag zu Jan Eckels Aufsatz im Juli-Heft 2020 der VfZ
Der Politikwissenschaftler Rainer Eisfeld hat für das Forum von VfZ-Online Jan Eckels Aufsatz „Politik der Globalisierung. Clinton, Blair, Schröder und die Neuerfindung der Welt in den 1990er und 2000er Jahren" kommentiert, der im Juli-Heft der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* als Teil des VfZ-Schwerpunkts zum Thema Globalisierung erschienen ist. Der Diskussionsbeitrag von Herrn Eisfeld ist nachzulesen unter:
www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/forum/

Neu bei den Zusatzangeboten: Ergänzende Materialien zu Julia Höraths Aufsatz „Zuhälter im Visier der Kriminalpolizei. ‚Vorbeugende Verbrechensbekämpfung' im Reich und in Bremen 1933 bis 1938" im Juli-Heft 2020 der VfZ
Julia Hörath rekonstruiert die Vorreiterrolle der Hansestadt Bremen bei der strategischen Ausweitung der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" im NS-Staat. Hier kommen auch fast vergessene Akteure wie Julius Fricke und Conrad Parey in den Blick, denen eine zentrale Funktion zukam. Ausführliche, den Aufsatz ergänzende biografische Informationen finden sich bei den Zusatzangeboten von VfZ-Online in der Rubrik „Beilagen":
www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/zusatzangebote/beilagen/

Neu bei den Zusatzangeboten: Ergänzende Materialien zu Sebastian Voigts Dokumentation „Eine ‚Schandgasse' im Arbeitskampf. Der Chemiestreik 1971 bei Merck in Darmstadt – eine Fallstudie zu den industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik am Ende des ‚Wirtschaftswunders'" im Juli-Heft 2020 der VfZ
Sebastian Voigt lässt an einem prominenten Fallbeispiel – dem Streik, der 1971 die chemische Industrie Westdeutschlands lahmzulegen drohte und der bei Merck in Darmstadt besonders heftig ausgefochten wurde – die Bruchlinien im sozialpartnerschaftlichen Gefüge des „rheinischen Kapitalismus" hervortreten und wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf vergessene innergewerkschaftliche Konflikte. Das vollständige Dokument findet sich bei den Zusatzangeboten als ungekürzte Abschrift und als digitale Version des Originals:
www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/zusatzangebote/beilagen/

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0044

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

… von der Redaktion betreut (Mai–Juli / August 2020)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Kerstin Bischl, Frontbeziehungen. Geschlechterverhältnisse und Gewaltdynamiken in der Roten Armee 1941–1945, Hamburg 2019.
Rezensiert von: Beate Fieseler (Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/33392.html

Beate Fieseler / Roger Markwick (eds.), Sovetskij tyl 1941–1945: povsednevnaja zizn' v gody vojny, Moskau 2019.
Rezensiert von: Irina Rebrova (Deutsch-Russisches Museum, Berlin-Karlshorst) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/33753.html

Lorenz Gallmetzer, Von Mussolini zu Salvini. Italien als Vorreiter des modernen Nationalpopulismus, Wien 2019.
Rezensiert von: Hans Woller (München) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/34008.html

Jan Grabowski, Na posterunku. Udział polskiej policji granatowej i kryminalnej w Zagładzie Żydów, Wołowiec 2020.
Rezensiert von: Grzegorz Rossoliński-Liebe (Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/34012.html

Thomas Großbölting / Stefan Lehr (Hgg.), Politisches Entscheiden im Kalten Krieg. Orte, Praktiken und Ressourcen in Ost und West, Göttingen 2020.
Rezensiert von: Liza Soutschek (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/34014.html

Hans-Joachim Hahn / Olaf Kistenmacher (Hgg.), Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft II. Antisemitismus in Text und Bild – zwischen Kritik, Reflexion und Ambivalenz, Berlin / Boston 2019.
Rezensiert von: Annette Wolf (Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon-Dubnow, Leipzig) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/33448.html

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0045
Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Daniel S. Hamilton / Kristina Spohr (eds.), Open Door. NATO and Euro-Atlantic Security After the Cold War, Washington, DC 2019.
Rezensiert von: Oxana Schmies (Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/34385.html

Adrian Hänni / Daniel Rickenbacher / Thomas Schmutz (Hgg.), Über Grenzen hinweg. Transnationale politische Gewalt im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. / New York 2020.
Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/34036.html

Robert Henderson, Vladimir Burtsev and the Struggle for a Free Russia. A Revolutionary in the Time of Tsarism and Bolshevism, London / New York 2017.
Rezensiert von: Vitalij Fastovskij (Justus-Liebig-Universität, Gießen) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/31295.html

William H. Hill, No Place for Russia. European Security Institutions Since 1989, New York 2018.
Rezensiert von: Liviu Horovitz (Vrije Universiteit Brussel) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/33320.html

Vince Houghton, The Nuclear Spies. America's Atomic Intelligence Operation Against Hitler and Stalin, Ithaca / London 2019.
Rezensiert von: Andreas Lutsch (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/33493.html

Andreas Huber / Linda Erker / Klaus Taschwer, Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg, Wien 2020.
Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/34192.html

Oliver Janz (ed.), Winning Peace. The End of the First World War: History, Remembrance and Current Challenges, Berlin 2019.
Rezensiert von: Klaus Schwabe (Aachen) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/33489.html

Hans-Christian Jasch / Stephan Lehnstaedt (Hgg.), Verfolgen und Aufklären: Die erste Generation der Holocaustforschung / Crimes Uncovered: The First Generation of Holocaust Researchers, Berlin 2019.
Rezensiert von: Anna Corsten (Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/33833.html

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Hans-Jürgen Kaack, Kapitän zur See Hans Langsdorff. Der letzte Kommandant des Panzerschiffs Admiral Graf Spee. Eine Biographie, Paderborn 2020.
Rezensiert von: Heiner Möllers (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/33342.html

Hartmut Kaelble, Der verkannte Bürger. Eine andere Geschichte der europäischen Integration seit 1950, Frankfurt/M. / New York 2019.
Rezensiert von: Guido Thiemeyer (Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/33851.html

Barbara Lange / Dirk Hildebrandt / Agata Pietrasik (eds.), Rethinking Postwar Europe. Artistic Production and Discourses on Art in the late 1940s and 1950s, Wien / Köln / Weimar 2020.
Rezensiert von: Christina Rothenhäusler (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/33928.html

Christiane Liermann Traniello / Ubaldo Villani-Lubelli / Matteo Scotto (Hgg.), Italien, Deutschland und die europäische Einheit / Italia, Germania e l'unità europea. Zum 30-jährigen Jubiläum des Berliner Mauerfalls / Riflessioni a trent'anni dalla caduta del Muro di Berlino, Stuttgart 2019.
Rezensiert von: Deborah Cuccia (Universität Hildesheim) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/33590.html

Peter Matheson / Heinke Sommer-Matheson, Love and Terror in the Third Reich. A Tale of Broken Integrity, Eugene, OR 2019.
Rezensiert von: Susanne Greiter (Eitensheim) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/33898.html

Heiner Möllers, Die Affäre Kießling. Der größte Skandal der Bundeswehr, Berlin 2019.
Rezensiert von: Michael Schwartz (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/32995.html

Maria Christina Müller, Zwischen „Wahn" und „Wirklichkeit". Teufel, Gott und Magnetismus in der Psychiatrie Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2019.
Rezensiert von: Christina Vanja (Universität Kassel) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/33534.html

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Tonia Sophie Müller, „Minderwertige" Literatur und nationale Integration. Die Deutsche Bücherei Leipzig als Projekt des Bürgertums im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Göttingen 2019.
Rezensiert von: Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/33967.html

Till van Rahden, Demokratie. Eine gefährdete Lebensform, Frankfurt/M. / New York 2019.
Rezensiert von: Alexander Gallus (Technische Universität, Chemnitz) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/33940.html

Franziska Rehlinghaus / Ulf Teichmann (Hgg.), Vergangene Zukünfte von Arbeit. Aussichten, Ängste und Aneignungen im 20. Jahrhundert, Bonn 2020.
Rezensiert von: Torben Möbius (Universität Bielefeld) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/34041.html

Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor. 1912–1945, München 2016.
Rezensiert von: Dierk Hoffmann (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/28980.html

Frederike Schotters, Frankreich und das Ende des Kalten Krieges. Gefühlsstrategien der équipe Mitterrand 1981–1990, Berlin / Boston 2019.
Rezensiert von: Jörg Requate (Universität Kassel) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/32812.html

Klaus Schwabe, Versailles. Das Wagnis eines demokratischen Friedens 1919–1923, Paderborn 2019.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/33487.html

Joseph M. Siracusa / Hang Thi Thuy Nguyen (eds.), Richard M. Nixon and European Integration. A Reappraisal, Basingstoke 2018.
Rezensiert von: Judith Michel (Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/32310.html

Christoph Stamm, Wem gehören die Akten der SED? Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nach 1990, Düsseldorf 2019.
Rezensiert von: Andreas Malycha (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/34436.html

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Jens Steffek / Leonie Holthaus (eds.), Prussians, Nazis and Peaceniks. Changing images of Germany in International Relations, Manchester 2020.
Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/34276.html

Martin Stief, „Stellt die Bürger ruhig". Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld, Göttingen 2019.
Rezensiert von: Tobias Huff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/33490.html

Christian Stöber, Rosenkranzkommunismus. Die SED-Diktatur und das katholische Milieu im Eichsfeld 1945–1989, Berlin 2019.
Rezensiert von: Bernd Schäfer (George Washington University, Washington, DC) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/33661.html

Lars Tschirschwitz, Kampf um Konsens. Intellektuelle in den Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2017.
Rezensiert von: Felix Pankonin (Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow, Leipzig) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/30595.html

Theo Waigel, Ehrlichkeit ist eine Währung. Erinnerungen, Berlin 2019.
Rezensiert von: Thomas Schlemmer (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/33262.html

Bettina Weißgerber, Die Iranpolitik der Bundesregierung 1974–1982, München 2019.
Rezensiert von: William Glenn Gray (Purdue University, West Lafayette, IN) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/33473.html

Odd Arne Westad, Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte, Stuttgart 2019.
Rezensiert von: Peter Ridder (Berliner Kolleg Kalter Krieg am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/31682.html

Jens Westemeier (Hg.), „So war der deutsche Landser...". Das populäre Bild der Wehrmacht, Paderborn 2019.
Rezensiert von: Ben Shepherd (University of Glasgow) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/30744.html

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Idith Zertal, Refusal. Conscientious Objection in Israel, Tel Aviv 2018.
Rezensiert von: Tamar Amar-Dahl (Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/34398.html

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Mai–Juli / August 2020):

Frank Bösch / Andreas Wirsching (Hgg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018.
Rezensiert von: Daniela Münkel (Abteilung Bildung und Forschung bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 7/8
www.sehepunkte.de/2020/07/32222.html

Elizabeth Harvey u. a. (eds.), Private Life and Privacy in Nazi Germany, Cambridge 2019.
Rezensiert von: Matthew Stibbe (Sheffield Hallam University) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 5
www.sehepunkte.de/2020/05/34110.html

Daniela Taschler / Tim Szatkowski / Christoph Johannes Franzen (Bearb.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1989, Berlin / Boston 2020.
Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 6
www.sehepunkte.de/2020/06/34331.html

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Christian Lübcke, **"It Has Nothing to Do with Establishing the Truth". The 1918 Kiel Mutiny and German Military Historiography**

To date, the 1918 Kiel Mutiny is the largest mutiny in German history. Within the space of a few days, individual uprisings by sailors developed into a countrywide revolt in the navy and army, which culminated in the November Revolution. For decades, German military historiography had great difficulties with this nexus of events, strongly influenced by the fact that official war historiography, which was dominated by actors in uniform, enjoyed a monopoly on sources and interpretation. On the basis of hitherto disregarded documents, Christian Lübcke can show that during the Weimar Republic, the Third Reich and the young Federal Republic views predominated, which had little to do with scholarship and much more with self-justification, revisionism and apologia.

André Keil/Matthew Stibbe, **A Laboratory for the State of Exception. Protective Custody during the First World War and the Early Weimar Republic – Prussia and Bavaria, 1914 to 1923**

This article examines continuities in the use of protective custody as an instrument of the state of exception between 1914 and 1923, focusing on the two largest German states, Prussia and Bavaria. It treats protective custody not only as a judicial construct, but as a new, experimental space for executive action against a range of imagined "internal enemies", some social, some political. The article argues that differences between the formal legal frameworks surrounding protective custody in Prussia and Bavaria had little impact on its practical use or political intent. Furthermore, in both states protective custody produced a set of mentalities that extended well beyond the war itself, helping to underpin the violent foundations of Weimar's early years. Nonetheless, a variety of checks and balances – including in the legal and political realms – ensured that there were as yet no direct portents of the Nazi terror of 1933/34.

Contemporary History Podium: **Beyond Donald Trump. Contemporary Historical Approaches to German-American Relations since 1945**

The "Contemporary History Podium" takes a critical look at German-American relations since the end of the Second World War. In this process, it identifies factors of stability and change, investigates continuities and caesuras, measures the specific weight of organisational structures in international politics, critically examines the influence of the compatibility of personalities and fathoms the limits of transatlantic understanding. The "Contemporary History Podium" thus presents five sectoral analyses of fields with special importance: One, the bilateral political relations in the context of international politics (Philipp Gassert); two, partnership and controversies with special emphasis on security and alliance policy (Andreas Etges); three, economy, trade and finance as both stabilising and conflict-laden pillars of transatlantic exchange (Stormy-Annika Mildner); four, boom and bust of conservatism as a measure for communication channels and blockages between Germany and the USA (Michael Hochgeschwender); five, mutual perceptions, images and stereotypes, whose deconstruction allows for a better under-

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0046

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

standing of the degree of proximity or unfamiliarity (Reinhild Kreis and Jan Logemann).

Andreas Wirsching, **"An Emperor Without Clothes"? The Nation State and Globalisation**

Globalisation is one of the most important concepts of our time and requires systematic analysis in order to become accessible for research. The relationship between the nation state and globalisation is particularly laden with tensions and thus poses a methodological challenge for contemporary historiography. Contemporary history should accept this challenge and enter into a dialogue with the social sciences about this important topic. The article pleads for a narrow concept of globalisation starting around 1970, which helps distinguish recent developments from those of earlier centuries. During this time, globalisation began as a political project of the Western industrialised countries, headed by the USA. Since the 1990s, it fundamentally changed the concepts of space of the nation states. The increasing fluidity of national borders was declared to be part of long-term national traditions, which led to considerable differences in the respective national attitudes to globalisation.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Christian Lübcke ist Landesgeschäftsführer für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Hamburg (Brauhausstraße 17, 22041 Hamburg); Publikationen u. a.: Schüsse an Bord von SMS König. Ein Beitrag zur Rekonstruktion der Ereignisse in Kiel am 5. November 1918, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 89 (2018), S. 183–191; Die vergessene Rolle der mecklenburgischen Küstenstädte bei der Verbreitung der Novemberrevolution von 1918, in: Mecklenburgische Jahrbücher 133 (2018), S. 157–166; Sechs Tage im November. Eine Rekonstruktion des Kieler Matrosenaufstandes und seiner Verbreitung in Schleswig-Holstein, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 143/144 (2018/19), S. 171–215.

Dr. André Keil ist Dozent für Neuere Europäische Geschichte an der Liverpool John Moores University (Brownlow Hill, Liverpool L3 5UG, England); Publikationen u. a.: The *Preußenrenaissance* Revisited. German-German Entanglements, the Media and the Politics of History in the Late German Democratic Republic, in: German History 34 (2016), S. 258–278; The National Council for Civil Liberties and the British State during the First World War, 1916–1919, in: English Historical Review 134 (2019), S. 620–645; Zwischen Klassenkampf und Systemimmanenz. Die britische Gewerkschaftsbewegung und der Staat, in: Michael Ruck (Hrsg.), Gegner, Instrument, Partner. Gewerkschaftliche Staatsverständnisse vom Industrialismus bis zum Informationszeitalter (Baden-Baden 2017), S. 215–244; Der Erste Weltkrieg in der britischen Erinnerungskultur. Mediendiskurse, Museen und Literatur zum Centenary, in: Monika Fenn/Christiane Kuller (Hrsg.), Auf dem Weg zur transnationalen Erinnerungskultur? Konvergenzen, Interferenzen und Differenzierungen der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg im Jubiläumsjahr 2014 (Schwalbach im Taunus 2017), S. 97–117.

Dr. Matthew Stibbe ist Professor für Moderne Europäische Geschichte an der Sheffield Hallam University (Howard Street, Sheffield, England); Publikationen u. a.: Germany, 1914–1933. Politics, Society and Culture (Harlow 2010); gemeinsam mit Ingrid Sharp (Hrsg.), Women Activists Between War and Peace. Europe, 1918–1923 (London 2017); gemeinsam mit Kevin McDermott (Hrsg.), Eastern Europe in 1968. Responses to the Prague Spring and Warsaw Pact Invasion (London 2018); gemeinsam mit Stefan Manz/Panikos Panayi (Hrsg.), Internment during the First World War. A Mass Global Phenomenon (London/New York 2019); Civilian Internment during the

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0047

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

First World War. A European and Global History, 1914–1920 (London 2019).

Dr. Philipp Gassert ist Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim (L 7, 7, 68161 Mannheim) sowie Präsident der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien; Publikationen u. a.: gemeinsam mit Alexander Emmerich: Amerikas Kriege (Darmstadt 2014); Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945 (Bonn ^{2}2019); als Herausgeber: Frederick Jackson Turner. Demokratisches Selbstverständnis und der Westen. Texte über Amerika (Stuttgart 2019); gemeinsam mit Tim Geiger und Hermann Wentker (Hrsg.) The INF Treaty. A Reappraisal (Göttingen 2021, i. E.).

Dr. Andreas Etges ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Amerika-Institut sowie am Lasky Center for Transatlantic Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München (Schellingstraße 3, 80799 München); Publikationen u. a.: John F. Kennedy (München 2003); Western Europe, in: Richard H. Immerman/Petra Goedde (Hrsg.), The Oxford Handbook of the Cold War (Oxford 2013), S. 158–173; From Confrontation to Détente? Controversies about a Planned Cold War Museum at Checkpoint Charlie, Berlin, in: Memoria e Ricerca 1/2017, S. 81–98; gemeinsam mit Konrad H. Jarausch/Christian F. Ostermann (Hrsg.), The Cold War. Historiography, Memory, Representation (München 2017).

Dr. Stormy-Annika Mildner (M.Sc.) ist Leiterin der Abteilung Außenwirtschaftspolitik im Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (Breite Straße 29, 10178 Berlin); Publikationen u. a.: Deutsche Interessen in der europäischen Handelspolitik. Deutschland – das Zünglein an der Waage?, in: Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Europapolitik (Baden-Baden 2016), S. 357–375; gemeinsam mit Julia Howald, Der Präsident schlägt vor, der Kongress ordnet an. US-Wirtschaftspolitik nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: Christian Lammert/Markus B. Siewert/Boris Vormann (Hrsg.), Handbuch Politik USA (Wiesbaden 2016), S. 439–459; Obamanomics. Barack Obamas Pragmatischer Progressivismus, in: Michael Dreyer u. a. (Hrsg.), Always on the Defensive? Progressive Bewegung und Progressive Politik in den USA in der Ära Obama (Trier 2015), S. 115–146; gemeinsam mit Claudia Schmucker, The Battle of the Giants. US Trade Policy vis-à-vis China, in: CESifo Forum 20 (2019), S. 3–10.

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Michael Hochgeschwender ist Professor für Nordamerikanische Kulturgeschichte und Kulturanthropologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Schellingstraße 3, 80799 München); Publikationen u. a.: Amerikanische Religion. Evangelikalismus, Pfingstlertum und Fundamentalismus (Frankfurt a. M. 2007); Der Amerikanische Bürgerkrieg (München 2010); Die Amerikanische Revolution. Geburt einer Nation, 1765–1815 (München 2016).

Dr. Reinhild Kreis ist Akademische Rätin a. Z. am Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim (L 7,7, 68161 Mannheim) und vertritt zurzeit den Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Duisburg-Essen (Forsthausweg 2, 47057 Duisburg); Publikationen u. a.: Selbermachen. Eine andere Geschichte des Konsumzeitalters (Frankfurt a. M./New York 2020, i. E.); Make or Buy? Modes of Provision and the Moral Economy of Households in Postwar Germany, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft: Moral Economies (2019), S. 187–212; gemeinsam mit Martin Klimke und Christian F. Ostermann (Hrsg.), Trust, but Verify. The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969–1991 (Stanford 2016); Orte für Amerika. Deutsch-Amerikanische Institute und Amerikahäuser in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren (Stuttgart 2012).

Dr. Jan Logemann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, *Program Director* des Erasmus Mundus Studiengangs „Global Markets, Local Creativities" (GLOCAL) der Georg-August-Universität Göttingen (Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen) und vertritt zurzeit die Professur für die Geschichte Großbritanniens und Nordamerikas an der Universität Kassel (Nora-Platiel-Str. 1, 34109 Kassel); Publikationen u. a.: Trams or Tailfins? Public and Private Prosperity in Postwar West Germany and the United States (Chicago 2012); gemeinsam mit Mary Nolan (Hrsg.), More Atlantic Crossings? European Voices and the Postwar Atlantic Community (Washington 2014); gemeinsam mit Donna Gabaccia und Sally Gregory Kohlstedt (Hrsg.), Europe, Migration and Identity. Connecting Migration Experiences and Europeanness (London 2014); Engineered to Sell. European Émigrés and the Making of Consumer Capitalism (Chicago 2019).

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Andreas Wirsching ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin (Leonrodstraße 46b, 80636 München) und Professor für Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Geschwister-Scholl-Pl. 1, 80539 München); Publikationen u. a.: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich (München 1999); Abschied vom Provisorium 1982–1990 (München 2006); Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit (München 2012); Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989 (München 2015); Demokratie und Gesellschaft. Historische Studien zur europäischen Moderne, hrsg. von Magnus Brechtken u. a. (Göttingen 2019); gemeinsam mit Hélène Miard-Delacroix, Von Erbfeinden zu guten Nachbarn. Ein deutsch-französischer Dialog (Ditzingen 2019).

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ-Online

Auf unserer Homepage (www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/) finden Sie – zum Teil auch in englischer Sprache:

- die Vorschau auf das kommende Heft (auch als ToC Alert abonnierbar),
- Informationen über das *German Yearbook of Contemporary History*,
- das Forum mit Diskussionsbeiträgen zu aktuellen Aufsätzen u. a.,
- die Dokumentationen (Video und Transkript) der Veranstaltungen im Rahmen des „Podiums Zeitgeschichte“,
- die Videokolumne „Rückblicke“ mit Re-Lektüren älterer Beiträge,
- Informationen zu den *sehepunkten*, der Aldersbacher Schreib-Praxis etc.,
- das offene Heftarchiv der VfZ mit allen Ausgaben seit 1953 (Moving Wall: fünf Jahre) sowie den Zugang zum kostenpflichtigen elektronischen VfZ-Angebot beim Verlag De Gruyter Oldenbourg,
- Hinweise zu Abonnement und Einzelverkauf,
- Informationen zu Profil sowie Herausgebergremium und Redaktion und nicht zuletzt
- aktuelle Informationen zu den vielfältigen Themen rund um die VfZ.

Informationen für Autorinnen und Autoren

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/neue-vfz-manuskripte/

Begutachtungsverfahren

Die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgebergremium und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung. Die entsprechenden Sitzungen finden dreimal im Jahr (Frühling, Sommer und Herbst) statt.

The *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (Double Blind Peer Review). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff decide on publication. Editorial meetings take place three times per year – in spring, summer and autumn.

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0048

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

AUFSÄTZE

F r ö h l i c h, Paul: Der Generaloberst und die Historiker. Franz Halders Kriegstagebuch zwischen Apologie und Wissenschaft 25

G ü n t h e r, Frieder: Verfassung vergeht, Verwaltung besteht? Die vier deutschen Innenministerien 1919 bis 1970 217

H e i n e m a n n, Winfried: Das Ende des Staatsstreichs. Die Niederschlagung des 20. Juli 1944 im Bendlerblock 1

H ö r a t h, Julia: Zuhälter im Visier der Kriminalpolizei. „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung" im Reich und in Bremen 1933 bis 1938 375

H o f, Tobias: Widerwillige Retter? Die Judenpolitik des italienischen Außenministeriums unter Galeazzo Ciano 1936 bis 1943 181

K e i l, André/S t i b b e, Matthew: Ein Laboratorium des Ausnahmezustands. Schutzhaft während des Ersten Weltkriegs und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik – Preußen und Bayern 1914 bis 1923 535

L e b e r, Hubert: Rüstungsexporte und Holocaust-Erinnerung. Saudi-Arabien, der Leopard 2 und die geheime Israel-Klausel von 1982 – ein Bonner Paradigmenwechsel 337

L ü b c k e, Christian: „Hat nichts mit Wahrheitsfindung zu tun". Der Kieler Matrosenaufstand von 1918 und die deutsche Militärgeschichtsschreibung . . 505

M a n t h e, Barbara: Rechtsterroristische Gewalt in den 1970er Jahren. Die Kühnen-Schulte-Wegener-Gruppe und der Bückeburger Prozess 1979 . . . 63

S c h r e g e l, Susanne: Das hochbegabte Kind zwischen Eliteförderung und Hilfsbedürftigkeit 1978 bis 1985 95

DOKUMENTATIONEN

M o r i n a, Christina: Zwischen Verdrängung und Vereinnahmung. Der Historikerstreit und die DDR 249

V o i g t, Sebastian: Eine „Schandgasse" im Arbeitskampf. Der Chemiestreik 1971 bei Merck in Darmstadt – eine Fallstudie zu den industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik am Ende des „Wirtschaftswunders" 409

VfZ 68 (2020) H.4 © Walter de Gruyter GmbH 2020 DOI 10.1515/vfzg-2020-0049

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ SCHWERPUNKT

Editorial. Vier Beiträge zur Debatte um die Globalisierung 127

B a c h, Olaf: Ein Ende der Geschichte? Entstehung, Strukturveränderungen und die Temporalität der Globalisierungssemantik seit dem Zweiten Weltkrieg 128

E c k e l, Jan: Politik der Globalisierung. Clinton, Blair, Schröder und die Neuerfindung der Welt in den 1990er und 2000er Jahren 451

K n ö b l, Wolfgang: After Modernization. Der Globalisierungsbegriff als Platzhalter und Rettungsanker der Sozialwissenschaften 297

W i r s c h i n g, Andreas: „Kaiser ohne Kleider"? Der Nationalstaat und die Globalisierung 659

Schlusskommentar 686

PODIUM ZEITGESCHICHTE

Jenseits von Donald Trump. Zeithistorische Annäherungen an die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1945 575

E t g e s, Andreas: In guten wie in schlechten Zeiten. Partnerschaft, Kontroversen und Misstrauen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs 595

G a s s e r t, Philipp: Bilaterale Beziehungen im multilateralistischen Kontext. Die Bundesrepublik im liberalen Imperium der USA 579

H o c h g e s c h w e n d e r, Michael: Konservatismus in der Nachkriegszeit. Entwicklungen in den USA und Westdeutschland 629

K r e i s, Reinhild/L o g e m a n n, Jan: „Mixed Views". Konstruktion und Kanäle deutsch-amerikanischer Wahrnehmungen seit dem Zweiten Weltkrieg 642

M i l d n e r, Stormy-Annika: Ziemlich beste Freunde – meistens. Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen 610

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

NOTIZEN

Anonymas Akten. Der Nachlass von Marta Hillers 155

14. Aldersbacher Schreib-Praxis. Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg (27. bis 31. Juli 2020) 161

Europa und der Holocaust. Forschungstrends auf dem Kongress *Lessons & Legacies* 2019 in München 319

„Man hört, man spricht": Informelle Kommunikation und Information „von unten" im nationalsozialistischen Europa. Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin 481

VfZ-ONLINE

Dokumentation der Podiumsdiskussion „Rechtspopulismus in westlichen Demokratien – zeithistorische Perspektiven" 163

Neuer „Rückblick" 491

Neu: Forums-Kommentar und ergänzende Materialien zu VfZ-Beiträgen der Juli-Ausgabe 691

AUS DER REDAKTION

Erratum im Oktober-Heft 2019 der VfZ 165

Jahrgang 68 (2020), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2020_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de